

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

3
'72

**Inflation und Währungsprobleme
im heutigen Kapitalismus**

Juli - September

L. A. Leontjew

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

(Übersetzung aus dem Russischen)

In deutscher Sprache herausgegeben von Prof. Dr. Fred Oelssner 1970.

532 Seiten – 8^o – Leinen M 18, –

Bestell-Nr. 751 658 1 (5752)

Den überragenden Anteil, den der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels, an der Ausarbeitung der marxistischen ökonomischen Theorie hat, zeigt Leontjew zum ersten Mal in einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung. Die Arbeit gibt nicht nur eine historisch-ökonomische Beschreibung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels, sondern verfolgt anhand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt dabei einen Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit, die von Marx und Engels im Verlauf mehrerer Jahrzehnte geleistet werden mußte. Das Buch Leontjews stellt ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie selbst dar.

Bestellungen durch eine Buchhandlung oder direkt an den Verlag erbeten



AKADEMIE – VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und
antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

3
'72

Inflation und Währungsprobleme im heutigen Kapitalismus

Juli – September

I M
S F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

I. Inflation	
Anikin / Entow Zyklus und Inflation in den USA	3
Marxistische Expertendiskussion: Moderne Inflation – Ursprung, Mechanismus, sozialökonomisches Wesen	19
Jean Claude Delaunay Inflation – ein Ausdruck der Krise des staatsmonopolistischen Ausbeutungssystem	39
Gianfranco Polillo Inflation und die Struktur des Monopolkapitalismus	51
R. Entow Zur Kritik der modernen bürgerlichen Inflationstheorien	63
II. Währungsfragen – Währungskrisen	
W. Mennel Internationale Währungskrise – Geschichte, Verlauf, aktuelle Akzente	84
Harald Dietrich Kühne Der Zusammenbruch des Dollar-Leitwährungsmechanismus – ein neuer Höhepunkt in der imperialistischen Währungskrise	98
A. Anikin Ursachen und Folgen der Währungskrise – eine Analyse	116
Beguin / Delaunay Währungskrise, imperialistische Gegensätze und die Auswirkungen auf die Werktätigen Frankreichs	129
Atlas / Matjuchin Weltgeld: Gold oder Dollar?	137
A. Eidelnant Verdrängt „Papiergold“ das Gold aus dem internationalen Währungssystem?	151
A. Galtschinskij Gold als Geldware heute: Zur Verwandlung des Preises des Goldes als unmittelbarer Wertausdruck in einen irrationalen Produktionspreis	161
O. Bogdanov Zur Kritik der bürgerlichen Theorien der internationalen Währungsbeziehungen und der internationalen Liquidität	175

I. Inflation

A. Anikin/R. Entow

Zyklus und Inflation in den USA

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1971, Nr. 8/1971, S. 42–53*

Der Beginn der 70er Jahre war für die amerikanische Wirtschaft eine Periode wachsender Schwierigkeiten. Viele Illusionen, die durch das hohe Tempo und den relativ ausgeglichenen Charakter des Wirtschaftswachstums in der ersten Hälfte der 60er Jahre genährt worden waren, gingen in die Brüche. In der staatsmonopolistischen Regulierung zeigten sich neue Gebrechen und Widersprüche. Das Leben rechtfertigte nicht die Hoffnungen auf ihre hohe Wirksamkeit und Zuverlässigkeit. Die Verstärkung der Schwierigkeiten ist eng mit dem Krieg in Südostasien verbunden, den die USA schon seit einigen Jahren führen. Die sozialökonomische Krise, die sich im Lande beständig entwickelt, spitzt sich ihrerseits zu.

Wie im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag betont wurde, bedeutet die vom Kapitalismus gezeigte bedeutende Anpassungsfähigkeit an die neuen Bedingungen des Wettbewerbs der beiden Systeme und der wissenschaftlich-technischen Revolution „jedoch nicht die Stabilisierung des Kapitalismus als System. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter. Sogar die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder bleiben nicht von ernsthaften wirtschaftlichen Erschütterungen verschont. Die USA beispielsweise können sich seit nunmehr fast zwei Jahren nicht aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise befreien. Die letzten Jahre waren auch durch eine ernsthafte Krise des Valuta- und Finanzsystems gekennzeichnet. Die gleichzeitige Zunahme der Inflation und der Arbeitslosigkeit wurde zu einer ständigen Erscheinung.“¹

Eine Periode mit geringem Tempo

Zu einer wichtigen Besonderheit der gegenwärtigen Entwicklung der USA wurde das relativ geringe Tempo des Wirtschaftswachstums. Es ist bei jedem beliebigen Vergleich geringer; mit dem mittleren Wachstumstempo der amerikanischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg oder mit den Kennziffern anderer entwickelter kapitalistischer Länder.

1 „Neues Deutschland“ vom 31.3.1971, S. 4.

Tabelle 1
Mittleres jährliches Wachstumstempo (in %)

	1956–1961	1961–1966	1966–1970	1966–1971 (Einschätzung)
Bruttonationalprodukt in unveränderlichen Preisen	2,2	5,8	2,5	2,6
Private Bruttoinvestitionen in unveränderlichen Preisen	./.	1,9	9,7	./.
Industrieproduktion	1,9	7,4	1,8	2,1

Der Zeitraum 1966–1971 ist hinsichtlich der Kennziffern des Wachstumstempos und des Standes der Wirtschaftskonjunktur nicht einheitlich. 1967 erfolgte eine schroffe Verlangsamung des Tempos. 1968 und in der ersten Hälfte des Jahres 1969 ging ein ziemlich merklicher Aufschwung mit ausgeprägt inflationistischen Tendenzen vor sich. Jedoch begann schon Mitte 1969 ein Produktionsrückgang und eine Verschlechterung zahlreicher anderer ökonomischer Kennziffern. Schon jetzt kann gesagt werden, daß das Bruttonationalprodukt und der Index der Industrieproduktion 1971 höchstens 3–3,5 % höher sein werden als 1970 (s. Tabelle 1). Aus der Tabelle ist auch das sehr ähnliche Verhalten der Kennziffern des Wirtschaftswachstums in den Jahren 1966–1971 und in den Jahren 1956–1961 ersichtlich, obwohl innerhalb dieser Zeiträume wesentliche Unterschiede bestanden.² Insbesondere ist die Annäherung der Investitionskennziffern zu unterstreichen: in beiden Zeiträumen verringerte sich das Volumen der privaten Bruttoinvestitionen, was zweifellos ein äußerst wichtiger Faktor für die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums war. Eine charakteristische Besonderheit beider Zeiträume ist die Preissteigerung, die sich unter den Bedingungen des Rückgangs des Tempos und sogar des Produktionsvolumens, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und der Nichtauslastung der Kapazitäten fortsetzte. 1966–1971 stiegen die Preise schneller als 1956–1961. Die Tatsache, daß die Inflation mit den durch Stagnation und Krise verur-

2 Die Annäherung dieser Kennziffern dient offensichtlich als Argument für die These, daß die Krise 1969–1970 eine auf die Krise 1957–1958 folgende zyklische Krise ist (s. „Die USA: Wirtschaft, Politik, Ideologie“ Nr. 2/1971, S. 3–17 und „ME iMO“ (Zeitschrift „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnye otnoschenija“ d. Übers.) Nr. 3/1971, S. 15–29. Wir halten eine solche Einschätzung im Prinzip für annehmbar, nehmen indessen an, daß sie darüber hinaus aus theoretischen und statistischen Gründen gebraucht wird. Es ist erforderlich, die Kriterien der Zyklizität der Krisen, die Methodologie ihrer Bemessung, der Klassifikation usw. konkreter herauszuarbeiten. Das würde die weitere Entwicklung der Theorie der Krisen und Zyklen des modernen Kapitalismus unterstützen.

sachten wirtschaftlichen Kalamitäten zusammenfällt, erschwert den Ausweg aus der Krise und der Periode niedrigen Wachstumstempos.

Einen zentralen Platz in den Perioden niedrigen Tempos nehmen die Krisen von 1957–1958 und von 1969–1970 ein. Bei einer Berechnung nach Monatsangaben betrug der Rückgang der Industrieproduktion vom höchsten Punkt des Maximums vor der Krise bis zum Krisen-„Tal“ in den Jahren 1957–1958 14,3 % und in den Jahren 1969–1970 7,6 %³. Jedoch zeugt das keineswegs von der Bedeutungslosigkeit der Ereignisse in den Jahren 1969–1970. Insbesondere ist diese Krise nach den Kredit- und Finanzkomponenten vergleichbar mit der Krise von 1957–1958 und die schärfste in der ganzen Nachkriegsperiode.

Die Profite der Kapitalgesellschaften (vor Abführung der Steuern) waren 1970 beinahe 10 % geringer als 1969, und unter Berücksichtigung der Entwertung des Dollars war der Rückgang noch stärker und übertraf die Verringerung der Gewinne in den Jahren 1957–1958. Die Verringerung der Profite, die Verschlechterung der

Tabelle 2
Arbeitslosigkeit in den Zyklen der 50er–60er Jahre
(% von der Anzahl der Arbeitskräfte)

	Jahr	davon		
		insgesamt	Weißer	Neger und andere Nichtweiße
Niedrigster Stand in der Phase des Aufschwungs	1956	4,1	3,6	8,3
Höchster Stand in der Phase der Krise	1958	6,8	6,1	12,6
Niedrigster Stand in der Phase des Aufschwungs	1961 ¹	3,5	3,1	6,4
Höchster in der Phase der Krise erreichter Monatsstand ²	1970 (Dezember)	6,0	5,5	9,3

1 Der Produktionsrückgang begann im August, aber er wirkte sich bis zum Jahresende faktisch nicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit aus.

2 Unter Berücksichtigung des Saisonausgleichs.

3 Die Angaben sind saisonmäßig ausgeglichen. Der niedrigste Index von 1969–1970 (November) spiegelte auch die Auswirkungen des größten Streiks der Arbeiter der Gesellschaft „General Motors“ im Herbst 1970 wider. Ohne diese war der Produktionsrückgang etwas geringer.

Lage an der Effektenbörse, die Kreditrestriktionen durch das Federal Reserve System (FRS) unter den Bedingungen des aufgeblähten Kreditüberbaues verursachten eine Zuspitzung des Problems der Liquidität der Kapitalgesellschaften, eine nie dagewesene Höhe der Zinssätze und eine Jagd nach Bargeld.

Vom wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt besonders wichtig ist die Kennziffer der Arbeitslosigkeit. In beiden Krisen ist ein ernsthaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu beobachten, aber in den Jahren 1969–1970 ging sie von einem etwas niedrigeren Stand aus und erreichte deshalb möglicherweise nicht die Arbeitslosenquote von 1957–1958, sogar wenn man die maximale Monatskennziffer von 1970 mit der Jahreskennziffer von 1958 vergleicht.

Wie aus der Tabelle 2 ersichtlich ist, stieg im Unterschied zum Zyklus der 50er Jahre die Arbeitslosigkeit unter den weißen Arbeitern und Angestellten in der gegenwärtigen Krise stärker als unter den Negern und den anderen Nichtweißen. Im Ergebnis hiervon verringerte sich sogar das traditionelle Verhältnis, nach dem die Arbeitslosigkeit unter den Negern sowohl in Zeiten guter als auch schlechter Konjunktur die entsprechende Kennziffer für die Weißen um mehr als das Doppelte übersteigt. Darin liegt eine der Besonderheiten der heutigen Krise: es besteht eine große Arbeitslosigkeit unter den qualifizierten Arbeitern, den Angestellten und dem ingenieurtechnischen Personal.

Die Begrenztheit staatlicher Stimuli

Bei einem Niveau der offiziellen Arbeitslosigkeit von 6 % der Zahl der Arbeitskräfte und bei einer Nichtauslastung der Produktionskapazitäten von 23 % (Kennziffer für die verarbeitende Industrie im Jahre 1970) arbeitet die amerikanische Wirtschaft mit großen nicht genutzten Ressourcen. Schroff verlangsamte sich das Tempo der Steigerung der Arbeitsproduktivität und in der verarbeitenden Industrie sank sie im Jahre 1970. Diese Lage rief Besorgnis in den herrschenden Kreisen hervor, was seinen Ausdruck in der traditionellen Botschaft des Präsidenten zu Beginn des Jahres 1971 und im Bericht des Rates der Wirtschaftsberater fand. Einer der Hauptgründe für die Unruhe hängt damit zusammen, daß das geringe Tempo und die Nichtausnutzung von Ressourcen die Programme gefährden, die die sozialen Manöver und Reformen verkörpern, die dem amerikanischen Kapitalismus durch den historischen Gang der Ereignisse aufgezwungen sind. Diese Programme (Sozialfürsorge, Gesundheitsschutz, Bildung, Rekonstruktion der Städte, Umweltschutz) werden unter den Bedingungen der Beibehaltung der dem aggressiven außenpolitischen Kurs der USA entspringenden hohen Rüstungsausgaben und der Militarisierung durchgeführt.

Die im letzten Jahresbericht des Rates der Wirtschaftsberater beim Präsidenten enthaltene Prognose der Wirtschaft der USA für die Jahre 1969–1976 sieht eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 3 % (Produktion je Arbeiterstunde) und eine jährliche Steigerung des Bruttonationalprodukts von 4,3 % vor. Jedoch lassen das Steigerungstempo in den Jahren 1970–1971 und

die gegenwärtige Wirtschaftslage sogar diese relativ mäßige Prognose zweifelhaft erscheinen.

Die Frage nach der Rolle des Staates und seiner Politik in der wirtschaftlichen Entwicklung der USA hat große theoretische und praktische Bedeutung. Wenn auch das Gesetz über den Beschäftigungsgrad, das die Bundesregierung erstmalig formell zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades (und mittelbar zur Beibehaltung eines hohen Wachstumstempos der Wirtschaft) verpflichtete, im Jahre 1946 angenommen wurde, wurde dies zu einem wirklichen Problem im letzten Jahrzehnt. Die 60er Jahre zeigten sowohl die bedeutenden Möglichkeiten der staatsmonopolistischen Steuerung der Wirtschaft als auch deren prinzipielle Begrenztheit.

Eine außerordentlich wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre spielt der militärpolitische Faktor. Von 1965–1968 stiegen die Ausgaben des Bundeshaushalts um 51 %, wobei der Löwenanteil der Steigerung auf militärische Zwecke entfällt. Wenngleich dieser Faktor unmittelbar durch Erwägungen bedingt ist, die wenig mit der Steuerung des wirtschaftlichen Wachstums zu tun haben, so wirkte er doch in starkem Maße auf den Verlauf der Reproduktion. Unter seiner Wirkung wurde die Rezession von 1967, die durch eine Verringerung der Zivilbauten und das Sinken der Konsumentenausgaben für langlebige Konsumgüter, verursacht worden war, unterbrochen und von einer kurzfristigen Belebung abgelöst. Als jedoch 1969–1970 die Regierung *Nixon* unter dem Einfluß militärpolitischer und wirtschaftlicher Faktoren gezwungen war, die Rüstungsausgaben und die Gesamtausgaben des Haushalts zu kürzen, spielte das in gewissem Maße die Rolle eines Impulses, der den Krisenerscheinungen den Weg freigab, die sich in der Wirtschaft angesammelt hatten. Anstelle einer „Feinabstimmung“ der Wirtschaft mit den Methoden einer fiskalischen Politik, von der die Regierungsexperten in der ersten Hälfte der 60er Jahre redeten, verwandelt sich der Haushalt in einen außerordentlich stark destabilisierenden Faktor.

Nach offizieller Einschätzung wird das Defizit des Bundeshaushaltes im Finanzjahr 1970/71 18,6 Milliarden Dollar betragen. Darüber hinaus gab Präsident *Nixon* den Haushalt für das Finanzjahr 1971/72 auch mit einem vorgesehenen Defizit von 11,6 Milliarden Dollar bekannt, wobei er mit seinem „Appell an den Keynesianischen Glauben“ nicht wenig Spott auslöste. Zahlreiche Fachleute rechnen damit, daß das tatsächliche Defizit noch größer sein wird. Den Defiziten ist die Konzeption eines „Haushaltes der Vollbeschäftigung“ zugrunde gelegt: die zu erwartenden Ausgaben bilanzieren mit den Einnahmen, die in die Staatskasse fließen würden, wenn die Wirtschaft auf dem Niveau der Vollbeschäftigung funktionieren würde. Hierbei erweist sich der Haushaltsvergleich für das Finanzjahr 1971/1972 defizitlos. Folglich bringt ein „geplantes“ Defizit die Tatsache zum Ausdruck, daß die Wirtschaft nach den Prognosen der den Haushalt Bilanzierenden nicht das Niveau der Vollbeschäftigung erreichen⁴, sondern das Defizit als Maßnahme der „stimulierenden Einwirkung“ der Staatsfinanzen auf die Wirtschaft angesehen wird. Der Übergang der Regierung *Nixon* zu einer Defizitfinanzierung bedeutet die offizielle Anerken-

4 „Vollbeschäftigung“ in diesem Sinne läßt ein bestimmtes Niveau der Arbeitslosigkeit zu.

nung, daß der Rückgang der Produktion und der wirtschaftlichen Aktivität in den Jahren 1969–1970 bedeutend stärker war, als das für den Kampf gegen die Inflation erforderlich gehalten wurde.

Das Federal Reserve System mußte auch eine ziemlich scharfe Wendung in seiner Kredit- und Geldpolitik von der Restriktion, die es ab Ende 1968 verfolgte, zur Kreditexpansion vollziehen. Die Leitung des Federal Reserve System war in bedeutendem Maße gegen ihren eigenen Willen gezwungen, auf eine solche Wendung einzugehen, weil, als sie zu Beginn des Jahres 1970 erfolgte, die Preissteigerung das schärfste Problem aufgab, und die „klassischen“ Rezepte für seine Bewältigung eine weitere Kreditverminderung forderten⁵. Im zweiten Halbjahr 1970 und zu Beginn des Jahres 1971 erfolgte eine starke Senkung der Zinssätze im Land. Jedoch bleibt die Frage offen, ob das eine Folge der Politik des Federal Reserve System oder der Einwirkung spontaner Marktfaktoren war. Es kann angenommen werden, daß ein wichtiger Faktor für die Senkung der Zinssätze das neue Stadium der Entfaltung der Krise war, als sich auf dem Geldmarkt die Wirkung des Rückgangs der Investitionen und einiger Elemente der Verbrauchernachfrage verstärkte.

Diese Entwicklung, die einige günstige innerwirtschaftliche Folgen hatte (Minderung der Spannungen in der Kreditsphäre, Belebung der Hypothekenanleihen) wirkte sich auf die Zahlungsbilanz und die äußeren Positionen des Dollars aus. Die Senkung der Zinssätze in den USA verstärkte den Abfluß ausländischer kurzfristiger Kapitalanlagen aus dem Land. Das Defizit der Zahlungsbilanz, das auf der Basis der offiziellen Reservetransaktionen gemessen wird⁶, erreichte 1970 die gewaltige Höhe von über 10 Milliarden Dollar und allein im ersten Quartal 1971 5 Milliarden Dollar. Die „Flucht aus dem Dollar“ nahm solche Ausmaße an, daß vor der kapitalistischen Welt real die Perspektive neuer scharfer Währungserschütterungen stand, die geeignet waren, die Ereignisse von 1967–1969 zu übertreffen.

Die Bedingungen für die Entwicklung der Krise

Auf die Wirtschaftslage in den Jahren 1969–1971 wirkten unterschiedliche und sogar gegenläufige Faktoren. Einige hiervon verhinderten in bestimmtem Maße eine Vertiefung der Krise und unterstützten eine gewisse Minderung ihrer Folgen. Die Hauptfaktoren hiervon sind:

1. Die relative Stabilität der Verbrauchernachfrage, die mit den antizyklischen Tendenzen der persönlichen Einkünfte zusammenhängt. In der Periode der Entwicklung der Krise (vom III. Quartal 1969 bis zum III. Quartal 1970) stiegen die persönlichen Konsumtionsausgaben umgerechnet auf das Jahresniveau in laufenden Preisen um 40 Milliarden Dollar gegenüber 38,8 Milliarden Dollar im Vorjahr, als

⁵ Zu den Widersprüchen der Kredit- und Geldpolitik siehe den Beitrag von W. Usoskin in der Diskussion über Probleme der Wirtschaftslage der USA („ME i MO“ Heft 10/1970 S. 98–100).

⁶ Das heißt, auf der Grundlage des Vergleichs in der Bewegung der offiziellen Gold- und Devisenreserven der USA und der kurzfristigen staatlichen Aktiva in amerikanischen Dollar im Ausland.

in der Wirtschaft eine Belebung zu beobachten war. Ungeachtet dessen, daß unter der Einwirkung der Krise (Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Verlangsamung der Steigerung der Lohntarife usw.) das Jahresniveau des Zuwachses des Gesamtlohnfonds in der ganzen Wirtschaft stark zurückging (von 45,4 Milliarden Dollar auf 27 Milliarden Dollar), ging eine stabile Steigerung der Konsumtionsausgaben vor sich. Die Senkung des Lohnfonds wurde durch eine Erhöhung der Transfer-(Sozial-)Zahlungen und eine Verringerung der Steuerabzüge kompensiert. Die Aufrechterhaltung des Niveaus der Einkünfte und der Nachfrage wurde in bestimmtem Maße einerseits durch das Steigen der Arbeitslosenunterstützung und die Verringerung der Steuerbeträge auf der Basis der alten Sätze und andererseits durch Steuerungsmaßnahmen, besonders durch eine gewisse Senkung der Sätze der Bevölkerungssteuern Ende 1969 und eine Erhöhung der Zahlungen für die soziale Versorgung im Frühjahr 1970 unterstützt.

2. Die mit dem zweiten Halbjahr 1970 einsetzende Belebung des Wohnungsbaus, die die Einschränkung der Produktionsinvestitionen teilweise ausglich. Im ganzen war 1970 die Anzahl der begonnenen Wohnungsbauten und die Investitionssumme für ihren Bau etwas geringer als 1969, jedoch überstieg diese Zahl im Dezember 1970 die Kennziffer vom Dezember 1969 schon um 42 %. Die tatsächlichen Investitionen stiegen ebenfalls merklich an. Offizielle Quellen und amerikanische Ökonomen schreiben das der Senkung der Zinssätze für Hypothekenanleihen zu. Nach unserer Meinung spielte auch die erwähnte Tendenz bei den persönlichen Einkünften eine gewisse Rolle. Der antizyklische Effekt des Wohnungsbaues bestand auch in der Krise von 1957–1958: während die Industrieproduktion 1958 fast um 7 % niedriger war als 1957, stieg die Anzahl der begonnenen Wohnungen um 12 %.

3. Die Stabilität der Investitionen in den Zweigen für öffentliche Zwecke. Bei einem unbedeutenden Ansteigen der Investitionen außerhalb des Wohnungsbaues in laufenden Preisen und einem gewissen Rückgang in unveränderlichen Preisen im Jahr 1970 stiegen die Anlagen in Gebäuden und Ausrüstungen in solchen Zweigen wie der Elektroenergie, der Gaswirtschaft, dem Fernmeldewesen, der städtischen Kommunalwirtschaft und dem Luftverkehr ohne wesentliche Veränderung des Tempos weiter an. Indessen bleiben die Gesamtinvestitionen dieser Zweige in der Höhe nur wenig hinter den Investitionen der verarbeitenden Industrie zurück.

4. Die Beibehaltung des Steigerungstempos der Ausgaben der Staaten und Gemeinden wie vor der Krise. Die Beschäftigtenquote in dieser Sphäre war 1970 durchschnittlich 5 % höher als 1969, was das Problem der Arbeitslosigkeit etwas milderte.

5. Die Expansion auf den Außenmärkten: 1970 stieg der amerikanische Waren- und Dienstleistungsexport schneller als der Import.

6. Die Verstärkung der Spannungen in der Finanz- und Kreditsphäre ging nicht in eine Kreditkrise über. Deshalb wirkte sie sich relativ schwach auf die Produktion und die Beschäftigung aus. Der bedeutende Rückgang der Aktienkurse wurde Mitte 1970 von einem Ansteigen abgelöst, und gegen Ende des Jahres 1970 erreichten die Aktienkurse im Durchschnitt wieder die Höhe von 1969. Sie stiegen weiter an, und in den ersten Monaten des Jahres 1971 blieb der Bankrott der „Penn Central“ praktisch der einzige unter den großen Kapitalgesellschaften. Die Höhe der Zinssätze

ging merklich zurück. In gewissem Sinne bestätigten die Jahre 1969–1970 die Tendenz zur relativen Abschwächung der Kredit- und Geldkrisen und ihrer Rolle in den Wirtschaftskrisen. Gleichzeitig zwang die Entwicklung der Vorbedingungen für eine Kreditkrise die Regierung, einige zusätzliche Maßnahmen zu treffen, die auf eine Erhöhung der Stabilität der Kreditsphäre gerichtet waren. Zur Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau wurde eine neue staatliche Finanzorganisation, die Bundesgesellschaft für Wohnungsbauhypothekenkredite, geschaffen. Im Zusammenhang mit dem Bankrott einiger Börsenmaklerfirmen erhob sich die Frage nach staatlichen Garantien für die Kapitalgeber, über deren Gelder die Firmen verfügen. Im Dezember 1970 bestätigte der Kongreß hierzu eine staatliche Gesellschaft zum Schutz der Investoren, die in bestimmten Grenzen Garantien gegen Verluste beim Bankrott von Maklern gewährt.

Die Entwicklung der Wirtschaft der USA in den Jahren 1969–1971 bestätigt die Richtigkeit der Schlußfolgerungen über die Veränderungen der zyklischen Prozesse in den kapitalistischen Reproduktion, zu denen sowjetische Wissenschaftler kamen: „Der moderne Kapitalismus wurde entgegen den Behauptungen seiner Apologeten keineswegs „planmäßig“ ... „krisenfrei“..... Die kapitalistische Welt vermochte es nicht, krisenhaften Produktionsrückgängen vorzubeugen ... Wenn man indessen das Gesamtbild nimmt, so kann nicht übersehen werden, daß die Schärfe und die Tiefe der zyklischen Wirtschaftskrisen in der kapitalistischen Welt sich relativ verringert hat“⁷.

Die letzte Krise hat eine Reihe von Besonderheiten, die die Entwicklung und die Vertiefung der Widersprüche des amerikanischen Imperialismus widerspiegeln. Die wichtigste hiervon besteht vor allem in der Verbindung der Wirtschaftskrise und der Stagnation mit der Inflation und einer bedeutenden Preissteigerung.

Ein neuer Anstieg der Preise

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in den kapitalistischen Ländern nahm chronischen Charakter an. Jedoch schließt die Beständigkeit des Preisanstiegs nach dem Kriege die zeitliche Ungleichmäßigkeit der Entwicklung dieses Prozesses nicht aus: Perioden schneller Preissteigerungen wechselten immer mit Jahren, in denen die Teuerung in relativ langsamem Tempo zunahm.

Die heutige Inflationswelle in den USA ist die ernsteste in den letzten zwanzig Jahren. Das Tempo des Anstiegs der Einzelhandelspreise im Zeitraum 1966–1970 ist gegenüber der zweiten Hälfte der 50er Jahre zweieinhalbmal so hoch. Bedeutend länger war auch der Zeitraum, in dem die Lebenshaltungskosten stiegen. Die Verringerung des Tempos des Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der 60er Jahre konnte die Entwicklung dieses Prozesses nicht verlangsamen (siehe Tabelle 3).

⁷ „Politische Ökonomie des modernen Monopolkapitalismus“, Moskau 1971, Band 2, S. 387. Deutsche Ausgabe: Dietz Verlag, Berlin/DDR, 845 Seiten, ca. 18 M,-, 1972.

Tabelle 3

Durchschnittliches Jahrestempo der Preissteigerung (in %)

	1955–1960	1960–1965	1965–1970
Großhandelspreisindex	1,6	0,4	2,8
Einzelhandelspreisindex	2,1	1,2	4,3
Preisindex für die Elemente des Bruttonationalprodukts („Deflator BNP“)	3,7	1,4	4,1

Besonders stark stiegen die Dienstleistungspreise. So erhöhten sich die Durchschnittstarife für Dienstleistungen (einschließlich Wohnungsmieten) im Verlauf der zweiten Hälfte der 60er Jahre um mehr als ein Drittel. Auf die Sphäre der Dienstleistungen entfiel in diesen Jahren über die Hälfte der Steigerung der Einzelhandelspreise.

Gleichzeitig verursacht, wie im letzten Bericht des Rates der Wirtschaftsberater beim Präsidenten festgestellt wurde, „an der Front des Kampfes mit der Preissteigerung das Verhalten der Preise für Industriewaren die größte Enttäuschung“⁸. Die Steigerung der Überproduktion trat in den vorangegangenen Krisen rasch in einem verlangsamten Ansteigen der Preise für Industriewaren in Erscheinung. Eine der spezifischen Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bestand darin, daß die Preise für die Mehrzahl dieser Waren bis in die letzte Zeit hinein mit zunehmendem Tempo weiter stiegen. So sind trotz des Sinkens der zahlungsfähigen Nachfrage und des Produktionsrückgangs die Einzelhandelspreise für langlebige Konsumgüter in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 (umgerechnet auf das Jahrestempo) um 3,5 % und in der ersten Hälfte des Jahres 1970 bereits um 5,5 % gestiegen und auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 war keine Verringerung des Tempos des Preisanstiegs festzustellen. Die Erhöhung der Einzelhandelspreise für Personenkraftwagen im Jahr 1970 war die größte in den letzten zehn Jahren.

Die vorangegangene Welle einer bedeutenden Preissteigerung (1955–1957) hing vor allem mit „nichtgeldlichen“ Faktoren der Verteuerung der Lebenshaltung zusammen. Die Höhe des Geldumlaufs (Gesamtsumme des Bargelds und der kurzfristigen Bankeinlagen) veränderte sich 1956–1957 praktisch nicht. In diesem Zeitraum trat besonders offensichtlich der Zusammenhang der inflationistischen Prozesse mit der staatsmonopolistischen Struktur der Wirtschaft und der monopolistischen Praxis der Preisbildung in einer Reihe von Sektoren in Erscheinung. Gerade damals fanden in der amerikanischen Literatur erstmals die Konzeptionen „einer neuen Inflation“, „einer Inflation der unmittelbar festzusetzenden Preise“, „einer Inflation der Verkäufer“ usw. weite Verbreitung.

Der gegenwärtige Preisanstieg ist eine kompliziertere Erscheinung. Als unmittelbarer die Preissteigerungswelle auslösender Anstoß erwies sich offensichtlich die starke Erweiterung der Regierungsaufkäufe in den Jahren 1966–1968. Die Erhö-

⁸ „Economic Report of the President“, February 1971, p. 52.

hung der Regierungsausgaben zog unvermeidlich die Vergrößerung des Defizits des Bundeshaushalts nach sich: im Finanzjahr 1964/1965 betrug es 1,6 Milliarden Dollar, im Finanzjahr 1967/68 schon 25,2 Milliarden oder die höchste Summe in der ganzen Nachkriegsperiode. Bei solchen Ausmaßen der Emission von Regierungsoptionen erwies sich der Wertpapiermarkt bald „übersättigt“. Dem Staatshaushalt kamen die Reservebanken zu Hilfe. Der Bestand an Regierungsoptionen bei den Bundesreservebanken stieg 1964–1968 um 11,5 Milliarden Dollar, was eine zusätzliche Ausgabe von Banknoten von mindestens 7 Milliarden Dollar erforderlich machte. Zugleich schuf die Erweiterung der Nachfrage nach Darlehen und die Vergrößerung der Reserven der Handelsbanken günstige Bedingungen für die bedeutende („multiplizierte“) Erhöhung der Kreditzahlungsmittel im System der Handelsbanken. Das Ergebnis hiervon war, daß die Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmengen die Steigerung des Waren- und Dienstleistungsumsatzes wesentlich überholte.

Tabelle 4
Bewegung der Produktion und der im Umlauf befindlichen Geldmengen (in %)

	1955–1960	1960–1965	1965–1970
Zunahme der im Umlauf befindlichen Geldmengen			
1) Variante I ¹	+ 15	+ 47	+ 41
2) Variante II ²	+ 5	+ 19	+ 28
3) Zuwachs des Bruttonationalprodukts (in konstanten Preisen)	+ 11	+ 27	+ 17
Verhältnis 1 zu 3 ³	1,04	1,16	1,21
Verhältnis 2 zu 3 ³	0,95	0,94	1,09

1 Bargeld und Geldeinlagen bei Handelsbanken (befristete und unbefristete)
2 Bargeld und unbefristete Einlagen bei Handelsbanken
3 Wir zeigen die Technik der Berechnung dieser Kennziffer für 1955–1960: $\frac{1,15}{1,11} = 1,04$

Aus den Angaben der Tabelle 4 sind einige Unterschiede der heutigen Preissteigerungswelle gegenüber dem Ausbruch der Inflation in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu entnehmen. Offensichtlich spielen in der gegenwärtigen Inflation die Geldfaktoren eine bedeutendere Rolle.

Inflation und staatsmonopolistische Struktur

In der heutigen Preissteigerungswelle fanden auch Strukturelemente des modernen Inflationsprozesses ihren deutlichen Niederschlag. In diesem Zusammenhang genügt es, auf die Politik der größten amerikanischen Stahlgesellschaften zu ver-

weisen, die eine wichtige Rolle in der allgemeinen Preisbewegung spielen⁹. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre stiegen die Preise für Roheisen und Stahl bedeutend schneller als für alle anderen im Großhandelspreisindex berücksichtigten Warengruppen (obwohl der Grad der Nichtauslastung des Produktionsapparates in der Schwarzmetallurgie bedeutend höher war als in vielen anderen, weniger monopolisierten Industriezweigen).

Gleichzeitig verdient die Abschwächung der zyklischen Gesetzmäßigkeiten der Preisbewegung Beachtung. Der intensive zyklische Aufschwung in der Mitte der 60er Jahre war von einem relativ mäßigen Preisanstieg begleitet, und den ersten die Entwicklung des inflationistischen Prozesses beschleunigenden Impuls erhielt das Preissystem in einer Periode der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. In den letzten Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten immer ungestümer, ungeachtet der flauen Nachfrage und des ständigen Rückgangs der Auslastung der Produktionskapazitäten. Sogar das direkte Sinken der zahlungsfähigen Nachfrage, die von einem krisenhaften Produktionsrückgang und einem Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen begleitet war, konnte nicht die weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten aufhalten. Der Index der Verbraucherpreise stieg 1965 um 1,6 %, 1967 um 2,8 %, 1968 um 4,2 %, 1969 um 5,4 % und 1970 um 5,9 %. Damit besteht eine deutliche Beschleunigung des Steigerungstempos der Teuerung. „Das heutige Problem erweist sich ernster als irgendein früheres“, schrieb die „New Times“, „da die amerikanische Wirtschaft offensichtlich nicht in gebührender Weise auf die gewöhnlichen Methoden der „Heilung“ mit Hilfe einer fiskalischen und Geld- und Kreditpolitik reagiert“¹⁰. Weniger abhängig als die Bewegung der Marktpreise von den zyklischen Veränderungen der zahlungsfähigen Nachfrage erweisen sich deutlich die Strukturelemente des gegenwärtigen Inflationsprozesses und seine unlösbare Verbindung mit dem Gesamtmechanismus der staatlichen und privatmonopolistischen Regulierung. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus macht schon eine lang andauernde Preissteigerung allein unvermeidlich ökonomische Prozesse wirksam, die eine Beschleunigung der Inflation fördern.

Die Politik der Preiserhöhung für Stahl und Stahlerzeugnisse, insbesondere für Erzeugnisse des Maschinenbaues, sowie einige andere Faktoren führen zu einer schnellen Zunahme der Teuerung bei Maschinenausrüstungen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre stieg sie schneller als das Gesamtniveau der Großhandelspreise. Das verstärkt die Tendenz zur Erhöhung der Amortisationen, die ihrerseits in die Kosten eingehen und die Preise noch mehr nach oben treiben.

Auch das Tempo der Preissteigerung bei industriellen Rohstoffen nahm zu. Der Großhandelspreis der in der verarbeitenden Industrie verwendeten Rohstoffe und Materialien stieg 1968 um 2 %, 1969 um 3,5 % und 1970 um fast 4 %. Gleichzeitig

⁹ Die eingehendsten Untersuchungen auf diesem Gebiet wurden von den amerikanischen Wirtschaftlern O. Eckstein und G. Fromm vorgenommen. Nach ihren Berechnungen war über die Hälfte der gesamten Preissteigerung in den Jahren 1953–1958 durch die Erhöhung der Stahlpreise verursacht.

¹⁰ „The New York Times“ vom 18.11.1970.

begünstigten die Verlangsamung des Steigerungstempos der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Nominalstundenlöhne und andere Faktoren die Erhöhung der spezifischen Kosten für die Bezahlung der Arbeitskraft. Zum Beispiel stiegen diese Kosten in den nichtlandwirtschaftlichen Zweigen 1967 um mindestens 4 %, 1968 um 4,3 % und 1969 um 6,4 %. Unter den Bedingungen einer Überproduktionskrise unternimmt das Monopolkapital besondere Anstrengungen, um eine Einsparung bei den Ausgaben des variablen Kapitals zu erreichen. Es nutzt die vergrößerte Reservearmee der Arbeitslosen, die Zunahme der Anzahl der Personen, die nicht die volle Arbeitswoche beschäftigt sind, usw. aus. Das wirkte sich in einer verlangsamten Erhöhung der spezifischen Kosten für die Bezahlung der Arbeitskraft aus, konnte jedoch dem genannten Prozeß nicht Einhalt gebieten. Im Jahre 1970 stiegen diese Kosten um etwa 6 %.

Jedoch ging trotz der Steigerung der Kosten die Profitrate in der verarbeitenden Industrie der USA im Zeitraum 1967–1969 praktisch nicht zurück. Das Verhältnis des Nettogewinns (vor Abführung der Steuern) zum Kapital betrug im Durchschnitt 11,5–12,1 %. Wie die Bilanzangaben ausweisen, stieg die Profitrate vieler der größten Gesellschaften bis in die Mitte des Jahres 1969 weiter an. Dadurch wurden unvermeidlich die Bedingungen für eine beschleunigte Entwicklung der inflationistischen Prozesse geschaffen.

Die ausgedehnte Wirtschaftskrise demonstrierte erneut die Grenzen der privatmonopolistischen und staatsmonopolistischen Regulierung des Profits und der Preise. Die Zunahme der Überproduktion und die schnelle Verstärkung der Spannung in der Finanz- und Kreditsphäre führten von der Mitte des Jahres 1969 an zu einer fast allgemeinen Senkung der offiziellen ausgewiesenen Profitrate. Im III. Quartal 1970 erreichte sie 9 % gegenüber 12,4 % im II. Quartal 1969. Unter den Bedingungen des Falls der Profitrate und des scharf zugespitzten Konkurrenzkampfes waren die großen Gesellschaften gezwungen, an einen fieberhaften Umbau der Produktion und des Absatzes zu gehen mit dem Ziel, das Kostenniveau zu senken.

Die erwähnten Prozesse beginnen sich auch in der im Frühjahr 1971 eingetretenen gewissen Verlangsamung des Inflationsprozesses auszuwirken. Jedoch sind die Perspektiven für den weiteren Rückgang des Wachstumstempos der Teuerung sehr unbestimmt. Es ist z.B. klar, daß das keynesianistische Programm der Stimulierung die Wirtschaft in die Gefahr einer erneuten Beschleunigung der Preissteigerung bringt. Es ist bemerkenswert, daß in offiziellen Dokumenten immer häufiger die Behauptung zu finden ist, daß eine „vernünftige“ Stabilität der Preise notwendig ist. Das Sinken des jährlichen Tempos der Inflation auf 3 %, das nach den Prognosen des bekannten amerikanischen Wirtschaftlers *M. Friedman* noch Ende 1970 eintreten sollte, kann jetzt nach Berechnungen von Regierungsexperten nicht vor Mitte 1972 erreicht werden.

Das Dilemma: „Arbeitslosigkeit oder Inflation?“

In der modernen bürgerlichen ökonomischen Literatur erlangte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation besondere Popularität. Diese

Problemstellung wird gewöhnlich mit dem Namen des englischen Wirtschaftlers *E. Philips* verbunden. In einem 1958 veröffentlichten Artikel¹¹, der jetzt den Ruf „klassisch“ zu sein, genießt, versucht er nachzuweisen, daß die Bewegung des Lohnes und der Preise unmittelbar von dem Niveau der Arbeitslosigkeit abhängig ist. Solange die Arbeitslosigkeit nicht 2,5–3 % der Arbeitskräfte erreichte, war in England gewöhnlich eine bedeutende Preissteigerung zu beobachten. Diese Abhängigkeit war nichtlinear; mit der weiteren Vergrößerung der Arbeitslosigkeit wurde die Preissteigerung plötzlich langsamer.

Bei der heute bestehenden engen Verbindung zwischen der bürgerlichen politischen Ökonomie und der Politik des Staates hatten diese Ideen in vielen imperialistischen Ländern wesentlichen Einfluß auf die Formen der antiinflationistischen Politik der 60er Jahre. Sie drückten auch dem Wirtschaftsprogramm der Administration *Nixons* deutlich den Stempel auf. Ohne diese Ideen kam in der letzten Zeit nicht eines der offiziellen Dokumente aus, das in irgendeiner Form die Wirtschaftsstrategie der Regierung eingehend darlegte. Beschränken wir uns auf die Wiedergabe einiger Überschriften des Berichts des Rates der Wirtschaftsberater beim Präsidenten für 1970: „*Das Dilemma: Arbeitslosigkeit oder Inflation*“, „*die beste Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation*“ usw.

Die Schlußfolgerung über die umgekehrte Abhängigkeit zwischen Arbeitslosigkeit und Tempo der Preissteigerung, die im Verlauf langer Zeiträume in Erscheinung tritt, spiegelt bestimmte Züge der Wirklichkeit wider. Die Bewegung der Preise nach oben zeigte in einer langfristigen Tendenz immer einen deutlich ausgeprägten Einfluß zyklischer Faktoren, und das Niveau der Arbeitslosigkeit betrifft eine Anzahl von Kennziffern, die auf Konjunkturschwankungen fein reagieren. Deshalb sinkt in Perioden des zyklischen Aufschwungs die Arbeitslosigkeit, und gleichzeitig beschleunigt sich die Preissteigerung und in Krisenperioden sind direkt entgegengesetzte Tendenzen zu beobachten. Jedoch treten darin nur die allgemeinsten wechselseitigen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Prozessen der Reproduktion in Erscheinung und keineswegs irgendeine besondere Einwirkung des ‚magischen‘ Faktors Arbeitslosigkeit auf die Preise. Kurven, die analog der Kurve von *Philips* sind, können erzielt werden, wenn das Tempo der Preissteigerung und andere, die Zyklusentwicklung kennzeichnende Kennziffern, z.B. der Grad der Ausnutzung der Produktionskapazitäten oder die Bewegung der Investitionen, miteinander korreliert werden.

Seine Popularität verdankt das Dilemma „Arbeitslosigkeit oder Inflation“ weitgehend gerade diesem elementaren Charakter der untersuchten Wechselbeziehungen und Urteile¹². Eine sorgfältigere Analyse deckt unausweichlich die ersten Schwä-

11 A. W. Philips. The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957 („*Economica*“, November 1958, pp. 283–299).

12 In Urteilen dieser Art werden nicht nur andere das Preisniveau beeinflussende Faktoren ignoriert, sondern auch Struktureffekte, die mit der unterschiedlichen Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die Zweige zusammenhängen usw. (Siehe z.B. Richard G. Lipsey, The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1862–1957: A Further Analysis“ („*Economica*“, February 1960, pp. 1–3).

chen und Widersprüche auf, die gerade dieser Problemstellung eigen sind. Mit besonderer Deutlichkeit treten sie im Verlauf relativ kurzer Zeiträume zu Tage (die Kurve von *Philips* war auf der Grundlage von Angaben aufgebaut, die eine fast hundertjährige Periode umfassen – von 1861–1957). Es genügt darauf zu verweisen, daß während kurzer Zeiträume Faktoren in den Vordergrund treten können, die sich während eines langen Zeitraumes gegenseitig aufheben. Außerdem verliert das Dilemma „Arbeitslosigkeit oder Inflation“ in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit einer gewissen Abschwächung der zyklischen Gesetzmäßigkeiten der Preisbewegung seinen kategorischen Charakter.

Zur Einschätzung der Effektivität der deflationistischen Politik der Regierung der USA wollen wir das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Preisbewegung betrachten, das sich während der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Verlauf des letzten Jahrzehnts herausgebildet hat. In der ersten Hälfte der 60er Jahre sank das Durchschnittsniveau der Arbeitslosigkeit von 7,1 % auf 4,5 % der gesamten Arbeitskräfte. Nach dem Dilemma müßte das eine beschleunigte Preissteigerung nach sich ziehen. Jedoch in Wirklichkeit ist das nicht der Fall.

Andererseits stieg ab Mitte 1969 die Arbeitslosigkeit ständig und erreichte Ende 1970 6 % der Arbeitskräfte (gegenüber 3,4 % im Juni 1969). Aber sogar ein solch schnelles Ansteigen der Arbeitslosigkeit konnte das Anwachsen der Teuerung nicht irgendwie wesentlich bremsen. So ermöglichte die genannte Konzeption nicht einmal die Bestimmung der allgemeinen Richtung des Prozesses (das Vorzeichen des erwarteten Effekts) während eines kurzen Zeitraums. Als Bestätigung dafür kann das gleichzeitige Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der Inflation dienen, mit dem die amerikanische Wirtschaft in den letzten Jahren konfrontiert wurde.

Noch weniger zuverlässig erwiesen sich die Versuche einer quantitativen Bestimmung der Arbeitslosigkeit, die die Wirtschaft vor einer Inflation „bewahrt“. So wurde 1960 ein Artikel der bekannten amerikanischen Wirtschaftler *P. Samuelson* und *R. Solow* veröffentlicht, in dem die Autoren nach Materialien der USA ein langfristiges Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation berechneten. Sie kamen zu dem Schluß, daß eine 4–5%ige Preissteigerung nur dann möglich ist, wenn die Arbeitslosigkeit auf 3 % der Arbeitskräfte sinkt¹³. Jedoch bestätigte der gesamte Verlauf der nachfolgenden Wirtschaftsentwicklung diese Prognosen nicht. Es zeigte sich, daß dem gleichen Niveau der Arbeitslosigkeit ein völlig unterschiedliches Tempo der Preissteigerung entsprechen kann. Das hängt von dem sich herausbildenden Wechselverhältnis einiger anderer wirtschaftlicher und sozialer Faktoren ab.

Im Bericht des National Bureau of Economic Research für 1970 sind die vorläufigen Ergebnisse einer umfassenden ökonomisch-statistischen Untersuchung enthalten, die den Problemen der Preisbewegung gewidmet ist. Der Leiter der Arbeit, *R. Gordon*, kommt zu folgendem Schluß: „...*Es bestehen keinerlei konstante stabile Wechselbeziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, wie das frühere Er-*

13 Vgl. Paul A. Samuelson and Robert W. Solow. Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy („American Economic Review“, May 1960 p. 192).

forscher der Kurve von *Philips* mutmaßten“¹⁴. Einige andere Autoren versuchen diesen Apparat zu modifizieren, indem sie Parameter aufnehmen, die die „Inflationspsychologie“ der Käufer kennzeichnen¹⁵. Im Zusammenhang damit scheint es angebracht, die Einschätzung der Kurven von *Philips* durch *A. Rees* und *M. Hamilton* anzuführen. Nach der Feststellung, daß das zu untersuchende Verhältnis in entscheidendem Maße von der Wahl anderer Parameter, den Methoden der Verarbeitung der statistischen Daten usw. abhängt, kommen sie zu dem Schluß: „*Deshalb würden Autoren, die Kurven nach Philips berechnen, richtig verfahren, wenn sie ein ins Auge fallendes Etikett anbringen würden: ‚Unstabil! Erfordern äußerste Vorsicht bei Umgang!‘*“¹⁶.

Gleichzeitig erweist sich im Zusammenhang mit dem Übergang der republikanischen Administration zu keynesianistischen Programmen der Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivität das Dilemma „Arbeitslosigkeit oder Inflation“ als ein plumpes Mittel zur Rechtfertigung der Regierungspolitik. Deshalb wurden in der letzten Zeit erste Anzeichen einer Überprüfung der offiziellen Ideologie bemerkbar. 1971 hob *Präsident Nixon* in seiner Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß erstmalig hervor, daß „*die Kontrolle der Inflation und die Sicherung der Vollbeschäftigung keine sich widersprechende, sondern einander unterstützende Aufgaben darstellen*“¹⁷.

Schließlich muß besonders unterstrichen werden, daß die Behandlung des Gegensatzes zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation in der bürgerlichen Literatur einen äußerst beschränkten Charakter trägt. Wenn auf das Bestehen einer funktionellen Wechselbeziehung zwischen dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der Verlangsamung der Preise hingewiesen wird, geben ihr bürgerliche Wirtschaftler und Politiker gewöhnlich eine einseitige Interpretation: die Bewegung der Arbeitslosigkeit ist irgendwie die Grundursache, die alle Veränderungen in der Preisbewegung nach sich zieht. Indessen ist unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Struktur der Wirtschaft die entgegengesetzte Linie begründet. Die Preissteigerung kann als aktiver Faktor der zyklischen Entwicklung dienen, der auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften Einfluß ausübt. Zum Beispiel nahm die Preissteigerung während der zweiten Hälfte der 60er Jahre allmählich zu, obwohl der Markt sich immer flauer erweiterte, und in der letzten Zeit die zahlungsfähige Nachfrage sogar zu sinken begann. Das führt unzweifelhaft zu einem Ansteigen der Nichtauslastung des Produktionsapparates und zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit.

14 „Economics – A Half Century of Research 1920–1970“ 50th Annual Report. September 1970. National Bureau of Economic Research, Inc. New York, 1970, p. 30.

S. z.B. M. Friedman. Comment („Guidelines: Informal Research and Market Place“, Chicago, 1966); E. Phelps. Money-Wage Dynamics and Labour-Market Equilibrium („The Journal of Political Economy“, August 1968).

16 Albert Rees and Mary T. Hamilton. The Wage-Price-Productivity Perplex („The Journal of Political Economy“, February 1967, p. 70).

17 „Economic Report of the President“, p. 7.

Eine bedeutende Arbeitslosigkeit und eine starke Inflation schränken die Möglichkeiten der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft stark ein und machen die Grenzen für das Manövrieren der regierenden Kreise enger. Neben dem Fiasko der außenpolitischen Strategie, insbesondere in Indochina, und der Verschärfung der inneren sozial-politischen Krise verstärken die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die allgemeine Unstabilität der Lage in den USA.

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VII und 381 Seiten, Format DIN A4, Statistische Beilage, Preis DM 17,-

Mit der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einen größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen), die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichungen bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Die einzelnen Abschnitte des vorliegenden Bandes enthalten in der BRD weitgehend unbekanntes Material vor allem der CGIL, der CGIL-FIOM, der CISL, sowie der Arbeitskammern von Mailand und Rom. Hinzu kommen wichtige Dokumente der PCI sowie Interviews zu Schlüsselproblemen der italienischen Arbeiterbewegung mit führenden Repräsentanten der CGIL und der PCI, die dem IMSF gewährt wurden.

Nach Themen geordnet ergeben sich folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969
2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970
3. Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Bibliographie

6. Interview – Anhang

7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI (vollständiger Wortlaut) am 13.3.1972 in Mailand

8. Wahlergebnisse vom 18.5.1968 und vom 7.5.1972

Arbeitskampfrecht als Instrument des außerökonomischen Zwangs gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften

Band 8 der Reihe Informationsberichte des IMSF, Frankfurt/Main 1972, 25 Seiten, Format DIN A4, Preis DM 5,-. Verfaßt von Rolf Gefken/Klaus Dammann/Christian Rahm.

Inhalt:

Vorwort; Einleitung; Die rechtlichen Grenzen des Streiks; Die Tariffähigkeit; Das „Ultima-ratio-Prinzip“; Das zeitliche Verhältnis von Urabstimmung und Streik; Rechtsweg und Streik; Das Prinzip „Fairer Kampfführung“; Propaganda; Streikposten; Das Übermaßverbot; Gewerkschaftspolitik und bürgerliches Arbeitsrecht; Aussperrung und ihre Auswirkung auf die Arbeiterklasse; Aussperrung als Einschränkung des Streikes; Begründung der „Notwendigkeit“ der Aussperrung; Kampfpärität; Freiheit der Wahl als Kampfmittel; Neutralität des Staates; Kollektivrechtliche Fassung der Aussperrung und Auswirkungen auf die Ausgesperrten; Lösende Aussperrung generell zulässig; Abgrenzung zur individualrechtlichen Kündigung und Massenänderungskündigung; Formen der Aussperrung; Wiedereinstellung der lösend Ausgesperrten; Auswirkungen von Streik und Aussperrung auf die mittelbar Betroffenen; Betriebsrisiko und Sphärentheorie beim Streik; Regelung in Frankreich; Das Prinzip der allgemeinen Risikoverteilung; Neutralität des Staates; Arbeitsvermittlung; Arbeitslosenunterstützung; Einstweilige Verfügung im Arbeitskampf; Tarifrecht, Einleitung, Inhalt des Tarifvertrages; Normativer Teil; Mindestbedingungen und Günstigkeitsprinzip; Ordnungsprinzip; Reallohn und Tarifvertrag; Besitztandklauseln; Effektivklauseln, Effektivgarantieklauseln; Begrenzte Effektivklauseln; Wiedereinstellungsklausel und Maßregelungsverbot; Schuldrechtlicher Teil; Zusammenfassung.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D-6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel. 06 11 / 72 49 14

Marxistische Expertendiskussion*

Moderne Inflation: Ursprung, Mechanismus, sozialökonomisches Wesen

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1971, Nr. 7/1971, S. 109-119*

Ju. Pokataev. Bereits das dritte Jahr steht die kapitalistische Wirtschaft im Zeichen der Inflation. Einen so intensiven und allseitigen Preisanstieg wie in den Jahren 1969 und 1970 haben wir seit dem Koreakrieg nicht mehr beobachtet. Ich möchte sogar sagen, daß noch niemals nach dem zweiten Weltkrieg so viele kapitalistische Länder und Warengruppen von der Inflation betroffen sind wie heute. Die Preise stiegen und steigen in großen und kleinen Staaten, in den ökonomisch entwickelten Ländern und in den Entwicklungsländern; es steigen die Groß- und Einzelhandelspreise, die Preise für Waren und Dienstleistungen, die Inlands- und die Weltmarktpreise.

Von 1969 bis 1970 stiegen die Einzelhandelspreise in der kapitalistischen Welt um mehr als 10 Prozent. In diesen zwei Jahren stieg der Lebenshaltungskostenindex in den USA um 12 Prozent, in Japan um 13, in Großbritannien um 12, in Frankreich um 12, in Kanada um 9, in den Niederlanden um 11, in Schweden um 10, in Norwegen um 14 und in Island um 34 Prozent.

Eine Besonderheit der gegenwärtigen Inflation ist, daß die Weltmarktpreise ebenso schnell wie die Inlandspreise steigen. In den Jahren 1969 und 1970 stiegen die Weltmarkt-Warenpreise jährlich um 5 Prozent, während im Zeitraum von 1955 bis 1968 ihre Jahresdurchschnittszunahme unter 1 Prozent lag.

Die Inflation durchdringt alle Seiten des Wirtschafts- und Soziallebens, sie stört den Ablauf der Produktionsprozesse und verschärft den Klassenkampf erheblich, sie wurde zur Hauptsorge der Staatsmänner und zum Gegenstand ständiger Beunruhigung. Präsident *Nixon* beispielsweise betont immer wieder, der Kampf gegen die Inflation sei die innere Aufgabe Nummer eins. Inflationsprobleme werden auf den Tagungen des Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Organisation für wirtschaftliche Zusam-

* Angesichts des gestiegenen Interesses unserer Leser für die Probleme der modernen Inflation veranstaltete die Redaktion der Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ einen Meinungsaustausch „am runden Tisch“ in der Redaktion, an dem sich Fachleute der Akademie der Wissenschaften der UdSSR auf dem Gebiet der Geld- und Kreditbeziehungen der imperialistischen Länder und der Währungs- und Finanzbeziehungen beteiligten. Ausgehend von der großen Aktualität einer marxistischen Analyse der Inflationsprozesse in der kapitalistischen Welt betrachtet die Redaktion diese Veröffentlichung als den Beginn der systematischen Untersuchung dieses Problems. [Veröffentlicht sind die Beiträge von: J. Potakaev, V. Schumilin, A. Anikin, R. Entow, J. Pewsner, S. Pronin – MD-Redaktion]

menarbeit und Entwicklung, auf Sitzungen der leitenden Gremien des Gemeinsamen Marktes, auf Finanzministertagungen des „Zehnerklubs“ usw. erörtert.

Seit der Krise von 1929 bis 1932 wurde keiner einzigen wirtschaftlichen Erscheinung so viel Zeit und Raum in der Presse gewidmet wie den Fragen der gegenwärtigen Inflation. Und trotzdem ist bei Durchsicht der Masse des internationalen Materials zu erkennen, daß man sich gewöhnlich auf eine Oberflächenbeschreibung der Prozesse oder auf eine einfache Feststellung beschränkt, wobei die Inflation mit ihrer Ausdrucksform – dem Preisanstieg – identifiziert wird. Es gibt sehr wenig Versuche, die Ursachen der Inflation zu untersuchen, und diese laufen gewöhnlich auf die klassenmäßig-tendenzipse Betrachtungsweise hinaus, die Inflation sei das Ergebnis übermäßiger Lohnforderungen der Arbeiter. Man muß aber bis zu den Wurzeln der Inflation vorstoßen, weil sonst weder die laufenden wirtschaftlichen Prozesse, noch die nächsten Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Länder nur schwer zu verstehen sind.

Deshalb haben wir uns heute zusammengefunden, um Meinungen über ein sehr aktuelles wirtschaftliches Problem des Kapitalismus auszutauschen. Wir haben den wissenschaftlichen Oberassistenten des Sektors Konjunktur, *V. Schumilin*, gebeten, einige kurze einleitende Bemerkungen zu machen.

Warum steigen die Preise?

V. Schumilin. Die Schwierigkeit der Untersuchung der Inflation besteht in erster Linie darin, daß es sich um einen komplexen sozialökonomischen Prozeß handelt, in dem eine Vielzahl ökonomischer und politischer Faktoren verflochten sind und aufeinander einwirken. Die Schwierigkeit, das Wesen der Inflation zu erklären, besteht auch darin, daß sie sich unter neuen Bedingungen vollzieht, die sich in vielerlei Hinsicht von den noch früheren historischen Entwicklungsetappen des Kapitalismus. Deshalb darf man an die Analyse der Probleme der Inflation nicht schematisch, mechanisch herangehen und an sie keine überholten Maßstäbe anlegen, sonst wird es uns nicht gelingen, die neuen Erscheinungen richtig zu erforschen und zu verstehen.

Meine Aufgabe beschränkt sich auf das Aufwerfen einer Reihe von Fragen, die die moderne Inflation betreffen. Ich will mit einigen allgemein bekannten Grundsätzen beginnen.

Die Inflation kommt im Preisanstieg zum Ausdruck. Nach der Definition von *Marx* ist der Preis der Geldausdruck des Wertes. Natürlich läßt sich jede Sache nur mit einem entsprechenden Maß messen. Also läßt sich der Wert nur mit einer Wertnorm messen. Wenn wir vom Ausdruck des Wertes in Geld sprechen, dann haben wir das allgemeine Äquivalent, das Gold im Auge, das selbst einen Wert besitzt.

So war auch die Situation, als sich Goldmünzen in den kapitalistischen Ländern im Umlauf befanden und der freie Umtausch der Geldzeichen in Gold möglich war. Es ist natürlich nicht so, daß die Preise genau dem Warenwert entsprächen. *Marx* schrieb, daß eine solche Entsprechung eine ganz seltene Erscheinung ist und die

Preise zu jedem konkreten Zeitpunkt durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Jedoch schwankten die Preise um den Wert und folgten ihm im allgemeinen.

Die Situation änderte sich grundlegend, als die Welt zum Papiergeld übergang. Sobald das Gold aus der Zirkulation verschwand, hörte auch die automatische Regulierung auf, auf Grund derer sich die Preise um den Wert bewegten. Die Preise entfernten sich nicht nur vom Wert, sondern diese beiden Größen begannen sich in unterschiedlichen Richtungen zu entwickeln. Die Arbeitsproduktivität in den USA hat sich beispielsweise gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht. Das bedeutet eine zwar nicht adäquate, aber in jedem Falle beträchtliche Verringerung des Wertes der Wareneinheit. Anstatt zu fallen stiegen die Preise jedoch im gleichen Zeitraum ebenso stark. Und diese gegensätzliche Bewegung vermindert sich nicht, sondern verstärkt sich weiter.

Wie ein Anachronismus mutet heute die Aufschrift auf den Geldscheinen an „Durch Gold gedeckt“. Für die Kaufkraft des Papiergeldes ist es belanglos, ob die Goldbestände sehr groß oder überhaupt nicht vorhanden sind, denn es fehlt der freie Umtausch von Geld in Gold. Aus dem gleichen Grunde ist für die Kaufkraft des Geldes innerhalb eines Landes auch der amtlich festgesetzte Goldgehalt der Währungseinheit belanglos. Dieser spielt nur außerhalb des Landes im internationalen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr eine Rolle. Wir wollen aber bewußt den Einfluß äußerer Faktoren außer acht lassen.

Die Ursache der genannten Veränderungen besteht darin, daß der Goldstandard (die Goldwährung) die weitere Ausdehnung der Zirkulationssphäre der kapitalistischen Wirtschaft zu bremsen begann. Das Abgehen davon brachte jedoch eine Vielzahl so überaus scharfer Widersprüche in der Geld- und Finanzsphäre hervor, wie sie der Kapitalismus früher nicht kannte. All das stellt den Wirtschaftswissenschaftlern eine Reihe komplizierter theoretischer Probleme. Insbesondere ergibt sich die Frage: Dient der Preis wie früher als Geldausdruck des Wertes?

Einige Bemerkungen pro und contra. Für eine positive Antwort auf diese Frage spricht der Umstand, daß auch heute die Verhältnisse zwischen den einzelnen Warenpreisen im allgemeinen, wenn auch mit gewissen Abweichungen, den Arbeitsaufwandsrelationen entsprechen. Außerdem repräsentiert das Papiergeld stets eine gewisse Goldmenge. Andererseits läßt sich diese Menge nicht bestimmen, da es keinen freien Umtausch gibt und der Entwertungsgrad der Banknoten unbekannt ist. Daher klingt auch die entgegengesetzte Behauptung äußerst überzeugend, daß das Papiergeld den Wert der Waren nicht ausdrücken kann, weil es selbst keinen besitzt. Denn die Länge läßt sich auch nicht mit einem Maß messen, das keine Ausdehnung besitzt.

Man muß auch eine andere scheinbar ganz unkomplizierte Frage stellen: Woher kommt der Preisanstieg? Die Antwort darauf ist bei weitem nicht so einfach. Eine amerikanische Zeitschrift schrieb: die Ursachen der Preiserhöhung gehörten zu den tiefsten Geheimnissen unseres Jahrhunderts. Die Einwirkung auf das Preisniveau ist äußerst vielseitig. Während früher nur die Veränderung des Waren- oder Goldwertes von Bedeutung war, so sind heute neue Faktoren aufgetaucht.

Ziemlich groß ist unzweifelhaft der Einfluß der Monopolvereinigungen, die unter Ausnutzung ihrer Vorrangstellung auf dem Markt hohe Preise für ihre Erzeugnisse festsetzen. Die Hauptzweige der Industrie sind hochmonopolisiert. Dazu gehören in erster Linie die Zweige der Rohstoffgewinnung, von denen häufig die Anstöße zur Preiserhöhung ausgehen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl setzt zum Beispiel einheitliche Preise für diese so wichtigen Rohstoffe in sechs Ländern Westeuropas fest.

Man sollte jedoch die Bedeutung der Monopole für die Preisbildung nicht übertreiben, wie das einige unserer Ökonomen tun.¹ Die Macht der Monopole, die Preise zu erhöhen, hat durchaus ihre Grenzen. Hohe Rohstoffpreise verringern die Konkurrenzfähigkeit von praktisch allen anderen Waren. Hier stehen den Interessen einer kleinen Monopolgruppe die Interessen der meisten Kapitalisten gegenüber. Bei hohen Preisen wächst die Bedeutung der Austauschstoffe für das jeweilige Produkt. Als Beispiel genügt hier der Hinweis auf Kohle und Erdöl, Kupfer und Aluminium. Andererseits begünstigen Monopolpreise das Aufkommen von Außenseitern.

Auch die Fiskalpolitik des Staates beeinflußt die Preise. Hierher gehören vor allem die indirekten Steuern, die einen direkten Zuschlag zum ursprünglichen Preis darstellen, sowie die Zölle u. a.

Ungeachtet ihrer unbestreitbaren Bedeutung halten alle diese Ursachen trotzdem keinen Vergleich mit der dritten Ursache, dem Geldfaktor aus. Die Menge des emisionierten Papiergeldes übersteigt bei weitem die Bedürfnisse des Warenumsatzes. Und es ist bekannt, wie feinfühlig der Markt auf eine Erhöhung der Geldmasse reagiert.

Eine wenn auch nur äußerst bedingte und nur ungefähre Vorstellung von der übermäßigen Geldemission kann die Gegenüberstellung der Dynamik der Geldmenge und der Größenveränderung des gesellschaftlichen Finalproduktes geben. Im Jahrzehnt von 1961 bis 1971 stieg in Japan das gesellschaftliche Finalprodukt (in konstanten Preisen) um 287 Prozent, die im Umlauf befindliche Geldmenge um 450 Prozent, in Italien um 179 bzw. 285 und in den USA um 149 bzw. 170 Prozent. Natürlich ließen sich auch zuverlässigere Kennziffern anführen, aber ich glaube, daß für allgemeine Schlußfolgerungen die genannten reichen. Während früher das Gesetz von Angebot und Nachfrage in den Rahmen des Wertes starr eingefügt war, so hat seine Wirkung heute viel größeren Spielraum erhalten.

Nebenbei möchte ich auf die bei uns verbreitete Meinung zu sprechen kommen, daß der Preisanstieg während des konjunkturellen Aufschwungs nicht nur auf den Einfluß der Geldemission, sondern auch darauf zurückzuführen sei, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt. Nachfrage entsteht jedoch nur dann, wenn entsprechende Zahlungsfähigkeit vorhanden ist, ohne die die Nachfrage nicht zunehmen kann. Ist die Nachfrage gestiegen, dann hat offensichtlich auch die Masse der Zirkulationsmittel zugenommen.

¹ Siehe beispielsweise S. Vygodskij, Der moderne Kapitalismus. Moskau, 1969, S. 219 (russ.)

Jetzt ist es meiner Meinung nach an der Zeit, die Hauptfrage zu stellen: Was ist Inflation? Die bürgerlichen Ökonomen definieren sie einfach als Preisanstieg.² Sowohl ihrem Wesen nach als auch unter rein formalen Gesichtspunkten ist eine solche Definition nichtssagend. Wir bezeichnen als Inflation die Erhöhung der Papiergeldmenge im Lande über den Umlaufmittelbedarf hinaus. Es ist zu sagen, daß auch diese Definition nicht mehr ausreicht. Das hängt in erster Linie mit einer Erscheinung zusammen, die den Begriff der Geldmasse selbst wesentlich korrigiert. Ich denke dabei an den bargeldlosen Zahlungsverkehr über die Banken, der schon lange praktiziert wird, in der letzten Zeit aber eine besonders weite Verbreitung gefunden und somit eine neue Qualität erlangt hat.

Bankeinlagen sind nicht Geld in direktem Sinne des Wortes, die aber im Grunde genommen die gleichen Funktionen erfüllen. Ist es nicht einerlei, ob ein Kapitalist Bargeld im Safe oder ein Konto bei der Bank besitzt? Die Bankgelder nehmen im Zahlungsverkehr eine viel größere Stellung als das Papiergeld ein. Die überwiegende Mehrzahl der Handelsoperationen wird mit Schecks beglichen. Bei der Errechnung der Geldmasse darf man deshalb diese Zahlungsmittel (mit diesem oder jenem Korrekturfaktor) nicht mehr ignorieren, weil sich sonst ein verzerrtes Bild ergibt. Nicht selten sind Fälle, wo eine zusätzliche Geldemission nicht stattgefunden, die Nachfrage aber stark zugenommen hat und die Preise steigen. Woher? Das kommt in nicht geringem Grade daher, daß Bankeinlagen in Umlauf gebracht wurden. Es erfolgt eine Aufblähung der Nachfrage durch vielfältige Kreditformen, darunter durch Verbraucherkredite. Der Warenumsatz wird nicht allein mehr mit Geld als solchem abgewickelt. Somit wird die Frage der Zahlungsmittel wiederum gestellt, es gelangt ein zusätzliches spontanes Element in die Zirkulationssphäre. Die Inflation hängt jetzt nicht nur mit der Emission von Papiergeld, sondern auch mit einem breiten Kreis volkswirtschaftlicher Prozesse zusammen, die steigende Nachfrage hervorrufen.

Wenn man von den Preisen spricht, lassen sich die Fragen des Arbeitslohns nicht umgehen, und zwar deshalb, weil hier ein unmittelbarer Zusammenhang besteht und es sich um das Gebiet eines harten Klassenkampfes dreht.

In der westlichen ökonomischen Literatur kann man oft die Behauptung finden, daß Lohnerhöhung zur Gewinnminderung führt, die Möglichkeit neuer Investitionen einschränkt und das wiederum die Produktionsausweitung behindert (oder sogar völlig verhinert) und somit die Ursache für die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage eines Landes bildet. Analog zu diesen Argumenten der bürgerlichen Ideologen könnte man sagen, daß man den Produktionszuwachs an Massenbedarfsgütern nirgends unterbringen könnte, wenn die Löhne nicht stiegen. Dann würde die gesamte Leichtindustrie stagnieren, was sich auf andere Zweige auswirken und die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtern würde. Bestimmenden, vorrangigen Einfluß auf die kapitalistische Wirtschaft hat natürlich nicht die Gewinn- und Lohnbewegung, sondern der zyklische Ablauf der Reproduktion.

² Siehe beispielsweise P. Samuélson, Wirtschaft. Moskau, 1964, S. 305 (russ.)

Im Zusammenhang damit sollte daran erinnert werden, daß die Arbeitskraft zwar eine besondere, aber doch eine Ware ist. Die Erhöhung des Arbeitslohns, d.h. des Preises der Arbeitskraft, ist den normalen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus unterworfen. Wir sehen, daß Phasen des Aufschwungs häufig mit einem Wachstum des Lohnes verbunden sind. Aber dieses Wachstum erfolgt zu einem erheblichen Grade unter dem Einfluß der allgemeinen Preiserhöhung im Lande. Es kann auch gar nicht anders sein, weil sich der Preis einer beliebigen Ware, darunter der Arbeitskraft, dem allgemeinen Niveau angleichen muß. Hierbei liegt die Spezifik der Ware Arbeitskraft darin, daß ihr Preis (der Arbeitslohn) nicht an und für sich, sondern im Ergebnis des Klassenkampfes der Werktätigen steigt.

Also steigen die Preise hauptsächlich unter dem Einfluß einer sprunghaften (bzw. zumindest schnellen) Erweiterung der Nachfrage, hinter der das Angebot zurückbleibt. Aber das ist der unmittelbare, an der Oberfläche der Erscheinung liegende Grund. Die Grundquellen und Faktoren für die Erweiterung der Nachfrage sind überaus vielfältig. Britische Ökonomen nennen 14 Gründe für den Preisanstieg, französische erweitern diese Aufzählung auf 42. In Wirklichkeit ist die Inflation eine vielgesichtige Erscheinung, sie ist das Ergebnis der Tätigkeit des bürgerlichen Staates, der „Defizitfinanzierung“ der Aufrüstung, der Führung von Kriegen und verschiedenartiger Lenkungsmaßnahmen. Das führt zu einer ungesicherten Erweiterung der Nachfrage sowohl durch Geldemission als auch über den Kredit. In der Inflation findet der Klassenkampf seinen Niederschlag. Sie wird von der Konjunktur, von der zyklischen Bewegung der Industrieproduktion beeinflusst. Anders gesagt, die Inflation ist so oder so mit dem gewaltigen Komplex der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des modernen Kapitalismus verbunden. Ihre Ursachen gehen weit über den Rahmen der Papiergeldemission hinaus. Eben deshalb ist auch der Kampf der bürgerlichen Staaten gegen die Inflation so schwierig.

In diesem kurzen Abriß konnten natürlich nicht alle Hauptprobleme der Analyse der heutigen Inflation behandelt werden. Es wurden aber die Umrisse angedeutet, in denen sich unsere heutige Diskussion entwickeln könnte.

Verschiedene Aspekte der Inflation

A. *Anikin*. Ein wirklich wissenschaftliches Erkennen der Ursachen und Besonderheiten der modernen Inflation verlangt, daß wir sie nicht als reine monetäre (geldliche) Erscheinung, sondern als komplizierten volkswirtschaftlichen Prozeß betrachten. Die Preiserhöhung in Papiergeld stellt die Hauptäußerung dieses Prozesses dar und hat sehr bedeutsame wirtschaftliche und soziale Folgen. In der modernen kapitalistischen Wirtschaft ist das Papiergeld das einzige real funktionierende Geld. Eine solche Betrachtung der Inflation und des Papiergeldes gestattet zudem eine breitere, fruchtbringende Behandlung des heutigen Geldes und seiner Funktionen. Ich habe schon einmal anderen Orts betont, daß Rolle und Funktionen des Papiergeldes im 20. Jahrhundert wesentliche Veränderungen erfahren haben. Unter den heutigen

Bedingungen läßt sich kaum sagen, daß bei der Messung der Warenwerte das Papiergeld lediglich als „nicht vollberechtigter Vertreter“ des Goldes in der Zirkulation auftritt. Bei der Analyse der Inflation scheint mir fruchtbringender, sie unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten, wodurch der Gegensatz zwischen „geldlicher“ und „allgemeinökonomischer“ Betrachtungsweise teilweise abgebaut wird.

In erster Linie muß die Inflation unter dem Gesichtspunkt der Verteilung des Nationaleinkommens zwischen den Hauptklassen und sozialen Gruppen analysiert werden. Wenn sie unter den Bedingungen eines kontinuierlichen Anstiegs der Warenpreise und der Geldgrößen der meisten Einnahmen erfolgt, dann drückt das dem gesamten Verteilungsprozeß einen ganz besonderen Stempel auf. Im Kapitalismus trägt die Verteilung Klassencharakter und vollzieht sich im Kampf und unter sozialen Konflikten. Bereits *Ricardo* betrachtete das Problem der Verteilung als das Grundproblem der politischen Ökonomie, und *Marx* sah darin das wissenschaftliche Element seiner Lehre. Wenn wir die moderne Inflation in erster Linie als spezifische Form der klassenmäßigen Verteilung der Einnahmen unter den Bedingungen des ständigen Preisanstiegs betrachten, stehen wir auf festen marxistischen Positionen.

Das moderne Geld- und Kreditsystem unterscheidet sich von dem vormonopolistischen Kapitalismus durch seine einseitige Elastizität. Mit Ausnahme der seltenen Fälle von Währungsreformen, wo mit dem Geld ein „chirurgischer Eingriff eigener Art“ vorgenommen wird, werden der Kreditumfang und die Geldmasse praktisch niemals eingeschränkt und auch nicht stabilisiert. Sie nehmen ständig zu. Das gestattet (bedingt aber durchaus nicht unmittelbar) eine ebenso einseitige Elastizität der Preise und der Geldeinnahmen. In der Nachkriegszeit haben sich bekanntlich die Lohnsätze im Durchschnitt konstant erhöht, was jedoch nicht immer einen Reallohnzuwachs bedeutet. Unter den heutigen Bedingungen ist der Hauptklassen-antagonismus in den imperialistischen Ländern der Kampf zwischen den Monopolen und der organisierten Arbeiterklasse. Wirtschaftlich gesehen, ist das letztlich ein Kampf um die Verteilung des Nationaleinkommens. Die Arbeiter streben natürlich nach einer Erhöhung der Realeinkünfte; als unmittelbare Kampflosung stellen sie aber die Forderung nach Erhöhung des Geldlohnes. Nur unter der Bedingung, daß der Geldlohn schneller als die Lebenshaltungskosten wächst, können die Realeinkünfte der Werktätigen und der Lebensstandard steigen. Gleichzeitig sieht das Monopolkapital, das den Forderungen der Arbeiter nach Kräften Widerstand entgegengesetzt und dazu in breitem Umfang den Staatsapparat einspannt, in der Erhöhung der Warenpreise das wirksamste Mittel zur Aufrechterhaltung und Steigerung seiner Profite.

Der Kampf der Arbeiterklasse um Lohnerhöhung und die Tendenzen der Preissteigerung in der modernen kapitalistischen Wirtschaft haben als voneinander abhängige Prozesse jedoch nichts gemein mit der berückichtigten „Spiraltheorie“, mit der versucht wird, der Arbeiterklasse die Schuld für den Preisanstieg zu geben. Die Verfasser des Kapitels über die Inflation in dem Buch „*Politische Ökonomie des modernen Monopolkapitalismus*“ stellen zu Recht fest, daß „*der Hinweis auf die Tatsache des parallelen Anstiegs der Löhne und der Preise keineswegs der Beweis dafür ist, daß die Lohnerhöhung die Grundursache des Preisanstiegs ist*“.

„Der Anstieg des Arbeitslohns selbst ist durch eine Preiserhöhung für Konsumgüter (d.h. durch steigende Lebenshaltungskosten) hervorgerufen. Es liegt auf der Hand, daß in einem solchen Falle die Erhöhung des Arbeitslohns zur Schutzmaßnahme der Arbeiterklasse vor dem Angriff auf ihre Existenzrechte wird. Daher ist die Tatsache des relativ parallelen Anstiegs von Löhnen und Preisen nur eine Widerspiegelung der funktionalen, nicht aber der kausal-konsekutiven Abhängigkeit zwischen diesen beiden Größen.“³

Man muß sagen, daß eine solche Betrachtungsweise den geldlichen Aspekt der Inflation überhaupt nicht ausschließt und die Inflation als vorwiegend geldliches Phänomen betrachtet wird. Es handelt sich einfach um die andere Seite derselben Erscheinung. Es ist wohl bekannt, daß die Inflation in erster Linie durch eine hohe Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen sowie Produktionsfaktoren gekennzeichnet wird. Unter den Bedingungen der Inflation übersteigt die Nachfrage ständig das Angebot. Nur unter solchen Umständen können auch die Preise und die Geldeinnahmen steigen. Wie aber V. Schumilin richtig feststellte, ist in der Wirtschaft eine durch Kaufkraft, durch Geld nicht gedeckte Nachfrage keine Nachfrage.

Woher kommt nun das Geld, das diese Nachfrage schafft? Es wird allein vom Staat emittiert oder ein Kreditsystem unter Einwirkung des Staates geschaffen. Eine Quelle für die Zunahme der Geldmasse (worunter Bargeld und die laufenden Bankkonten zu verstehen sind) kann das Defizit des Staatshaushaltes und seine Monetisierung sein. Eine solche Quelle kann auch die Kreditexpansion der Banken unter dem Druck der in der Wirtschaft wirkenden Kräfte sein. Bekannt sind hierzu Aussprüche von Ökonomen und Managern des Bundes-Reservesystems (USA). Im Prinzip könnte das Zentralbanksystem durch außerordentliche Kreditrestriktion Bedingungen schaffen, unter denen sich infolge Geldeinnahmen als ökonomisch unmöglich herausstellen würde. Jedoch wäre das wahrscheinliche Ergebnis einer solchen Politik eine Kredit- und Währungskrise und weiter eine Wirtschaftskrise mit all ihren sozialen und politischen Folgen. Einen solchen Weg kann keine Regierung und keine Zentralbank beschreiten. Im realen Leben emittiert deshalb der Staat auf diese oder jene Art das Geld selbst oder sanktioniert seine Emission, wodurch die erhöhte Nachfrage, die Erhöhung der Preise und der Geldeinnahmen geregelt werden.

Auf diese Weise heizen der Staat und die Banken in einer Reihe von Fällen selbst die Inflation an und bemühen sich um die Schaffung neuer Impulse für die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Wenn die Inflation allerdings ein solches Ausmaß erreicht, daß sie zu einem gesamt-nationalen oder sogar internationalen Problem von gewaltiger Schärfe wird, dann suchen Staat und Banken von ihrer inflationsentwickelnden Rolle loszukommen. Wie dem aber auch sei, es bleibt die Tatsache bestehen, daß der moderne kapitalistische Staat auf Schritt und Tritt selbst das Inflationsfieber auslöst oder zumindest den Ausbruch beschleunigt.

³ „Politische Ökonomie des modernen Monopolkapitalismus“, Bd. 2, Moskau, 1970, S. 42 (russ.)

Unter diesem Gesichtspunkt tritt die Inflation als geldliches Phänomen auf, wenn überschüssiges Geld in Umlauf gebracht wird (natürlich kann niemand mit Bestimmtheit sagen, was „überschüssiges“ Geld ist.) Im Zusammenhang damit sehen wir, daß die Geldemission wiederum selbst mit dem Kampf um den größtmöglichen Teil des gesellschaftlichen „Gesamtkuchens“ verbunden ist. Die Verteilung dieses „Kuchens“ erfolgt auf der Basis eines immer höheren Preisniveaus.

Es gibt noch einen weiteren Gesichtspunkt für die Inflation, der für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung ist. Es handelt sich um den Gesichtspunkt der Akkumulation und Konsumtion. Eine hohe Akkumulationsrate und besonders das Streben nach schneller, starker Steigerung schaffen eine Situation, bei der große Investitionen getätigt werden, die zwar einen Produktionszuwachs in der Zukunft, aber keine Zunahme des Gebrauchsgüterfonds in der Gegenwart gewährleisten. Gleichzeitig steigen dabei die Geldeinnahmen stark an, weil die Beschäftigtenzahl zunimmt und die Lohnsätze steigen. Eine intensive Industrialisierung ist in der Regel von inflationären Tendenzen begleitet. In manchen Fällen kann unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungsländer eine bestimmte „Inflationsdosis“ als Preis für das schnelle industrielle Wachstum gerechtfertigt sein.⁴

In den entwickelten kapitalistischen Ländern sind Zeiten des Investitionsbooms, wo die geplanten Investitionen die Tendenz haben, die potentiellen Geldersparnisse zu übersteigen, gewöhnlich ebenfalls durch einen Inflationsdruck gekennzeichnet. Dieser Aspekt der Inflation ist sehr wichtig.

Das Verstehen der Inflation als vielseitiger ökonomischer Prozeß bedeutet weiter, daß wir eine Vielzahl von Faktoren anerkennen, die eine Preiserhöhung hervorrufen, und diese Faktoren nicht auf die einseitige kausale Abhängigkeit der Preise von der Geldmasse zurückführen. Jedoch reicht es natürlich nicht aus, nur das Vorhandensein einer Reihe von Faktoren, die eine Preiserhöhung hervorrufen, anzuerkennen. Die Aufgabe der wissenschaftlichen Analyse muß in der Untersuchung und Bestimmung der quantitativen Rolle der in der jeweiligen konkreten Situation wirkenden Hauptfaktoren des Preisanstiegs bestehen.

Heute ist schon hinreichend klar, daß der Preisanstieg in die kapitalistische Wirtschaft „eingebaut“ ist, daß er im Grunde genommen — wie schon gesagt — ein Bestandteil des Gesamtsystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist. Die widersprüchlichen Aussagen in den Prognosen über die Preisdynamik für die Zukunft betreffen nur die konkreten Größen des wahrscheinlichen Preisanstiegs in den Ländern des Westens. Die „Optimisten“ hoffen, der Preisanstieg würde im Jahresdurchschnitt zwischen 2 und 3 Prozent liegen, während die „Pessimisten“ von einer durchschnittlichen jährlichen Preiserhöhung von 6 bis 7 Prozent ausgehen, wobei beide relativ „normale“ Entwicklungsbedingungen zugrunde legen. Wie man sich heute mit einer vierprozentigen Arbeitslosenquote als normal für die Vorstellung von der Vollbeschäftigung abgefunden hat, so wird auch eine zwei- oder dreiprozentige Preissteigerung als normal und den heutigen Begriffen vom

⁴ Siehe ausführlicher „Mirovaja Ėkonomika i Meždunarodnye Otnošenikja“, Moskau (1965) 6, S. 77-79 (russ.)

„stabilen Geld“ entsprechen empfunden. Die Veränderungen in den ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungsbedingungen, die eine ständige Entwertung des Geldes hervorrufen, sind noch lange nicht vollständig untersucht und verdienen unsere weitere Beachtung. Es gibt keinen Zweifel, daß das Problem der Inflation in absehbarer Zukunft weiterhin eines der wichtigsten Probleme des modernen Kapitalismus bleiben wird.

Notwendig sind klare Definitionen

R. Entow. Die theoretische Diskussion über die Probleme der modernen Inflation ist in hohem Maße mit der Definition dieses Prozesses selbst verbunden. Läßt sich zum Beispiel der Preisanstieg als inflationär bezeichnen, der dem Einfluß der „nicht geldlichen“ Faktoren zugeschrieben wird? Wenn eine Preissteigerung nur dann inflationären Charakter trägt, wenn sie vollkommen eindeutig mit der Überfüllung der Zirkulationskanäle durch nicht vollwertiges Geld zusammenhängt, dann müssen die konkreten statistischen Kriterien für die Beurteilung dieses Prozesses klar bestimmt werden. Wie ist die Masse des zirkulierenden Geldes zu bestimmen? Sind bei der Geldmasse die festen Spareinlagen und die befristeten Einlagen mitzuerfassen und wie sind sie bei der Bestimmung der allgemeinen Maßstäbe der Geldzirkulation „zu wägen“? Mit welchem statistischen Kennziffern ist der Umfang der Zahlungsmittel zu vergleichen, um eine Beschleunigung oder Verlangsamung des Inflationsprozesses zu erkennen? Kaum sinnvoll ist nämlich, über diese oder jene Entwicklungsfaktoren der Inflation in den letzten Jahren oder über deren wirtschaftliche Auswirkungen zu diskutieren, wenn man nicht vorher ausreichend klare Definitionen zur Verfügung hat und den Mechanismus des modernen Inflationsprozesses – wenn auch nur in allgemeinen Zügen – nicht charakterisieren kann.

Im Zusammenhang damit muß für das Verständnis der Besonderheiten der modernen Inflation eine komplizierte theoretische Frage geklärt werden, und zwar nach dem Wesen der Geldzirkulation, die nicht mehr die Möglichkeit des freien Umtausches der Zahlungsmittel in Gold voraussetzt. Unbestreitbar existieren auch heute objektive ökonomische Beziehungen zwischen der Papiergeldzirkulation im Inland und dem Funktionieren des Goldes als Weltgeld. Offensichtlich falsch wäre jedoch, daraus die Schlußfolgerung ziehen zu wollen, daß sich der Übergang zum monopolistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus, das Wachstum des staatsmonopolistischen Kapitalismus und andere sehr bedeutsame sozialökonomische Prozesse auf das Funktionieren des Mechanismus der Geldzirkulation nicht ausgewirkt hätten. Kann man sagen, daß heute beliebige Zahlungsmittel, die praktisch als allgemeines Äquivalent gelten, ebenso unmittelbar das Gold repräsentieren, wie das in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern zum Beispiel vor 100 Jahren zur Zeit der Herrschaft des Goldstandards der Fall war?

Die schnelle Erweiterung der inkonvertiblen Papiergeldmasse, die die Zunahme des mengenmäßigen Umfangs der in Umlauf befindlichen Waren und Dienstleistungen beträchtlich übersteigt, ist nach wie vor eine ausreichende Bedingung für den An-

stieg des allgemeinen Preisniveaus, wenn sie auch – streng genommen – keine erforderliche und nicht die einzige Bedingung für zunehmende Teuerung ist. Die Inflation war niemals ein rein geldliches Phänomen. In der heutigen Situation läßt sich unserer Ansicht nach der Inflationsmechanismus einfach nicht mehr verstehen, wenn die staatsmonopolistische Struktur der Wirtschaft und die Entwicklung neuer Formen der staats- und privatmonopolistischen Regulierung nicht berücksichtigt wird. Der Preisbildungsmechanismus funktioniert nicht mehr im früheren Umfang, und die Monopolpreise für eine Reihe von Waren und Dienstleistungen werden immer seltener mit dem Ziel einer Herabsetzung revidiert (auch der geänderte Mechanismus der Geldzirkulation trägt unbedingt zu ihrer „Festigung“ auf dem bisherigen Niveau und zur weiteren Erhöhung bei). Unter solchen Bedingungen erzeugen die Prozesse der erweiterten Reproduktion und der strukturellen Umgestaltung der Wirtschaft unausweichlich wirtschaftliche Disproportionen, die letztlich zu einem weiteren Anstieg der Lebenshaltungskosten führen. Andererseits wird erstmalig eine solche Situation möglich, bei der unter den Bedingungen einer immer schwächer werdenden Nachfrage, wachsender Nicht- bzw. Unterauslastung der Produktionskapazitäten und zunehmender Arbeitslosigkeit das allgemeine Preisniveau ständig steigt. In dieser Richtung wirkt sowohl die monopolistische Preisbildungspraxis als auch das immer stärker auch die Aufrechterhaltung der „effektiven Nachfrage“ ausgerichtete Gesamtsystem der staatsmonopolistischen Regulierung.

Und es ist durchaus nicht so, daß hier eine aufgeblähte Papiergeldzirkulation der unmittelbare, aktive Faktor für zunehmende Teuerung sein muß. Bis zu einem bestimmten Grade kann der Prozeß des allgemeinen Preisanstiegs auch ohne entsprechende Zunahme der Zahlungsmittelmasse ablaufen. Die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erweist sich in solchen Fällen unvermeidlich als eine spontane Reaktion der Geldzirkulation. Daneben verleiht die für die Nachkriegsentwicklung der imperialistischen Länder so charakteristische starke Erweiterung des nichtproduktiven Verbrauchs, der durch zusätzliche Geldemission finanziert wird, dem Preisanstieg eine große Kraft und Dauer.

Steigen der Preise – gesetzmäßige Erscheinung des staatsmonopolistischen Kapitalismus

J. Pewsner. Ehe ich auf die Hauptfrage – die Ursachen für das Steigen der Preise – zu sprechen komme, möchte ich meine Meinung zu dem Begriff „Inflation“ und zur heutigen Rolle des Goldes darlegen.

Die Anwendung dieser oder jener Termini in der Wissenschaft trägt bedingten Charakter, was aber nicht heißt, daß Bedingtheit zur Willkürlichkeit gemacht werden darf. Wenn die einen in einen bestimmten Terminus den einen Begriff und andere einen völlig anderen Begriff hineininterpretieren, dann ist, wie J. Pokataev völlig richtig festgestellt hat, eine Diskussion unmöglich. Der bekannte sowjetische Forscher der Geld- und Kreditprobleme E. Bregel schreibt: „Inflation ist die Übersätti-

gung der Zirkulationskanäle mit einer überschüssigen Masse von Wertzeichen, wodurch eine Entwertung eintritt.“⁵ Ich bin mit dieser Definition einverstanden und glaube, daß sie der Marxschen Analyse der Auswirkungen einer überschüssigen Papiergeldemission vollends entspricht.⁶

In der bürgerlichen Literatur ist der Begriff „Inflation“ mit dem Begriff „Preisanstieg“ identisch. Ein solcher Wortgebrauch behindert nur die richtige Analyse der kausalen Zusammenhänge. Natürlich schafft die Inflation unvermeidlich die Voraussetzung für das Steigen der Preise und führt sehr häufig (unter den Bedingungen fehlender Preiskontrolle sogar unbedingt) zu einem solchen Anstieg. Ein Preisanstieg braucht jedoch nicht einzutreten, wenn eine effektive Kontrolle der Preise ausgeübt wird. Was die andere Seite angeht, so ist hier die Vermischung der Begriffe besonders gefährlich: Wenn Preisanstieg mit Inflation identifiziert wird, dann werden solche Faktoren wie Konjunkturzustand, Monopoleinfluß usw. außer acht gelassen. Selbst wenn wir einen schnellen Anstieg der Geldmasse und der Preise gleichzeitig beobachten, ist das noch nicht der Beweis für eine Inflation (wenn dieser Begriff genau wissenschaftlich aufgefaßt wird). Es ist zu klären, was zuerst war. Sind die Preise deshalb gestiegen, weil zu viel Mittel im Umlauf gegeben wurden, oder wurden zusätzliche Mittel auf Grund des Preisanstiegs – aus nicht-inflationären Gründen – ausgegeben.

Zur heutigen Rolle des Goldes möchte ich folgendes sagen. Je mehr Zeit seit der in den Jahren 1931 bis 1936 vollzogenen allgemeinen und unwiderruflichen Abschaffung der Goldwährung verstreicht, desto schwächer werden die Positionen derer, die das Geld starr an das Gold binden. Es ist bemerkenswert, daß die Anhänger der „Goldversion“ nicht imstande sind, innere Gründe für die Notwendigkeit des Goldes anzuführen und gezwungen sind, auf Faktoren auszuweichen, die mit dem Außenhandel und Devisengeschäften im Zusammenhang stehen. Aber in theoretischer Sicht die Notwendigkeit des Goldes mit Außenhandelsfaktoren erklären zu wollen ist ebenso unhaltbar wie die Erklärung mit äußeren Faktoren der Gesetzmäßigkeit der Reproduktion (ich erinnere an die Kritik der Ansichten von *Sismondi* durch *W. I. Lenin*; *Sismondi* betrachtete den Auslandsmarkt als „Ausweg aus den Schwierigkeiten“ bei der Realisierung des Mehrwerts).

Die heutige kapitalistische Wirklichkeit läßt keinen Zweifel daran, daß unter den Bedingungen des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus der Thron des Goldes stark ins Wanken gekommen ist und das Gold in der Gesamtwarenmasse bestenfalls noch „der erste unter gleichen“ ist. Die Demonetisierung des Goldes ist eine Tatsache, die sich auf keine Weise mehr in den Rahmen der „Goldversion“ des Geldes einordnen läßt. In den Jahren 1954 bis 1959 wurden 44 Prozent und von 1960 bis 1966 bereits 74 Prozent der in den kapitalistischen Ländern verbrauchten Gesamtgoldmenge für nichtmonetäre Zwecke verwendet.⁷ In der Vergangenheit

⁵ Siehe „Finanz- und Kredit-Wörterbuch“, Bd. 1, Moskau, 1961, S. 473 (russ.)

⁶ Siehe K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 13, S. 102-105; Bd. 23, S. 138 (russ.). Der Begriff „Inflation“ selbst findet sich in den Arbeiten von Marx nicht.

⁷ Siehe S. Borisov, Das Gold in der modernen kapitalistischen Wirtschaft. Moskau, 1968, S. 178 (russ.)

bestand eine Goldhortung, wobei aus den Zirkulationskanälen Münzgold abfloß, das eine Schatzrolle spielte. Heute verwandelt sich die Hauptmasse des gelben Metalls in gewöhnliche Waren, die auf dem Markt gegenüber anderen Waren keinerlei Vorteile mehr besitzen.

Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß heute die Preisfestsetzung nicht nur über das Gold, sondern auch durch Gleichstellung der einen Waren mit anderen Waren erfolgt. Manche weisen diese Ansicht zurück, weil sie glauben, der Wert ließe sich nur mit Hilfe des Goldes messen. Dabei war am Gold, auch als es noch notwendiges Zirkulationsmittel war, nicht abzulesen, wieviel Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeit darin stecken. Die dem Warenwert wirklich zugrunde liegende Anzahl wurde stets über den Markt, durch Nutzungsvergleich festgestellt, was früher allerdings auf dem Umweg über das Gold (oder mit Hilfe von Banknoten und Papiergeld als Vertreter des Goldes) erfolgte und heute unmittelbar durch Festlegung der Tauschproportionen zwischen Waren mit verschiedenen Gebrauchseigenschaften geschieht. Diese Proportionen werden in Form der Preise fixiert, die mit Hilfe des Papiergeldes realisiert werden, das in der Vergangenheit starr an das Gold und erst über das Gold an alle anderen Waren gebunden war und heute direkt an die Waren gebunden ist. Den Verfechtern der „Goldkonzeption“ müßte die Definition von *Marx* in Erinnerung gebracht werden, nach der das Geld die „Einheit des Maßes der Werte und Zirkulationsmittel“ ist.⁸ Und wenn das Gold kein Zirkulationsmittel ist (was für den Binnenmarkt unbedingt gilt), von welcher Einheit könnte dann die Rede sein? Kann man etwa unter Bedingungen, da das Gold nicht als Zirkulationsmittel auftritt, eine so gewaltige und die gesamte kapitalistische Welt umfassende Erscheinung wie den langjährigen, fast unaufhörlichen Preisanstieg nur mit der Entdeckung neuer Goldfelder am Oranje-Fluß erklären?⁹ Jetzt zum Preisanstieg. Meine Vorredner haben hier davon gesprochen, daß es für den Preisanstieg nicht nur einen, sondern viele Faktoren gibt. Sie bezogen sich insbesondere auf englische Untersuchungen, in denen 15 Ursachen und auf französische, in denen 42 Ursachen für den Preisanstieg genannt sind. Ich möchte japanische Arbeiten anführen, die in demselben Geist geschrieben sind und den Preisanstieg „pluralistisch“ erklären. Jeder der von den bürgerlichen Autoren angeführten Faktoren verdient mehr oder weniger Aufmerksamkeit. Unsere Aufgabe besteht aber nicht darin, die Bedeutung dieser oder jener Einzelfaktoren einzuschätzen, sondern die Frage zu beantworten, ob es eine Hauptursache, einen prinzipiellen Grund für den gegenwärtigen Preisanstieg gibt, der unter Bedingungen erfolgt, da im Ergebnis der schnellen Produktivitätssteigerung die zur Herstellung einer jeden Wareneinheit aufzuwendende Arbeitsmenge sinkt. Angesichts der wachsenden Produktivität mußten die Preise unter sonst gleichen Bedingungen sinken. Tatsache aber ist, daß die „sonst gleichen Bedingungen“ nicht stabil geblieben sind, sondern sich im Zusammenhang mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus stark verändert haben.

⁸ K. Marx und F. Engels, Werke, Bd. 13, S. 106 (russ.)

⁹ Siehe „Miróvaja Ékonomika i Meždunarodnye Otnošenija“, Moskau (1970) 2, S. 127 (Leserbrief von M. Bortnik)

Es ist allgemein bekannt, daß in der Vergangenheit die Preisdynamik zyklischen Charakter trug. Die Preise besaßen Elastizität: in Zeiten von Überproduktionskrisen fielen sie, in der Phase des Aufschwungs stiegen sie. Mit zunehmender Festigung der Monopole begann sich jedoch eine neue Gesetzmäßigkeit herauszubilden; die Preise behielten die Fähigkeit zum Aufwärtstrend und büßten die Fähigkeit des Abwärtstrends ein.

In Krisenzeiten haben die Monopole entweder nicht die Preise gesenkt oder die Monopolpreise fielen nicht so stark wie die Nichtmonopolpreise, die nicht kartellgebundenen Preise. Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus dehnte sich diese Tendenz weiter aus. Heute steht nicht mehr ein einzelnes Monopol, sondern das gesamte System des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der Wacht für die kapitalistischen Profite und unternimmt alles, um das Sinken der Preise zu verhindern.

In der marxistischen Literatur ist dieses System noch ungenügend untersucht, jedoch steht seine Existenz außerhalb jeden Zweifels. Auf der einen Seite wird das Ziel durch direkte Subventionierung erreicht, um die Preise auf einem bestimmten Niveau zu halten, auf der anderen Seite durch Schaffung und Festigung von Preiskartellen (entgegen allen „Anti-Trust-Gesetzen“) oder durch Importrestriktionen usw.

Wenn aber eine Preisbewegung nach unten durch das staatsmonopolistische System blockiert ist, wie wird dann trotzdem diese Bewegung von den Veränderungen im Wertverhältnis der verschiedenen Waren beeinflußt? Wenn der Wert durch die gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt wird, dann muß bei dem jeweiligen Niveau der Arbeit ein Produktivitätszuwachs in den einen oder anderen Zweigen eine entsprechende Preissenkung hervorrufen. So war es auch in der Vergangenheit, als es künstliche Preisregler nicht gab, als die Goldmünzenzirkulation existierte. In diesen Zeiten folgten die Preise den Werten im Ablauf der zyklischen Entwicklung, sie stiegen differenziert in Phasen des Aufschwungs und fielen in Krisenperioden. Für die Gegenwart ist charakteristisch, daß selbst bei einem Konjunkturrückgang, bei Krisenanfällen die in solchen Fällen übliche Verminderung des allgemeinen Preisindex nicht zu beobachten ist.

Ganz offensichtlich ist, daß die Hindernisse, die einer Preisentwicklung nach unten entgegenstehen, den Einfluß des Wertes auf die Preise nicht aufheben. Dieser Einfluß kann sich jedoch nur in einer differenzierten Preisentwicklung nach oben äußern. Nehmen wir zwei beliebige Waren A und B und für jede dieser Waren das heutige Preisniveau als Bezugsniveau. Nach einer gewissen Zeit ist die Arbeitsproduktivität bei der Herstellung der Ware A so gestiegen, daß unter sonst gleichen Bedingungen die Preise, sagen wir, um die Hälfte sinken müßten. Da jedoch aus den bereits genannten Gründen eine Senkung nicht erfolgt, besteht der einzige Weg zur Wahrung solcher Preisrelationen, die den neuen Wertrelationen entsprechen, darin, daß die Preise für die Ware B auf das Doppelte steigen. Nur in diesem Falle entsteht eine Preisrelation, die den neuen Wertrelationen entsprechen wird. Dieses Beispiel ist sehr vereinfacht und abstrakt.

In der Realität handelt es sich um wechselseitig abhängige Wert- und Preisrelationen von Millionen Waren. Wenn wir uns von dem dargelegten Gesichtspunkt leiten lassen und uns die konkreten Ursachen des Preisanstiegs betrachten, werden wir diesen Gesichtspunkt vielfach bestätigt finden. Was Japan betrifft, so sehe ich hier die Hauptbestätigung darin, daß der Preisanstieg augenscheinlich mit dem Anwachsen des Dienstleistungssektors in der Wirtschaft zusammenhängt.

Die Dienstleistungen (Handel, Gemeinschaftsverpflegung, medizinische Betreuung, Volksbildung, Tätigkeit des Staatsapparates usw.) gehören zu dem Wirtschaftszweig, in dem die Arbeitsproduktivität nicht bzw. erheblich langsamer als in den Zweigen der materiellen Produktion wächst. Da aber der Anteil der Dienstleistungen in der Wirtschaft zunimmt, muß das unter den entstandenen allgemeinen Bedingungen (bei fehlender Preisentwicklung nach unten) unbedingt zu einem allgemeinen Preisanstieg führen.

Abschließend muß ich noch die Frage der Preisdynamik der Ware Arbeitskraft berühren, wie sie sich unter den heutigen Bedingungen der Preisbildung darstellt. Während bei allen anderen Waren die Preisbewegung nach oben nach den Marktgesetzen, im wesentlichen spontan abläuft, gibt es beim Arbeitslohn keine automatische Reaktion auf den kontinuierlichen Preisanstieg. Nur durch ständigen, beharrlichen Kampf kann die Arbeiterklasse die Senkung des Reallohns verhindern und eine Zunahme erreichen. Bekanntlich haben die bürgerlichen Ideologen die These von der Existenz der Lohn-Preis-Spirale aufgestellt. Wenn es sich überhaupt um eine Spirale handelt, dann höchstens in umgekehrter Richtung: Preis-Lohn-Spirale. Mit anderen Worten, der erste Anstoß geht von dem Preisanstieg aus, der zur Gesetzmäßigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden ist.

Unhaltbarkeit der Theorie von der Lohn-Preis-Spirale

S. Pronin. Die bürgerlichen Inflationstheorien und die darauf gegründete wirtschaftliche Antiinflationspolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten verfolgen unverändert das Ziel, der herrschenden Klasse diese oder jene Vorteile zu verschaffen. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die Ausarbeitung der Theorie und Praxis der „Einkommenspolitik“, die als absolute Waffe angesprochen wird, weil sie angeblich in der Lage sei, den sich jeder Lenkung entziehenden „galoppierenden“ Preisanstieg, der in den sechziger Jahren für die USA und eine Reihe westeuropäischer Länder charakteristisch war, aufzuhalten.

Bei ihrer Begründung des Antiinflationseffekts der „Einkommenspolitik“ berufen sich die bürgerlichen Ökonomen auf die bereits erwähnte Theorie der Lohn-Preis-Spirale. Bekanntlich ist nach dieser Theorie die Hauptquelle der Inflation der Anstieg der Arbeitskosten je Erzeugniseinheit, die den Unternehmer zur Anhebung der Marktpreise zwingt. Damit wird die Forderung (die den Kern der „Einkommenspolitik“ in Westeuropa und der „Orientierungspolitik“ in den USA bildet) begründet, das Wachstum des Nominallohns auf den Gesamtzuwachs der Arbeitsproduktivität je Jahr zu beschränken. Nach den Worten der jeweiligen Theoretiker

würde das Ansteigen des Arbeitslohns sonst zu unaufhaltsamer Inflation, zur Zerrüttung der Zahlungsbilanz, zu Finanz- und Währungskrisen u.ä. führen.

Eine solche Interpretation der Inflationsprozesse, die sich im letzten Jahrzehnt in den meisten kapitalistischen Ländern entwickelt haben, ist sowohl praktisch als auch theoretisch falsch.

Es liegt auf der Hand, daß zur Einschränkung des Preisanstiegs, wenn man das Problem komplex betrachtet, neben der Lohnkontrolle in erster Linie eine Kontrolle der nicht selbst erarbeiteten Einkünfte (vor allem des Monopolprofits) und der Preisbewegung notwendig ist. Die Praxis der Nachkriegsjahre beweist, daß der bürgerliche Staat keinerlei Beschränkung der kapitalistischen Einkünfte sowie der Preise vornimmt und alle seine Bemühungen darauf konzentriert, das Ansteigen des Nominal- wie des Reallohnes zu bremsen. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die konkret zur steigenden Qualifikation der Arbeiterklasse beiträgt und abstrakt die Wachstumstendenz des Wertes und Preises der Arbeitskraft fördert, kann der Gesamtlohnfonds wachsen, ohne daß es zu einer Erhöhung der Arbeitskosten je Erzeugniseinheit kommt. Die gleichzeitig erfolgende Zunahme der Arbeitsproduktivität kann eine solche Steigerung der Profitmasse bewirken, die die gestiegenen Arbeitskosten beträchtlich übersteigt.

In der Praxis gibt sich der Unternehmer jedoch nicht mit einem Profitzuwachs lediglich infolge gesteigener Arbeitsproduktivität zufrieden. Bei günstiger Absatzlage erhöht er die Preise unabhängig davon, ob die Kosten der Arbeitskraft hoch oder niedrig sind. Der westliche Ökonom *J. Pen* betont, daß „das Lohnniveau (*Nominallohn – S. P.*) steigt, wenn die Preise steigen sowie wenn die Arbeitsproduktivität zunimmt“, d.h. das Wachstum des Lohns ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Preisanstiegs.¹⁰

Das ist besonders deutlich zu erkennen, wenn die Frage von der Betriebsebene auf die Ebene der nationalen Wirtschaft verlagert wird. Nach den Berechnungen einer Reihe von Ökonomen blieb der Anteil der Arbeit am Nationaleinkommen der USA in den Nachkriegsjahren stabil. Dabei überholte die Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie im allgemeinen die Nominalerlöse der Werktätigen und die Lohnkosten je Erzeugniseinheit sanken, während die Preise trotzdem in beschleunigtem Tempo stiegen und die Zunahme der Arbeitsproduktivität überholten. In ähnlicher Weise führte in den meisten westeuropäischen Ländern die Verstärkung der staatlichen Maßnahmen seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre mit dem Ziel der Einschränkung des Lohnanstiegs bei beschleunigter Zunahme der Arbeitsproduktivität nicht zur Abschwächung, sondern zur Verstärkung der Inflation.

Deshalb kann man sich mit der Meinung der Autoren des unlängst erschienenen Buches „Inflation“ einverstanden erklären, die im Ergebnis einer Analyse der Wechselbeziehungen von Arbeitsproduktivität, Löhnen und Preisen feststellen, daß der einzige Weg zur Vermeidung der Inflation in einer Preissenkung in den Zweigen bestehe, in denen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität eingetreten ist.¹¹

¹⁰ J. Pen. *Modern Economies*. Harmondsworth, 1967, S. 185 (engl.)

¹¹ „Inflation“. Herausgegeben von R. Boll und P. Doyle. Harmondsworth, 1969, S. 167 (engl.)

Außer den angeführten gibt es natürlich noch viele andere Momente, die die Theorie der Lohn-Preis-Spirale widerlegen und die Tatsache bestätigen, daß die Inflation ein innerer Mangel des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, den die Bourgeoisie auf Kosten der Werktätigen zu beheben bemüht ist.

Preis der antizyklischen Regulierung

Ju. Pokataev. Zur Definition der Inflation. Ich stimme mit dem Genossen *Entow* überein, daß die damit zusammenhängenden Definitionen der Hauptkategorien von allergrößter Bedeutung sind. Wenn ein jeder dem Begriff „Inflation“ einen unterschiedlichen Inhalt gibt, dann sprechen wir wie beim Turmbau zu Babel in verschiedenen Sprachen. Einverstanden bin ich weiter damit, daß es an der Zeit ist, von der allzu engen Auffassung der Inflation als Phänomen rein geldlichen Ursprungs, das lediglich mit einer überschüssigen Emission von Zirkulationsmitteln zusammenhänge, abzugehen. Eine solche Auslegung versperrt den Weg zum Verständnis der wahren Wurzeln der Inflationsprozesse, die mit den Besonderheiten des Reproduktionszyklus unter den Bedingungen der staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens zu tun haben.

Das Gesagte schließt jedoch die Tatsache nicht aus, daß die Inflation als geldliches Phänomen, d.h. in ihrer klassischen Form, dem modernen Kapitalismus überhaupt eigen ist: Die Kanäle der Geldzirkulation werden mit überschüssigen Zirkulationsmittelmassen im Ergebnis des Defizits der Staatshaushalte überfüllt, das in erster Linie auf Grund der hohen Militärausgaben entsteht. Die Überfüllung der Geldzirkulationskanäle führt aber unausweichlich zu einem Preisanstieg.

Den Überfluß an Zirkulationsmitteln zeigt eine Gegenüberstellung ihrer Dynamik mit der Bewegung des gesellschaftlichen Produkts und des Warenumsatzes.

Jährliches durchschnittliches Zuwachstempo 1961 bis 1969 (%)

	Gesellschaftliches Finalprodukt (in konstanten Preisen)	Binnenhandelsumsatz (mengenmäßiges Volumen)	Zirkulationsmittel (Geld und laufende Einlagen)
England	2,7	2,0	4,1
Italien	5,9	6,3	10,8
USA*	4,0	5,1	3,9
Frankreich	5,8	7,8	9,6
BRD	4,8	6,7	7,7
Japan	11,2	15,1	17,7

* Angaben für 1961 bis 1970

Einige Worte noch zu den USA. Hier lassen sich die sechziger Jahre in bezug auf die Bewegung der Zirkulationsmittelmasse und des Warenumsatzes klar in zwei Perioden gliedern: Von 1961 bis 1965 gab es keine überschüssige Emission von Zirkulationsmitteln; in den Jahren 1966 bis 1970 zeigte sich die Inflation. Der durchschnittliche Jahreszuwachs des gesellschaftlichen Finalproduktes in Festpreisen betrug 3,25 Prozent, des Einzelhandelsumsatzes 5 Prozent, an Zirkulationsmitteln 5,1 Prozent, darunter an Geld 6,2 Prozent. Das ist sozusagen die normale „schleichende“ Inflation, die einen mäßigen Preisanstieg hervorruft.

In den Jahren 1969 und 1970 gab es zwar in keinem einzigen großen kapitalistischen Land irgendeine besonders Überfüllung der Geldzirkulationskanäle, und trotzdem strebten die Preise in stürmischem Tempo nach oben. Folglich sind die Ursachen für den Inflationsdruck nicht ausschließlich in der Geldzirkulation zu suchen.

Die moderne Inflation ist eine eigenwillige Offenbarungsform für die Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion, die Auflehnung spontaner ökonomischer Kräfte gegen staatliche Unterdrückungsmaßnahmen, der Preis für das Bestreben, Krisen zu vermeiden oder ihre Folgen auf ein Minimum zu reduzieren.

Ich will das etwas genauer erläutern. Die kapitalistische Wirtschaft vermag sich ohne Krisen, ohne Stockungen im Produktionswachstum nicht zu entwickeln. Da im Prozeß der spontanen Entwicklung (die ungeachtet der staatlichen Einmischung auch spontan bleibt) die Disproportionen zwischen den Wirtschaftszweigen, zwischen Akkumulation, Produktion und Konsumtion zunehmen, ist eine Kraft nötig, die die entstandenen Abnormalitäten und Disproportionen des Reproduktionsprozesses beseitigen und für eine bestimmte Zeit das gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen könnte. Für die kapitalistische Wirtschaft stellen die Krisen eine solche Kraft dar. Das Bestreben, Krisen zu vermeiden, und die Erweiterung des Arsenalts krisenhemmender Maßnahmen lösen die Widersprüche der Reproduktion nicht, sondern verschlimmern sie, so daß sie später in dieser oder jener Form mit aller Wucht zum Ausdruck kommen: diesmal in Form einer allgemeinen Inflation oder, ich denke so sagen zu können, in Form einer Inflationskrise in dem Sinne, daß die Widersprüche der Reproduktion über die Inflation sichtbar werden.

Am deutlichsten läßt sich dieser Prozeß am Beispiel der Vereinigten Staaten verfolgen, obwohl er überall abließ, natürlich mit unterschiedlicher Intensität und in spezifischen Formen auf Grund der wirtschaftspolitischen Besonderheiten der einzelnen Ländern.

Nach der geringen Rezession der Jahre 1960 und 1961 begann in den USA ein zyklischer Aufschwung, der 1966 sein natürliches Ende fand: Der Zyklus der Erneuerung und Erweiterung des Produktionsapparates und des Bestandes an langlebigen Konsumgütern war abgeschlossen. Dann setzte auf dem Weg des natürlichen zyklischen Prozesses eine starke Militarisierung der Wirtschaft infolge der intensiven Eskalation des Krieges in Vietnam ein. Es soll nur daran erinnert werden, daß die direkten Militärausgaben von 49,6 Milliarden Dollar 1965 über 70 Milliarden im Jahre 1967 80,5 Milliarden Dollar im Jahre 1968 erreichten. Die gestiegenen Militärausgaben und die zunehmenden Rüstungsaufträge spielten die Rolle eines wirt-

schaftlichen Dopings, heizten die geschwächte Konjunktur an und bremsten die Krisenentwicklung.

Die noch einmal mit einem leichten Schreck davongekommenen Unternehmer begannen, ihre Investitionen zu steigern, die Produktion zu erweitern, Reservekapazitäten in Betrieb zu setzen und zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Es begann eine echte Agiotage. Die Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionskanäle des gesellschaftlichen Wirtschaftsmechanismus füllten sich über alle Maßen. Die Volkswirtschaft geriet sozusagen in einen Rausch. Allerdings erwiesen sich die in Betrieb genommenen Reservekapazitäten als nicht effektiv genug. Häufig mangelte es den zusätzlich eingestellten Arbeitskräften an der notwendigen Qualifikation. Dadurch ließ das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität merklich nach und fehlte in einer Reihe von Zweigen völlig. Von 1966 bis 1969 stieg die Arbeitsproduktivität im privaten Wirtschaftssektor im Jahresdurchschnitt nur um 1,6%, was die Hälfte der sonst üblichen Steigerung darstellt.

Die Hauptquelle der Steigerung der Profite und der sonstigen Einnahmen begann zu versiegen. Andererseits erweckte die militär-inflatorische Konjunktur den Anschein wirtschaftlichen Wohlstandes im Lande. Da die realen Möglichkeiten der Einkommenssteigerung schrumpften, versuchten die Unternehmer, sich durch Preissteigerungen zusätzliche Gewinne zu verschaffen.

Vorübergehend war diese Politik von Nutzen, da während der Zeit des Aufschwungs von 1962 bis 1966 im Lande ziemlich große Summen für den Erwerb von Produktions- und Konsumtionsmitteln angehäuft worden waren. Die hohe Nachfrage bot den Verkäufern günstige Möglichkeiten, so daß sie ihre Preise diktiert konnten, was eine Preissteigerung hervorrief.

Jedoch nahm dann die einmal begonnenen Inflation ihren eigenen Verlauf: Die Preiserhöhung bewirkt ein Ansteigen der Erzeugnisselbstkosten, auch infolge des mit der Preistreiberei für Gebrauchsgegenstände zusammenhängenden Anstiegs der Lohnkosten. Die gestiegenen Produktionskosten veranlassen ihrerseits die Kapitalisten zu weiteren Preiserhöhungen. Jeder Produzent hofft, die Inflationslasten auf den Verbraucher seiner Erzeugnisse abzuwälzen und dabei noch etwas zu gewinnen. Von einem Journalisten des Magazins „*Newsweek*“ wird der Prozeß wie folgt charakterisiert: „*Die als gesellschaftlicher Prozeß angesehene Inflation ist der Versuch, aus dem Nationalprodukt mehr herauszupressen, als in ihm steckt. Die Ansprüche auf die zu verteilenden Güter übersteigen deren tatsächliche Menge. Die Inflation aber macht alle Ansprüche zunichte. Enttäuscht und verärgert verlangt man beim nächsten Mal noch mehr. Der Inflationsprozeß beschleunigt sich.*“

Im Zusammenhang damit möchte ich noch auf die berüchtigte Frage eingehen, daß die Arbeiter an der Entfesselung der Inflationsspirale „schuld“ seien. Es kann natürlich vorkommen, daß die Erhöhung der Lohntarife zeitweilig die Zunahme der Arbeitsproduktivität übersteigt; aber dann wälzen die Kapitalisten die gestiegenen Kosten über die Preiserhöhung auf die Konsumenten ab. In der Regel ist jedoch der Preisanstieg für Gebrauchsgüter der Anfang der Spirale: Die Preise führen, und der Lohn jagt hinter ihnen her.

Dabei ist folgender Umstand wichtig. Die Preise steigen systematisch. Die Lohnsätze werden dagegen nur periodisch angehoben, und zwar beim Neuabschluß der Kollektivverträge. Selbst wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt der Lohn an die gestiegenen Preise angeglichen wird, wieviel ist dann schon am Lebensstandard der Werktätigen bis zum Zeitpunkt der Angleichung verlorengegangen! Natürlich erreichen starke Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Bedingungen der Kollektivverträge die Aufnahme des Grundsatzes der „gleitenden Skala“, wonach die Lohntarife proportional zum Anstieg der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Aber erstens gelingt es nicht in allen Ländern und allen Gewerkschaften, in die Kollektivverträge die „gleitende Skala“ aufzunehmen. Zweitens ist diese „Skala“ an dem offiziellen Lebenshaltungskostenindex orientiert, der der tatsächlichen Verteuerung des Lebens durchaus nicht gleich ist.

In den letzten Jahren führt die bürgerliche Presse der USA eine besonders hartnäckige Kampagne gegen die Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhung. Aber selbst offizielle Angaben zeigen, daß von 1966 bis 1970 die Lohnerhöhungen hinter dem Preisanstieg zurückgeblieben sind und 1970 der Reallohn unter dem Stand von 1965 lag. Dazu folgende Angaben. Im Jahre 1970 überstieg der durchschnittliche wöchentliche Nominallohn in der verarbeitenden Industrie der USA das Niveau von 1965 um 22 Prozent, der einem Arbeiter mit drei Familienangehörigen ohne eigenes Einkommen verbleibende Lohn, d.h. sein Geldeinkommen abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, nur um 19 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Lebenshaltungskostenindex um 22 Prozent. Zum Vergleich sei angeführt, daß von 1965 bis 1969 die von den Gesellschaften gezahlten Dividenden um 39 Prozent zugenommen haben. Die Verantwortung für die Verschärfung des Inflationsprozesses liegt voll und ganz bei der Monopolbourgeoisie und dem Staatsapparat, der sich in seiner Wirtschaftspolitik von den Interessen des Großkapitals leiten läßt.

Ich glaube sagen zu können, daß unsere Diskussion fruchtbar war. Bei einiger ganzen Reihe von Problemen ergaben sich gemeinsame Anschauungen. Alle sind sich zum Beispiel darin einig, daß die Inflation eines der wesentlichsten Probleme des modernen Kapitalismus ist und in der nächsten Zeit bleiben wird. Die Inflation nur aus der überschüssigen Ausgabe von Zirkulationsmitteln herzuleiten, reicht heute nicht mehr aus; man muß sie als komplizierten gesamtökonomischen Prozeß verstehen.

Es wurden eine Reihe interessanter Gedanken geäußert, zum Beispiel der, daß die Inflation heute in das staatsmonopolistische System des Kapitalismus ebenso wie eine bestimmte Arbeitslosenquote „eingebaut“ ist. Beachtung verdient auch der Gedanke der einseitigen Elastizität der Zirkulationsmittel und der Preise allein in Richtung auf ihre Erhöhung. Auch die hier vorgeschlagene Definition der Inflation als Form der klassenmäßigen Verteilung des Nationaleinkommens ist weiterer Überlegung und Diskussion wert.

Jean Claude Delaunay

Inflation — ein Ausdruck der Krise des staatsmonopolistischen Ausbeutungssystems

Aus: *économie et politique*, Paris 1971, Nr. 208, S. 61–71

Inflation heißt Aufblähung. Im ökonomischen Bereich bedeutet Inflation die Verschmelzung zweier Aufblähungsarten: eine Aufblähung der Preise und eine Aufblähung der verschiedenen Formen des Geldes (insbesondere des Kreditgeldes), was letztlich zur Minderung des Geld-Tauschwertes führt. Es bleibt die Frage: warum gibt es überhaupt Inflation? Wessen Interessen dient die Inflation?

Um diese Frage zu beantworten, muß die Analyse der Inflation mit jener der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gekoppelt werden und, davon ausgehend, mit dem Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, der für diese Produktionsverhältnisse typisch ist. Die Inflation der Preise und des Geldes erscheint demnach als eine der Ausbeutungsformen der Werktätigen, d.h. als eine der unentgeltlichen Aneignungsweisen durch und für die Kapitalisten, die noch einen Teil der notwendigen Arbeitszeit der Produzenten erfaßt. Dazu muß festgehalten werden, daß diese Form auf der Ebene von verschiedenen Entwicklungsstufen der Kapitalbewegung auftritt und dort Eigenständigkeit annimmt. So zapft die Inflation auch nicht einfach den Geldwert der einzelnen Einkommen, vor allem der Lohneinkommen, auf dem Markt über die Preise an. Sie ist vielmehr auch das Ergebnis dessen, was sich in eigentlichen Produktionsbereich, auf der Ebene der kapitalistischen Investitionen und ihrer Finanzierung sowie auf der Ebene der Formen selbst, die diese Investitionen und Produktionen annehmen (zum Beispiel Waffenproduktion und Rüstungsausgaben in Verbindung mit der Militarisierung der Wirtschaft in unserer Gesellschaft) abspielt. Die Inflation ist also nicht einfach eine Form der Umverteilung des Nationaleinkommens zu Gunsten jener, die die großen Geldreserven für die Produktion und den Kredit monopolisieren. Sie führt ebenso zur Konzentration der Investitionen, die die Richtung der Produktionsentwicklung bestimmen. Finden auf dem Markt Preiserhöhungen statt (Umverteilung des gesellschaftlichen Einkommens), so geschieht dies zur Profiterhöhung und als Grundlage der Erhöhung der kapitalistischen Investitionen, was sich wiederum unmittelbar auf die Produktion auswirkt.

Wer immer sich zu einer wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen Realität entschließt, kann die Untersuchung der Einkommen als „Ausfluß der Produktion“ nicht von der Untersuchung der Produktion, aus der sie fließen, trennen. Wird nun die Inflation als unpassender Prozeß und als Bestandteil der Reproduktion der Produktionsverhältnisse angesehen¹, dann muß bei dieser Untersuchung von der

¹ Die Charakterisierung der Inflation als globaler Prozeß wird bei einigen nichtmarxistischen Autoren deutlich [vgl. E. James „Problemes monetaires d'aujourd'hui“, 2. Aufl. 1970]. Was sie besonders zur Kritik veranlaßt, ist die festgefahrene statische Form der Pseudotheo-

Dialektik des bestehenden Verhältnisses zwischen der Aufblähung der Preise und des Geldes im Verlauf der einzelnen Entwicklungsstufen der Kapitalentfaltung (als Einheit von Wertbildungs- und Verwertungsprozeß) ausgegangen werden.

Der Inhalt der Inflation und die Grenzen ihrer Wirkung für die Kapitalisten entspricht dem Inhalt und den Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Ihr Inhalt stellt sich als die Ausbeutung dar, ihre Begrenzungen aber beruhen auf der Akkumulation des Kapitals im gesellschaftlichen Maßstab und auf dem Kampf der Werktätigen.

Zwei Haupturheber der Inflation

Als Erscheinung ist die Inflation nicht allein an das Entwicklungsstadium, das mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus erreicht wird, gebunden. Gleichwohl unterscheidet sie sich in ihrer heutigen Gestalt von früheren, die sie zum Beispiel im Kapitalismus der liberalen Konkurrenz angenommen hatte. Was läßt sich dazu für unserer Zeit feststellen?

1. Ihr Ausmaß und ihre Existenz als Dauerzustand (die offizielle Wirtschaftswissenschaft betrachtet nämlich eine jährliche Preissteigerung von durchschnittlich zwei bis drei Prozent als Kennzeichen eines inflationsfreien Jahres)².

2. Die durch sie hervorgerufene, anhaltende Zerrüttung (aus der sie ihrerseits hervorging) im inneren Wirtschaftsablauf wie auch im internationalen Währungssystem. Als Hauptbestandteil dieser Veränderung ist der monopolistische Staat und seine wachsende Einmischung zugunsten der am stärksten konzentrierten Teile des

rien von der „Inflation zur Nachfrage“ (Nachfrageinflation) und der „Inflation durch Kosten“ (Kosteninflation). Aber da sie den eigentlichen Kapitalbegriff nicht kennen, verbinden sie die inflationistische Bewegung mit der einzigen Bewegung, die ihnen die kapitalistische Praxis vermittelt, d.h. mit der Bewegung der „Güter“ auf dem „Markt“. Sobald die realen kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausgeklammert sind, weil sie nicht erfaßt wurden, verkürzt sich ihre Kritik, mit der sie bei der abstrakten Zweiteilung der Inflation ansetzen, und die einmal aus einem Nachfrageüberhang um anderen aus einem Kostenauftrieb herrührt auf eine Art grundlegender Nicht-Kritik und auf den Versuch der formellen Aussöhnung beider „Inflationsarten“. 2 Diese anhaltende und uneinschränkbare Inflationstendenz wird von einigen mit dem Begriff der „schleichende Inflation“ (J. Vallier „Die schleichende Inflation“, Cujas 1968) interpretiert. E. James (a.a.O.) führt zu dieser Erscheinung aus: „...wir kommen zu dem Schluß, daß man sich nicht eigentlich einer echten Inflation gegenüber sieht... Wir wollen damit sagen, daß es nicht in eine sich selbsterhaltende und nicht kontrollierbare Preisbewegung ausartet“. Die Schwäche dieser Schlußfolgerung (und der Argumentation, auf die sie sich stützt) beruht unserer Meinung nach auf dem Fehlen einer Analyse der Kapitalbewegung und der verschiedenen Zyklen dieser Bewegung. Eine solche Analyse würde einerseits die Verbindung zwischen Inflation und Zyklus erlauben, andererseits könnte festgestellt werden, worin und wie die gegenwärtigen Inflationsentwicklungen den Zyklus des Kapitals verändern, ohne diese Zyklen aufzuheben, d.h. ohne die Widersprüche aufzuheben, sondern sie vielmehr verstärken.

Finanzkapitals anzusehen, um das Profitsystem für die Akkumulation und die Akkumulation für den Profit zu erhalten³.

Jedenfalls ist es nicht als Einzelaktion anzusehen, wenn der Staat wirtschaftspolitische Maßnahmen in die Wege leitet, die von sich aus eine Inflationstendenz erzeugen. Das Kapital (und insbesondere das private Finanzkapital) fördert sie ebenso. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist nicht ein alleiniger Mittelpunkt, ein geschlossenes Zentrum, (denn im Gegensatz zu dem, was gewisse Leute verkündigen, wird bald der Staat, bald das private Monopolkapital bevorzugt). Nein, es handelt sich ausschließlich um die bewußt durchgeführte Aktion dieser beiden Schwerpunkte im Interesse des Profits des privaten Großkapitals. Wenn es daher in unseren Tagen einen solchen Umfang, eine solche Dauer und Verallgemeinerung der Inflation gibt, so gerade deshalb, weil wir uns in der Epoche des staatsmonopolistischen Kapitalismus befinden. Der Zündstoff für eine solche monetäre „Feuersbrunst“, wie sie die Inflation darstellt, ist der Profit der großen Gesellschaften.

I. Inflation und Krise

Die ökonomische und politische, antimonopolistisch ausgerichtete, Demokratie, für die die Französische Kommunistische Partei eintritt, schafft die Voraussetzungen, um die Inflation zu beseitigen und das Produktionssystem vorrangig auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten⁴. Dabei zeigt uns die gegenwärtige Erfahrung, daß es sich dabei nicht einfach um eine allgemeine Notwendigkeit, sondern um eine vordringliche Aufgabe handelt. Befindet sich doch der staatsmonopolistische Kapitalismus infolge seiner innersten Funktionsregeln in einer Krise, wobei sich die Inflation als einer der Aspekte dieser Krise darstellt. Vom privaten Großkapital als Mittel zur Ausbeutung und Akkumulation genutzt, schob man über Jahrzehnte die Aufgabe einer Lösung des Problems der Inflation vor sich her, belastete die Werktätigen Jahr für Jahr mehr. Die Inflation läßt (in Verbindung mit zahlreichen anderen Faktoren) die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals anwachsen, wobei die Belastungen für die Werktätigen zunehmen; hinzukommt, daß die Inflation die Konkurrenz im internationalen Rahmen verstärkt und das kapitalistische Währungssystem erschüttert. Als ein Versuch, aus dieser Lage einen Ausweg zu finden, müssen die politischen Maßnahmen der großen Konzerne und ihres Staates gesehen werden.

In geradezu gegenseitiger Ergänzung behindern sie die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und verstärken den Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnempfänger, ohne auch nur im geringsten einen dämpfenden Einfluß auf die Inflation auszuüben.

Die Inflation wird deshalb ein objektives Element zur Intensivierung des antimonopolistischen Kampfes. Ihre Liquidation – die umso erforderlicher wird, als

³ Vgl. Traite marxiste d'Economie politique: Le Capitalisme monopoliste d'Etat' Ed. Sociales 1971.

⁴ Vgl. Changer de Cap, Programme, Ed. Sociales, 1971.

über sie die Gesamtfrage nach den Produktivkräften gestellt ist – erfordert die Veränderung der Produktionsverhältnisse und drängt auch danach. Das Problem der Beseitigung der Inflation ist ein Teil jener Fragen, auf die der Sozialismus und die *Démocratie avancée* eine Antwort geben. Versuchen wir, näher zu erläutern, wie die Inflation als Ausdruck der Krise in der kapitalistischen Gesellschaft wirkt und diese Krise weiter vorantreibt.

Prüfung des bestehenden Verhältnisses zwischen Inflation und Systemkrise

Ausgangspunkt der genaueren Bestimmung des Verhältnisses zwischen der Krise der kapitalistischen Gesellschaft und der Inflation, muß der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital sein, wobei die Inflation als kriseninterner Faktor angesehen wird, beide Elemente aber gleichwohl aufeinander einwirken und sich gegenseitig vertiefen. So muß von der objektiven Grundlage des Klassenkampfes ausgegangen und dieser Kampf in seiner Ganzheit betrachtet werden: als der in jedem kapitalistischen Land vorhandene Gegensatz von Kapital und Arbeit; als Gegensätzlichkeit innerhalb des imperialistischen Systems zwischen dem eigentlichen Imperialismus und den Ländern, die im Kampf um ihre Unabhängigkeit stehen; als Gegensatz zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen System.

Nach der großen Krise der 30er Jahre glaubte *John M. Keynes* mit Recht behaupten zu können: „Die laufende Erfahrung lehrt unbestreitbar, daß eine Situation, in der die Arbeiterschaft (in gewissen Grenzen) eher nach Nominallöhnen denn nach Reallöhnen bezahlt wird, nicht einfach eine Möglichkeit ist, sondern den Normalfall darstellt. Während also die Arbeiterschaft im allgemeinen einer Nominallohnsenkung Widerstand entgegensetzt, pflegt sie gewöhnlich nicht ihre Arbeit einzuschränken, wenn die Konsumgüterpreise erhöht werden“⁵.

Als *A. Rueff* 1925 den Widerstand der britischen Arbeiter, die ihr Lohnniveau sinken sahen, beklagte und damit auf die Gleichgültigkeit der Wirtschaft Großbritanniens zielte, antwortete ihm *Keynes* rund zehn Jahre später etwa so: „Wenn wir schon nicht anders können, dann müssen wir wenigstens so tun, als ob wir den Forderungen der Arbeiter nachgäben, die durch den scheinbaren Anstieg ihrer Löhne ‚eingenebelt‘ werden. Durch die Inflation haben wir immer noch einen Vorteil davon.“ Wenn sich nämlich die Inflation auf wichtige strukturelle Veränderungen stützt (verstärkte staatliche Beteiligung an einem Teil des Bankensystems; Zwangskurse für die bisher innerhalb des nationalen Bereiches nicht in Gold konvertierbaren Banknoten; Erweiterung der Rolle des Staatsschatzes usw.), dann erleichtert sie die Verwertung des akkumulierten Kapitals, indem sie Löhne beschränkt, mit dazu beiträgt, einen Teil der Renten abzuschreiben und dem Kapital ‚Sauerstoff‘ in Gestalt neuer Akkumulationsmittel zukommen läßt und neue Rentabilitätsgrenzen

⁵ J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, (1936) fr. Ausgabe; Payot 1959, S. 30 ff.

damit setzt. Die Inflation beruht also auf der doppelten Tendenz der verstärkten Ausbeutung der Werktätigen und der Kapitalakkumulation.

Wenn wir nun die Klassenkampffentwicklung nach dem ersten Weltkrieg als erklärendes Element des immer weiter forbestehenden Inflationscharakters unserer Zeit ansprechen, dann muß der Begriff des Klassenkampfes genauer bestimmt werden. Handelt es sich dabei schlicht um eine größere Kampf- und Organisationsbereitschaft der Werktätigen, die durch den Erfolg der sowjetischen Revolution angeregt wurde? Das dürfte zweifellos stimmen. Würde man aber die Analyse der objektiven Faktoren der Klassenkampffentwicklung lediglich auf die Aspekte der Organisation, des Bewußtseins und der Stimulation beschränken, ohne sehen zu wollen, was den Kern dieser Dinge ausmacht, nämlich die ökonomischen Widersprüche des Kapitals, dann würde dies zu einer „politisierenden“ Analyse der Inflation führen. Diese Analyse wäre dazu aber noch ungenau und könnte zum Verständnis der Inflation als Illustration und Folgeerscheinung, aber auch als Ursache der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus nichts beitragen.

Umgekehrt aber würde ein Festhalten nur an den ökonomischen Bestandteilen, wobei der Klassenkampf auf das Gerippe seiner Wirklichkeit reduziert wäre, bedeuten, daß die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und also auch die Rolle, die die Inflation dabei spielt, samt ihrer politischen Dimension, ungenau wiedergegeben wäre. Im Grunde würde es sich um eine „verkürzte ökonomische“ Auffassung handeln, die das Wesentliche, insbesondere die Rolle des monopolistischen Staates, vernachlässigte.

So müssen denn als Ausgangspunkt zur Analyse der Inflation, ihrer Dauer und ihres Ausmaßes in unserer Zeit die neuen Entwicklungen des Klassenkampfes in den vergangenen 50 Jahren festgehalten werden. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht: die Tendenz zu einem immer weiter andauernden Kapitalüberschuß im Verhältnis zu den Möglichkeiten seiner Verwertung sowie die Ausweitung des Kapitalüberschusses. Die Inflation mit ihren heutigen Merkmalen kann sowohl als eines der Mittel des Großkapitals zur Bekämpfung des Kapitalüberschusses und als eines der Ergebnisse der von ihm zur Erreichung dieses Zieles angewandten Mittel angesehen werden.

Wenn es dabei aber zu Krisen kommt, so deshalb, weil die Inflation sich zu einem gegebenen Augenblick gegen ihre Nutznießer wendet und diese nicht einmal mehr versuchen können, aus dieser Sackgasse herauszukommen, in die sie der Ablauf des Systems geführt hat, indem es die Inflation nun erst recht in Gang setzt. Wenn dem so ist, werden die Widersprüche des Kapitalismus auf die ökonomische und politische Ebene und damit auf die nationale und internationale Ebene gehoben und beide miteinander verschmolzen.

Auf der ökonomischen Ebene sichert die Aufblähung von Preisen und Geld vor allem die Funktionen zur Rentabilisierung des fixen Kapitals, die Begünstigung seiner Akkumulation und die Verringerung des Anteils des variablen Kapitals. Und über eine widersprüchliche Marschroute zielt sie darauf hin, die Kapitalmenge zu vergrößern, die ihren, und darüberhinaus zusätzlichen, Profitanteil fordert. Deshalb ruft die Inflation weitere Inflationserscheinungen hervor, verwertet sich doch das

Geldkapital zu wesentlich höheren Zinsen, als ihre Einschränkung durch die Geldabwertung bewirkt. Das monopolisierte Produktivkapital, das weitgehend durch die inflationistische öffentliche Finanzierung gefördert wird, sucht aber darüber hinaus nach verstärkten Kapazitäten der Selbstfinanzierung. Und so verleitet dann die von diesem Kapital geforderte Erhöhung der Profitrate, wobei die Erhöhung über Preissteigerungen weitergegeben wird, ihrerseits zu einer Tendenz der Warenüberproduktion.

Die ökonomischen Elemente des Beitrages der Inflation zur Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus können schematisch wie folgt zusammengefaßt werden: Die Inflation läßt die Tendenz zum Fall der Profitrate, die sie hervorgebracht hat, anwachsen, was dann durch einen wachsenden Kapitalüberschuß in der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht wird; ferner verstärkt sie die Tendenz zur Warenüberproduktion, deren fühlbarster Ausdruck die Drosselung des Inlandsmarktes ist, wovon nicht nur der individuelle sondern auch der kollektive Konsum in seinen zur Entwicklung der Produktivkräfte notwendigsten Formen (Schul- und berufliche Ausbildung, Forschung, Wissenschaft und Gesundheit) betroffen ist.

In dieser Hinsicht stellt die Inflation als Element der Krise der Produktionsverhältnissen eine der Formen des grundlegenden antagonistischen Widerspruches zwischen diesen Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften dar, die den Abschluß der industriellen Revolution, die gegenwärtig zu beobachtende Differenzierung der technischen Veränderungen sowie die Entwicklung einer neuen technischen Revolution bewirken und sogar dazu aufrufen. Die Inflation rührt dabei an die menschlichen Produktivkräfte: Unmittelbar, indem sie den Akkumulationsprozeß, der sich alle diese Elemente einzugliedern versucht, begünstigt, um die Werk-tätigen aus ihren bisherigen Arbeitsverhältnissen auszuschalten oder um sie niedriger einzustufen; mittelbar, indem die Ausgaben für die Ausbildung und den Lebensunterhalt der eigentlichen Produzenten beschnitten werden, Ausgaben, die gleichwohl für deren Entwicklung notwendig wären⁶.

Deshalb kann zum heutigen Zeitpunkt, auch bei der Untersuchung des Verhältnisses von Inflation und Arbeitskraft, eine einseitige Begrenzung des sicherlich grundlegenden Verhältnisses von Löhnen und Preisen nicht vorgenommen werden.

Die Inflation verstärkt und verallgemeinert auf der politischen Ebene die Ausbeutung der Werk-tätigen als vorübergehende Lösung der Widersprüche in der Reproduktion des Kapitals und trägt dazu bei, sie auf Bereiche außerhalb der Produktion auszudehnen. Dadurch trifft sie auch andere Berufsgruppen als nur die der Werk-tätigen in der industriellen Produktion. Sie bietet sich somit als eine der Grundlagen zur Verstärkung des antimonopolistischen Kampfes an. Eine der Lehren, die aus den während der letzten Jahre geführten Kämpfe zu ziehen ist, besteht darin, daß die Werk-tätigen der kapitalistischen Länder und selbst mancher Staat mit Roh-

⁶ Die gegenwärtige Situation Frankreichs und aller entwickelten kapitalistischen Länder, in denen man die gleiche Tendenz zu steigender Arbeitslosigkeit und Inflation feststellen kann, ist dazu eine Illustration.

stoffproduktion (wie Erdöl) eine entschlossenere Haltung gegenüber ihren Ausbeutern mit der Forderung an den Tag legen, inflationäre Kosten zu verhindern. Die einen wie die anderen machen praktische Auflagen zur Wahrung ihres in Geld ausgedrückten Lohneinkommens. Zweifellos vermindern solche Gleitklauseln nicht den Inhalt der kapitalistischen Verhältnisse unter dem Imperialismus, doch verstärken sie den Antagonismus und lassen ihn noch unerträglicher werden. Wenn nun aber die Kampfforderungen im Einklang mit anderen Kämpfen objektiv auf die Infragestellung des Systems als Ganzes hinauslaufen, dann wird der monopolistische Staat einer der Faktoren zur Inflationsentwicklung und gleichzeitig zum Schiedsrichter über die verstärkten und globalen Ausbeutungsmaßnahmen, mit denen der Kampf der Werk-tätigen gegen Preissteigerungen abgewehrt werden soll⁷.

Über die Ausweitung ihrer Raten (Ausweitung, die der kapitalistische Staat erlaubt, ja sogar hervorruft) hinaus gewinnt die Inflation auf der ökonomischen und politischen Ebene eine neue qualitative Dimension. Sie wird zum Bestandteil der Krise und ihrer Vertiefung als Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Werden nun diese beiden Aspekte eingegrenzt und wird jedes System des jeweiligen staatsmonopolistischen Kapitalismus für sich betrachtet, dann erscheint die Inflation als interner währungspolitischer Ausdruck der Systemkrisen. Auf der nationalen Ebene erscheint sie als Gegenstück zur Krise des kapitalistischen Währungssystems auf internationaler Ebene. Doch ist sie in der Tat etwas anderes als diese gegenseitige Ergänzung. Denn sie zeigt vielmehr die Verbindung zwischen den Widersprüchen des Kapitals innerhalb des nationalen Rahmens und das Offenbarwerden dieser Widersprüche im internationalen Rahmen.

Die Inflation ist in vollem Umfang die Begleiterscheinung der Systemkrise und jedes ihrer Elemente macht dies deutlich. Wenn es aber innerhalb eines jeden nationalen Bereiches Inflation gibt, dann deshalb, um das Monopolkapital in diesen Zonen zu konsolidieren, um aber auch, und dies in immer größerem Maße, es in seiner internationalen Expansion zu begünstigen. Die Inflation ist in jedem nationalen Territorialbereich der Ausdruck des Verhältnisses zwischen der Tendenz zur verstärkten Ausbeutung der Werk-tätigen im nationalen Rahmen und dem Versuch zur Ausbeutung von Werk-tätigen außerhalb dieser Länder. Die Entwicklung einer anhaltenden und fortgesetzten Inflationsbewegung, die zum Anwachsen des Kapitalüberschusses in einer gegebenen Zone führt, trägt in sich schon als logische Folge die internationale Vergesellschaftung des Großkapitals und die Verstärkung seiner Zusammenschlüsse im ausländischen Bereich. Diese Logik ist im Inlandsbereich

⁷ Zur Inflation, die aus dem Auftrieb der Produktionskosten entsteht, schreibt der Professor der politischen Ökonomie E. James: „Entstand der Gedanke der „Kosten-Inflation“ nicht insgeheim aus einer politischen Absicht? Sollte er etwa dazu dienen, im entsprechenden Fall die Anwendung solcher Abhilfen zu rechtfertigen, die sich von jenen unterscheiden, die bei einer „Nachfrage-Inflation“ angewendet werden? Begrenzung der Kostensteigerung (vor allem der Löhne), Begrenzung der gewerkschaftlichen Macht und nicht der Zinsratensteigerung (da diese im Verdacht stände, die Unternehmenskosten zu belasten). Kommt man so nicht zu einer konservativ beeinflussten Politik?“ (Problèmes monétaires d'aujourd'hui, Sirey 2. Aufl. 1970).

umso gefestigter, als eine der Inflationsfolgen ja die Tendenz zur Drosselung des individuellen und kollektiven Konsums darstellt.

Die Inflation trifft die Beziehungen aller Komponenten des Systems und im Währungsbereich. So werden denn die Inflationserscheinungen bei jeder staatsmonopolistischen Formation immer weniger miteinander vereinbar. Dies verhindert aber nicht, daß jene politisch-ökonomischen Maßnahmen, durch die eigentlich die Inflation eingedämmt werden soll, für die Monopolbourgeoisie und ihre Regierung ihren Sinn gerade darin haben, die konkurrenzfähigen Kapazitäten und damit insbesondere natürlich die Inflation zu entwickeln. Infolge ihres internationalen Zusammenhanges und durch den Zusammenhang der internationalen Konkurrenz mit ihrem eigenen Ablauf gewinnt die Inflation eine neue Dimension, die die Systemkrise verstärkt. Und so entwickelt sich auf diesen Grundlagen ein heftiger ideologischer Kampf.

II. Inflation und ideologischer Kampf

Hierbei geht es nicht um die Betrachtung der Inflations-Theorie, vielmehr geht es darum, kurz einige Gedankenzusammenhänge zu prüfen, die dazu entwickelt worden sind.

In dem Krisenkontext, den wir soeben aufgezeigt haben, unternehmen die Ideologen des Großkapitals vielerlei Anstrengungen, die Lohnabhängigen (und jene, die es nicht sind) davon zu überzeugen, daß die Lohnarbeiter unmittelbar für die Inflation verantwortlich seien. Gleichzeitig stellen diese Ideologen aber Theorien auf, mit denen sie ihre Gedanken glaubwürdiger machen wollen (um ihnen Wirksamkeit im Klassenkampf zu verleihen) in denen sie die Verantwortung für die Inflationserscheinungen noch anderen gesellschaftlichen Gruppen als nur den Lohnarbeitern zuschieben, ohne dabei aber die Hauptverantwortung von der zuletzt genannten Gruppe zu nehmen. Zweifellos macht die Großbourgeoisie die Lohnarbeiter, insbesondere bei den „großen Gelegenheiten“ für die Entwicklung der Inflation voll verantwortlich. Ihrer Meinung nach ist der Lohnzuwachs (d.h. der Preis jener spezifischen Ware im Kapitalismus, die Arbeitskraft genannt wird) gleichzeitig Motor und Treibstoff für die Preissteigerung von allem anderen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um jene Art von Schocksituation, die *de Gaulle* im Juni 1968 ausnutzte, nachdem die Werkstätigen dem Kapital bedeutende Zugeständnisse im Lohnbereich abgerungen hatten.

Diese Behauptung bleibt Haupt- und hervorragender Bestandteil aller Kriegserklärungen, die die Monopolbourgeoisie auf den verschiedensten Ebenen zur Rechtfertigung ihrer politischen Schachzüge abgibt⁸.

⁸ Zur Widerlegung dieser Erklärung vgl. „Lohn-Preis-Profit“ (Vortrag von Karl Marx am 20. und 27. Juni 1865 vor dem Generalrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation); vgl. auch J. Kahn in „Pour comprendre les Crises monétaires“, Ed. Sociales 1969, S. 14 ff. Dort zeigt Kahn,

Nichtsdestoweniger kann aus der Pressekonferenz von *Pompidou* vom 30. Januar 1970 die Nuance festgehalten werden, daß die Inflation nicht allein durch die Lohnsteigerungen, sondern vielleicht auch infolge durch die Aufblähung von Profiten verursacht worden ist.

III. Inflation oder der monetäre Kampf zwischen den „Gruppen“

Diese Inflationsideologie knüpft an eine Ausbeutung an, die zwar einen soziologischen Anschein besitzt, von Grund auf aber unsoziologisch ist. Sie wurde vor allem in Frankreich während der letzten 20 Jahren entwickelt.

Ihrem äußeren Anschein nach (und der richtet sich auf den „Tagesgeschmack“ ein) bezieht sie die „gesellschaftlichen Gruppen“ und deren Kampfbereitschaft in ihr Kalkül mit ein. Danach wird die Inflation als das Ergebnis des Zusammenschlusses aller Gruppen zur „Verteilung des Kuchens“, welch köstlicher Ausdruck!⁹, beschrieben.

Doch handelt es sich eben nicht nur um eine gesellschaftspolitische Erscheinung, denn die Gruppen, um die es geht, stehen bei dieser Betrachtung alle auf dem gleichen Boden, sind nicht in das Verhältnis zum Kapital eingeordnet, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Anstatt nämlich die Inflation in Bezug auf die Widersprüche im Produktionsprozeß und dessen Verwertung zu verstehen, — selbst wenn die Lohnempfänger durch ihre Kämpfe diese Widersprüche noch wirksamer werden lassen, so daß die Inflation durch die Monopole und ihren Staat noch beschleunigt wird (aber diese Analyse zielt ja auf die Dringlichkeit der Ablösung des Kapitals und nicht auf jene zur Stagnation der Klassenkämpfe ab) —, wird sie als eine abstrakte Auseinandersetzung auf der Marktebene zwischen Partnern begriffen, die eine in der Produktion gleichwertige Rolle spielen. Am Ende dieses schön ausgelegten theoretischen Teppichs stehen dann zwei ungleich ausgestattete Sessel, die für die heutige Zeit typisch sind: der Dringlichkeitsruf nach dem staatlichen Schiedsspruch und das Mitleid für die am „*Rande der Gesellschaft Lebenden*“, das heißt „*jene, die abgeschrieben sind*“.

wie die Inflation, die sich an Tauschwerte aus verschiedenen Zeitabschnitten anpaßt, dazu neigt, die Profitrate anzuheben.

⁹ Vgl. M. Aujac, Une Hypothèse de Travail (Inflation als monetäre Folge des gesellschaftlichen Gruppenverhältnisses), Econ. Appl. April 1950. Der Gedanke des „monetären Kampfes“ ist insbesondere von J. Le Bourva in „L’Inflation française D’après Guerre 1945–1949“ entwickelt worden (Colin, Paris, 1959). Von ihm stammt bemerkenswerterweise jene Definition der Inflation: „*der kumulative Prozeß der Preissteigerung die sich im Verlauf einer Periode des monetären Kampfes ergibt, und der durch die verschiedenen Wirtschaftssubjekte ausgetragen wird, um ihre realen Einkünfte und ihre reales Kapital zu bewahren oder zu vermehren, während die globale Masse der verfügbaren Güter in der Wirtschaft unzureichend ist, um gleichzeitig alle diese Forderungen zu erfüllen*“ (S. 22). Die positivistische Soziologie der Vereinigten Staaten hat um 1950 dort Arbeiten gleicher Art hervorgebracht, die sich mit den Grundlagen der Konzeptionslosigkeit von „Gruppen“, „Entscheidungszentren“ und „Verhaltensweisen“ befaßten.

Im Namen von Vernunft und Gerechtigkeit muß gesagt werden, daß der Kampf gegen die Inflation, so wie er von der Regierung geführt wird, sich als die Arbeit einer Lohnpolizei unter dem Deckmantel des Tarifvertrages entpuppt.

Jede Anstrengung zur Integration aufgrund der Inflation hat umso größeres Gewicht, als die Inflationserscheinungen immer weniger dem Verdacht unterliegen, den Verfallstag der antagonistischen Widersprüche des Kapitals hinausschieben zu können. Dies geschieht einerseits aus dem schon angeführten Grund, daß die Ausbeuteten mit immer größerem Erfolg die entsprechenden Lasten zu übernehmen sich weigern. Andererseits aber blockiert diese Last gleichzeitig den Funktionsablauf des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst.

Inflation und Konsumgesellschaft

Eine weitere Form der kapitalistischen Inflationsideologie besteht in der Behauptung, die Inflation sei eine Erscheinung, die an die Konsumgesellschaft gebunden ist¹⁰. Der Mechanismus solcher Schlußfolgerungen ist von einer bestehenden Einfalt. Um Profite einzuheimsen, erhöhen die „Unternehmer“ die Preise. Doch kann sich das Produkt nicht zum für diesen Zeitraum festgelegten Preis absetzen lassen, weil dieser Preis über dem zur gegebenen Zeit bestehenden Lohnniveau liegt. Also stimmen die Unternehmer der von den Lohnarbeitern geforderten Lohnerhöhung zu. Die Steigerung der Löhne erlaubt dann den Absatz des Produktionsausstoßes zum vorgegebenen Preis, wodurch wiederum ein Profitzuwachs erreicht wird. Die Inflation ergibt sich also aus dem chronischen Zustand, indem die Warenüberproduktion, verbunden mit dem Profitverlangen der „Unternehmer“, den Lohnenkünften ständig vorausseilt und sich nur auf der Grundlage ihres andauernden Zuwachses an Nominalwert absetzen läßt. Das Gleichgewicht von Produktwert und Produktpreisen (und der Profitzuwachs) wäre dann letztlich zum Nachteil bestimmter Ausgaben für den kollektiven Konsum erreicht. Die Inflation würde also, indem sie die Lohnarbeiter auf Zeit in einer gleichbleibenden Lage beließe, zugleich einen Zuwachs an privatem Profit und öffentlichem Elend herbeiführen. Dies wäre die eine Seite des Funktionsablaufes der „Konsumgesellschaft“. Diese Erklärung der Inflation, die das Verhältnis zwischen Lohnempfängern und Kapitalisten als eine unbewußte und glückliche Komplizenschaft bezeichnet, wobei durchaus einige Elemente der Wirklichkeit (Verbindung zwischen Inflation und Profit, Tendenz zur Drosselung des öffentlichen Kollektivkonsums) anerkannt werden sollen, verlegt den Bereich der Analyse vollständig von der Ausbeutung auf den Konsum. Die Lohnarbeiter dürfen vielleicht nicht als Nutznießer der Inflation betrachtet werden, doch sind sie deren Instrument und als Teilnehmergebühren für einen

¹⁰ Sie wird ausgesprochen in einer Studie von P. Fabra in „Le Monde“ vom 25., 26., 28., und 29. Juni 1969 unter dem Titel „L'Inflation et la Société de Consommation“. Eine ganze Reihe von Gedanken, die diese Theorien unterstützen, finden sich bei P. A. Baran und P. M. Sweezy „Monopolkapital“ (frz. Übersetzung 1968 bei Maspero erschienen). Die Kritik von Ph. Herzog und anderen Autoren ist in „Economie et Politique“ Nr. 192/93 und 196/ 1970 nachzulesen.

guten Ablauf des Gesamtmechanismus erhalten sie von den Kapitalisten so etwas wie den status quo ihrer heutigen Situation.

Und hier vereinigt sich die Inflationsideologie von der „Konsumgesellschaft“ mit der „soziologischen“ Interpretation der Inflation und zwar besonders in dem Maße, in dem die Lohnarbeiter als Glieder eines von den Unternehmern in Gang gebrachten Räderwerkes dargestellt werden. Diese Auffassung zielt darauf ab, die **Kämpfe der Lohnabhängigen zu entstellen und sie den Interessen der gesellschaftlich benachteiligten Kategorien, die nicht über ein Lohn Einkommen verfügen, entgegenzusetzen.** Wird aber die Inflation als der ständig erneuerte Prozeß des Ausgleichs von Produktion und Einkommen beschrieben [das zeitgebundene Einkommen [t] gesteigert durch Lohnzulagen, die in [t] gewährt wurden, erlaubt den Absatz der gesamten Produktion [t-1] usw.], so gilt die Voraussetzung, daß die Unternehmer die Preisaufblähung dem globalen Produkt zuordnen können. Tatsächlich läßt sich dann aus dieser Sicht die Lage der Unternehmer so darlegen, daß über eine Monopolstellung verfügen. Doch bleibt der Inhalt dieser Stellung auf eine „Handelsmacht-Position“, ja auf eine Art „reklametechnischer Abschreckungswaffe“ beschränkt. Diese Ideologie der Inflation ist somit dem zuzuordnen, was in der Definition über das vergesellschaftete Kapital in unserer Gesellschaft ausgesagt wurde: sein bevorrechtigter Zugang zu den öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten, seine Macht der Akkumulation und das Streben nach einer vorgegebenen Profitrate und zwar vom Augenblick der Akkumulation an und nicht erst auf dem Markt¹¹. Von dieser Tatsache her kann die Ideologie der Inflation über die Inflation im staatsmonopolistischen Kapitalismus als einer verstärkten Ausbeutungsform keine Rechenschaft ablegen (obwohl sie in einigen Grundzügen dem näherkommt, indem sie die Unterstützungsrolle aufzeigt, die das öffentliche Bankensystem der monopolistischen Akkumulation entgegenbringt).

Wesentlich an der Deutung der Inflation als Kennzeichen der „Konsumgesellschaft“ ist, daß damit eine Synthese von zwei Hauptbestandteilen der bürgerlichen Theorie zum Thema: **Inflation durch Kosten, Inflation durch Nachfrage** herzustellen versucht wird. Aber hier liegt auch die Grenze ihres bürgerlichen Inhalts. Diese Theorie bleibt den Kategorien des kapitalistischen Marktes (und besonders der Kategorie des Produktionspreises) verhaftet, so wie sie in Erscheinung treten, nicht aber wie sie wirklich sind (als Teilabschnitte des Kapitalwertungsprozesses).

Das Kernstück des ideologischen Kampfes gegen diese Ideologie der Inflation ist demnach die Erklärung des kapitalistischen Produktionsprozesses, der Produktion von Mehrwert und Profit im staatsmonopolistischen Kapitalismus, der dazu die stärksten Argumente beiträgt. Was dennoch unserer Meinung nach hier in Erscheinung tritt, ist der Reflex des historischen Charakters, der durch diese entstellten Inflationserscheinungen durchscheint und der immer mehr von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen überholt wird. Was nämlich beispielsweise Nachfrage-Inflation genannt wird, drückt das Erschrecken einiger davor aus, was,

¹¹ Vgl. Traite marxiste d'Economie politique..., Kapitel 1.

immer weiter um sich greifend, als Wille zum besseren Leben bezeichnet wird. Was Kosteninflation genannt wird, ist das Erschrecken vor dem Ausbrechen von Kämpfen um Lohnerhöhungen und um stabile Arbeitsplätze. Was als Inflation infolge der Überforderung des kollektiven Konsums bezeichnet wird, vermittelt nur die Unfähigkeit des Großkapitals, die entsprechenden und immer offenkundiger werdenden Ansprüche des vollwertig gesellschaftlichen Menschen, der zugleich Produzent und Individuum sein will, zu befriedigen. Diese Ideologien markieren ohne eigenen Zutun die tiefliegenden Gründe der Inflation unserer Zeit; der Antagonismus der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte drängt auf eine Veränderung dieser Verhältnisse.

Neue Aspekte der Monopoltheorie

Heft 3/71 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1971,
222 Seiten, Neuauflage 4. Tausend

Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols; Konzentration und Monopol; Monopol, Rationalität und gleichwertiges Wachstum; Überakkumulation, Monopole, staatsmonopolistischer Kapitalismus heute; Finanzkapital und Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus; zum Monopol als Herrschaftsverhältnis – aktuelle Aspekte der Leninschen Analyse; Aspekte zum internationalen Konzern; internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität; internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung; Bericht über das Symposium „Probleme der Monopolisierung unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus“; Ausgewählte Literatur zum Thema.

Ökonomische Reformen in den sozialistischen Staaten

Heft 3/70 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970,
Neuauflage 4. Tausend

Die optimale Leitung der Wirtschaft und die Effektivität der materiellen Stimulierung; Zu Grundfragen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und seiner Entwicklung in der DDR; Der Markt im Sozialismus; Die Wirtschaftsreform und Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Der Staatshaushalt unter den Bedingungen des neuen Systems der Leitung der Volkswirtschaft; Die Wirtschaftsreform und einige Probleme der optimalen Leitung der sozialistischen Wirtschaft; Die ersten Erfahrungen bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreform in Ungarn; Die Wirtschaftsreform und die Arbeitsproduktivität. Anhang: Ausgewählte Literatur zur Wirtschaftsreform in den europäischen sozialistischen Ländern.

Gianfranco Polillo

Inflation und die Struktur des Monopolkapitalismus

Aus: *Politica ed Economia*, Rom 1971, Heft Nr. 5, Oktober 1971, S. 31–39. Der Originaltitel des vorliegenden Beitrages (*Inflazione e sviluppo*) wurde von der Redaktion des *Marxismus Digest* geändert. Ferner wurde der Text leicht gekürzt.

Die kürzlichen Währungsereignisse haben bestimmte Störungen von Gleichgewichtszuständen noch deutlicher hervortreten lassen, obwohl sie schon seit längerem die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Länder kennzeichnen. Es handelt sich bei diesen Störungen im allgemeinen um komplexe Phänomene, wirklich und eigentliche, geschichtliche Widersprüche des kapitalistischen Modells, um Phänomene, die in dem inflationistischen Prozess, der jede Wirtschaft dieses Typs charakterisiert, zusammenfließen.

Wir wollen hier kein erschöpfendes Bild aller konkreten Erscheinungen dieses Prozesses umreißen und auch nicht die letzten Gründe aufzeigen, die ihn bestimmen. Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft hat schon verschiedene Experimente dieser Art gemacht: sie stellte Indizes gegenüber, verglich verschiedene Parameter von Entwicklungsmodellen, ohne daß es ihr gelang, die strukturellen Ursachen auszumachen.

Ein kürzlich erschienenes „Dossier“¹, obwohl es sich auf der Basis dieser anspruchsvollen Methodik bewegte und es die modernsten analytischen Instrumente der Mathematik benutzte (die Methode, die *Balogh*, ein Zwielficht moderner Eleganz nannte²) – kam nur zu dem tautologischen Schluß³, daß die Inflation sich selbst ernährt. Und dies aufgrund einer psychologisierenden Einstellung, die wieder einmal den geringen wissenschaftlichen Wert derartiger Methoden bestätigt, die *Marx*³ nicht zu unrecht der Konzeption der Vulgärökonomie zuschrieb.

Zur Rechtfertigung dieser Verzögerung wird angeführt, daß das Phänomen zumindest in seinen schlimmsten Erscheinungen erst neuerdings auftritt. Während der ganzen ersten Hälfte der 60er Jahre betrug die Inflationsrate weniger als 2 %, ein Wert, der nach dem zitierten Rapport als ‚unvermeidlicher, aber annehmbarer Preis der Vollbeschäftigung und der raschen Expansion‘ angesehen wird⁴.

Die Politik der Vollbeschäftigung

Dieser Ausspruch faßt in bezeichnender Weise nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Urteil zusammen: die Ansicht, die für viele Nachkriegs-

1 Inflation: le problème actuel – Rapport du secrétaire-général, Decembre 1970, OECD – Paris.

2 ebd.

3 Karl Marx: *Il Capitale*, Bd. 1, Editori Riuniti 1966.

4 Inflation ..., a.a.O.

jahre die historischen Erwartungen der verschiedenen Sozialdemokratien der westlichen Welt gekennzeichnet hat. In ihrem Rahmen befangen war auch der ‚soziale‘ Charakter der sozialdemokratischen Mission: Das Ende der Arbeitslosigkeit als Ausschaltung eines gefährlichen Phänomens, Quelle der Unordnung und Sorge; aber auch als Mittel, mit dem man eine Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Klassen verwirklichen kann. Wenn die Vollbeschäftigung durch Verminderung der Reservearmee die Verhandlungspositionen der Arbeiterklasse verstärkte, so verhinderte jedoch das subalterne Verhalten ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb einer partnerschaftlichen (collaborazionista) Logik den möglichen Gebrauch dieser gewachsenen Verhandlungsmacht im historischen Interesse des Proletariats. Damit erhöhte sich die Möglichkeit des Kapitals für eine reguläre Planung, nicht gestört durch unvorhersehbare Streikaktionen, die die Investitionen unsicher gemacht und das Unternehmerrisiko verstärkt hätten.

Die Profite variierten angesichts der steigenden Preise, verhinderten den Fall der Profitrate und erlaubten dank der inflationistischen Tendenzen ihre Ralisierung. Wenn die Vollbeschäftigung dahin tendierte, den Preis der Arbeitskraft zu erhöhen und damit den Mehrwert und die Profitrate zu senken, hob der inflationistische Druck dies wieder auf, indem er nicht nur den Reallohn der in der Industrie Beschäftigten senkte, sondern im allgemeinen den aller Arbeiter. Die letzte Entscheidung blieb also in den Händen des Kapitals, und die Deflation blieb das äußerste, allerdings kompromittierte, Mittel der Wirtschaftspolitik.

Die Aktualität dieser „traditionellen“ Antwort auf Gefahren einer Inflation (wenn sie die Ebene der internationalen Wettbewerbsfähigkeit berührt und damit direkt die Profite bedroht) und folglich die Negation des ganzen sozialen „background“ der Politik der Vollbeschäftigung, wird noch heute bewiesen durch ein Dokument der OECD, das auch von unseren nationalen Repräsentanten unterschrieben wurde.

„Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe weisen darauf hin, daß in dem Maß, in dem die augenblicklichen Schwierigkeiten durch die Verstärkung von inflationistischen Tendenzen verursacht wurden, sie mit dem Ziel bekämpft werden müssen, eine vernünftige Preisstabilität zu sichern und dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn man die Nachfrage reguliert, und zwar auf einer Ebene der Arbeitslosigkeit, die den einzelnen Ländern tragbar erscheint.“⁵

Die Bezugnahme auf die globale Nachfrage darf nicht zu Fehlschlüssen führen. Sie ist nur der formale Ausdruck einer traditionellen Methodik, die „an der Oberfläche der Dinge“ bleibt. Das einzig wirksame Mittel zur Blockierung der Inflation ist immer noch „eine tragbare Ebene der Arbeitslosigkeit“; also die Wiederherstellung einer Reservearmee, die die Macht der Arbeiterklasse, Verträge abzuschließen, reduziert und dem Kapital freie Hand läßt, industrielle Umstellungen vorzunehmen, die eine Erhöhung der Produktivität erlauben und damit eine Neufestsetzung der Grenzen des „Mehrwertes“, der von der Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft angegriffen wurde. Es ist kein Zufall, wenn man von einer „tragbaren Ebene“ mit

5 „Les politiques actuelles de lutte contre l'inflation“, OECD, Paris 1971.

einem Ermessensraum spricht, der je nach dem bestehenden Kräfteverhältnis in den einzelnen Ländern zu benutzen ist. Also eine politische Wertung, und keine technische, wie sie es, nach ihren Verkündern sein sollte.

Der Grad der Funktionalität des inflationären Prozesses nach den Bedürfnissen des Kapitals, die in extremen Fällen immer mögliche Rettung dieser Interessen über deflationistische Manöver erklären teilweise das begrenzte Interesse der bürgerlichen Ökonomie an diesem Problem. Darüberhinaus lasten auf den wenigen Versuchen die methodologischen Grenzen, die die verschiedenen Schulen kennzeichnen, ihre mehrfach bewiesene Unfähigkeit,⁶ über eine „fetischistische“ Annäherung der wirtschaftlichen Probleme hinauszugehen. So fehlte es nicht an den üblichen statistischen Enthüllungen, mit denen man die nicht vorhandenen theoretischen Grundlagen überbrücken wollte in der Hoffnung, der „Pragmatismus“ könne den fehlenden theoretischen Ansatz ersetzen.

Inflation und Wirtschafts-Theorie: die Synthese von Lutz

Das Ergebnis war, daß man alles, mit Blick auf eine kurzfristige Perspektive, auf eine elementare Beschreibung einiger mathematischer Relationen reduzierte, und dabei die allgemeinen Indikationen vernachlässigte, die doch aus einer Analyse hervortreten sollten. Wenn man die Keynes'sche Thematik ausschaltet, die entstand und entwickelt wurde für ganz andere Zwecke, reduzieren sich die Lehrsätze über die Inflation (und dies ist ein schwerwiegendes Beispiel der kulturellen Armut der bürgerlichen Ökonomie) auf die Beschreibung der beiden Hypothesen: „Inflation, hervorgerufen durch einen Exzess der Nachfrage“ (Nachfrageinflation) und „Inflation, hervorgerufen durch Erhöhung der Kosten.“ (Kosteninflation) Diese letzte Alternative wird schließlich in den neueren Währungs-Theorien von Milton Friedman auf eine Unterart des ersten Falles zurückgeführt, indem er eine Neo-Quantitätstheorie (quantitativismo) als erschöpfende Rechtfertigung jeglichen ökonomischen Phänomens wieder hervorholt. Auf diesen letzten Punkt werden wir noch zurückkommen.

Lutz⁷ gebührt der Verdienst, oder das Verschulden, den Versuch unternommen zu haben, dem Problem eine mathematische Formel zu geben, zumindest in der Hypothese der Kosteninflation, die sicher die bürgerlichen Theoretiker aus Klasseninstinkt am meisten beunruhigt. Die Basis dieser Hypothese ist der Ricardo'sche⁸ Ansatz des Arbeitswertes, ein Ansatz jedoch, der nicht bis in die Schlußfolgerungen aufrecht erhalten wird. Der Wert eines Gutes ist nach Lutz die Frucht des tech-

6 Es genügt, an die Unfähigkeit zu denken, eine klare Definition des Phänomens des Tausches zu geben. Teilweise eine Ausnahme machen die Großen der klassischen Schule: Smith, Ricardo.

7 F. A. Lutz, Inflazione indotta da costi e inflazione indotta da domanda in: Moneta e credito, März 1958.

8 David Ricardo, Principi dell'economia politica e delle imposte, Utet 1965.

nologischen Fortschritts, oder auch der ‚Produktivkraft der Arbeit‘, die auch die Grenze anzeigt, die das Verhältnis von ansteigenden Löhnen und ansteigenden Profiten definiert.

Wenn diese Grenze nicht respektiert und der Markt durch monopolistische Formationen charakterisiert wird, werden im Fall von Lohnsteigerungen die Preise einem inflationistischen Druck ausgesetzt, dank dessen das Kapital seinen Anteil am Nationaleinkommen hält oder erhöht. Daher eine allgemeine Erhöhung der Preise in der Epoche 1 im Vergleich zum bestehenden Niveau der Epoche 0, die als als Bezugspunkt genommen wird?

Auf dieser „theoretischen Hypothese“ sind die bekannten Thesen über die Politik der Einkommen aufgebaut, die Politikern wie *La Malfa* so teuer sind. Diese Thesen, die von einer statischen Vision der gesellschaftlichen Beziehungen ausgehen, beziehen die dauernde Unterwerfung der Arbeiterklasse unter eine nur im Interesse der Herrschenden gesteuerte Entwicklung gleichsam als Prämisse mit ein. Es überrascht daher nicht der positive Kommentar von *Vittorio Marrama*, Wirtschaftler an der Universität Rom: „Die Erhöhungen des Profits sind im allgemeinen notwendig, um die produktive Ausrüstung der Betriebe auszuweiten, und die Haltung der Unternehmer, nicht darauf zu verzichten, kann daher ‚objektiv gerechtfertigt‘ sein“.¹⁰

Wieder gewinnt der naturalistische Ansatz als Rechtfertigung der bestehenden Wirklichkeit und damit der augenblicklichen Struktur der Produktionsverhältnisse die Oberhand. Für diese Operationen theoretischer Mystifikation zahlen Ökonomen wie *Lutz* oder *Marrama* den Preis einer geringen wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit ihrer Lehrsätze.

Die Schlußfolgerungen von Marx und Ricardo

Die Termini der Polemik sind tatsächlich ungezählt. Schon *Ricardo*¹¹ hatte lange mit diesen Positionen gekämpft, später mit größerer Kraft durch *Engels*¹² und *Marx*¹³

9 Die Formel ist gegeben:

$$P_1 = P_0 \frac{bw + (1-b) E_1}{Q_1}$$

wo:

P_1 = Preisniveau der Epoche 1; P_0 = Preisniveau der Epoche 0; b = Quote des Nationaleinkommens aus Arbeit; W_1 = durchschnittliche Nominallöhne; E_1 = Durchschnittsprofite; Q_1 = Durchschnittsproduktivität.

10 V. Marrame, *Ciclo e sviluppo* -- Ed. Ricerche Roma 1967, S. 317.

11 Siehe Ricardo a.a.O. und Ladislaus von Bortkiewicz, *La teoria economica di Marx*, Einaudi, Torino 1971.

12 F. Engels, Vorwort zur italienischen Ausgabe von „Lohnarbeit und Kapital“, Ausgabe 1891

13 K. Marx, *Das Elend der Philosophie*, MEW, Band 4, S. 175 f. Der Text lautet: „Da indes das Verhältnis der Handarbeit zum fixen Kapital in den verschiedenen Industrien ungleich ist, werden

bestätigt, letzterer in Auseinandersetzung mit *Proudhon*. Für *Marx* und *Engels* bestimmte eine Veränderung der Lohnrate nicht eine generelle Erhöhung der Preise, sondern ihre simultane Veränderung nach oben oder unten. Mit anderen Worten: gäbe es positive Veränderungen für einige Produkte, aber negative Veränderungen für andere, so würde die oszillierende Bewegung, die sich daraus ergäbe, durch die verschiedene ‚organische Zusammensetzung‘ des Kapitals bestimmt, die in den verschiedenen Produktionssektoren besteht. Genauer: „bei der Annahme eines allgemeinen Anwachsens der Lohnrate würden die Preise bei den Produkten, die durch eine produktivere Kombination von „lebendiger Arbeit – vergegenständlichter Arbeit“ entstanden sind, während eine entgegengesetzte Bewegung bei der anderen Hypothese nach unten tendieren, entstünde.

Die Schlußfolgerungen von *Marx* und *Ricardo* setzten einen Markt der freien Konkurrenz voraus, aber sie verändern sich auch nicht unter monopolistischen Bedingungen. Hinsichtlich der Entwicklung der Monopole gibt es tatsächlich zwei mögliche Hypothesen, nämlich daß sie entweder in den verschiedenen Produktionssektoren variieren oder gleich bleiben.

Im ersten Fall (unterschiedlicher monopolistischer Konzentrationsgrad in den verschiedenen Bereichen) hängt die mögliche Übertragung der Lohnerhöhung auf den Preis nicht so sehr von schicksalhaften Automatismen ab, als von konkreten Entscheidungen, die von den einzelnen Betrieben bemäßt ihrer Marktstrategie getroffen werden. Sicher kann es Preiserhöhungen geben, aber auch ein Gleichbleiben der Preise und sogar ein differenziertes Verhalten mit Erhöhungen auf einigen Märkten und Reduzierungen oder Stagnation auf anderen, je nach den lokalen Bedingungen¹⁴

Auch wenn man von jener ‚Mäßigung‘ (discrezionalità), die der monopolistischen Marktorganisation innewohnt, absieht und man die Hypothese der totalen Übertragung der größten Lohnerhöhungen auf die Preise akzeptiert, wobei das Profitniveau

alle Industriezweige, welche ein verhältnismäßig größeres fixes Kapital und weniger Arbeiter verwenden, früher oder später gezwungen sein, den Preis ihrer Waren herabzusetzen. Im entgegengesetzten Fall, wenn der Preis ihrer Ware nicht fällt, wird sich ihr Profit über den durchschnittlichen Profitsatz erheben. Die Maschinen sind keine Lohnempfänger. Das allgemeine Steigen der Löhne wird somit die Industrien weniger treffen, welche im Verhältnis zu den anderen mehr Maschinen als Arbeiter verwenden. Da indes die Konkurrenz stets die Tendenz hat, die Profite auszugleichen, können Profite, die sich über den Durchschnittssatz erheben, nur vorübergehend sein. So wird, von einigen Schwankungen abgesehen, ein allgemeines Steigen der Löhne, anstatt nach Herrn *Proudhon* einer allgemeinen Verteuerung, vielmehr ein teilweises Sinken der Preise zur Folge haben, das heißt ein Sinken des Marktpreises der Waren, die vorzugsweise mit Hilfe von Maschinen hergestellt werden.“

14 Letzteres Verhaltensschema wurde von Fiat anläßlich der kürzlich erfolgten Preiserhöhungen befolgt. Das Turiner Unternehmen hat die Verkaufspreise für Italien um etwa 5 % erhöht und ließ die für den internationalen Markt festgesetzten Quoten unverändert. Grund dieses Verhaltens sind folglich keine technischen Parameter (Erhöhung der Produktionskosten infolge von Arbeiterkämpfen) als vielmehr politische Wertungen hinsichtlich der Quote der Marktkontrolle und dem bestehenden Konkurrenzgrad.

gleich bleibt, fällt die Situation, die sich „ex post“ bestimmt, keineswegs mit der Hypothese einer allgemeinen Erhöhung der Preise zusammen.

Damit sie sich bewahrheitet, ist es notwendig, daß die „allgemeine“ Profitrate zumindest gleich bleibt und damit die „Ausbeutungsrate“ (also der „Mehrwert“, der für die Verwertung des Kapitals nötig ist),¹⁵ von der sie sich in „letzter Instanz“ ableitet. Aber dieser Hypothese stehen gerade die Prämissen entgegen, die der Überlegung zugrunde liegen, d.h. die Prämisse der Erhöhung der Lohnrate, die eine Verminderung des Mehrwertes voraussetzt. So bildet sich also ein *Circulus vitiosus*, aus dem man nur herauskommt, wenn man mit *Marx* bedenkt, daß die Entwicklung des Monopols einfach auf die Waren, die Monopolcharakter haben, einen Teil des Profits von anderen Warenproduzenten überträgt.

*Die Aufteilung des Mehrwertes unter die verschiedenen Produktions-Sphären (erleidet) indirekt eine lokale Störung, die aber die Grenzen dieses Mehrwertes selbst unverändert (läßt)*¹⁵.

Wieder ist die Lösung des Problems verschieden von der von *Lutz* angenommen. In diesem Fall hätten wir Preise, die steigen und Preise, die fallen und eine unterschiedliche Aufteilung der ‚kapitalistischen Beute‘ zwischen den einzelnen Produktions-Sektoren.

Der zweite angenommene Fall (gleicher monopolistischer Konzentrationsgrad in den verschiedenen Sektoren) bietet weniger logische Schwierigkeiten. Wenn man einen gleichen Grad der monopolistischen Entwicklung in den verschiedenen Produktionssektoren annimmt, kehrt man zur freien Konkurrenz zurück mit einer einfachen Betonung des ungleichen Austausches zwischen Kapital und Arbeit¹⁶.

Wenn man die Hypothese akzeptiert, daß ein System dank realer Parameter funktioniert (Reallöhnen in der Formulierung von *Ricardo* oder *Marx*¹⁷), wird es unmöglich, den inflationistischen Prozeß einfach mit einer Veränderung des Lohnes zu erklären. Auch kann das Hindernis nicht überwunden werden, wenn man das Schema der Werte zugunsten des Schemas der Preise verläßt (diese Methode wird von *Ricardo* angewandt); man fiele in die Tautologie zurück: die Preise hängen von der Profitrate ab, die ihrerseits wieder von den Warenpreisen abhängt¹⁸.

15 Karl Marx, *Il capitale*, vol. III, S. 276; siehe auch M. Dobb, *Economia politica e capitalismo*, Kap. 3, Boringhieri 1950.

16 Eine mathematische Formulierung dieses Verhältnisses findet man in P. Staffa, *La produzione di merci a mezzo merci*. Einaudi.

17 Vorausgesetzt zwar die Quantität der für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Waren. Siehe, v. Bortkiewicz, a.a.O., Fußnote 11, S. 325.

18 Die Kritik L. von Bortkiewicz' an Marx über diesen Punkt (siehe 'Per una rettifica dei fondamenti della costruzione teorica di Marx nel terzo volume del capitale' in: *Economia borghese e economia marxista*, ed. Paul Sweezy, La Nuova Italia 1971) ist nicht überzeugend. Er geht wieder zur Fragestellung von Ricardo zurück, die den Ursprung des Profits nicht „erklärt“.

Eine theoretische Annäherung an das Inflations-Problem

Die Annäherung an das Problem der Inflation muß also – zumindest was ihre theoretischen Elemente betrifft – komplexer sein, und wieder erweist sich die Bezugnahme auf *Ricardo* als wertvoll. In diesem Schema ist die Werteinheit, mit der man das ganze System bemißt, etwa das Gold, eine Ware und als solche den allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Produktion unterworfen und in der Konsequenz direkt proportional den Erfordernissen des Tausches. Wenn sich das nicht bewahrheitet (nehmen wir an, daß seine Produktion aus irgendwelchen Gründen die Nachfrage übersteigt) vermindert also eine Verschlechterung seines Tauschwertes mit anderen Waren die Profitrate und damit den Produktionsrhythmus, bis es zu einem neuen Gleichgewicht kommt. Der gleiche Mechanismus setzt in umgekehrter Richtung bei der entgegengesetzten Hypothese ein.

Die Problemstellung ändert sich, wenn man von der Gold-Zirkulation zur Papiergeldzirkulation übergeht. In diesem Fall entfällt tatsächlich einer der automatischen Mechanismen des Gleichgewichts des Systems, das nunmehr einem größeren Grad an Flexibilität unterworfen ist. Die progressive Erhöhung der Geldzirkulation (Ergebnis politischer Entscheidungen) verursacht keinen Rückgang der Profite in dem Sektor, der die Ware der Maßeinheit produziert, sondern reflektiert sich in einer allgemeinen Änderung der Preishöhe aller produzierten Waren. Die Verwirklichung eines neuen Gleichgewichtszustandes ist nach dem *Ricardo*'schen Schema theoretisch immer möglich, aber nur unter der Bedingung, daß man mit einer Restriktion der Zirkulation einen harten deflationistischen Kurs erzwingt.

Das Problem ist nicht mehr technisch, sondern politisch¹⁹, und die Entwicklung

19 Im Unterschied zu den ‚modernen‘ Wiederholungen der monetaristischen Schule. Tatsächlich handelt es sich um die Neuauflage von alten Thesen, die mit dem Auftauchen von Keynes fielen (am vollendetsten sind sie von Irwin Fischer formuliert worden), die heute dank der ‚Chicagoer Schule‘ wieder aufleben, deren bekannteste Interpreten Milton Friedman und Leland B. Yeager sind. Ihr Hauptpunkt liegt darin, alle Widersprüche des Kapitalismus auf die verfehlte Währungspolitik zurückzuführen, die in diesen Jahren von den bürokratischen Organen des Federal Reserve System durchgeführt wurde. In einem umfangreichen statistischen „Dossier“ haben sie die Währungspolitik analysiert, die von der Verwaltung seit Ende der dreißiger Jahre bis heute verfolgt wurde, wobei sie eine konstante Unstimmigkeit zwischen physischem „output“ der Produktion und Quantität der in Umlauf befindlichen Währung entdeckten. Von diesem Verhältnis aus gelangten sie zu dem Schluß, daß die inflationistische Spirale aus der unverantwortlichen Haltung der Bürokraten der Banken herrührt, die ‚wie die große Mehrheit der Menschen, sich in dem Gedanken gefallen, daß die Arbeit, die sie tun, wichtig, komplex ist. Sie sind gut bezahlt. Sie haben einen großen Stab zur Verfügung. Sie sammeln und werten ständig Statistiken aus und schreiben Reden, sie reisen zu Konferenzen und führen Auslandsgespräche‘ (Leland B. Yeager, *Politica monetaria e funzionamento del capitalismo*, S. 5 f., Rede vor dem Kongreß in Stresa im September 1971, nach dem Konferenzprotokoll). Sie vergessen wissentlich, daß der in Umlauf befindliche konstante monetäre ‚output‘ zum Erwerb von Industrien im Ausland und zur Finanzierung konterrevolutionärer Bewegungen im Weltmaßstab verwendet wird. Nicht zu reden vom Vietnam-Krieg.

des inflationistischen Prozesses wird der Preis, den man zahlt, um eine Deflation und damit eine Verlangsamung der Produktion zu vermeiden.

Sofortige Konsequenz der Erhöhung des Geldumlaufes ist eine Ausweitung des allgemeinen Preisniveaus nach oben. Das Produktionssystem wird jetzt mit einer anderen Werteinheit gemessen, was sich auf den ersten Eindruck nicht überschneidet mit den strukturellen Eigenarten der verschiedenen Produktionssektoren, auch nicht mit den Löhnen, die sich direkt in der Währungseinheit ausdrücken. Letztere, auch wenn sie vom monetären Gesichtspunkt konstant bleiben, entwerten sich effektiv in realen Begriffen, da sie die Preise für die notwendigen Güter zur Reproduktion der Arbeitskraft sind, die inzwischen erhöht wurden. Ein neuer Punkt des Gleichgewichts wird inzwischen auf einer höheren Ebene der „Ausbeutungsrate“ erreicht werden, die die Ebene des „Mehrwertes“ reduzieren, die sich inzwischen zugunsten des Kapitals erhöht hatte.

Inflation, Preise und Löhne

In dieser unterschiedlichen Dynamik liegt also die Erklärung für den inflationistischen Prozeß. In dieser Perspektive sind die Arbeiterkämpfe die Folge und nicht die Ursache des Phänomens. Auch in dem Fall, daß die Arbeiterbewegung auf die Verhaltens-Schemata verzichten wollte, die ihr durch die Logik des kapitalistischen Modells aufgezwungen werden (nach der Hypothese von Marx verhält sich die Arbeiterklasse, Verkäuferin der Arbeitskraft, wie jedes andere wirtschaftliche Objekt, das seine Ware zum höchsten Preis verkaufen will), wäre sie zum Kampf gezwungen, um die ständige Entwertung ihres Lohnes zu verhindern. In diesem Sinn kann also die inflationistische Tendenz auf ihre „Klassen-Grundlage“ zurückgeführt und als Funktion des kapitalistischen Akkumulationsprozesses gesehen werden.

In einer Hypothese für einen langen Zeitraum ist dies aber nicht die einzige Kraft, die innerhalb des Entwicklungsmechanismus arbeitet. Es existieren Gegentendenzen; sie müssen untersucht werden, inwiefern sie zur möglichen Erhöhung der Preise beitragen.

Wir wollen im besonderen auf die Wirkungen des technologischen Prozesses innerhalb des Produktionssystems Bezug nehmen. Marx verband diesen Prozeß mit der Reduzierung des Wertes der Güter, die zur Reproduktion der Arbeitskraft nötig sind. Wenn er das Verhältnis zwischen Mehrarbeit und „notwendiger Arbeit“ [Arbeit für die Reproduktion der Arbeitskraft] tendenziell anwachsen ließ, dann erhöhte er folglich die Grenzen des für die Kapitalverwertung nötigen Mehrwertes. Dieses Phänomen (Reduzierung des Wertes der Güter) kann daher als ein Gegenruck gegen den inflationistischen Prozeß angesehen werden, und als solcher hat er umso mehr gewirkt, je intensiver die Entwicklung des Kapitalismus war. Während des ganzen 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts fielen die Preise der Industrieprodukte und bestätigten so die tendenziell von Marx vorausgesehenen Linien, die sich erst später geändert haben. Der Einfluß des inflationistischen Pro-

zesses²⁰ war stärker als die Auswirkungen, die direkt auf die technologische Entwicklung zurückzuführen sind, also die Auswirkungen, die die Verminderung des Wertes der Waren und damit in einer zeitlich mittleren Perspektive die Verminderung ihrer Preise zur Folge hatten.

Um diese Dynamik besser zu verstehen, erinnern wir uns daran, daß der Begriff „Produktivkraft der Arbeit“²¹, der von Marx mehrmals gebraucht wurde, eine „Kategorie“ seines theoretischen Schemas darstellt. Sie ist das Ergebnis einer Abstraktions-Methode und daher nur innerhalb dieser Methode²² gültig; sie hat eine unterschiedliche Bedeutung zu der, die Ricardo und Lutz diesem Ausdruck in der Formel beimessen, über die wir geschrieben haben. Letztere identifizieren wegen des antihistorischen Charakters ihrer Interpretationsmethode „tout court“ die Produktivität im System mit der Summe der Produktivität der einzelnen Betriebe. Wenn diese Operation in der Epoche Ricardos möglich war, in der sich die Bourgeoisie dem Feudalsystem widersetzte und historisch solange eine progressive Funktion ausübte wie ihre Klasseninteressen mit dem allgemeinen Fortschritt zusammenfielen, so erscheint heute angesichts der vollen monopolistischen Entwicklung diese Vereinfachung irreführend²³. In dieser kapitalistischen Organisationsphase kann man die gesamtgesellschaftliche Produktivität des Produktionsapparates nicht mehr „sic und simpliciter“ von der Produktivität auf mikro-ökonomischer Ebene ableiten. Vielmehr muß man zwischen diesen beiden Bereichen (mikro- und makro-ökonomisch) eine Reihe von strukturellen Überlegungen anstellen, um aus der Produktivität auf Betriebsebene die allgemienere Produktivität des Systems ableiten zu können.

Der Prozeß ist wegen des Abstraktionsgrades, den er impliziert nicht einfach, auch wenn man auf einige feststehende Punkte hinweisen kann. Der erste betrifft vor allem das Ansteigen der vom System benutzten Arbeitskraft. In den Hypothesen von Marx traten nur zwei typische Figuren hervor: der Kapitalist und der Proletarier, und das ganze produktive System wurde auf die komplexen Beziehungen zwischen diesen beiden Elementen reduziert²⁴. Allgemein leitete sich daraus ab, daß der „input“ der Arbeit, den der technologische Prozeß verwerten mußte, aus den Leistungen aller aktiven Objekte besteht, die im Wirtschaftssystem vorhanden sind, mit

20 Hier interessiert es uns nicht, die politischen Motivationen zu analysieren, die das expansive Währungsmanöver notwendig machen. Im Unterschied zur „Schule von Chicago“ sind wir der Meinung, daß solche Entscheidungen im Interesse der herrschenden Klasse getroffen wurden.

21 K. Marx, *Il Capitale*, a.a.O.

22 K. Marx, *Per una critica all'economia politica*, editori riuniti, Rom 1971.

23 Zu diesem Problem Thomas Balogh, *Una società di uguali*, Einaudi, Torino 1971. Vorwort über Ricardo siehe Heryk Grossman, *Marx, l'economia politica classica ed il problema della dinamica*, Laterza, Bari 1971.

24 Auch wenn Marx die Positionen der unproduktiven Arbeiter und die anderen finanziellen Komponenten des Systems an verschiedenen Stellen des „Kapital“ und der „Theorien über den Mehrwert“ in Erwägung zieht, nehmen sie doch immer eine Randstellung ein. Siehe P. Sweezy und P. Baran, *Il Capitale Monopolistico* S. 10, Anmerkung 1, Ed. Einaudi, Torino 1968

Ausnahme der Kapitalisten. Heute hat sich die Situation radikal verändert. Die monopolistische Entwicklung²⁵ einerseits; der Grad der gesellschaftlichen Unterentwicklung, der heute noch insgesamt die Produktionsverhältnisse in vielen kapitalistischen Ländern kennzeichnet²⁶, haben fortschreitend den „input“ der Arbeit reduziert, nicht nur im Hinblick auf die reine Wohnbevölkerung (die lebt und konsumiert), sondern auch im Hinblick auf die aktive Bevölkerung. Die Zahlen aus Italien belegen diese Tendenz. Bei einer Bevölkerung von mehr als 52 Millionen Menschen können nur 18 102 000 als ständig beschäftigt²⁷ bezeichnet werden, das sind weniger als 35 %. Von diesen sind nur 8 048 000 in der Industrie beschäftigt, das entspricht weniger als 16 % der Wohnbevölkerung und 43 % der aktiven Bevölkerung. Dieser Prozentsatz wird noch belastet durch die Sektoren mit schwacher Produktivitäts-Entwicklung (Landwirtschaft) mit etwa 20 % und dem des tertiären Sektors, der etwa 37 % ausmacht²⁸. Von einem dynamischen Gesichtspunkt aus gesehen bedeutet letztlich „das Anwachsen der Angestellten ohne technische Notwendigkeit“ ein typisches „Gesetz“ der augenblicklichen wirtschaftlichen Entwicklung²⁹.

Input der Arbeit und output der Waren

Man könnte annehmen, daß diese Struktur der Arbeitskraft von natürlichen Phänomenen bestimmt wird wie von der Altersschichtung der Wohnbevölkerung und so weiter. Aber es ist leicht zu beweisen³⁰, daß sie das Ergebnis der gesellschaftlichen Organisation der Produktion ist und folglich der monopolistischen Entwicklung des Kapitalismus³¹.

Wenn man nur diesen Aspekt des Problems in Betracht zieht, wird einem die Unmöglichkeit klar, ohne nachfolgende Qualifizierung die Zahlen der Durchschnittsproduktivität auf „mikroökonomischer“ Ebene in eine „Makro“-Dimension zu übertragen. Der Parameter („input“ der Arbeit), der die „Funktion“ der Produktivität

25 Siehe Sweezy und Baran a.a.O.

26 Es genügt, an den landwirtschaftlichen Sektor in Frankreich oder Italien zu denken.

27 Bericht über die Situation des Landes 1971, S. XLIII (Statistisches Zentralamt).

28 Die Beziehungen beeinflussen erheblich die Entwicklung des Einkommens und damit in der Perspektive den inflationistischen Prozeß. Es genügt, an die erhöhten Entwicklungssteuern der japanischen Wirtschaft zu denken. Sie rühren nicht nur von den hohen Investitionen her, sondern auch von der Tatsache, daß das Verhältnis von berufstätiger und Wohnbevölkerung mit etwa 50 % gleich ist. Siehe: Japan economic yearbook, und Jean Chatain: „Donnés sur le capitalisme monopoliste d'état japonais“ – Economie et politique, Juni 1971, S. 35 ff.

29 1970 ist die Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor um 200 000 gestiegen, gegenüber einem Anwachsen im Industriesektor um 161 000. Siehe die bereits erwähnte Rede.

30 Siehe für Italien: Luciano Pallagros, I giovani e il mercato del lavoro in: Notiziario der CGIL März/April 1971, wo die relativen Daten der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Auswanderung angegeben sind.

31 Siehe das bereits erwähnte Werk von Sweezy und Baran.

bewerten sollte, ist eindeutig niedriger, als es durch die Dynamik des Konsums ausgedrückt wird, wenn man letztere im Verhältnis zur Wohnbevölkerung und nicht zur aktiven Bevölkerung betrachtet. Wenn ein gewisses technisches Niveau gegeben ist, kann das Ungleichgewicht zwischen diesen beiden Parametern nur durch einen Rückgang des Pro-Kopf-Konsums und eine „monetäre“ Erhöhung des Nationaleinkommens oder auch durch einen inflationären Prozeß überbrückt werden.

Darüber hinaus muß man bedenken, daß der Konsum der unproduktiven Kategorien³² direkt auf dem „surplus“ lastet, der vom gesamten System produziert wurde. Wenn sie folglich in den Analysen von Marx bei einer gewissen Ebene der Ausbeutung der Arbeiter im kapitalistischen Akkumulationsprozeß determinierten Werten entsprachen, so hat sich dieses Verhältnis heute beträchtlich verschlechtert. Angesichts des heutigen Niveaus der Kapitalverwertung hat sich die Ausbeutung der Arbeiter vergrößert, weil ein wachsender Anteil des produzierten Mehrwertes weder für die kapitalistische Akkumulation benutzt werden kann noch perspektivisch für die Entwicklung der Produktivkraft Arbeit, sondern nur, um den Konsum der unproduktiven Kategorien zu befriedigen³³. Man könnte dem entgegensetzen, daß nicht das ganze Einkommen dieser Kategorien konsumiert wird. Dank der Vermittlung der Banken kehrt ein Teil in den Produktionskreislauf zurück und wird als solcher investiert, aber dieser Hinweis ändert nicht den Mechanismus, der auf diese Weise noch ungleichmäßiger wird. Tatsächlich hat die Zinsrate Einfluß auf den Hang zu Investitionen, wobei sie Anreize mehr hindert als fördert, aber die gleiche Überlegung kann ausgedehnt werden auf jede andere Art von Rendite, von der Grundrente bis zum Bauwesen. Der Einfluß dieser Sektoren auf das kapitalistische Entwicklungsmodell ist also doppelt. Einerseits schaffen sie ein dauerhaftes Ungleichgewicht in den Parametern „input-output“, andererseits reduzieren sie die kapitalistische Akkumulation, verzögern den technologischen Entwicklungsprozeß und damit die Möglichkeit, den Wert der produzierten Waren zu senken.

Hier liegt ihr mittel- und langfristig entscheidender Einfluß auf inflationistische Prozesse.

32 Man nehme diesen Begriff in seiner weitesten Bedeutung, ohne jetzt hier eine Analyse durchführen zu können. Der Begriff ‚unproduktive Kategorie‘ impliziert nicht eine abwertende Bedeutung.

33 Diese Beschreibung trifft in besonderer Weise auf das italienische Modell zu, wo der Fortbestand der unterentwickelten niedrigen Akkumulationsebenen nicht vom niedrigen Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft (vielmehr einer der höchsten in der gesamten kapitalistischen Welt) verursacht wird, sondern durch das Fortbestehen von parasitären Renditen und unproduktiver Vergeudung, die die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Über den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft siehe auch „Fortune“: „The embattled prince of Fiat“ von Walter McQuade, August 1971, S. 125.

Die strukturellen Gründe der Inflation

Bisher haben wir die „Funktion“ der Produktivität als gegeben unterstellt und sie auch mit den angezeigten Begrenzungen aus mikro-ökonomischen Analysen abgeleitet. Dies ist eine Hypothese, die nur in der ersten Annäherung akzeptiert werden kann, aber von dem Moment an aufgegeben werden muß, da der Wechsel von der Makro- zur Mikroebene sich auf die Aussagekraft der „Funktion“ der Produktivität auswirkt.

An zahlreichen Beispielen hat schon die bürgerliche Ökonomie diesbezüglich versucht deutlich zu machen, daß man nicht von einer allgemeineren Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen könne. Dabei werden ihre Formulierungen durch eine ‚ideologische‘ Perspektive negativ beeinflusst, die „a priori“ die Überlegenheit einer Wirtschaftsorganisation voraussetzt, nämlich der westlichen, was letztlich dahin führt, die von uns aufgezeigten Phänomene als Randstörungen eines in sich tauglichen Schemas zu betrachten.

Wenn man aber diese Verkrustungen aufbricht, kann man im Gegenteil beobachten, daß diese Phänomene der Ausdruck jener Anarchie der Produktion sind, die von *Marx* erkannt und durch die monopolistische Entwicklung verstärkt wurden. Es sind diese Phänomene, die die Wirksamkeit des produktiven Prozesses in seiner Komplexität beeinträchtigen; Phänomene, die sich zusammenfassen lassen in der mangelnden Bodenpolitik usw. Alle diese Mängel haben einen Preis für den Wirtschaftsapparat, einen Preis, den die Inflation auf die gesamte Arbeiterklasse zu verteilen weiß, eingeschlossen jene Arbeiter, die vom Wertgesetz in die nicht direkt produktiven Sektoren gezwungen sind³⁴.

Es genügt ferner, an die Keynes'sche Thematik zu denken, an die antizyklischen Therapien, die er vorschlägt, wobei die öffentlichen Ausgaben eine Art von undifferenzierten Ausgaben sind, deren einziger Zweck es ist, einen uneffektiv gewordenen Mechanismus wieder zum Funktionieren zu bringen. Daher verwundert es nicht, wenn diese Maßnahmen zugunsten der Erhöhung der gesellschaftlichen Verschwendung, des Ungleichgewichts zwischen den Bereichen und einer systematischen Verzerrung der vorhandenen Ressourcen getroffen werden bzw. dazu führen. Die Ressourcen sind nicht unbegrenzt. Ihr optimaler Einsatz setzt eine produktive Rationalisierung voraus, die der Kapitalismus infolge seiner inneren Widersprüche nicht verwirklichen kann. Darum wird der inflationistische Prozeß eine wesentliche Komponente dieses Prozesses, das geeignetste Mittel, um diese Kosten auf die Gesamtheit abzuwälzen.

34 Die Entscheidungen der Währungspolitik sind nie technisch. Die Alternative zwischen Inflation und Deflation ist politischer Natur.

R. Entow

Zur Kritik der modernen bürgerlichen Inflationstheorien

Aus: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Nr. 5/1972, Moskau S. 28–43 (Originalüberschrift: Fragen der Inflation in der gegenwärtigen bürgerlichen Volkswirtschaftslehre).

In den letzten Jahren ist in vielen kapitalistischen Ländern das Preisniveau für Konsumgüter, aber auch für viele andere Waren unentwegt gestiegen. Das hat die allgemeine Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt und ernste wirtschaftliche und sozialpolitische Konflikte heranwachsen lassen. Nach Meinung vieler bürgerlicher Politiker hat sich die Entwicklung der Inflation hart dem „kritischen Punkt“ genähert. *R. Nixon* hat in seiner Kongreßrede zum Haushaltsplan für das Finanzjahr 1971 zugegeben: „Wir sind in eine Situation geraten, in der die Inflation allmählich die Kaufkraft unserer Geldeinkommen untergraben hat. Das wirkte sich besonders nachteilig für die Armen und die Millionen Amerikaner aus, die von fixen Einkommen leben; außerdem auch auf den Wohnungsbau, auf die Lage der kleinen Unternehmer und auf Programme der Regierungen der Bundesstaaten und der Kommunen.“¹

Das Problem der Inflation ist heute von zentraler Bedeutung für das gesellschaftliche Leben in den kapitalistischen Ländern und nimmt auch in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie allmählich einen immer größeren Raum ein. Die Bibliographien in den wissenschaftlichen Zeitschriften führen Tausende von Büchern und Artikeln zu diesem Thema auf.

Allerdings muß man gleich die Einschränkung machen, daß einzelne Autoren sich auch jetzt wenig um das Problem kümmern und in der Vergangenheit sich sogar um eine einigermaßen einheitliche Erklärung auch nur des Begriffs „Inflation“ wenig Gedanken gemacht haben.

B. Hansen nennt 12, *P. Biacabe* 32 und *F. Lage* 60 verschiedene Arten von Inflation oder der Verwendung dieses Wortes in der ökonomischen Literatur². In diesem Zusammenhang schlagen einige Autoren vor, „den Begriff der Inflation überhaupt sowohl aus der ökonomischen Terminologie als auch aus der Umgangssprache auszuschließen“³. Jedoch wird häufiger in der westlichen Literatur ein anderes Verfahren angewandt: das Wort „Inflation“ wird mit einer Reihe zusätzlicher Attribute versehen, die angeblich dem Leser helfen sollen zu verstehen, welche Inflation der jeweilige Autor im Sinn hat. „Es ist jetzt nicht mehr üblich, einfach über Inflation zu sprechen“ – schrieb z.B. ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler – „man

1 The New York Times, 3.2.1970.

2 Vergl. *B. Hansen*: A Study in the Theory of Inflation, New York, 1951, S. 27; *P. Biacabe*: Analyse contemporaine de l'inflation, Paris 1961, S. 1; *F. Lage*: Die säkulare Inflation, Frankfurt am Main, 1959, S. 33.

3 *G. Manoussos*: Inflation, Croissance et Planification, Genève 1961, S. 317.

muß näher bestimmen, von welcher Inflation die Rede ist: von der Inflation der Ausgaben, der Nachfrage, der überschüssigen Nachfrage, der Arbeitslöhne, von der Geld-, der strukturellen, der kumulativen Inflation, der Inflation der Festpreise oder der Einführung von Aufschlägen auf die Warenpreise, von der Inflation der Händler oder der Käufer, usw.“⁴ Unter den verschiedenen Konzeptionen, die, nach den Worten von A. Brown, ein „weites, ungeordnetes Gebiet der Wirtschaftstheorie“⁵ darstellen, sind die bekanntesten die monetaristische und die Keynes'sche Inflationstheorie, sowie die Theorie der Ausgabeninflation.

Die monetaristische Konzeption

In der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre Ende des 19. – Anfang des 20. Jahrhunderts wurde dem Problem der Inflation eine Nebenrolle zugewiesen. In der Preistheorie, die auf dem Prinzip des partialen Gleichgewichts aufgebaut war (A. Marshall), stand die „normale“, d.h. die gleichgewichtige Struktur der relativen Preise ebenso an erster Stelle wie im totalen Gleichgewichtssystem (L. Walras). Bei einem solchen Ansatz bleibt die Frage, warum sich das absolute Niveau der Preise ändert, im wesentlichen ungeklärt.

Entsprechend den grundlegenden Thesen der neoklassischen Preistheorie hat der Übergang zu neuen Produktionsbedingungen, der vollständige Absatz der Waren (außer dem Geld) und der Wechsel in der Nachfrage nach diesen Waren nur Veränderungen in der Struktur der relativen Preise zur Folge. Was die Bewegung der absoluten Preise anbetrifft, so kann sie nur auf einen veränderten Umfang der Geldzirkulation zurückgehen. Jedoch schon im totalen Gleichgewichtssystem von L. Walras sind die spezifischen Funktionen des Geldes höchst einseitig charakterisiert: formal gesehen ist es nicht schwierig, das Geld in das betrachtete System einzubeziehen, jedoch unterscheiden sich dann die Beziehungen zwischen Geld und Waren im Rahmen eines solchen Modells eigentlich in nichts von einem einfachen („Baratto“–)Austausch.

Da sich im Geldumlauf der entwickelten kapitalistischen Länder in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Goldstandard durchsetzte, wurde die Änderung des allgemeinen Preisniveaus mit den neuen Bedingungen des Goldangebots auf dem Markt begründet, seinem Zu- bzw. Abfluß aus dem Ausland usw. So schrieb einer der Begründer der mikroökonomischen Theorie, W. S. Jevons, als er die gegen Ende des Jahrhunderts deutlich werdende Tendenz zum Preisanstieg bemerkte: „Warum sollen wir daran zweifeln, daß dieser unnormale Prozeß durch die kürz-

4 W. Bowen: „Cost Inflation“: a Useful Distinction (The Southern Economic Journal, Januar 1960, S. 199).

5 A. Brown: Review on Hansen „A Study in the Theory of Inflation“ („Economica“, Februar 1955, S. 81).

lichen Entdeckungen ungewöhnlich reicher Goldvorkommen verursacht worden ist.“⁶

Ebenso „natürlich“ verschmolz die neoklassische Richtung mit der quantitativen Geldtheorie. Nach J. Fishers Konzeption vom Ausgleich über den Tausch ($MV = PT$), muß eine Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmasse (M) bei vergleichsweise geringer kurzfristiger Elastizität der Produktion und daraus folgend auch das Warenangebot auf dem Markt (T) und einer mehr oder weniger stabilen Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes (V) zum Wachstum des „durchschnittlichen“ absoluten Preisniveaus (P) führen.

Die monetaristische Interpretation der Inflation genießt auch jetzt noch Ansehen unter den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern. Sehr bekannt nicht nur in der amerikanischen, sondern auch in der westeuropäischen Literatur wurde die Doktrin der Chicagoer Schule⁷. Zu den einflußreichen Anhängern der monetaristischen Interpretation des inflationären Prozesses gehört der französische Wirtschaftswissenschaftler J. Rueff, der westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler W. Eucken, viele Autoren, die in den Publikationen des *Internationalen Währungsfonds* vertreten sind und andere.

Vom Gesichtspunkt der Anhänger der monetaristischen Konzeption aus teilt die Inflation immer und unter allen Umständen ein rein geldliches Phänomen dar. Der einzige Grund für die Inflation ist für sie immer die zu hohe Geldemission. „Es ist nicht möglich“ – nach den Worten von J. Rueff – „daß eine Inflation ohne zu hohe Geldemission entsteht und ebenso unmöglich ist eine Überschwemmung des Zirkulationssystems mit Geld ohne Inflation.“⁸ M. Friedman und einige andere Vertreter der Chicagoer Schule haben in ihren Arbeiten umfangreiche statistische Berechnungen durchgeführt, die nach Ansicht der Autoren bestätigen sollen, daß jede Vergrößerung der Geldmasse, die das Wachstumstempo des Brutto sozialprodukts erhöht, nach kurzer Zeit unausweichlich eine allgemeine Preiserhöhung nach sich zieht. M. Friedman lehnt alle anderen Konzeptionen ab und versucht an einer Reihe von Beispielen seine theoretischen Auffassungen durch die folgenden Argumente zu erhärten: mit Hilfe rein monetaristischer Überlegungen kann man das Steigen der Preise im Laufe der vergangenen 200 Jahre erklären, und folglich können diese Überlegungen auch eine ausreichende Erklärung für die Inflation der letzten Jahre liefern.

Die Preiserhöhungen in der Nachkriegszeit werden nach Meinung der Anhänger der quantitativen Geldtheorie letzten Endes durch eine expansionistische Geld- und Kreditpolitik hervorgerufen, und folglich ist daran hauptsächlich die Leitung der Notenbank schuld. „Die Sache ist ganz einfach“ – erklärt Friedman in einem seiner populärwissenschaftlichen Artikel – „die Inflation hat man in Washington ‚gemacht‘ und zwar in dem majestätischen und eindrucksvollen griechischen Tempel an der

6 W. S. Jevons: Investigation in Currency and Finance. London 1884, S. 158.

7 Diese Konzeption wird genauer in einem Artikel von V. Usoskon erläutert in: Mirowajj Ekonomika i Meždunarodne Otnošenija, Nr. 5 1971, S. 58–71.

8 D. Hague (Hrsg.): Inflation, London 1962, S. 165.

*Constitution Avenue, wo die leitende Kommission des Bundesreservesystems (Board of Governors of the Federal Reserve System) sitzt.*⁹

Die Anhänger des monetaristischen Ansatzes stellen den Inflationsmechanismus folgendermaßen dar: Der Ausgleich über den Tausch (nach der sogenannten Cambridge Version, nach der der Umfang der Geldmasse als ein bestimmter Anteil des Wertes des Nationaleinkommens verstanden wird) legt die vorhandene Nachfrage der Bevölkerung nach Geld fest. Wenn das Geldangebot die Nachfrage übersteigt, erweist sich ein Teil des Geldes als ein Restbestand, der sich bei den Teilnehmern am Wirtschaftsprozess „ablagert“, und dieser Teil ist vom monetaristischen Standpunkt aus überflüssig (bei gegebenem Preisniveau). Daraufhin vergrößert sich beim Einkommen der Unternehmer und Verbraucher der Ausgabenanteil. Die Erweiterung, die durch die immer schnellere Zirkulation der Zahlungsmittel bedingt ist, führt zur Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus; dadurch vermindert sich die reale Kaufkraft der Geldbestände. Dieser Prozeß dauert so lange wie die „reale“ Geldmasse nicht der Nachfrage nach Zahlungsmitteln entspricht und das zerstörte Gleichgewicht nicht wieder hergestellt ist. So sehen die Monetaristen den Grund für die Inflation (wie übrigens auch für den allgemeineren Mechanismus der zyklischen Erweiterung und des Rückgangs der Produktion) in den Veränderungen der Geldmasse und der Nachfrage nach Geld von Seiten der Bevölkerung.

Der Monetarismus ist also eine subjektivistische Version der Inflationstheorie. Seine Anhänger sehen den Grund für die Bewegung der Preise letzten Endes darin, daß die Bevölkerung im Laufe der Zeit ihre Bewertung der Geldeinheit ändert, die als Maßstab für die Preise dient. „Eine Preiserhöhung oder -Senkung wird nicht durch eine Veränderung der Durchschnittssumme des gesparten Barbestandes hervorgerufen, sondern durch einen Wechsel in den Bewertungen der Geldeinheiten durch die Bevölkerung,“ schreibt H. Hazlitt¹⁰.

Der methodologische Fehler der monetaristischen Konzeption besteht darin, daß die Veränderung des allgemeinen Preisniveaus unmittelbar aus dem Wechselspiel zwischen Waren und Geld im Zirkulationsprozeß abgeleitet wird und fundamentale ökonomische Prozesse ignoriert werden, die die Preisbewegung mit dem Wert der Waren und des Geldes in Verbindung bringen, d.h. mit den Produktionsprozessen. In dieser Konzeption wird die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung so interpretiert, wie sie an der Oberfläche erscheint: als der unmittelbare Grund für eine Preiserhöhung erscheint immer eine Erhöhung der im Umlauf befindlichen Geldmasse. Jedoch hat schon K. Marx darauf hingewiesen, „daß bloß gemessen im Gold und Silber ihre Quantität keinen Einfluß auf den Preis der Ware ausübt.“¹¹ Das Wertverhältnis basiert auf dem Prozeß der gesellschaftlichen Produktion: in der Geldzirkulation realisiert sich nur der Preis der Waren.

9 Newsweek, 20.1.1969, S. 46.

10 H. Hazlitt: Velocity of Circulation; in: N. A. Beadles, L.A. Drewry (Hrsg.): Money, the Market and the State. Economic Essays in Honor of J.M. Waller. Athens (Georgia) 1969, S. 42.

11 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt o.J. (Nachdruck der Moskauer Ausgabe von 1939/40), S. 87.

Eine sich auch nach außen zeigende Verbindung zwischen der Veränderung der zirkulierenden Geldmasse und der Preisbewegung wird besonders deutlich, wenn sich der Umfang der zirkulierenden Geldmenge stark vergrößert. Nicht zufällig stellt die quantitative Zunahme des Metallgeldes in Westeuropa, die im Zusammenhang mit den großen Entdeckungen und der Ausbeutung der amerikanischen Minen stand, den „historischen Hintergrund“ dar, auf dem sich die quantitative Geldtheorie von D. Hume herausbildete¹².

Ein besonderes Verhältnis zwischen der Geldzirkulation und der Bewegung der Warenpreise entstand, nachdem der Goldstandard infolge der Krise von 1929–33 zusammengebrochen war. Obwohl der in Gold festgelegte Preismaßstab unveränderlich bleibt, kann aufgrund der Überlastung des Zirkulationssystems mit Papiergeld der in Papiernoten ausgedrückte Preismaßstab sich verändern. Unter diesen Bedingungen entsteht ein dauerndes Mißverhältnis zwischen der Bewegung des Wertes der Waren und ihrem Preis: die Arbeitsproduktivität wächst und verringert den für eine Produktionseinheit gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, während die in Papiergeld ausgedrückten Preise der Waren bei der inflationären Vermehrung der Zahlungsmittel schnell steigen. Dadurch wird natürlich die Ansicht, daß der letztliche Grund für die Preiserhöhung nur die Vermehrung der zirkulierenden Geldmenge sein kann, immer weiter verstärkt.

Die Gleichung für die Geldzirkulation, die für die monetaristische Behandlung der Inflation so wichtig ist, enthält faktisch nur eine ziemlich elementare Identitätsannahme: die verkauften Waren und Dienstleistungen sind immer gleich der Summe der entsprechenden Geldleistungen. Wenn die Papiergeldzirkulation sich aufbläht und die wirtschaftlichen Disproportionen sich verschärfen, u.a. auch die Disproduktion zwischen der Masse der Zahlungsmittel und dem realen Umfang der Warenzirkulation, kann das starke Anwachsen der Geldmasse ohne Zweifel eine allgemeine Erhöhung des Preisniveaus nach sich ziehen. Allerdings folgt daraus nicht, daß die Preise (P in der Zirkulationsgleichung) immer ein „passives Element“ darstellen, die nur dann in Bewegung geraten, wenn sich die Geldmasse verändert hat. Eine solche Gleichung hat Marx „mechanisch“ genannt; sie enthält im Grunde keinerlei Information über den Mechanismus der Preisbewegung. In einem derartigen Modell verschwinden die spezifischen Züge der verschiedenen Arten von Preisbildung, und dadurch sind auch die eigentümlichen Funktionen, die das Geld erfüllt, nicht mehr klar erkennbar.

Im jetzigen Kapitalismus kommt es ziemlich häufig vor, daß die privatmonopolistische (oder einige Maßnahmen der staatsmonopolistischen) Preispolitik den ursprünglichen Anstoß zu Preissteigerungen gibt, während die zirkulierende Geldmasse zunächst mehr oder weniger stabil bleiben kann. Die naturwüchsige Reaktion der Geldzirkulation besteht in solchen Fällen in der zunehmenden Zirkulationsgeschwindigkeit der Zahlungsmittel. „Es ist nur eine Glaubensfrage, ob man der Meinung ist, daß es eine gewisse Höchstgrenze für die Beschleunigung der Zirkulationsgeschwindigkeit der Zahlungsmittel und für die Ausnutzung der Geldsubstanz“

12 Vergl. K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 13, S. 135 (deutsche Ausgabe).

tute geben muß“¹³, bemerkt der englische Wirtschaftswissenschaftler *P. Streeten* sarkastisch. Andererseits kann die Geldmasse unter bestimmten ökonomischen Bedingungen zunehmen, während die Zirkulationsgeschwindigkeit der Zahlungsmittel sich vermindert (wie das z.B. in einer Reihe kapitalistischer Länder in der Zeit des zweiten Weltkrieges der Fall war).

Die statistisch-ökonomische Analyse zeigt, daß die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes im Verlauf der letzten Jahrzehnte starken Schwankungen unterworfen war, die vom zyklischen Charakter der kapitalistischen Reproduktion, vom Zustand der Geldmärkte, den Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik u.a. abhing¹⁴. Das hat die Parallelität zwischen der Bewegung der Geldmasse und der Warenpreise zerstört. Einer der bekanntesten Gelehrten und Anhänger von *M. Friedman*, der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *F. Cagan* mußte bei der Untersuchung statistischer Reihen, die fast ein halbes Jahrhundert umfaßten, zu folgendem bemerkenswertem Schluß kommen: wenn man eine kurze Zeitspanne betrachtet, ist nur in wenigen Fällen die Korrelation zwischen der Veränderung im Umfang der Geldzirkulation und der Preisbewegung statistisch signifikant¹⁵.

Nach der monetaristischen Konzeption ist der Einfluß der Faktoren der Geldzirkulationssphäre auf die Preise am deutlichsten in einer Langzeitbetrachtung zu erkennen. In welcher Proportion sich dieser Zuwachs zwischen der Erweiterung der Produktion (T) und dem Preisanstieg (P) in einer bestimmten längerfristigen Zeitspanne verteilt, hängt von einer Reihe konkreter ökonomischer Faktoren ab: welche Phase im Zyklus erreicht ist, wie sehr der Produktionsapparat unterbelastet ist, usw. Einige Aspekte der Wechselwirkung zwischen den Faktoren der Geldzirkulation und des Warenangebots auf dem Markt sind in der Keynesianischen Interpretation der Inflation genauer bearbeitet worden.

Die Keynesianische Interpretation

J. Keynes gehörte zu den bürgerlichen Ökonomen, die schon nach dem ersten Weltkrieg verstanden haben, daß die Inflation nicht als irgendeine Anomalie in der Entwicklung der Geldzirkulation anzusehen ist, sondern zu den grundlegenden Tendenzen der folgenden Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft gehört. Er bezog sich auf die ganze vorausgegangene Erfahrung, als er in seinem „*A Tract on Monetary Reform*“ schrieb: „Die fortschreitende Geldentwertung... kann man nicht für zufällig halten.“¹⁶ In jenen Jahren beunruhigte die Aussicht auf ein weiteres Wachstum der Preise *J. Keynes* sehr. In der Inflation sah er eine Gefahr, die das

13 *P. Streeten*: Wages, Prices and Produktivity, in: *Kyklos* Nr. 4, 1962, S. 725,

14 Vergl. *J. Tinbergen*: *Econometric Models for the Explanation of Inflation*; in: *Stabile Preise in wachsender Wirtschaft. Das Inflationsproblem*, hrsg. von *G. Bombach*. Tübingen 1960, S. 117–118.

15 Vergl. *Ph. Cagan*: *Determinants and Changes in the Stock of Money 1875–1960*. New York 1965, S. 248, S. 261 u.a.

16 *J. M. Keynes*: *A Tract on Monetary Reform*. London 1923, S. 9.

ganze Wirtschaftssystem des Kapitalismus bedrohte: „*Es gibt kein feineres und kein sichereres Mittel, die bestehenden Grundlagen des Gesellschaft umzustürzen als die Vernichtung der Währung.*“¹⁷ Seiner Meinung nach entwickeln sich durch den inflationären Prozeß, der sich der Kontrolle entzieht, zunächst unbemerkt bleibende Kräfte, die unerbittlich die Prinzipien der kapitalistischen Beziehungen zerstören. Den Hauptgrund für die Inflation sah er im „ewigen Geldmangel des Schatzamtes“. In einer solchen Lage versucht die Regierung meistens das Defizit zu decken, indem sie zu verdeckt inflationären Steuern Zuflucht nimmt. Deshalb wehrte sich *J. Keynes* in den 20er Jahren, wie viele andere Vertreter der „orthodoxen“ Finanztheorie gegen die „unmäßige“ Erhöhung der Staatsausgaben.

Die Wirtschaftskrise von 1929–33 und die darauffolgende Depression veranlaßten *J. Keynes* das Problem anders anzusehen. In seiner Arbeit „*The General Theory of Employment, Interest and Money*“ stand die These über die unzulängliche effektive Nachfrage an zentraler Stelle. Ob aber die Inflation, so wie sie von ihm dargestellt wird, mit der umgekehrten Situation (der übermäßigen effektiven Nachfrage) verbunden ist, diesem Problem wird in dem Buch verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Die „echte“ oder „absolute“ Inflation findet nach *J. Keynes* dann statt, „wenn eine Erhöhung der effektiven Nachfrage nicht mehr zur Erweiterung der Produktion führt, sondern sich darauf beschränkt, die Ausgabeneinheiten zu vergrößern, die dann streng proportional zur Steigerung der effektiven Nachfrage wachsen“¹⁸. Einer der Anhänger eines solchen Ansatzes, der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *A. Lerner* formuliert das Problem kürzer: „Das Wesen der Inflation besteht darin, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt.“¹⁹ Jedoch kann der Preisanstieg schon einsetzen, bevor das Niveau der „vollen Auslastung“ aller Produktionsfaktoren erreicht ist. Deshalb führt *J. Keynes* den Begriff der schleichenden Inflation ein, die auftritt, nachdem die Wirtschaft die entsprechenden kritischen Punkte überwunden hat: eine weitere „Zunahme der effektiven Nachfrage ruft eine Steigerung des Arbeitslohns hervor, obwohl sich diese nicht genau proportional zu den Preissteigerungen für die Konsumgüter der Arbeiter verhält.“

Die Beschreibung des inflationären Mechanismus nimmt nur wenig Raum ein. Solange *Keynes* privatwirtschaftliche Operationen betrachtet, ist der einzige Faktor, der im Rahmen seines Schemas auf den Umfang der Geldzirkulation einwirken kann, die Marktrate des Zinses. Deshalb kann die „echte Inflation“ dann eintreten, wenn die Zinsrate unter das Niveau der „vollen Auslastung“ sinkt²⁰.

Außerdem hat die Erfahrung der 30er Jahre anschaulich die Beschränktheit der monetaristischen Konzeption gezeigt. Deshalb sah *J. Keynes* die zusätzliche Geld-

17 *The Economic Consequences of the Peace*. London 1921, S. 220.

18 *J. M. Keynes*: *Obščaja teorija zanjatnosti, procenta i deneg* (*The General Theory of Employment, Interest, and Money*) Moskau 1948, S. 296.

19 *A. Lerner*: *The Inflationary Process: Some Theoretical Aspects*; in: *The Review of Economics and Statistics*, August 1949, S. 194.

20 *J. M. Keynes*: a.a.O., S. 293 f., S. 194 f.

emission von Anfang an als einen Faktor zur Einkommensvergrößerung an. („*Neues Geld tritt als Einkommen von irgendjemand auf.*“) Ein gewisser Teil des zusätzlichen Einkommens wird in Form von Bargeld aufgehoben. Die Nachfrage nach Geld zerfällt in zwei Typen: 1) die Nachfrage nach Bargeld, das einerseits nötig ist, um gekaufte Waren zu bezahlen und das andererseits „aus Vorsicht“ aufgehoben wird (M_1) und 2) die Akkumulation von Geldreserven für finanzielle Operationen (M_2 „*spekulative Nachfrage nach Geld*“). J. Keynes analysiert genau den möglichen Einfluß der Marktrate des Zinses auf die Größen M_1 und M_2 . Ein solcher Ansatz erlaubt, die möglichen Änderungen der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes zu berücksichtigen und sie mit den Schwankungen der Zinsrate in Verbindung zu bringen.

Ein anderes Element der Keynesianischen Inflationstheorie ist die These von den begrenzten Möglichkeiten der weiteren Vergrößerung des Produktionsapparates. „*Bei einer Inflation*“ – steht in einer der letzten Arbeiten von J. M. Keynes – „*vergrößert sich die Nachfrage der zahlungsfähigen Konsumenten, mit der die Erweiterung der Produktion nicht Schritt halten kann.*“²¹ Wenn die Geldmenge in einem Wirtschaftssystem, das nicht den Zustand der „vollen Auslastung“ erreicht hat, zunimmt, kann das nach der Keynesianischen Konzeption, das Wachstum der Produktion stimulieren²². Jedoch scheitert nach einiger Zeit eine weitere Konsumsteigerung an der Knappheit der jeweiligen für die Produktion nötigen Ressourcen und den ungenügenden Warenbeständen. Das gibt den Anstoß für die schleichende Inflation der Preise, darunter auch für die Preiserhöhungen einiger Produktionsfaktoren. Je mehr sich alle Möglichkeiten zur Produktionserweiterung und zur Ausnutzung aller Ressourcen erschöpfen, desto stärker wird der inflationäre Prozeß: die sich dadurch herausbildende „inflationäre Lücke“ (inflationary gap) zwischen der effektiven Nachfrage und dem Warenangebot kann im Endergebnis nur durch weitere Preissteigerungen überwunden werden.

In der Nachkriegszeit war die Idee der „inflationären Lücke“ in der westlichen ökonomischen Literatur weit verbreitet. So wird in dem Inflationsschema von B. Hansen das Zusammenwirken der verschiedenen Prozesse genau beobachtet, durch die die „inflationäre Lücke“ auf den Warenmärkten und im Bereich der Produktionsfaktoren entsteht. Die die Inflation bewegenden Kräfte führen letzten Endes dazu, daß die Nachfrage nach Geld das Angebot bei gegebenen (ursprünglichen) Preisen übersteigt²³.

Die Annahme, daß der Umfang des Produktionsapparates gleich bleibt, machte

21 „The New Economics: Keynes' Influence on Theory and Public Policy“. New York 1947, S. 397.

22 Unter dem Einfluß der Erfahrung in den 30er Jahren war J. Keynes sehr vorsichtig in seinen Formulierungen geworden: „Wenn wir aber versuchen, uns das Geld als eine Art Getränk vorzustellen, das die Aktivität des Wirtschaftssystems stimuliert, dann sollten wir nicht vergessen, daß der Becher auch gar nicht zum Mund gelangen kann.“ J. M. Keynes: a.a.O., S. 165.

23 B. Hansen meint, daß weder die monetaristische noch die Keynesianische Konzeption in der Lage sind, die veränderte Kaufkraft des Geldes zu erklären, ohne die Voraussetzung der Erhöhung der Nachfrage über das Angebot einzuführen.

die Keynesianische Inflationskonzeption außerordentlich statisch. Deshalb haben in der folgenden Zeit einige Vertreter der bürgerlichen Theorie versucht, diese Voraussetzung aufzugeben. So wurden in die Modelle des Wirtschaftswachstums Parameter eingeführt, die die Elastizität des Warenangebots kennzeichnen. Ob es möglich ist, die Produktion über einen längeren Zeitabschnitt hinweg zu erweitern, wird hauptsächlich durch das Maß der realen Akkumulation bestimmt: das Wachstumstempo, bei dem die Investitionen gleich den realen Ersparnissen sind, nannte R. Harrod „garantiert“. Wenn die Produktionserweiterung in Effektivpreisen und folglich auch die Ausdehnung der Geldnachfrage in „garantiertem“ Tempo vor sich geht, dann kann die Vollbeschäftigung „nur um den Preis der Inflation erreicht werden“²⁴. Der westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler G. Bombach sieht den Ursprung der Inflation letztlich darin, daß die Nachfrage nach Geld schneller wächst als das Produktionspotential des Landes²⁵.

So liegt also jedem der Modelle dieser Art die Idee der „inflationären Lücke“ zu Grunde. Da jedoch, unter den Bedingungen der Waren-Geldzirkulation, die Erhöhung der Nachfrage über das Angebot und Preiserhöhung in einem bestimmten Sinne äquivalente Begriffe sind, kann der bloße Hinweis auf das Vorliegen einer „inflationären Lücke“ nichts Wesentliches erklären und keine Vorstellung vom Mechanismus und den Entwicklungsformen des inflationären Prozesses vermitteln.

Es ist z.B. ganz klar, daß die Entwicklung der Gedankenkette nicht einfach unterbrochen werden kann. Denn die Preiserhöhung muß bei sonst gleichen Bedingungen zu einer entsprechenden Erhöhung der Geldeinkommen führen und folglich (in den Keynes'schen Modellen hängt das Ausmaß der effektiven Nachfrage vor allem vom laufenden Einkommen ab) dazu, daß, nachdem die Preise erhöht worden sind, die Nachfrage nach Geld größer sein wird als das Angebot. Auch der Versuch, sich die Idee von den Multiplikatoren zunutze zu machen, hilft nicht weiter. Da eine weitere Produktionssteigerung nicht möglich ist, kann der Einfluß des ursprünglichen Impulses nur deshalb aufhören, weil mit der Zunahme des Nominaleinkommens die Sparneigung zunimmt. Jedoch tritt eine solche Unterstellung in Widerspruch zur Erfahrung der inflationären Entwicklung: das beschleunigte Wachstum der Preise bringt den Besitzern von Geld und Geldverschreibungen erheblichen Schaden, weshalb auf einer bestimmten Entwicklungsstufe die Neigung, die Ersparnisse in Geldform aufzubewahren, nachläßt.

Die Keynesianische Interpretation bietet – im Vergleich zu der elementaren monetaristischen Konzeption – einen etwas allgemeineren Zugang zum Problem der Inflation. Im Rahmen der Keynesianischen Schemata ist es möglich, den Einfluß einiger Faktoren einzuschätzen, die mit der Produktion zusammenhängen, z.B. die Veränderung der Produktionskapazitäten. Jedoch führt die Inflation nach der einen wie der andern Interpretation vor allem zu einem „übermäßigen“ Wachstum der zirkulierenden Geldmenge. Sobald die Wirkung einer zusätzlichen Geldemission an

24 R. Harrod: *Domar and Dynamic Economics*, in: *The Economic Journal*, September 1959, S. 445.

25 G. Bombach: *Wirtschaftswachstum*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1965, S. 797.

der Unmöglichkeit, einer zusätzlichen Produktionserweiterung scheidet, fällt die Beschreibung des inflationären Prozesses bei Keynesianern und Monetaristen fast vollständig zusammen. Die nachfolgende Entwicklung des Prozesses entspricht, nach den Worten von J. Keynes selbst, vollkommen der quantitativen Geldtheorie: „Die Produktion bleibt unverändert und die Preise steigen genau proportional zu MV .“

Im Rahmen der Keynesianischen Modelle scheint es möglich, die Bewegung der zirkulierenden Geldmenge und die Veränderung der effektiven Nachfrage getrennt zu betrachten, nachdem man die Zirkulationsgeschwindigkeit der Zahlungsmittel mit der Bewegung der Marktrate des Zinses in Verbindung gebracht hat. Aber auch hier ist der Unterschied zwischen dem Keynesianischen und dem monetaristischen Ansatz nicht allzu bedeutend. „Als sich der Staub, den die Keynes'sche Revolution“ aufgewirbelt hatte, erst gesetzt hatte“ – bemerkt einer der Anhänger der quantitativen Geldtheorie, P. Selden – „zeigte sich immer deutlicher, daß die Keynes'sche Interpretation dem traditionellen Ansatz zum Problem der Geschwindigkeit der Geldzirkulation nicht widerspricht.“²⁶

Außerordentlich schwierig ist es, das Wesen der keynesianischen Unterteilung des Wirtschaftsprozesses in einen Zustand der „Nicht vollen Auslastung“ und der „absoluten Inflation“ zu bestimmen. Es reicht aus, darauf hinzuweisen, daß z.B. der stürmischste inflationäre Preisanstieg, der in einer Reihe industriell hochentwickelter kapitalistischer Länder in den letzten Jahren stattgefunden hat, nicht mit der äußerst intensiven Nutzung der materiellen Ressourcen und des Arbeitskräftepotentials in Zusammenhang stand, selbst wenn man von den Möglichkeiten ausgeht, die man unter den herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen vorfindet. Außerdem hat die „galoppierende“ Inflation ihrerseits die Tendenz, die Disproportionalität und chaotischen Bewegungen in den einzelnen Industriezweigen und Wirtschaftsbereichen zu verstärken. Auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung des inflationären Prozesses führt die aufgezeigte Tendenz dazu, daß der komplizierte Mechanismus, in der alle bürgerlichen Beziehungen, nach den Worten von K. Marx, als Geldverhältnisse erscheinen, aus den Fugen geht²⁷.

So ist eine Verbindung von stürmischem inflationären Preiszuwachs mit der Verminderung des Anteils an Arbeitskräften und materiellen Ressourcen in der materiellen Produktion die Regel. So wurden – ungeachtet der intensiven Entwicklung einer „Nachfrageinflation“ nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland – die Produktionskapazitäten in diesem Land weniger ausgenutzt als z.B. während eines intensiven zyklischen Aufschwungs. Andererseits hat die Erfahrung in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß das allgemeine Preisniveau sich auch bei einer krisenhaften Überakkumulation des fixen Kapitals und einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit erhöhen kann. Eben hier hat sich mit besonderer Deutlichkeit die Begrenztheit des keynesianischen makroökonomischen Ansatzes gezeigt, der nur mit einer aggregierten Geldnachfrage und der allgemeinen Ausnutzung der Produktionsressourcen arbeitet. Deshalb wurde als Alter-

26 Studies in the Quantity Theory of Money. Hrsg. von M. Friedman. Chicago 1956, S. 233.

27 Vergl. K. Marx / F. Engels: Werke, Bd. 13, S. 49 (deutsche Ausgabe).

native die Theorie der sogenannten neuen Inflation oder der „Ausgabeninflation“ eingeführt.

Die Konzeption der „Ausgabeninflation“

Wie notwendig es war, die früheren Vorstellungen von der Inflation zu revidieren, zeigte sich besonders deutlich, nachdem sogar die schwerste zyklische Überproduktionskrise der Nachkriegsjahre (1957–58) die Aufwärtsbewegung der Preise nicht vollständig stoppen konnte. Die spezifischen Eigenarten der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus hat einer neuen Interpretation der Inflation in der bürgerlichen Literatur zu weiter Verbreitung verholfen. Seit der zweite Hälfte der 60er Jahre erscheinen immer häufiger Bücher und Artikel, die sich mit der neuen Inflation beschäftigen, der „Ausgabeninflation“, der „Inflation der festgesetzten Preise“, der „Inflation der Verkäufer“, der „Einkommensinflation“, usw. und eine Reihe von Autoren, die früher die Keynesianische Theorie vertreten haben, mußten nun zugeben, daß die allgemeinen Preiserhöhungen, bei gleichzeitiger verstärkter Nichtauslastung der Produktionskapazitäten von der Inflation eines neuen Typs zeugen – der „Ausgabeninflation“. Alle inflationären Situationen wurden in zwei Arten unterteilt: die „Nachfrageinflation“ und die „Ausgabeninflation“, und einige bürgerliche Wissenschaftler haben versucht, die verschiedenen Perioden der Wirtschaftsentwicklung, unter diesem Gesichtspunkt zu klassifizieren. So meint E. Phelps, daß in den Jahren 1946–48 in den USA eine „Nachfrageinflation“ und in den Jahren 1955–57 eine „Ausgabeninflation“ stattgefunden hat²⁸.

In der Keynesianischen Konzeption wird den Prozessen der Wechselwirkung von Ausgaben und Preisen auf der Ebene der einzelnen Firmen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Eine besonders wichtige Rolle spielt in ihr die Voraussetzung über die Stabilität der „Ausgabeneinheit“, einer Kategorie, der – nach der Absicht von J. Keynes – die Rolle des einheitlichen Maßstabes, des „gemeinsamen Nenners“ zufällt, der die vielfältigen Wertbeziehungen vergleichbar macht. Im Gegensatz dazu stellen die Theoretiker der „neuen Inflation“ den Einfluß, den die Ausgabenänderungen auf den ganzen Prozeß der Preisbildung haben, in den Vordergrund.

Als auslösendes Moment, das die ganze „Kosten-Preisspirale“ in Bewegung bringt, sehen die bürgerlichen Wissenschaftler oft den Lohn der Arbeiter und Angestellten an. So schreibt der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler A. Smithies: „In den Vereinigten Staaten ist die Inflation eng mit der Lohn-Preisspirale verbunden.“²⁹ In einer von der OEEC herausgegebenen Studie über die Inflation wird gezeigt, daß die Erhöhung des Anteils der Gewinne am Preis nicht als Grund für die Entwicklung der Inflation dienen könne, während ein Ansteigen des Lohns sofort

28 E. Phelps: A Test for the Presence of Cost Inflation in the United States, in: Yale Economic Essays, Frühjahr 1961, S. 28–69.

29 A. Smithies: The Control of Inflation, in: The Review of Economics and Statistics, August 1957, S. 272.

die Lohn-Preisspirale in Bewegung setze³⁰. In der westlichen Literatur erfreute sich ein Satz von *J. Hicks* großer Beliebtheit, nämlich daß in Ablösung des Goldstandards ein gewisser „Arbeitsstandard“ aufgekommen ist, wenn die Kaufkraft der Geldeinheit faktisch das Niveau der Entlohnung bestimmt.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß die Bewegung der Löhne selbst in der Vorstellung der Anhänger dieser Konzeption nicht durch objektive Wirtschaftsprozesse bestimmt wird, sondern einfach durch die „unangemessenen Forderungen“ der Arbeiterklasse und die „zu große“ Macht der Gewerkschaften. Als ein charakteristisches Beispiel für derartige Überlegungen kann man die Ende der 50er Jahre herausgekommene Arbeit von *E. Chamberlin* in „*The Economic Analysis of Labour Union Power*“³¹ anführen. Der Autor des Buches bezeichnet als wichtigste Ursache für die Monopolisierung aller Wirtschaftstätigkeit die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse. Ihnen versucht er auch die ganze Schuld an der Entwicklung der gegenwärtigen Inflation anzulasten.

Die zwei Typen der Inflation, (die „Nachfrageinflation“ und die „Ausgabeninflation“) und die Aussonderung der „neuen Inflation“ erscheinen als ziemlich künstliche Unterteilungen. Es ist nicht schwierig zu zeigen, daß z.B. zur Zahl der Bedingungen, die eine „Ausgabeninflation“ möglich machen, auch die entsprechende Erweiterung der Nachfrage nach Geld gehört. Andererseits setzt der kumulative Preisanstieg der sogenannten „Nachfrageinflation“ immer eine Wechselwirkung von Ausgaben und Preisen voraus (ein Ansteigen der Preise zieht eine Vergrößerung der Ausgaben nach sich, was unter bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen eine weitere Preiserhöhung ermöglichen kann, usw.)

Viele bürgerliche Wissenschaftler schlagen vor, die Beziehung zwischen Arbeitslohn und Arbeitsproduktivität als Hauptkriterium zur Bestimmung einer „Ausgabeninflation“ zu nehmen. Wenn der Nominallohn schneller wächst als die Arbeitsproduktivität, so zeugt das nach Meinung dieser Autoren davon, daß die Preissteigerungen durch den Kampf der Arbeiterklasse für höhere Löhne hervorgerufen werden.

Jedoch ist in Wirklichkeit die Arbeitsproduktivität und der Lohn (mit andern Worten, die auf die Bezahlung der Arbeitskräfte bezogenen Ausgaben) nicht streng mit dem Preisniveau gekoppelt. Zwischen ihnen gibt es immer eine ganze Menge Zwischenglieder (wie sich die neue entstandenen Kosten verteilen, vor allem das Verhältnis von Lohn und Gewinn; wie sich die Parameter für die Effektivität in der Ausnutzung des fixen Kapitals, der Rohstoffe und -Materialien usw. verändern). Deshalb kann man in der Geschichte vieler kapitalistischer Länder Zeitabschnitte finden, in denen der schnellere Zuwachs des Arbeitslohnes im Vergleich zur Arbeitsproduktivität nicht von einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus begleitet war, oder umgekehrt gab es Fälle, wo die Lebenshaltungskosten stiegen, während der Arbeitslohn hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückblieb. Beschränken wir uns auf ein Beispiel: in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ist die

30 The Problem of Rising Prices, OEEC, Paris 1961, S. 70.

31 Vergl. E. Chamberlin: The Economic Analysis of Labour Union Power, Washington 1963.

Quote des nominalen Arbeitseinkommens der japanischen Arbeiter ungefähr im gleichen Tempo gewachsen wie die Arbeitsproduktivität; doch hat das nicht eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um mehr als 30 % in fünf Jahren verhindert.

Nehmen wir aber an, daß im Verlauf eines bestimmten Zeitabschnitts der Arbeitslohn sich schneller erhöht hat als die Arbeitsproduktivität und gleichzeitig die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Kann man dann zum Schluß kommen, daß der Grund für die Entwicklung der Inflation letzten Endes das „zu schnelle“ Wachstum des Arbeitslohns ist? Keineswegs. Alle Preissteigerungen und vor allem diejenigen, die durch die ungeheuren Rüstungsausgaben hervorgerufen wurden, werden früher oder später durch einen beschleunigten Zuwachs des nominalen Arbeitslohns im Vergleich zur Arbeitsproduktivität begleitet³². Verdeutlichen wir das an einem Beispiel. Nehmen wir an, daß als Ergebnis einer starken Zunahme der Nachfrage nach Geld, die durch die forcierte Aufrüstung und eine defizitäre Finanzierung hervorgerufen wurde, die Preise in einem Jahr um mehr als 3–3,5 % gestiegen sind (diese Ziffern entsprechen ungefähr dem mittleren Wachstum der Arbeitsproduktivität in den USA). Dann muß, wenn der reale Arbeitslohn bei merklichen Preissteigerungen nicht zu sehr fallen soll, der nominale Arbeitslohn schneller wachsen als die Arbeitsproduktivität. Deshalb ist es nicht verwunderlich,

32 Wirklich setzt ein Preisanstieg voraus, daß das Nationaleinkommen, ausgedrückt in effektiven Preisen, schneller wächst als das in Festpreisen ausgedrückte oder $\frac{U_1}{U_0} : \frac{U'_1}{U'_0} > 1$, wobei U_1 und U_0

dem End- bzw. Ausgangsniveau des Nationaleinkommens entsprechen, ausgedrückt in effektiven Preisen, und U'_1 und U'_0 dem End- bzw. Ausgangsvolumen des Nationaleinkommens in festen Preisen. Wir stellen fest, daß $U_1 = U_0 [(1-\pi)\tau_1 + \pi\tau_2]$ ist, wobei τ_1 das Wachstumstempo des Arbeitslohnes ist; τ_2 das Wachstumstempo der übrigen Einkünfte und π der Ausgangsanteil der Einkünfte

im Nationaleinkommen, die sich nicht auf den Arbeitslohn beziehen. Statt $\frac{U'_1}{U'_0}$ in der ersten Approximation kann man die Kennziffer für die Zunahme der Arbeitsproduktivität Θ benutzen. Wenn wir diesen Ausdruck einsetzen erhalten wir

$$\frac{\tau_1}{\Theta} + \frac{\pi(\tau_2 - \tau_1)}{\Theta} > 1$$

Folglich muß sich, damit sich der Anteil der Arbeiterklasse am Nationaleinkommen nicht verringert, (d.h. $\tau_1 > \tau_2$) der nominale Arbeitslohn, unabhängig von den Gründen für die steigenden Lebenshaltungskosten schneller vergrößern als die Arbeitsproduktivität. Außerdem kann sich, bei intensiver Entwicklung der Inflation, unabhängig davon, ob die Arbeitsproduktivität schneller wächst als der Arbeitslohn, der Anteil des Lohnes am Nationaleinkommen verringern. Nehmen wir an, daß die Preise sich um 4 % erhöht haben, die Arbeitsproduktivität um 4 % und die Einnahmen, die nicht den Arbeitslohn betreffen (d.h. vor allem der Profit) um 10 %. Dann bedeutet das, wenn π gleich – sagen wir – 0,5 oder 50 % ist, eine Erhöhung des Nominallohnes um 6 %, d.h. der Lohn wächst schneller als die Arbeitsproduktivität, aber sein Anteil am Nationaleinkommen verringert sich dabei von 50 % auf 49 %. Der reale Arbeitslohn bleibt in dem betrachteten Fall etwas mehr als zwei Mal hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurück.

daß bei einer „Hyperinflation“, die durch das ungeheure Wachstum der Rüstungs- und sonstiger Regierungsausgaben hervorgerufen ist, der **Nominallohn** sehr viel schneller wächst als die Arbeitsproduktivität, der **effektive Arbeitslohn** aber meistens fällt, und die faktische Ausbeutung der Arbeiter merklich zunimmt.

In der Konzeption der „Ausgabeninflation“ tritt klar zu Tage, welche Umstrukturierungen in den theoretischen Vorstellungen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften sich in der letzten Zeit vollziehen. Die monetaristische Behandlung der Inflation gab sich mit der Annahme zufrieden, daß der Prozeß der Preisbildung sich vollständig durch die freie Konkurrenz von Verkäufer und Käufer regulieren werde. Im theoretischen System von *J. Keynes* wurde auf die nicht genügend große Elastizität der Preise verwiesen und zumindestens auf einige Faktoren der Produktion eingegangen; jedoch konnte das bei einer Überproduktion und nicht voller Auslastung des Produktionsapparates sehr schnell als verlangsamte Abnahme oder sogar Stabilität der „Ausgabeneinheit“ interpretiert werden. Im Unterschied zu solchen Vorstellungen müssen die Anhänger der Konzeption der „neuen Inflation“ offen auf die Rolle der monopolistischen Praxis der Preisbildung beim derzeitigen Ansteigen der Lebenshaltungskosten hinweisen. Ihre wichtigsten Ausgangsbedingungen stehen mit der Theorie über die unvollständige Konkurrenz im Zusammenhang³³.

Jedoch auch darin spiegelt sich die privat- und staatsmonopolistische Preisregulierung wider und die neue, irrationale Interpretation der Inflation. Die Zusammenhänge der monopolistischen Preisbildung werden dort so gezeigt, wie sie an der Oberfläche des Wirtschaftslebens der gegenwärtigen kapitalistischen Welt aussehen.

Die Preispolitik, die von den großen Kapitalgesellschaften gemacht wird, wird jetzt von der öffentlichen Meinung immer aufmerksamer verfolgt. In vielen kapitalistischen Ländern war die Regierung gezwungen, den Umfang der Preistreiberei, die von den monopolistischen Firmen betrieben wurde, einzuschränken. Unter diesen Bedingungen bemühen sich die Kapitalgesellschaften, jede bedeutende Preiserhöhung terminlich so abzustimmen, daß sie mit dem Abschluß neuer Kollektivverträge über die Erhöhung des nominalen Arbeitslohnes zusammenfällt. Die Wahl eines solchen Zeitpunktes für eine Preiserhöhung ist auch am günstigsten im Hinblick auf die Preisführerschaft, d.h. einer spezifischen Form von monopolistischer Konkurrenz zwischen einigen großen Firmen, die nicht direkte Preisabsprachen miteinander getroffen haben. So haben die Kapitalgesellschaften der Stahlindustrie in den USA im Verlauf der letzten Jahren, den Übergang zu neuen Preisen gewöhnlich nach Beendigung der Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den neuen Stundenlohn bekannt gegeben³⁴. Und auch in der Bundesrepublik „verschaffen sich die Unternehmer, um unerwünschten Pressionen zu entgehen, immer häufiger ein „Alibi“ für eine von der Nachfrageentwicklung durchaus „gerechtfertigte“ Preis-

33 Vergl. dazu genauer in Mirowaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija, 1969, Nr. 1, S. 136–145.

34 Vergl. Frequency of Change in Wholesale Prices. A Study of Price Flexibility. A Study Prepared for the Joint Economic Committee, Washington 1959, S. 7.

erhöhung: das Datum der Preiserhöhung wird mit Lohnerhöhungen synchronisiert; die mit entsprechender Deutlichkeit ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gehobene „Kostenerhöhung“ begründet die „notwendige“ Preisjustierung“³⁵. So wird der Fetischisierungsprozeß der Wechselwirkung zwischen Preisen und Produktionsausgaben, besonders des Arbeitslohns, im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus gleichsam vollendet. Es entsteht der Eindruck, als ob die Erhöhung des nominalen Arbeitslohnes immer der ursprüngliche Impuls und der einzige Grund für die Entwicklung der gegenwärtigen Inflation sei.

Jedoch zeigen statistische Forschungen, die die Bewegung der Preise und des Arbeitslohnes nicht nur in monopolistischen Kapitalgesellschaften sondern in der ganzen Wirtschaft (oder Industrie) betrachten, daß die Erhöhung des Nominallohnes im Verlauf eines Zyklus im allgemeinen mit einiger Verspätung nach dem Wachstum der Preise erfolgt und ihm nicht zuvorkommt. Bedeutend früher vergrößert sich der Anteil des Profits im Preis der Waren. Die Berechnungen zeigen besonders deutlich einen *timelag*, wo es sich um die speziellen Ausgaben zur Bezahlung der Arbeitskräfte handelt. Folglich erweisen sich bei einem zyklischen Aufschwung die gestiegenen Ausgaben zur Bezahlung der Arbeitskräfte meistens als Folge der Preiserhöhungen. Bei laufend steigenden Lebenshaltungskosten ist der Kampf um die Erhöhung des Arbeitslohnes vor allem eine Schutzreaktion der Arbeiterklasse gegen die ununterbrochenen Angriffe auf ihre Lebensrechte³⁶.

Außerdem sind die Preiserhöhungen der monopolistischen Firmen in der Regel beträchtlich höher als die Steigerung der Ausgaben für den Arbeitslohn. Einer der maßgeblichsten amerikanischen Experten auf diesem Gebiet, *Professor O. Eckstein*, hat die Gründe für die Erhöhung der Preise in den Jahren 1955–57 genau analysiert und kam zu folgendem Ergebnis: „Die statistischen Angaben zeugen davon, daß der Verweis auf die Lohn-Preisspirale keinesfalls vollständig die Gründe für die Inflation erklären kann.“³⁷ Die wirtschaftsstatistischen Berechnungen ergeben, daß die Preissteigerungen der Nachkriegsjahre nicht nur vollständig die Zunahme der Ausgaben für den Arbeitslohn kompensiert haben, sondern den Unternehmern auch weitere Profitsteigerungen sicherten.

Man kann feststellen, daß derartige Formen der Wechselwirkung zwischen Preisen und Ausgaben, bei denen das Wachstum der Ausgaben eine weitere Preissteigerung nach sich zieht, durch die staatsmonopolistische Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus selbst verursacht wird. Diese Wechselwirkung ist eines der wichtigsten Elemente im Wirtschaftsmechanismus der gegenwärtigen Inflation. Dadurch (und auch

35 H. Scherf: Untersuchungen zur Theorie der Inflation. Tübingen 1967, S. 74.

36 Auch einige bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler müssen zugeben, daß „wenn die Gewerkschaften freiwillig von der Forderung, den Arbeitslohn ihrer Mitglieder zu erhöhen, Abstand nehmen würden, das fast keinerlei Auswirkungen im Kampf gegen die Inflation hätte, aber stattdessen die Arbeiter, die einer solchen Gewerkschaft beitreten, vollständig schutzlos angesichts der wachsenden Lebenshaltungskosten ließe“.

37 O. Eckstein: Inflation, the Wage-Price Spiral and Economic Growth, in The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Washington 1958, S. 371.

durch die Wirkung einer Reihe anderer „Verbindungsglieder“ dieses Mechanismus) kann jede beliebige Preiserhöhung, darunter z.B. auch solche, die durch die Kostensteigerung einiger Wirtschaftszweige im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungen der Wirtschaft entstanden sind, ein kumulatives Anwachsen des inflationären Prozesses nach sich ziehen.

Theorie und Politik des Kampfes gegen die Inflation

Die schnelle Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus hat einen besonders ungünstigen Einfluß auf die Zahlungsbilanz eines Landes, auf die Position seiner Valuta auf dem Geldmarkt. Außerdem rufen die steigenden Lebenshaltungskosten und das Inflationstempo, das ständig zuzunehmen droht, den aktiven Protest der Werktätigen hervor: im Kampf um ihre Lebensrechte schließen sich breite Bevölkerungsschichten zusammen. Deshalb müssen die bürgerlichen Politiker immer häufiger ihren Willen bekunden, die Entwicklung der Inflation aufzuhalten. Eine der grundlegenden Aufgaben der Wirtschaftspolitik ist für den Staat in den kapitalistischen Ländern, die Stabilität der Landeswährung zu erhalten.

Es ist klar, daß die Auswahl der Methoden, die zur Lösung dieses Problems nötig sind, vor allem von der wirtschaftspolitischen Einstellung zur Inflation abhängt. So sehen die Vertreter der neoliberalen Richtung den Hauptgrund für die Inflation in der verstärkten sozialökonomischen Aktivität des Staates. *W. Röpke* schreibt in seinem Buch „*Jenseits von Angebot und Nachfrage*“ von der „*demokratisch-sozialen Inflation*“, die „*aus den Ideologien, Kräften, Wünschen der modernen Massendemokratie selbst hervorgegangen ist*“³⁸. Die Anhänger der monetaristischen Konzeption halten die Vergrößerung des Umfangs der Geldzirkulation, der mit der Verwirklichung der des Keynesianischen Prinzips der „vollen Auslastung“ in Verbindung steht, für den Hauptgrund der Inflation. „*Die Politik der vollen Auslastung ist eine zeitgenössische Erfindung, mit deren Hilfe die Inflation hervorgerufen wird*“, schreibt *M. Friedman*³⁹. Einige Verteidiger des Neoliberalismus sehen die Wurzeln der Inflation in den sozial-kulturellen Ausgaben des Staates⁴⁰.

Deshalb ist das entscheidende Mittel im Kampf gegen die Inflation, ihrer Meinung nach, eine strikte Kürzung des Ausgabenbudgets und die Verwirklichung strenger Geld- und Kreditbeschränkungen. Derartige Programme sind in der Regel reaktionär: sie wollen die Unterstützung für die Sozialversicherung, die Geldbewilligungen für die ärztliche Hilfe, die Bildungsausgaben, die Unterstützungszahlungen für die kleinen Pächter, usw. kürzen; die Anhänger des Neoliberalismus übersehen außerdem hartnäckig eine der wirklichen Ursachen für den inflationären Prozeß: das ungeheure

38 *W. Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Zürich 1958 S. 256.

39 *M. Friedman: Inflation. Causes and Consequences*, New York 1963, S. 9.

40 Vergl. z.B. *A. Shonfield: Welfare without the Welfare State*, in: *Il Politico*, Dezember 1966, Rom S. 731–44.

Wachstum des Militarismus, das durch Milliardenausgaben der Regierung zur Durchführung einer aggressiven, imperialistischen Politik ermöglicht wird.

Die Anhänger der monetaristischen Konzeption sehen alle Maßnahmen für eine direkte Regierungskontrolle über Preise und Einkommen ohne große Begeisterung⁴¹, die Ideologen dieser Richtung meinen, daß eine derartige Erweiterung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten, allmählich das ganze System des freien Unternehmertums lahmzulegen droht. So bestätigt *F. Hayek*, daß die staatliche Preisregulierung sich ungünstig auf die Bereitschaft, unternehmerische Risiken auf sich zu nehmen, auswirkt. Deshalb fordert man dann vom Staat eine noch intensivere Ankurbelung der Wirtschaft, was hinwiederum die weitere Entwicklung der Inflation fördert. Nach *F. Hayeks* Meinung entwickelt sich ein *circulus vitiosus*, durch den die „*Regierung in ein System der allgemeinen Kontrolle und zentralisierter Planung gerät*“⁴².

Eine etwas andere Position nehmen die Vertreter der Keynesianischen Richtung in dieser Frage ein. Von ihrem Standpunkt aus können Maßnahmen, die unter Bedingungen der „Nicht vollen Auslastung“ getroffen werden, die auf die Ankurbelung der Wirtschaft gerichtet sind und die Geldmasse im Umlauf vergrößern, nicht zur Entwicklung einer Inflation führen. Es ist bemerkenswert, daß *J. Keynes*, der in den 20er Jahren so viel über die Gefährlichkeit einer inflationistischen staatlichen Politik geschrieben hat, es in der folgenden Zeit im wesentlichen abgelehnt hat, die Frage über die inflationäre Erhöhung der Preise zu behandeln, die durch eine Politik der defizitären Finanzierung hervorgerufen wurde. Das ganze Buch „*The General Theory of Employment, Interest and Money*“ enthält nicht einmal eine Erwähnung der inflationären Folgen von Regierungsregulierungen. Man kann sich in diesem Zusammenhang auch auf die Erinnerungen von *A. Lerner* an ein persönliches Gespräch mit *J. Keynes* berufen: „*Im Jahre 1935 oder 1936 haben R. Bryce und ich J. Keynes folgende Frage gestellt: Kann nicht die Aufrechterhaltung der effektiven Nachfrage, die zur Sicherung der Vollbeschäftigung genügt, zu einer ununterbrochenen Inflation führen? Keynes konnte unsere Frage nicht verstehen, obwohl wir sie hartnäckig immer wieder stellten, bis sich seine Geduld erschöpfte...*“⁴³

Eine solche „Kurzsichtigkeit“ ergab sich offensichtlich nicht nur aus der Methodologie der Keynesianischen Analyse. Eine konsequente Entwicklung seiner Konzeption führt unweigerlich zum Schluß, daß eine Regierungspolitik, die die Inflation vermeiden will, nicht zu einer Erweiterung der effektiven Nachfrage führen darf

41 *M. Friedman* bemerkt z.B. ironisch, daß seit der Zeit des römischen Imperators Diokletian die Regierungspolitik der direkten Lohn- und Preiskontrollen nicht ein einziges Mal erfolgreich die Inflation bekämpft hat, „obwohl die Kontrollen manchmal, wenn sie von genügend effektiven Geldrestriktionen begleitet waren, die Inflation trotzdem aufgehalten haben.“ in: *Newsweek*, 22.12.1969, S. 48.

42 *F. Hayek: Studies in Philosophy, Politics, and Economics*, London 1967, S. 276.

43 *A. Lerner: Employment Theory and Employment Policy*, in: *American Economic Review*, Mai 1967, S. 2.

und sie eben dadurch den Umfang der Unterbelastung des Produktionsapparates und der Arbeitslosigkeit erhöht. Es ist klar, daß nicht viel für die Keynesianische Theorie spricht, wenn es eine wirtschaftliche Depression und Millionen von Arbeitslosen gibt. Die Anhänger von *J. Keynes* schrieben in jenen Jahren meist von dem wohltätigen Einfluß einer „gemäßigten Inflation“ auf die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft.

Nach dem zweiten Weltkrieg verteidigte eine Reihe bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler, wie früher, die These, daß eine Inflation zumindestens einigen Nutzen bringt. Jedoch brachten die unaufhaltsam steigenden Lebenshaltungskosten und auch die veränderten Bedingungen für die Entwicklung der Wirtschaftszyklen (die Verminderung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Zeitraum zwischen den beiden Kriegen und anderes) viele Autoren dazu, sich von der Keynesianischen Vorschlägen zur Bekämpfung der Inflation abzuwenden. Besonders großer Beliebtheit erfreute sich die Idee, daß als effektive vorbeugende Maßnahme eine „ausreichende“ Arbeitslosenrate dienen könne. Ein gegen Ende der 50er Jahre veröffentlichter Artikel des englischen Wirtschaftswissenschaftlers *E. Phillips* über die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Preisbewegung hatte einen ganzen Strom theoretischer Arbeiten und praktischer Empfehlungen zur Folge⁴⁴.

Ein großer Teil der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker halten jedoch alle indirekten Mittel der Regulierung für nicht ausreichend. In Übereinstimmung mit der Konzeption der „Ausgabeninflation“ halten sie die „unmäßige Zunahme des Arbeitslohnes“ für den Hauptgrund des inflationären Wachstums der Preise. Die aufrichtigsten Empfehlungen der Anhänger dieser Konzeption führen unweigerlich zum Angriff auf die politischen Rechte der Werktätigen, zur Annahme neuer, gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Gesetze usw. So meint *E. Chamberlin*, der alle Maßnahmen der Finanz- und Kreditpolitik zu wenig effektiv nennt, man müsse das Problem der Inflation „auf der Ebene lösen, auf der es entstanden ist“, mit anderen Worten: die Regierung muß den Kampf der Gewerkschaften um Lohnerhöhungen direkt einschränken. „Die Wirtschaftswissenschaftler“ – so fordert er – „müssen aktiver die Macht und Taktiken der Gewerkschaften verurteilen“.⁴⁵ Eben hier, in den praktischen Empfehlungen zeigt sich der Klassencharakter der gegenwärtigen bürgerlichen Theorie der Inflation am deutlichsten. Mit komplizierten Verknüpfungen vielfältiger sozialökonomischer Prozesse versuchen die Apologeten des Monopolkapitals die Elemente, die helfen können, die ganze Schuld für die Entwicklung der Inflation der Arbeiterklasse anzulasten, hervorzuheben und zu selbständigen. Mit Hilfe derartiger Konstruktionen wird dann ein Programm weiterer Angriffe auf die politischen Rechte und den Lebensstandard der Arbeiterklasse theoretisch „begründet“.

In Wirklichkeit ist die Entwicklung des gegenwärtigen inflationären Prozesses organisch mit den monopolistischen Formen der Wirtschaftsbeziehungen verbun-

44 Auf die Frage der „Phillipskurve“ wird in *Mirowaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija*, Nr. 8 1971, S. 51 genauer eingegangen.

45 Vergl. D. Hague (Hrsg.): *Inflation*, S. 232, S. 459.

den. *Lenins* Lehre, die das ökonomische Wesen des Imperialismus aufdeckte, hat den Schlüssel zum richtigen Verständnis der Besonderheiten des heutigen inflationären Prozesses gegeben. Die Herausbildung der monopolistischen Wirtschaftsstruktur modifizierte die Gesetzmäßigkeiten der Preisbewegungen: jetzt führt die Bewegung der Faktoren, die mit der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Zweige der kapitalistischen Produktion und dem zyklischen Verlauf der gesellschaftlichen Reproduktion des Kapitals im Zusammenhang stehen, zwangsläufig zu einer irreversiblen Preiserhöhung; der Militarismus und das Rüstungsfieber fördern den Preisanstieg und erweisen sich in vielen Fällen als Hauptgrund für den inflationären Prozeß. Deshalb ist der Kampf gegen die Inflation, den die Regierungen der kapitalistischen Länder jetzt periodisch durchführen müssen, notwendigerweise in sich widersprüchlich. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte besonders deutlich die begrenzten Möglichkeiten einer derartigen Regulierung. Wenden wir uns z.B. den Ergebnissen der Wirtschaftsentwicklung in den USA zu.

Das Wirtschaftsprogramm der *Republikanischen Partei* enthielt schon lange die Forderung nach der Kaufkraftstabilität des Dollars; in der letzten Zeit ist dieser Programmpunkt bei allen Kampagnen dieser Partei als zentrale Forderung in den Vordergrund gestellt worden. Bilderreiche Tiraden, daß die Demokraten nicht die Schäden berücksichtigt hätten, die der Durchschnittsamerikaner durch die Preissteigerungen auszuhalten hatte, Vorwürfe über „Johnsons Teuerung“ usw., und vor allem die Versicherung, daß sie entschlossen seien, die Preissteigerung aufzuhalten, haben den Republikanern ohne Zweifel geholfen, die Präsidentschaftswahlen 1968 zu gewinnen.

Nach dem Machtantritt ergriff die Republikanische Administration solche Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, wie sie von der monetaristischen Konzeption empfohlen werden. Diese Auswahl wurde vor allem durch die allgemeinen Positionen bestimmt, die traditionellerweise von den Republikanern im politischen Duell der beiden bürgerlichen Parteien eingenommen werden. An zentraler Stelle im Wirtschaftsprogramm der Republikaner stand immer die Maxime, daß die Regierung sich so wenig wie möglich in das Wirtschaftsleben einmischen und dem „freien Unternehmertum“ freie Bahn lassen solle. Einem solchen Kurs entsprechen vor allem indirekte Methoden der Geldregulierung, die das System der privatunternehmerischen Marktbeziehungen kaum begrenzen. Auf zahlreiche Sonderrechte in der Geld- und Kreditpolitik legten die von der Regierung und dem Kongreß befragten Wirtschaftsexperten großen Wert⁴⁶.

46 Wie eine Sitzung der Vereinten Wirtschaftskommission des Kongresses im Jahre 1967 zeigt, „ist eine immer größere Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern der Meinung, daß die Finanzpolitik einen nicht allzu großen Einfluß auf die Wirtschaftsaktivität hat“. Gleichzeitig schreiben die Wirtschaftswissenschaftler den Geldfaktoren für die Bestimmung der Wirtschaftsentwicklung einen immer größeren Einfluß zu. (*First National City Bank, Monthly Economic Letter*, April 1967, S. 42). Ende 1968 hat eine der Untersuchungskommissionen des Repräsentantenhauses eine Umfrage bei 71 Experten durchgeführt, welche Formen der wirtschaftlichen Regulierungen sie für wünschenswert halten. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, die Geld und Kreditpolitik aktiver

Nach den entsprechenden Konsultationen traf die leitenden Kommission des Bundesreservesystems (*Board of Governors of the Federal Reserve System*) eine Reihe von Entscheidungen, die die Einführung von Geld- und Kreditrestriktionen vorsahen. Außerdem wurden einige Haushaltsbewilligungen gestrichen. Diese Maßnahmen hatten ohne Zweifel einen bestimmten Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes. Jedoch unterschieden sich die Ergebnisse dieser Politik wesentlich von denen, mit denen die Nixon'sche Administration gerechnet hatte.

Zu jener Zeit lassen sich in den USA genau die Symptome für eine fällige Überproduktion erkennen, und die Politik der Regierungsrestriktionen hat die Entfaltung dieser Wirtschaftskrise gefördert. Man könnte in der Terminologie der quantitativen Theorie sagen, daß die Drosselung des Wachstums von M nicht den Fall von P begünstigt hat, sondern die Verminderung der laufenden Produktion (T). Was die Preise anbetrifft, so sind sie auch weiterhin gewachsen. In den Jahren 1970–71 mußten die Regierungsvertreter zugeben, daß sie unter keinen Umständen eine kritische Flaute solchen Umfangs und eine so geringe Effektivität der deflationären Politik erwartet hatten.

Zu Anfang des Jahres 1971 wurde der Mißerfolg der Politik zur Eindämmung der Inflation ganz offensichtlich. Ungeachtet einer bestimmten Drosselung der Geld- und Kreditexpansion, der ersten Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Unterbelastung der Produktionskapazitäten, ging der inflationäre Prozeß in beschleunigtem Tempo weiter. Das Preisniveau für Konsumgüter stieg im Jahre 1967 um 2,8 %, 1968 um 4,2 %, 1969 um 5,4 % und 1970 um 5,9 %.

Ein solcher Verlauf der Ereignisse führte einen wesentlichen Umschwung in der Regierungspolitik herbei. Die Entwicklung der Überproduktionskrise zwang die Regierung, die Restriktionen abzuschwächen und dann zu den allgemeinen Keynesianischen Methoden zur Ankurbelung der Wirtschaft Zuflucht zu nehmen. Unter solchen Bedingungen mußte man zur Eindämmung der Inflation andere Maßnahmen ergreifen. Die Regierung *Nixon* gab alle früheren Versicherungen über ihr Bemühen, das freie Spiel der Marktkräfte zu sichern, auf und erklärt Mitte 1971 ihren Übergang zur „*außergewöhnlichen Wirtschaftspolitik*“, die mit der unmittelbaren Regulierung der Preise und des Arbeitslohnes verbunden ist. Eine Beschreibung aller Gründe, die diesen Schritt der Republikanischen Administration bedingten, würde die Grenzen dieses Artikels sprengen: wir merken lediglich an, daß sich darin die Konzeption der „neuen Inflation“ ausdrückte.

Die Entscheidung, die Arbeitslöhne „einzufrieren“, wurde von den Vertretern des amerikanischen Monopolkapitals mit Beifall aufgenommen: sie schuf außergewöhnlich günstige Bedingungen für eine verstärkte Ausbeutung der Werktätigen. Zugleich zeigte sich ziemlich schnell die begrenzte Effektivität solcher Methoden für die Bekämpfung der Inflation. Durch die „Einfrierung“ der Arbeitslöhne und die Kontrolle über die Preise wurde die Entwicklung der Inflation etwas aufgehalten,

zu benutzen. (Vergl. Compendium on Monetary Policy. Guidelines and Federal Reserve Structure. Banking and Currency Subcommittee. House of Representatives, Washington 1968).

jedoch steigen die Lebenshaltungskosten unaufhaltsam weiter. In einem halben Jahr, ausgehend vom Juli 1971 sind die Einzelhandelspreise um ungefähr 1 % gestiegen.

Dazu muß man berücksichtigen, daß durch die offiziellen Kontrollen die Preiserhöhungen immer häufiger verdeckte Formen annehmen. „*Die Regierungsvertreter behaupten zwar, daß ungesetzliche Preiserhöhungen nicht weit verbreitet sind, aber ihre eigenen Angaben rufen einige Zweifel hervor*“ bemerkt die amerikanische Wochenzeitschrift „*Time*“. Die Zeitschrift führt eine Reihe von Fakten an, die beweisen, daß die Preise für Lebensmittel und Kleidung weiterhin steigen, entgegen aller Versicherungen über die Kontrolle, die die Preisstabilität garantieren soll⁴⁷. Nach einer Reihe klarer Mißerfolge bei der Verwirklichung einer deflationären Politik, mußte die Regierung der USA ihr einstiges Versprechen aufgeben, in kurzer Zeit „*mit der Inflation aufzuräumen*“. Alles was Präsident *Nixon* der Bevölkerung im Jahre 1971 versprechen konnte, war, daß im Verlauf der nächsten Jahre das Tempo der inflationären Entwicklung auf 2–3% gesenkt wird.

Die Erfolglosigkeit aller Versuche, das inflationäre Wachstum der Preise zu bremsen, zeigt einmal mehr, daß die Wurzeln dieses Prozesses tief in der Struktur der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft liegen. Die Inflation tritt als eine Art chronischer Krankheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf, in der sich die Altersleiden der kapitalistischen Produktionsweise zeigen.

Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung – Inhalt, Formen, Methoden

Heft 1/1970 des Marxismus Digest, Frankfurt/Main 1970, 168 Seiten, Neuauflage 5. Tausend

Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft: Wesen, Methoden und Widersprüche; Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Programmierung; Moderne Programmierungskonzeptionen; Wesen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Bonner Strukturpolitik; Zu den objektiven ökonomischen Triebkräften der wirtschaftspolitischen Konzeption in Westdeutschland; Die neue Regierung der USA vor wirtschaftlichen Problemen; Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft; Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung; Die Bedeutung des gegenwärtigen französischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Die kapitalistische Reorganisation in Italien; Anhang: Die theoretischen Standpunkte einflussreicher bürgerlicher westdeutscher Ökonomen zu Grundproblemen der staatsmonopolistischen Programmierung (mit Literaturübersicht).

47 *Time*, 15.11.1971, S. 30 f.

II. Währungsfragen – Währungskrisen

W. Mennel

Die internationale Währungskrise – Geschichte, Verlauf, aktuelle Akzente

Der nachfolgende Beitrag ist die leicht gekürzte Übersetzung eines Arbeitspapiers des Economic Committee der Communist Party of Great Britain. Das Arbeitspapier wurde im Februar 1972 als Manuskript veröffentlicht.

I. Grundprobleme der internationalen Währungsbeziehungen

Drei Dinge muß man sich bei der Behandlung internationaler Währungsprobleme und von Fragen der internationalen Währungsreserven ins Gedächtnis rufen:

(1) Wir haben es dabei mit den gegenseitigen Beziehungen autonomer Staaten auf höchst unterschiedlichen politischen und ökonomischen Entwicklungsniveaus zu tun, die über Handels- und Kapitalbewegungen ständig miteinander in Kontakt stehen. Das System umfaßt auch eine Reihe hochentwickelter Länder mit gegensätzlichen Interessen, die gegenwärtig mehrere riesige internationale Konzerne unterstützen; einige dieser Konzerne verfügen auf dem Währungssektor über eine größere Macht als eine ganze Anzahl autonomer Staaten.

(2) Die mit dieser Wirtschaftsstruktur der einzelnen Nationalstaaten verbundenen komplexen Probleme haben sich in einem historischen Entwicklungsprozeß herausgebildet; in diesem Prozeß sind spezielle Institutionen entstanden, die einen fortwährend in Veränderung begriffenen Prozeß wechselseitiger Beziehungen regeln sollen.

(3) Der Inhalt der Tätigkeit dieser internationalen Regulierungsinstanzen bestand in kontinuierlich wiederholten Versuchen, in das ganze System wenigstens einen unveränderlich konstanten Faktor einzubauen – eine Geldeinheit, deren Wert im Verhältnis zu anderen Gütern objektiv bestimmt ist. Ihre Suche galt einer vollkommenen Geldform.

Geld ist eine vom Menschen geschaffene Konvention, die den Vergleich und die Speicherung von Werten erleichtern, sowie als Zahlungsmittel für Güter und Dienstleistungen fungieren soll. Da Werte gesellschaftlich bestimmt sind, drücken sich in Geld gesellschaftliche Beziehungen zwischen Menschen und Nationen aus und weil diese Beziehungen fortwährend komplexen Veränderungen unterliegen, bleibt die Suche nach einem konstanten Standard gesellschaftlicher Werte immer wieder ohne Erfolg.

Innerhalb eines Landes ist die Funktionsweise des Geldes – verglichen mit seiner Funktion im Verkehr zwischen autonomen Staaten – eine verhältnismäßig

einfache Angelegenheit. In jedem Land kann in das Geldwesen über politische Entscheidungen organisatorisch eingegriffen werden – etwa durch eine Veränderung des Geldangebots oder die Bereitstellung von Kreditreserven –, so weit dies für ein nach politischen Kriterien befriedigendes Funktionieren der Wirtschaft für nötig gehalten wird.

Im internationalen Zusammenhang ist das Geld keiner derartigen übergeordneten Instanz unterworfen, so lange nicht ein Geldstandard gefunden werden kann, der seiner Natur nach von den subjektiven Entscheidungen jedes autonomen Landes unabhängig ist. Historisch durchlief die Suche nach einem solchen perfekten Standard erfolgreichen Phasen, die aber wieder von Krisen unterbrochen wurden; denn wenn es einerseits einer Nation selbstverständlich Vorteile brachte, die Kontrolle über das internationale Geldwesen auszuüben, erwies sich andererseits gerade diese Kontrollmöglichkeit für die Wirtschaft dieses Landes als zerstörerisch und forderte im Laufe der Zeit die Opposition anderer Länder heraus. Im Kampf um die Kontrolle des internationalen Geldstandards begünstigte die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung zunächst ein Land und dann wieder ein anderes.

Obwohl es internationale Währungsbeziehungen seit den frühesten Zeiten gibt, wurden erst mit der Entstehung des Kapitalismus **institutionalisierte** Arrangements zur Regelung zwischenstaatlicher Bilanzprobleme notwendig. Seit Beginn des 19. Jh. lassen sich zwei Stufen in der Entwicklung internationaler Währungsinstitutionen klar unterscheiden, nämlich

- (1) die Goldwährung
- (2) die Golddevisenwährung.

Die Goldwährung

Gold hat über Tausende von Jahren seine Funktion als Geld verlässlicher erfüllt als alle anderen Geldarten. Wenn Gold (oder ein anderes Metall) als Grundlage der Bestimmung internationaler Wertunterschiede zufriedenstellend funktionieren soll, müssen bestimmte institutionelle Vereinbarungen getroffen werden. Die Regierungen der einzelnen Länder müssen bereit sein, Goldbarren und geprägte Goldmünzen in unbegrenzter Menge zu festen Preisen zu kaufen und zu verkaufen. Es darf kein rechtliches Hindernis für das Schmelzen von Münzen oder die Ausfuhr von Barren geben.

Solche institutionellen Vereinbarungen waren erst möglich, als sich im 18. und 19. Jahrhundert in Westeuropa starke nationale Regierungen entwickelt hatten. Es ist interessant, daß das Gold lange Zeit mit dem Silber konkurrieren mußte, um seine Stellung als dominierende internationale Geldart zu erlangen, weil einige Länder ihre Währungen aus historischen Gründen auf Silber gegründet hatten.

Als erstes Land entsprach England den formalen Bedingungen einer Goldwährung. Die Abfolge der wichtigsten Ereignisse läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- 1821 Die Bank von England muß ihre Noten in Goldbarren und -münzen einlösen; das Einschmelzen von Münzen und die Goldausfuhr werden von allen Restriktionen befreit.

- um 1850 Aufgrund der Entdeckung von Goldvorkommen in Australien und Kalifornien fällt der Goldpreis im Verhältnis zum Preis des Silbers. In den Vereinigten Staaten und Frankreich verschwinden die Silbermünzen, beide Länder gehen de facto zur Goldwährung über; Belgien, die Schweiz und Italien folgen ihnen.
- um 1870 Deutschland hat noch eine Silberwährung, während eine Reihe anderer Währungen (Rußland, Österreich-Ungarn, Italien und Vereinigten Staaten) nicht konvertierbar sind.
- nach 1870 Nach dem Deutsch-Französischen Krieg erhält Deutschland von Frankreich Gold als Reparationsleistung und geht gänzlich zur Goldwährung über.
- 1880 Allgemein als Beginn der Goldwährungsära betrachtet. Aber Rußland, Österreich-Ungarn, Indien und Japan entsprechen erst nach 1895 den Anforderungen einer Goldwährung. Von daher wird angenommen, daß es ein vollständig institutionalisiertes Goldwährungssystem erst seit 1900 gibt.
- 1914 Der Ausbruch des I. Weltkrieges beendet die Goldwährungsära – abgesehen von einem kurzen Wiederbelebungsversuch Mitte der zwanziger Jahre.

Es wird daher allgemein die Auffassung vertreten, daß das vollständig institutionalisierte Goldwährungssystem nur eine sehr kurze Geschichte hatte – sie erstreckte sich, je nachdem, welche Ereignisse man an den Anfang und an das Ende stellt, über einen Zeitraum von 15 bis 35 Jahren.

Der Grundgedanke der Goldwährung besteht darin, daß sie die Regierung eines Landes insofern zur Disziplin nötigt, als sie immer, wenn in ihrer Zahlungsbilanz im Verhältnis zur übrigen Welt ein Ungleichgewicht auftritt, gezwungen werden kann, sich von einem Teil ihres Goldvorrats zu trennen. Diese über den Marktmechanismus vermittelte Verknappung des Goldvorrats soll die Inlandsnachfrage so lange bremsen und vermindern, bis das Ungleichgewicht korrigiert ist. Eine Intervention seitens der Regierung ist bei einem solchen Regulierungsmechanismus nicht erforderlich, so daß sie von jeder Verantwortung für die sozialen und ökonomischen Bedingungen im Lande entlastet ist.

Das ist das klassische Modell, wie es in den Lehrbüchern steht. In Wirklichkeit hat es niemals auf diese Weise funktioniert. Es muß hier festgestellt werden, daß England in der Periode, von der man mit Sicherheit sagen kann, daß die internationalen Währungsvereinbarungen auf der Grundlage der Goldwährung abgeschlossen wurden, eine herausragende Stellung innehatte. England war die führende Industrienation und stand als imperialistische Weltmacht auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung. Die besondere Stellung Englands zu dieser Zeit läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Um die Bevölkerung zu ernähren und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen, entwickelt sich in England ein Heißhunger nach Einfuhren.
2. Die imperialistische Politik verlangt englische Investitionen überall in der Welt.

3. Die ganze Welt wird aufgrund der Einfuhren und der überseeischen Investitionen mit Sterling-Anleihen versorgt.

4. Aus diesem Grund unterhalten viele Länder in London laufende Konten.

5. Die Preise englischer Industriegüter bleiben über einen langen Zeitraum hinweg recht stabil, so daß ein Kaufkraftverlust der Sterling-Guthaben kaum zu befürchten steht.

6. In London deponierte Sterling-Guthaben können auf Wunsch des Besitzers in Gold umgetauscht oder gegen Zinsen in London verliehen werden.

7. London hatte sich zu einem Finanzzentrum entwickelt, das konkurrenzlos Einrichtungen für Waren- und Geldtransaktionen in der gesamten Welt anbieten konnte.

Der Sterling wurde daher praktisch als internationale Währung verwandt, als ob er Gold wäre.

„Ganz gewiß war der Sterling dabei der aktivere Teil, denn anders als Gold ließ er sich fast ohne Kostenaufwand von einem in ein anderes Land transferieren. Wie Gold wurde der Sterling auch als Geldreserve geschätzt und in vielen Länder wurden nicht nur die laufenden Konten der Geschäftsbanken, sondern auch Teile und sogar die gesamten offiziellen Reserven der Zentralbanken in Sterling geführt: die Goldwährung war weitgehend eine Golddevisenwährung.“¹

Man könnte hinzufügen, daß die imperialistische Herrschaft in vielen Teilen der Welt bedeutete, daß London von einer Reihe vorgeblich unabhängiger Länder verlangen konnte, Währungsreserven in Sterling zu halten.

Die Preisstabilität in England in der Epoche der Goldwährung ist als Beweis für die These herangezogen worden, daß ein objektiver Wertstandard, auf den sich die internationalen Währungsrelationen stützen können, stabile Preise garantiert. Dagegen läßt sich nachweisen, daß die Preisstabilität im letzten Viertel des 19. Jh. eher auf der Ausnahmestellung Englands als auf der Goldwährung beruhte.

H. Triffin, eine Autorität auf diesem Gebiet, hat 1947 die These aufgestellt, daß die Regulierungsfunktion der Goldwährung in England nicht über die Restriktion der Inlandsnachfrage, sondern über die Verbesserung der englischen Außenhandelsrelationen erfolgte. Mit anderen Worten, hatte England eine unausgeglichene Zahlungsbilanz, so ging die Korrektur zu Lasten der übrigen Welt. Die Preisstabilität in England war daher nicht bedingt durch die Vortrefflichkeit der Goldwährung, sondern durch Englands Rolle als imperialistische Macht.

Die Golddevisenwährung

Aus dieser Argumentation geht hervor, daß die sog. Goldwährungsära eher eine Ära der Golddevisenwährung war; anders ausgedrückt, obgleich im Prinzip der Umtausch in Gold immer möglich war, basierten die Transaktionen hauptsächlich auf einer einzigen Währung (dem Sterling); und bezeichnenderweise wurden international

1 Brian Tew, International Monetary Cooperation 1945–70, Hutchinson 1980, S. 167

die Reservebestände eher in Sterling als in Gold ausgedrückt. Der Goldvorrat befand sich zum größten Teil in dem Land mit der Leitwährung.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war durch die Weltwirtschaftskrise charakterisiert; einer ihrer Aspekte war eine Reihe umfassender Wechselkurskorrekturen einschließlich konkurrenzmotivierter Abwertungen einzelner Währungen.

Nach dem II. Weltkrieg wurde der Sterling – obwohl das Gewicht Englands in der Welt stark zurückgegangen war – weiterhin in jeder Beziehung als internationale Währung verwandt, wozu auch die Existenz des Sterlingblockes beitrug, dessen Reservebestände in London konzentriert waren. Der Sterlingblock konnte weiter funktionieren, weil er sich gegen die übrige Welt durch ein ausgebauten System von Devisenkontrollen abgrenzte.

Trotzdem war seit 1945 der Dollar die dominierende Währung. England wurde in der Funktion des Weltbankiers zu einem Juniorpartner der Vereinigten Staaten. Viele Länder benutzten bei privaten und zwischenstaatlichen Transaktionen sowohl Sterling als auch Dollar als Zahlungsmittel und Reservewährung.

Die Nachkriegsperiode unterscheidet sich von der vorangehenden auch noch durch die Existenz des Internationalen Währungsfonds (IWF), gegründet 1947, eine umfassende internationale Währungsvereinigung, die sich hauptsächlich mit der Aufrechterhaltung der Wechselkursstabilität und der Verhinderung konkurrenzbedingter Devisenentwertung befaßt. Dieses im IWF institutionalisierte System befindet sich gegenwärtig in einer Krise.

Aufgrund der Weltlage im Jahre 1945 war das im IWF zusammengefaßte internationale Währungssystem auf einer einzigen konvertiblen Währung aufgebaut, dem amerikanischen Dollar. Der Dollar konnte im Gold umgetauscht werden, dessen Wert auf 35 Dollar pro Unze Feingold festgesetzt wurde. In den ersten Nachkriegsjahren bemühte sich alle Welt intensiv, in den Besitz von Dollars zu gelangen, mit denen die zerstörten Wirtschaften wiederaufgebaut werden sollten und deswegen wurde die Konvertibilität des Dollar niemals ernsthaft auf die Probe gestellt. Unter diesen Voraussetzungen ist es für das Reservewährungsland (hier die Vereinigten Staaten) außerordentlich profitabel, international Geld zu emittieren, ohne allzu sehr auf die Golddeckung achten zu müssen – was der bekannten Praxis der Banken entspricht, an der Grenze der Liquidität zu arbeiten.

Gleichwohl bringt eine Golddevisenwährung für das Reservewährungsland neben Vorteilen auch schwere Belastungen mit sich. So lange die Leitwährung von der übrigen Welt ohne Schwierigkeiten akzeptiert wird, braucht es sich nicht übermäßig um sein Zahlungsbilanzgleichgewicht zu kümmern. Es kann Papiergeld ausgeben und erhält dafür reale Werte – entweder in Form von Waren oder in Form von Kapitaleinlagevermögen in der ganzen Welt. Dieser Parasitismus geht eine gewisse Zeit lang gut, tendiert aber dazu, daß die Wirtschaft des Reservewährungslandes geschwächt wird, während die hohe Liquidität, deren sich die anderen Länder erfreuen, die technologische und sonstige Entwicklung stimuliert.

Mit der Zeit entwickelt sich daraus eine Rezession im Reservewährungsland, und zwar besonders in den Industrien, die vom Export oder von Importsubstitution abhängen. Sobald den anderen Ländern bewußt wird, daß die Leitwährung relativ

überbewertet ist, sinken Währung und Goldreserven ab. Die erste Reaktion auf diese Situation besteht in der Verbesserung der einheimischen Niedrigzinspolitik, die eine stärkere Auslastung der Wirtschaft bewirken soll. Daraus folgen natürlich höhere Auslandsdefizite. Bald darauf ist ein Stadium erreicht, wo sich Zweifel an der weiteren Konvertierbarkeit der Leitwährung erheben.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden auf der ganzen Welt hohe Wachstumsraten erzielt und besonders seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist das ökonomische Gewicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens relativ zurückgegangen. Dieser Prozeß deckte zunächst die Schwäche des Pfund auf; es wurde gefordert, neben Dollar und Sterling den französischen Franc und die D-Mark im internationalen Zahlungsverkehr als Reservewährung zu verwenden. Frankreich forderte die Rückkehr zur Goldwährung. Im Grunde zielten die Pressionen auf eine gleichmäßige Aufteilung der Privilegien ab, die mit der Funktion des Weltbankiers verbunden sind.

II. Die Aufhebung der Dollar-Konvertibilität – August 1971

Präsident *Nixons* Ankündigung eines Pakets neuer ökonomischer Maßnahmen war der Höhepunkt einer mehrere Jahre zurückreichenden Kette von Ereignissen auf der internationalen Währungsszene.

Bereits 1960 war erkannt worden, daß das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz allmählich zu einem Problem wurde. Im dritten Quartal dieses Jahres führten Befürchtungen einer Abwertung des Dollar und anderer Währungen relativ zum Gold zu einer spekulativen Nachfrage nach Gold im Austausch gegen Dollars; der freie Marktpreis des Goldes stieg dabei an der Londoner Börse einmal auf 40 \$ pro Unze Feingold.

Um die Auswirkungen einer umfassenden spekulativen Jagd nach Gold einzudämmen, errichteten die wichtigsten Zentralbanken 1962 einen „Goldpool“ und kamen überein, die zuströmenden Dollarbeträge nicht in Gold umzutauschen. Ihre erste Bewährungsprobe bestand diese Übereinkunft gegen Ende 1964, als Frankreich bekanntgab, es beabsichtige, einen Teil seiner Dollarbestände in Gold umzutauschen. Eine neue Welle spekulativer Goldkäufe im Oktober 1967 überstand der Goldpool dann nicht mehr.

„Im Oktober wurde die Nachfrage kurz vor Monatsmitte stärker, weil das Vertrauen in den Sterling rapide abnahm und Veränderungen der amerikanischen Goldpolitik befürchtet wurden. Nach einer Beruhigung gegen Monatsende wurden die Goldkäufe im frühen November wieder stärker. Und als sich der spekulative Druck auf den Dollar in der Woche nach der Pfund-Abwertung verstärkte, erreichte die Goldnachfrage eine Rekordhöhe.“²

Im März 1968 tauchten erneut Zweifel am US-Dollar auf, und auch der Sterling blieb weiterhin unter Verdacht; gegen Ende des Monats füllten die Zentralbanken

² Bericht der Bank of England 1967/8, S. 3

die Entscheidung, auf dem Markt kein Gold mehr zu kaufen oder zu verkaufen. Die Goldpoolabsprache wurde aufgehoben und das System freier Goldmärkte wiederhergestellt, auf denen die Zentralbanken keinen Handel treiben wollten.

1968 erschütterte eine ganze Serie von Krisen die Devisenmärkte. Zu Beginn des Jahres entwickelte sich eine spekulative Flucht aus dem kanadischen Dollar. In den März fiel die bereits beschriebene Aufhebung des Goldpools. Im Mai und Juni führten politische Schwierigkeiten zu einem starken Druck auf den französischen Franc und im November strömten spekulative Gelder in die Bundesrepublik, weil man glaubte, daß die D-Mark vor einer Aufwertung und der Franc vor einer Abwertung stünden; beides wurde jedoch durch ausgleichende Maßnahmen der Zentralbanken verhindert.

Dennoch bestand auf den Devisenmärkten in den ersten neun Monaten des Jahres 1969 permanent die Gefahr einer durch erwartete Wechselkursanpassungen ausgelösten spekulativen Kapitalflucht in die Bundesrepublik. Der Franc und der Sterling gerieten erneut in Schwierigkeiten. Nach den Präsidentschaftswahlen im Juni, bei denen *Pompidou* General *de Gaulle* ablöste, wurde am 8. August 1969 der Franc um 12 1/2 % abgewertet. In der Bundesrepublik wurde die Entscheidung über die D-Mark durch die allgemeinen Wahlen verzögert, aber noch vor der Wahl wurde der Wechselkurs freigegeben und die D-Mark faktisch aufgewertet, ohne daß von offizieller Seite zur Wiederherstellung der alten Parität interveniert wurde. Nach der Wahl und dem Regierungswechsel wurde die D-Mark am 25. Oktober um 9,2 % aufgewertet.

In zwei Aufwertungen kam somit die wachsende Stärke der D-Mark in den sechziger Jahren zum Ausdruck – die eine im März 1961, die andere 1969. Die der englischen Wirtschaft von der Labourregierung aufgebürdete starke Deflation legte die Grundlagen für einen immer größeren Zahlungsbilanzüberschuß, so daß der Sterling zu einer relativ starken Währung wurde – stark im Verhältnis zum amerikanischen Dollar, dessen Schwäche sich in allen Währungskrisen der sechziger Jahre zeigte.

Am 1. Januar 1968, d.h. kurz nach der Abwertung des Sterling vom November 1967, gab Präsident *Johnson* seinen Fünf-Punkte-Plan bekannt, der für 1968 eine Kürzung von Auslandsausgaben in Höhe von 3 Mrd. Dollar bewirken sollte. Die fünf Punkte waren:

(1) Vollständige Sperre amerikanischer Direktinvestitionen in allen Industrieländern, die nicht stark vom US-Kapital abhängig sind – vorgesehene Einsparung: 1 Mrd. Dollar.

(2) Kürzung der amerikanischen Auslandsanleihen um 500 Mill. Dollar – davon ausgenommen waren Großbritannien, Kanada und Japan.

(3) Dringender Appell an alle Amerikaner, für einen Zeitraum von zwei Jahren keine Touristenreisen ins Ausland zu unternehmen – vermutete Einsparung: 500 Mill. Dollar.

(4) Kürzung der Ausgaben der Regierung im Ausland um 500 Mill. Dollar.

(5) Forderung, 1968 die Handelsbilanz um 500 Mill. Dollar zu verbessern.

Nach diesem heute kindisch anmutenden Versuch, das Problem der amerikanischen Zahlungsbilanz zu bewältigen, hinterließ *Johnson* das Problem neben vielen

anderen Präsident *Nixon*. Obwohl 1970 keine besondere Außenhandelskrise zu verzeichnen war, erkannten viele, daß das Dollarproblem weiter existierte und ständig drängender wurde. Der „*National Institute Economic Review*“ bemerkte in der Februarausgabe 1971 anlässlich eines Überblicks über das Jahr 1970: „*Die Reaktion auf das gewaltige Defizit der Vereinigten Staaten, das sich auf drei Viertel der Goldvorräte, Sonderziehungsrechte und Devisen beläuft, scheint, besonders in den Vereinigten Staaten selber, bemerkenswert gleichmütig gewesen zu sein. Der Grund mag zum einen darin liegen, daß die Vertrautheit mit dem Dollarproblem zu einer gewissen Gleichgültigkeit bzw. Hilflosigkeit geführt hat, zum anderen darin, daß sich die Aufmerksamkeit jetzt stark auf das Problem der Inflation konzentriert. Man darf aber auch annehmen, daß der Dollarabfluß des letzten Jahres einige positive Folgen gehabt hat. Er verhinderte vor allem, daß der in Großbritannien, dem anderen Reservewährungsland, registrierte große Überschuß zu einer ernststen Verknappung der internationalen Liquidität führte.*“

In bezug auf das wachsende amerikanische Defizit kommentierte der „*National Institute Economic Review*“: „*Im Rückblick erscheint es nicht überraschend, daß sich die Konkurrenzstellung der Vereinigten Staaten verschlechtert hat. Wenn die 1949 festgesetzten Wechselkurse realistisch waren, war zu erwarten, daß der Dollar nach Abschluß der Rekonstruktionsperiode der Nachkriegszeit überbewertet sein würde. Nachfolgende Änderungen der Wechselkurse hatten jedoch die möglicherweise widersinnige Auswirkung, den Wert des Dollar gemessen an den anderen wichtigen Währungen zu erhöhen ... Die Länder außerhalb der USA würden – wie aus ihrem Verhalten in der Vergangenheit klar hervorzugehen scheint – Dollar-konten noch nicht einmal in der gegenwärtigen Höhe unterhalten, wenn der Umtausch in Gold oder Sonderziehungsrechte zum offiziellen Kurs ihnen praktisch in großem Stil möglich wäre. Da das nicht der Fall ist, stimmen sie eher einer weiteren Steigerung zu, als die Vereinigten Staaten zu zwingen, ihre Verpflichtung, Gold zum Preis von 35 Dollar pro Unze zu liefern, formell zu widerrufen. Eine solche Finanzierung des amerikanischen Defizits macht aber das System der ordnungsgemäßen Schaffung internationaler Liquidität mit Hilfe von Sondererziehungsrechten zunichte, dessen Einrichtung als Bedingung für einen besseren internationalen Zahlungsbilanzausgleich angesehen wurde. Ferner wird dadurch den Gläubigerländern erschwert, mit der Inflation – besonders mittels Währungsmaßnahmen – fertig zu werden.*“

Angesichts der Versuche der *Nixon*-Administration zur Bekämpfung der Rezession im Lande erwartet die Zeitschrift 1971 noch höhere Defizite. „*Unter den möglichen Korrekturmaßnahmen könnten schärfere Kontrollen des Kapitalabflusses aus den Vereinigten Staaten, besonders für Direktinvestitionen, als Reaktion auf die anderen Industrienationen an erster Stelle stehen. Die Frage, wieso man eigentlich von ihnen erwarten könne, weiterhin die Übereignung ihrer profitabelsten Unternehmen in amerikanisches Eigentum zu finanzieren, wird wahrscheinlich immer häufiger gestellt werden – und nicht ganz zu Unrecht ... Wenn aber die anderen Industrienationen nicht bereit sind, die amerikanischen Defizite unaufhörlich zu finanzieren oder die Zahlungsbedingungen der Vereinigten Staaten durch Beibehaltung der bestehenden*

Wechselkurse zu erleichtern, besteht ihre einzige Alternative in einer Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem amerikanischen Dollar. Das ist wahrscheinlich das Endergebnis, und es ist zu fragen, ob man es hinauszögern sollte.

In der ersten Jahreshälfte 1971 stieg das US-Defizit – ausgedrückt in Reservetransaktionen saisonbereinigt – auf etwa 11 1/4 Mrd. Dollar. Ein großer Teil des abgeflossenen Geldes ging in die Bundesrepublik. Im Mai trat eine neue Währungskrise ein, in deren Verlauf die Wechselkurse der D-Mark und des Holländischen Gulden auf den anderen Devisenmärkten freigegeben wurden. Der Schweizer Franken wurde um 7 % aufgewertet, der österreichische Schilling um 5,05 %. Auch danach trafen Frankreich und die Schweiz noch eine Reihe von Maßnahmen, die den Zustrom von Dollars in ihre Banken eindämmen sollten, während ein Unterausfluß des „Joint Economic Committee“ des amerikanischen Kongresses empfahl, den Dollar abzuwerten.

Gleichzeitig verkündete Präsident Nixon am 15. August 1971 eine neue Politik zur Lösung des dreifachen Problems, vor dem die Vereinigten Staaten standen: der nur geringfügige Aufschwung der Produktion, die anhaltende Inflation und die sich rapide verschlechternde Handelsbilanz. Er kündete folgende Maßnahmen an:

- (1) Die Aufhebung der Konvertibilität des Dollar in Gold oder andere Währungen.
- (2) Einen zehnprozentigen Aufschlag auf alle zollpflichtigen Importe, sofern sie nicht bereits Mengenbegrenzungen unterworfen waren, der erst aufgehoben werden sollte, „wenn die unfaire Behandlung eingestellt wird“ – was offenbar heißen soll: wenn amerikanische Produkte nicht länger aufgrund unfairer Wechselkurse benachteiligt sind, wozu noch ein „fairer Wettbewerb“ in anderer Beziehung und „eine faire Verteilung der Lasten zur Verteidigung der Freiheit“ hinzugefügt wurden.
- (3) Eine zehnprozentige Kürzung der ausländischen Wirtschaftshilfe.
- (4) Aufhebung der 7-prozentigen Verbrauchersteuer für Automobile.
- (5) Einführung von Einkommenssteuererleichterungen zum 1.1.1972, die nach einem Jahr wirksam werden sollten.
- (6) Sofortiger Nachlaß in Höhe von 10 % für ein Jahr und von 5 % für ein weiteres bei Investitionen in neue Maschinen und Anlagen, und zwar ausschließlich für solche Firmen, die in den USA hergestellte Anlagen kaufen.
- (7) Steuerliche Anreize für Forschung und neue Technologien.
- (8) Eine fünfprozentige Verringerung des Personalbestandes der Regierung und Zurückstellung von Gehaltserhöhungen für Regierungsangestellte und -Beamte.
- (9) Ein auf 90 Tage befristeter Lohn-, Preis- und Dividendenstopp.

Diese Maßnahmen, von denen einige in offenem Widerspruch zu vorherigen amerikanischen wirtschaftspolitischen Erklärungen standen, hatten natürlich dramatische Auswirkungen auf die internationale Währungslage. Einige Devisenmärkte und der Londoner freie Goldmarkt wurden für einen langen Zeitraum geschlossen; als sie wieder öffneten, konnten die meisten Währungen relativ zum Dollar nach oben klettern.

Im September 1971 diskutierten die im Zehnerklub zusammengeschlossenen führenden Industrienationen und der Internationale Währungsfonds über einen

Ausweg aus der kritischen Situation. Der amerikanische Schatzminister Conally erläuterte wiederholt die Ziele seiner Regierung. Die anderen Nationen erfuhren zu ihrer Bestürzung, daß die Vereinigten Staaten binnen eines Jahres eine Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz um 13 Mrd. Dollar anstrebten – und das wurde noch als Minimalziel bezeichnet. Mit anderen Worten, die Regierung zielte darauf ab, bei voller Auslastung der amerikanischen Wirtschaft ein Defizit in Höhe von 11 Mrd. Dollar (5 Mrd. aus dem Handel, 6 Mrd. aus anderen Geldabflüssen) in einen Überschuß von 2 Mrd. Dollar zu verwandeln.

Da die amerikanische Regierung am Kapitalabfluß und an der Entwicklungshilfe in Höhe von 6 Mrd. Dollar festhalten will, muß eine Veränderung der laufenden Konten (in der Hauptsache Handelspositionen) von einem Defizit von 5 Mrd. Dollar in einen Überschuß von 8 Mrd. Dollar angestrebt werden – daher der Gesamtbetrag von 13 Mrd. Dollar.

Diese Veränderung in der amerikanischen Zahlungsbilanz müssen – Conally zufolge – die anderen Länder tragen, indem sie-

- (1) ihre Währungen aufwerten, ohne das Gold/Dollar-Verhältnis zu verändern,
- (2) einen größeren Teil der amerikanischen Militärausgaben übernehmen,
- (3) Handelssperren wie die variablen Abgaben in der Agrarpolitik der EWG, die japanischen Importkontrollen etc. aufheben.

Die anderen neun Nationen des Zehnerklubs sind sich in einigen Punkten der neuen Wirtschaftspolitik Nixons uneinig, in anderen stimmen sie überein. Sie teilen alle die Auffassung, daß das amerikanische Defizit nicht allzu schnell aufgehoben werden sollte, daß die Vereinigten Staaten den Dollar im Verhältnis zum Gold abwerten sollten, daß die Rolle des Goldes zugunsten der Sonderziehungsrechte über den Internationalen Währungsfonds verringert werden sollte und daß man zu festen Prioritäten zurückkehren sollte. Sie sind sich weiterhin darüber einig, daß die Kapitalbewegungen eingeschränkt werden sollten.

III. Zum Krisenverlauf

Angesichts der völlig überraschenden Maßnahmen Nixons und des Abgehens von vielen Prinzipien der bisherigen Theorie und Praxis stellt sich selbstverständlich die Frage nach einem „Auslöser“, der die amerikanische Regierung zu einer solchen einschneidenden Aktion getrieben hat.

Wie in den beiden vorangehenden Abschnitten gezeigt wurde, hat die Glaubwürdigkeit des Dollars als einer verlässlichen Leitwährung im Laufe der Jahre stetig abgenommen. In dieser Hinsicht hatte sich nichts geändert, wenn man davon absieht, daß im ersten Halbjahr 1971 die Überbewertung des Dollars angesichts des gewaltigen Defizits in der amerikanischen Zahlungsbilanz offensichtlich geworden war.

Man könnte versucht sein, die drastischen Maßnahmen auf den Wunsch Nixons zurückzuführen, 1972 ein zweites Mal zum Präsidenten gewählt zu werden. Das erklärt aber bestenfalls den Zeitpunkt der Maßnahmen, wir müssen daher nach wichtigeren Gründen suchen. Die endgültige und vollständige Aufhebung der Funk-

tion des allmächtigen Dollars als konvertibler Währung und der Preis-, Lohn- und Dividendenstopp bringen dem Präsidenten im Zeitraum von einem Jahr wahrscheinlich keine Stimmen ein.

Es ist völlig richtig, daß der Zustand der amerikanischen Wirtschaft kaum geeignet ist, *Nixons* Hoffnung auf eine Wiederwahl zu bestärken. Die amerikanische Wirtschaft ist zu wenig ausgelastet, und es herrscht natürlich über die mittlerweile nur allzu vertraute Verbindung von Stagnation und Inflation große Unzufriedenheit. Präsident *Nixon* hat politische Maßnahmen eingeleitet, die Wachstum und höhere Auslastung der Wirtschaft sichern sollen, aber wenn auch eine bescheidene Besserung eingetreten ist, reicht sie für einen Wahlerfolg offensichtlich nicht aus.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen *Nixons* ist die Vermutung aufgetaucht, daß die Vereinigten Staaten jetzt primär an einer Verbesserung ihrer Außenhandelsbilanz interessiert sind. Es ist aber allgemein bekannt, daß der Umfang des amerikanischen Außenhandels im Verhältnis zur amerikanischen Wirtschaft insgesamt jahrelang unbedeutend war, auch wenn er der übrigen Welt tatsächlich sehr groß vorgekommen sein mag. *Maurice Stans*, der amerikanische Wirtschaftsminister, hat diesen Aspekt kürzlich folgendermaßen dargestellt: „Die Vereinigten Staaten haben einen von der Binnenwirtschaft unterschiedenen Exportbereich nie ernsthaft berücksichtigt. Die Finanz-, Fiskal-, Steuer-, Arbeits-, Verkehrs-, Antitrust- und sonstige Politik wurde im Hinblick auf die Anforderungen einer kontinentalen Binnenwirtschaft konzipiert; an ihre Auswirkungen auf den Export wurde kaum ein Gedanke verschwendet. Die veränderte ökonomische Stellung Amerikas in der Welt hat nach meiner Meinung diese Haltung in Frage gestellt.“

Samuel Britten schrieb in der „Financial Times“ vom 15. 9. 1971: „Das eigentliche Problem Amerikas hat nichts mit den Goldreserven und der Zahlungsbilanz zu tun. Es besteht vielmehr in der Bedrohung der Vollbeschäftigung und der Profite in einer immer größeren Zahl amerikanischer Industriebereiche durch die Importkonkurrenz. Langfristig gesehen täte Amerika gut daran, den Import solcher Waren zuzulassen, die anderswo billiger hergestellt werden können und die entsprechenden Arbeitskräfte in anderen Industriebereichen unterzubringen.“

Aber hat die Industrie überhaupt die Möglichkeit, diese Arbeitskräfte zu absorbieren? – Da genau liegt der Haken. Alle Tatsachen deuten darauf hin, daß die Vereinigten Staaten besonders seit 1945 ihre politische und ökonomische Macht in einer Weise angesetzt haben, die früher oder später zu einer beträchtlichen Verringerung dieser Macht führen mußte. Die USA haben mit dem Dollar aufgrund seiner Rolle als dominierender Leitwährung immer kostspieligere Abenteuer wie den Vietnamkrieg und die riesigen überseeischen Investitionen amerikanischer Konzerne finanziert. Dieser Dollarabfluß trug zur Vergrößerung der Zuwachsraten in der übrigen Welt bei – mit Ausnahme Englands –, so daß in den sechziger Jahren offensichtlich wurde, daß die amerikanische Produktionskosten im Verhältnis zu denen anderer Industrieländer wie der BRD und Japan viel stärker gestiegen waren.

Dieser Umstand offenbarte die starke Überbewertung des Dollars, die allen Währungskrisen der sechziger Jahre zugrunde lag. Parasitismus in Form großer Auslandsinvestitionen führt normalerweise zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen

Land; das hat England früher erfahren, und das ist möglicherweise immer noch der Grund, warum England die Wachstumsraten anderer Industrie-Länder nicht erreicht.

Die „Financial Times“ vom 14. 9. 1971 hat die Behauptung aufgestellt, die Vereinigten Staaten würden bei anhaltender Stagnation in zehn Jahren ihre ökonomische Vorrangstellung sowie ihre militärische und politische Macht einbüßen.

Es ist bekannt, daß sich die USA zur Rechtfertigung der *Nixonschen* Maßnahmen über die „unfaire Behandlung“ im Handel mit anderen Ländern beklagen. Die EWG ist ein Handelsblock, der die Wirtschaften der Mitgliedsländer so weit wie möglich mit Hilfe eines gemeinsamen Zolltarifs und anderer Abmachungen auf Kosten anderer Nationen stärken soll. Der Entschluß der britischen Regierung zum Eintritt Englands in die EWG würde einen Wirtschaftsblock schaffen, der den Vereinigten Staaten in vielen Beziehungen kaum unterlegen ist.

Aus diesem Grund und angesichts der Tatsache, daß der Dollar immer weniger als Leitwährung akzeptiert wird, spricht vieles dafür, daß die US-Regierung dem Vorschlag der Aufnahme England in die EWG mit starken Protektionsmaßnahmen zuvorkommen wolle. Es wurden auch andere Gründe angeführt (z.B. Importbeschränkungen Japans und die offensichtliche starke Unterbewertung des Yen), aber wenn es einen Auslöser gegeben hat, der *Nixon* in diesem Moment zum Handeln zwang, war es vermutlich die Aussicht auf eine um England erweiterten EWG. Es ist jedoch nicht nötig, sich auf einen solchen Anlaß zu kaprizieren. Die Krise schwelt schon seit langem und mußte früher oder später zum Ausbruch kommen.

Bis jetzt haben die *Nixonschen* Maßnahmen eine beträchtliche Aufwertung aller – oder fast aller – Währungen, die Abwertung der Dollarreserven aller anderen Länder und einen neuen Konflikt zwischen den EWG-Ländern über die Festsetzung der neuen Währungsparitäten nach Beendigung der Dollarkonvertibilität zur Folge gehabt.

Es ist völlig klar, daß die USA von den mit Dollars finanzierten Investitionen ihrer Firmen im Ausland um keinen Preis abgehen. Die amerikanische Zahlungsbilanz muß grundlegend verändert werden, aber der Umfang der Auslandsinvestitionen wird sich deswegen nicht verringern.

C. Gordon Tether hat in der „Financial Times“ vom 9. 9. 1971 geschrieben, *Nixons* Programm würde freundlicher aufgenommen, wenn es nicht „die klare Absicht gezeigt hätte, die heilige Kuh des Dollarimperialismus, nämlich das Recht der amerikanischen Wirtschaft, jährlich Vermögenswerte anderer Länder von Milliarden Dollar aufzukaufen, völlig unangetastet zu lassen.“ Nach *Tether* erklärt diese Haltung, warum Amerika die Tür zum Gold nicht wieder öffnen will, denn dadurch könnte es das Recht verlieren, seine massive Investitionspolitik im Ausland fortzuführen, ohne sich selber mit deren Auswirkungen auf die internationalen Zahlungsprobleme befassen zu müssen.

Die jüngsten geschichtlichen Entwicklungen lassen auf folgende Ziele der USA schließen:

(1) die übrige Welt zu zwingen, alle Nachteile zu akzeptieren (Währungsaufwertungen, Einschränkungen des Überseehandels etc.), die erforderlich sind, um das

Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz so schnell wie möglich in einen ansehnlichen Überschuß zu verwandeln;

(2) den Dollar zu verknappen, so daß er seine frühere Stellung als internationale Leit- und Reservewährung wiedererlangt;

(3) durch diese Maßnahmen sicherzustellen, daß die USA ihre gewaltigen Auslandsinvestitionen weiterfortzusetzen und damit ihre beherrschende Stellung in der Welt aufrecht erhalten können – und zwar in ökonomischer, politischer und militärischer Beziehung.

Nachwort

Diese Darstellung der internationalen Währungskrise wurde Ende September 1971 abgeschlossen. Es ist daher notwendig, sie so weit wie möglich auf den neuesten Stand zu bringen.

Im September war deutlich geworden, daß die USA die anderen Länder vor die Alternative stellten, entweder eine Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar zuzulassen (das bedeutet eine faktische Abwertung des Dollars), oder die Aufrechterhaltung des 10-prozentigen Importaufschlags und andere einschlägige Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzposition der amerikanischen Industrie hinzunehmen. Beides führt hinsichtlich der internationalen Handels- und Zahlungsbilanz zum gleichen Ergebnis: einem wirtschaftlichen Sieg der USA in einem Kampf, den sie zur Wiederherstellung der Dollarvorherrschaft in internationalen Angelegenheiten begonnen haben.

Nach einer Konferenz der Finanzminister des Zehnerklubs und einer Reihe dramatischer Begegnungen zwischen Präsident *Nixon* und anderen führenden Politikern erklärten sich die USA am 18.12.1971 bereit, den Importzuschlag und ähnliche Bestimmungen als Gegenleistung für eine sofortige starke Aufwertung aller führenden Währungen gegenüber dem Dollar aufzuheben.

In einer späteren Verhandlungsphase verpflichteten sich die EWG-Länder, Kanada und Japan, den Vereinigten Staaten gegen eine formelle Abwertung des Dollars gegenüber Gold auf 38 Dollar pro Unze, weitere Handelskonzessionen zu machen.

Es wurde Übereinstimmung erzielt über ein neues System von Währungsparitäten, das den Dollar um nahezu 12 % gegenüber allen OECD-Ländern abwertet.

Die neue Währungskorrektur hat zwei Teile:

1. Die Devisenmärkte sollten am Montag, dem 29.12.1971 noch einmal geschlossen und die neuen Paritäten am folgenden Tage wirksam werden, aber mit täglich größer werdenden Bandbreiten.

2. Der neue Dollarprijs des Goldes sollte erst nach Abschluß der Handelsvereinbarungen der Vereinigten Staaten mit der EWG, Japan und Kanada, sowie nach Billigung des neuen Preises von 38 Dollar durch den US-Kongreß förmlich in Kraft treten. Und selbst danach wird die Veränderung des Goldpreises eine begrenzte Sache ein, weil die USA kein bindendes Versprechen abgegeben haben, Verkäufe zu irgendeinem Preis wieder aufzunehmen und die ganze Frage der Dollarkonverti-

bilität auf künftige Diskussionen über eine Reform des Währungssystem abgeschoben wurde.

Diese Regelung ist von Präsident *Nixon* und anderen in den glühendsten Farben beschrieben worden, aber im Laufe der Zeit sind ihre Implikationen genauer durchschaut worden. „...*(mit der Regelung) wurde zweifellos das wichtigste Ziel des amerikanischen Großangriffes erreicht – eine Struktur der Währungsparitäten zu schaffen, durch die die USA von der diskreditierten Praxis, inconvertible Dollars zur Finanzierung ihres ungeheuren überseeischen Investitionsprogramms zu exportieren, nicht mehr abhängig sind, weil das Geld jetzt aus dem Handelsüberschuß entnommen werden kann.*“³

Das neue System hat auch den EWG-Agrarpreisen einen schweren Schock versetzt.

Erreicht worden ist offensichtlich ein vorübergehender, labiler Waffenstillstand im internationalen Handels- und Währungskrieg – ein Waffenstillstand allerdings, bei dem die USA die erste Runde gewonnen haben und für die Umgruppierung und Reorganisation eine bessere Ausgangstellung haben werden.

Inzwischen ist der Goldpreis auf dem freien Markt auf 45,95 Dollar (14.1.1972) geklettert; das zeigt, daß der Dollar immer noch überbewertet ist und die internationale Währungskrise weiter anhält.

Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa

Eine Reihe herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Lothar Peter

Klassenkämpfe in Frankreich heute

Band 1 der Reihe, 118 Seiten, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1972, DM 4.–

Aus dem Inhalt:

Die gesellschaftliche Situation Frankreichs in der V. Republik und die Massenstreikbewegung 1968; Aktionen und Probleme der französischen Arbeiterbewegung 1968 bis 1971; die Kampfbewegung bei Renault 1971; Bemerkungen zur Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von der Pariser Kommune bis zur V. Republik.

Helga Koppel

Klassenkämpfe in Italien heute

Band 2 der Reihe, 115 Seiten, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1972, DM 4.–

Aus dem Inhalt:

Die gesellschaftliche Situation Italiens seit Beginn des antifaschistischen Widerstandskampfes 1943 bis zur Massenstreikbewegung 1969; Arbeitskämpfe und Probleme der italienischen Arbeiterbewegung 1969 bis 1971; Gewerkschaften und demokratische Bewegung; Statistischer Anhang.

3 C. Gordon Tether, in: Financial Times vom 21.12.1971

Harald Dietrich Kühne

Der Zusammenbruch des Dollar-Leitwährungsmechanismus – ein neuer Höhepunkt in der imperialistischen Währungskrise

Aus: Wirtschaftswissenschaft, Berlin/DDR, Nr. 11/1971, S. 1670–1687. Der Beitrag wurde für die vorliegende Ausgabe durch die Redaktion des Marxismus-Digest leicht gekürzt, desgleichen wurde die Überschrift geändert (Originalüberschrift: Das Ende des Dollar-Leitwährungsmechanismus – ein neuer Höhepunkt in der imperialistischen Währungskrise).

Die Ursachen für die imperialistischen Währungskrisen liegen im Wesen des Imperialismus selbst begründet: Unter den Bedingungen der Verschärfung der Klassenaus-einandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus und wachsender innerer Systemkonflikte befinden sich die kapitalistischen Währungen in einer ständigen (chronischen, permanenten) Krise, was sich in inflationistischer Geldentwertung und Kaufkraftschwund, Verzerrungen der Wechselkurse und ihrer Relationen untereinander, Disproportionen in den Zahlungsbilanzen, laufenden Veränderungen der Valutaparitäten und verschiedenartigen Methoden der Devisenzwangswirtschaft äußert. Der Umschlag chronischer in akute, zugespitzte Krisenerscheinungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre war der Ausdruck dafür, daß der Imperialismus und ein staatsmonopolistisches Regulierungssystem nicht mehr imstande sind, den Widerspruch zwischen dem steigenden Aufwand für die Systemerhaltung und den eigenen beschränkten Potenzen zumindest zeitweilig durch Über- und Abwälzung auf andere Bereiche und Länder zu bewältigen. Aus diesem Grund sind die kapitalistischen Länder gezwungen, die Währung selbst in den Mechanismus der Ab- und Überwälzung von Widersprüchen einzubeziehen.

Die imperialistische Währungskrise in der Mitte des Jahres 1971 war deshalb so besonders schwer und tiefgehend, weil sie sich mit zyklischen Überproduktionskrisen beziehungsweise Stagnationserscheinungen in der Masse der kapitalistischen Industrieländer verband, durch zusätzliche protektionistische Maßnahmen der USA-Regierung (Erhebung einer Sonderabgabe für Importe in die USA) die kapitalistische Wirtschaft an den Rand eines Währungs- und Handelskriegs geriet und nicht zuletzt, weil infolge der wiederum aufbrechenden Gegensätze zwischen der BRD und Frankreich in der Frage ihrer Haltung zur bisherigen Leitwährung Dollar der Versuch der Schaffung einer EWG-Währungs- und -Wirtschaftsunion erneute hinausgeschoben wurde, Währungs- und Integrationskrise faktisch verschmolzen.

Entscheidend für die Tiefe dieser Phase der Währungskrise war jedoch, daß der 1944 auf der Währungskonferenz von Bretton-Woods geschaffene kapitalistische Währungsmechanismus als Funktionsbestandteil nationaler und internationaler Währungsbeziehungen im Imperialismus der Gegenwart endgültig funktionsunfähig

1 Vgl. dazu H.D. Kühne, „Imperialistische Interessengegensätze und der neue Abschnitt in der Krise des späkapitalistischen Währungssystems“, in: *wirtschaftswissenschaft*, Heft 2/69, S. 228 ff.

wurde. Es setzte eine Periode der Neu- und Umbewertung der kapitalistischen Währungen und ihres Verhältnisses zueinander ein, an dessen Ende ein modifizierter Währungsmechanismus installiert werden dürfte. Darin spiegeln sich die Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten angesichts der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus wider. Vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Analyse des gegenwärtigen Imperialismus entsteht damit die Frage,

- welche Stellung der kapitalistische Währungsmechanismus im System staatsmonopolistischer Regulierungen einnimmt,
- warum gerade zu Beginn der 70er Jahre dieser Währungsmechanismus zerfiel,
- welche Folgen sich daraus für die künftige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und damit der Währungen ergeben.

Funktionsuntüchtiger Währungsmechanismus – Ausdruck innerer Systemkonflikte des Imperialismus

Die Währungskrise im Imperialismus ist der allgemeinen Krise des Kapitalismus systemimmanent, d.h., sie trägt permanenten, chronischen Charakter. Charakteristisch für ihren Verlauf seit dem zweiten Weltkrieg war die Tatsache, daß bei Zuspitzungen und akuter Verschärfung der Währungskrise der Währungsmechanismus zeitweise zwar gelähmt wurde, aber im großen und ganzen intakt blieb. Der Währungsmechanismus ermöglichte sogar, die Folgen einzelner Währungskrisen aufzufangen, ihre internationale Ausweitung zu bremsen. Der Währungsmechanismus ist Ausdruck des inneren gesetzmäßigen Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Wertes der nationalen Geldeinheiten, dem Stand der Arbeitsproduktivität und dem Zustand des inneren Geldumlaufs sowie der internationalen Konkurrenzposition, sichtbar im Status der Zahlungsbilanz und in den Bewegungstendenzen der Valutakurse. Die funktionelle Abhängigkeit aller dieser Kategorien und Größen beruht auf der Wirkungsweise des Wertgesetzes im nationalen und im internationalen Maßstab.

Das darauf aufbauende Organisationssystem der internationalen Geld-, Finanz- und Kreditbeziehungen – auch „Währungsverfassung“ genannt – ist ein Konglomerat gewohnheitsmäßiger, institutioneller und rechtlicher Regeln für die devisenmäßige Abwicklung der Beziehungen zwischen den einzelnen Währungsgebieten, für den Ausgleich der sich daraus ergebenden zwischenstaatlichen Überschüsse und Defizite und schließlich für die Reaktion der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder auf Veränderung ihrer Währungsreserven und Zahlungsbilanzposition. Es handelt sich also um einen begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtsystem der kapitalistischen Währungsbeziehungen.

Die objektiven Bedingungen für die Wirkungsweise der Währungen in der allgemeinen Krise des Kapitalismus rufen eine latente, potentielle Störung der Funktionsfähigkeit des Währungsmechanismus hervor. Das Streben nach Monopolprofiten und die Anwendung immer neuer Methoden der Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen erfordern im Imperialismus ein Währungssystem, das, durch die

ständige Senkung des Geldwertes, die Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der herrschenden Klasse unterstützt. Dabei werden Wert und Kaufkraft der Währungen so manipuliert, daß unter den Bedingungen der Verschärfung des Marktproblems monopolistische und staatsmonopolistische Eingriffe in den Reproduktionsprozeß erleichtert werden. Der Währungsmechanismus wird gegenüber dem Außenmarkt so abgeschirmt, daß auf der einen Seite auf Kosten des Binnenmarktes eine aggressive Außenhandelspolitik betrieben werden kann, zugleich für das Monopolkapital störende Einflüsse auf den Reproduktionsprozeß in bestimmten Grenzen gemildert werden. Unter diesem Aspekt wird das kapitalistische Währungssystem im Imperialismus so ausgestaltet, daß Wert und Kaufkraft der Währungen jederzeit manipuliert werden können, was jedoch nur durch die Schaffung von Bedingungen für eine Labilität des Währungsmechanismus möglich ist, aber gleichzeitig in bestimmten Grenzen eine Funktionsfähigkeit der nationalen und der internationalen Währungsbeziehungen aufrechterhalten bleibt, um den Anforderungen der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, der Entwicklung der Produktivkräfte im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gerecht werden zu können.

Dieser Widerspruch zwischen der objektiv bedingten Labilität auf der einen und begrenzter Funktionsfähigkeit der Währungsbeziehungen auf der anderen Seite ist dem Währungssystem in der allgemeinen Krise ständig immanent. Die Bewegungs- und Vollzugsform dieses Widerspruchs ist die Beseitigung der direkten Beziehungen der zirkulierenden Geldzeichen zur Geldware Gold. Ein derart konstruiertes Währungssystem ist mit dem Typ Goldwährung unvereinbar und im Interesse des Monopolkapitals am besten mit dem Typ Papierwährung zu bewältigen. Eines der wichtigsten äußeren Kennzeichen dieses Währungstyps besteht darin, daß ein staatlicher Zwangskurs des Papiergeldes zum Gold durchgesetzt wird, für dessen Emission es keine objektiv wirkenden Beschränkungen oder „Bremsen“ gibt. Darauf baute der 1944 nach dem Modell des Gold-Devisen-Standards von den kapitalistischen Staaten errichtete Mechanismus internationaler Währungsbeziehungen auf. Kernstück eines solchen Währungsmechanismus ist die Existenz von Leitwährungen, die an die Stelle des Goldes als Weltgeld treten (also Goldstellvertreter, Golddevisen sein sollen) und als Berechnungsgrundlage für die Paritäten aller anderen kapitalistischen Währungen dienen. Angesichts der im Verlauf des zweiten Weltkrieges auf dem kapitalistischen Weltmarkt zutage getretenen Vormachtstellung der USA auf politischem, ökonomischem und militärischen Gebiet wurde der US-Dollar zu dieser Leitwährung des Kapitalismus. Daraus ergab sich im einzelnen:

– Die Parität des US-Dollars von 0,88 g Feingold (1934 fixiert) bildete zugleich den Preis für das Währungsgold, was 35 Dollar je Troy-Unze (= 31,1 g) ergab. Die diesem Währungsmechanismus angeschlossenen Länder berechneten ihre Paritäten auf dieser Basis.

– Der US-Dollar wurde damit zugleich Reservewährung, indem er gleichberechtigt neben Gold zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen und damit als Instrument des internationalen Zahlungsverkehrs Verwendung finden sollte. Dafür garantierten die USA

eine jederzeitige Umtauschbarkeit (Konvertibilität) des Dollars in Gold, wobei sich diese nur auf Devisenausländer bezog, also keinesfalls die innere Golddeckung des US-Dollars bedeutete. Die in der USA-Bankgesetzgebung verankerte Verpflichtung (im März 1968 außer Kraft gesetzt), 25 Prozent des Geldumlaufs durch Gold zu decken, war in diesem Zusammenhang rein formaler Natur und hatte für die Außenkonvertibilität des US-Dollars keine praktische Wirkung.

– Die diesem Währungsmechanismus angeschlossenen kapitalistischen Länder waren verpflichtet, nicht nur ihr Position zum Gold über den US-Dollar zu berechnen, sondern auch die Valutakurse gegenüber dem Dollar auf den internationalen Devisenmärkten jeweils nur maximal 1 Prozent nach oben oder unten abweichen zu lassen. Anderenfalls war zu intervenieren, d.h., durch Kauf und Verkauf der eigenen sowie fremder Währungen durch die jeweilige Zentralbank mußte der Valutakurs manipuliert werden, um ihn in der sogenannten „Bandbreite“ (maximal 2 Prozent) zu halten.

Ein derart ausgestalteter Währungsmechanismus war nur noch dem Namen nach ein Gold-Devisen-Standard. Praktisch war es ein Dollar-Devisen-Standard, der den USA-Monopolen nicht nur die Vormachtstellung in den internationalen Währungsbeziehungen, sondern auch zusätzliche Möglichkeiten der Profiterzielung und der Abwälzung von Krisenerscheinungen verschaffte: Da durch den Leitwährungsmechanismus die anderen kapitalistischen Länder gezwungen waren, US-Dollar zu einer festen Parität anzunehmen, waren die USA in der Lage, ihre eigene Währung laufend inflationistisch auszuhöhlen und zum Beispiel beim Kapitalexport die Spanne zwischen dem offiziellen und dem tatsächlichen Wert des Dollars als Extraprofit zu mobilisieren. Dieses Leitwährungsdiktat verschaffte den USA weiter die Möglichkeit, auf längere Zeit sich international zu verschulden, indem das Zahlungsbilanzdefizit durch ins Ausland fließende Dollarbeträge finanziert wurde. Eine weitere Konsequenz war die Zurückdrängung der internationalen Rolle des britischen Pfund Sterling, das, als Leitwährung schon während der Weltwirtschaftskrise 1931 entmachtet, unter Ausnutzung der traditionellen Funktion des Londoner Finanzmarktes nur noch die Aufgabe einer auf den Sterlingraum beschränkten Reservewährung und einer internationalen Handelswährung zu erfüllen hatte.

Zweifellos entsprach der Dollar-Leitwährungsmechanismus mit dem Internationalen Währungsfonds als adäquater Finanzorganisation zunächst den Bedürfnissen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg:

– Trotz erzwungener Teil-, d.h. Außenkonvertierbarkeit der Währungen blieb die Devisenzwangswirtschaft der einzelnen kapitalistischen Staaten erhalten, so daß die staatsmonopolistische Regulierung des Reproduktionsprozesses auf den Binnenmärkten relativ autonom von den internationalen Währungsbeziehungen im Interesse der Monopolbourgeoisie vorgenommen werden konnte.

– Die Aufrechterhaltung sogenannter fester Valutakurse (d.h. nur in geringem Umfang von der Parität abweichender Kurse) diente der Einschränkung des Währungsrisikos in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, was den Erfordernissen der objektiven Tendenz der Internationalisierung des Wirtschaftslebens und der Entwicklung der Produktivkräfte in bestimmtem Maße Rechnung trug.

– Die gleiche Wirkung besaß die Ausdehnung der Teilkonvertibilität, was den zeitweisen Abbau internationaler Handels- und Währungsschranken auf dem kapitalistischen Weltmarkt erleichterte und die ökonomischen Expansionsbestrebungen der führenden Monopole, ihren Kampf um neue Märkte und Einflußsphären begünstigte. Das spiegelte sich auch in der Ausdehnung des Handels auf dem kapitalistischen Weltmarkt seit dem zweiten Weltkrieg wider.

In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, besonders aber in den 60er Jahren, reiften immer mehr Bedingungen für eine Funktionsuntüchtigkeit des Dollar-Leitwährungsmechanismus heran. Die Funktionsfähigkeit eines solchen Währungsmechanismus ist nämlich nur dann gewährleistet, wenn die Entwicklung des Wertes der Leitwährung den allgemeinen Tendenzen in Produktion, Handel und Geldumlauf auf dem kapitalistischen Weltmarkt folgt, die Konvertierungsbereitschaft in die Geldware Gold zumindest für die Zentralbanken der anderen kapitalistischen Länder jederzeit gegeben ist und die Leitwährung zur Liquiditätsversorgung mit internationalem Kreditgeld entsprechend der Entwicklung des internationalen Warenumsatzes und des Zahlungsbilanzausgleichs beiträgt. Zwischen der Goldkonvertierbarkeit der Leitwährung und den sogenannten „festen“ Valutakursen gegenüber dem Dollar besteht ein direktes „Junktum“. Wird die Goldkonvertierbarkeit eingestellt, entfällt auch die Verpflichtung der dem Währungsmechanismus unterworfenen Länder, ihre Valutakurse auf Dollarbasis festzusetzen und nur in geringem Umfang auf den internationalen Devisenmärkten schwanken zu lassen.

Bereits ab 1958 wurden im Zusammenhang mit dem zunehmenden Abfluß von Goldreserven aus den USA nach Westeuropa aufgrund zunehmender Zahlungsbilanzdefizite der USA die Faktoren wirksam, die den Währungsmechanismus störten, ihn zeitweilig lähmten und ihn schließlich zum Einsturz brachten. Es handelt sich vor allem um drei langfristige Ursachen, die zum Sturz des Dollars als Leitwährung beigetragen haben:

1. Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den wichtigsten kapitalistischen Ländern vertiefte sich. Das zeigte sich vor allem in den Unterschieden des industriellen Wachstumstempos und an dem Grad der inneren Aushöhlung der Währungen, die besonders beim Dollar zu beobachten war (Tabelle 1).

Der Prozeß der inneren Aushöhlung des Dollars führte zu einem „Mißtrauen“ gegenüber der Leitwährung, so daß die anderen kapitalistischen Industrieländer ihre Dollarbestände, die Forderungen an die USA sind, in Gold umzutauschen begannen. Damit wurden die inneren Systemkonflikte des Dollar-Leitwährungsmechanismus offensichtlich: Abnehmende Währungsreserven des Leitwährungslands kollidierten mit dem Bedarf an internationaler Liquiditätsversorgung. Zurückgehende Goldbestände bedeuteten potentielle Einschränkung der Umtauschbarkeit von Dollar in Gold, Zahlungsunfähigkeit des Leitwährungsland (Tabelle 2).

2. Die währungspolitische Abhängigkeit vom Dollar rief zusätzliche Inflationstendenzen in den kapitalistischen Ländern als Folge der Defizitfinanzierung der USA-Zahlungsbilanz mit „Papierdollars“ hervor. Der innere Systemkonflikt des Leitwährungsmechanismus zeigte sich darin, daß bei starren Valutakursen die anderen kapitalistischen Länder den Inflationsimport nicht bremsen konnten, so daß die

Tabelle 1

Entwicklung der Industrieproduktion und der Preise wichtiger kapitalistischer Industrieländer 1963 bis 1970 als Indikator der akuten Währungskrise (1963 = 100)

	Industrie- produktion	Großhandels- preise	Konsumenten- preise
USA	135	117	129
Japan	258	112	150
BRD	153	107	120
Großbritannien	124	126	139
Frankreich	152	125	131
Italien	149	119	128
Belgien	139	118	127
Niederlande	175	117a)	141

a) 1969

Quelle: UN, „Monthly Bulletin of Statistics“, Mai 1971

Tabelle 2

Entwicklung der Währungsreserven der kapitalistischen Industrieländer – Gold, Sonderziehungsrechte, Devisen, IWF-Reservepositionen (Millionen US-\$)

	Jahresdurchschnittliche Veränderung		Stand	Stand
	1958–1964	1964–1970	1967	1970
1 USA	– 978	– 364	14.830	14.487
2 Japan	+ 160	+ 470	2.030	4.839
3 Kanada	+ 142	+ 298	2.717	4.679
4 EWG-Länder	+ 1633	+ 1325	25.819	29.950
davon				
BRD	+ 334	+ 955	8.153	13.610
Frankreich	+ 779	– 127	6.994	4.960
Italien	+ 273	+ 246	5.463	5.299
Benelux-Länder	+ 247	+ 252	5.209	6.081
5 EFTA-Länder	+ 319	+ 432	9.794	11.351
6 Sonstige Industrieländer	+ 493	+ 320	5.945	8.515
Summe 1–6	+ 1769	+ 2481	61.135	73.820

Quelle: UN, „International Financial Statistics“; „Geschäftsbericht der Bundesbank 1970“, S. 38.

staatsmonopolistische Regulierung auf dem Binnenmarkt und der Währungsmechanismus in Widerspruch gerieten.

3. Im Zusammenhang mit der Vertiefung der Ungleichmäßigkeit zwischen den kapitalistischen Ländern vollzog sich eine Veränderung im währungspolitischen Kräfteverhältnis, sichtbar in dem Anteil der wichtigsten kapitalistischen Länder an der Industrieproduktion und den Währungsreserven der kapitalistischen Welt.

Tabelle 3

Anteil imperialistischer Länder an der Industrieproduktion (a) und an den Währungsreserven (b) der kapitalistischen Welt 1950 bis 1970 (Prozent)

	USA		Japan		BRD		Großbritannien		Frankreich		Italien	
	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)
1950	54,6	49,8	1,6		6,6	0,4	11,6	7,1	4,4	1,6	2,5	1,2
1960	44,1	31,9	3,9	3,2	8,7	11,6	9,4	6,1	4,9	3,7	3,4	5,5
1970	41,4	15,8	9,8	5,3	9,8	14,8	7,0	3,1	4,8	5,4	3,6	5,8

Quelle: „Der Imperialismus der BRD“, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 415. Anteil der Währungsreserven 1970 nach UN, „International Financial Statistics“, 4/1971, S. 18 berechnet.

Damit wurde aber dem Dollar-Leitwährungsmechanismus die entscheidende Grundlage entzogen, die in der währungspolitischen Vormachtstellung der USA – sichtbar in der Position ihrer Währungsreserven – bestand.

Trotz des Heranreifens aller dieser Faktoren für eine Entmachtung des Dollars als Leitwährung vollzog sich zwischen 1958 (dem Beginn der ersten spekulativen Goldabzüge aus den USA) und 1971 (der Einstellung der Goldumtauschpflicht für Dollars) ein längerer krisenhafter Prozeß, der von den Versuchen des USA-Imperialismus gekennzeichnet war, trotz innerer Dollarschwäche die währungspolitische Vormachtstellung nach außen hin aufrechtzuerhalten, indem die Krise in andere Länder „exportiert“ wurde, d.h. die Dollarkrise trat zunächst nicht spürbar im Zentrum des Währungsmechanismus in Erscheinung, sondern an dessen Peripherie. Die Ursachen dafür sind in den neuen Existenzbedingungen des Kapitalismus in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre zu suchen.

Anpassung des Imperialismus und Vertiefung der chronischen Währungskrise

In der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus entstand eine neue Lage. Das Kräfteverhältnis verändert sich ständig weiter zugunsten des Sozialismus und der gesamten antiimperialistischen Bewegung. Dieser

Entwicklung versucht sich der Imperialismus, wie *L. I. Breshnew* auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU feststellte, anzupassen. Diese Politik führt keineswegs zu einer Stabilisierung des kapitalistischen Systems, sondern die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter². Die Anpassung des Imperialismus an die neue Lage in der Welt hat viele Gesichter: Neben der durch die Einigkeit und die Erfolge der sozialistischen Staatengemeinschaft erzwungenen Verhandlungsbereitschaft einiger imperialistischer Länder und Gruppierungen, die es „für tunlicher (halten), realistischer an die internationalen Probleme heranzugehen“³, ist zugleich in fast allen imperialistischen Ländern ein zunehmender Militarisierungsprozeß und ein weitgehender Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu beobachten. Die Anpassung auf ökonomischem Gebiet zeigt sich auch darin, daß die für den heutigen Kapitalismus typischen Konflikte und Widersprüche in neuen Kombinationen und Verflechtungen auftreten. Dabei wird das Währungssystem immer stärker zum Zentrum der Labilität des gesamten imperialistischen Wirtschaftsmechanismus. Das ergibt sich nicht allein aus der Stellung der Währung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß: sie ist eines der Hauptnervenzentren der kapitalistischen Wirtschaft. Vielmehr ist dies ein Ergebnis der systembedingten Einbeziehung der Währung und ihrer Labilität in den Mechanismus der ständigen Ab- und Überwälzung von Widersprüchen zwischen den Bereichen, Zweigen und Territorien.

Die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zwingt den Imperialismus, im Interesse seiner Selbsterhaltung und der Aufrechterhaltung des Profitmechanismus in großem Umfang die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu nutzen, um ein für den Systemkampf erforderliches Wachstumstempo zu sichern und auf dem Weg der Effektivitätssteigerung die Ausbeutung der Werktätigen zu verstärken. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Finanzierungsbedürfnisse des Imperialismus gehen weit über die materiellen Potenzen der Gesellschaft hinaus, treiben zu riskanten wirtschaftspolitischen staatsmonopolistischen Regulierungsversuchen mit Hilfe der Geld-, Finanz- und Währungspolitik, was schließlich zu ständigem, inflationistisch wirkendem Geldüberhang führt, der den Realwert der Währungen und die Kaufkraft senkt. Infolge der ungleichmäßigen Entwicklung vollzieht sich diese Entwicklung in Form von Preisunterschieden zwischen den kapitalistischen Ländern (Preisdisparitäten), die ihrerseits Disproportionen beim Ausgleich der Zahlungsbilanzen (sogenannte „Zahlungsbilanzungleichgewichte“) fördern. Die zunehmende Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ruft also systemimmanente Konflikte hervor, die in Gestalt von Inflation und Zahlungsbilanzdisproportionen die langfristige Ursache der chronischen Währungskrise des Imperialismus bilden.

Der Umschlag der chronischen in akute Währungskrisen, als Ausdruck ihrer Verschärfung und Zuspitzung, wird unter den veränderten Existenzbedingungen des

² Vgl. „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU“, Referent: L. I. Breshnew, APN-Verlag, Moskau/Dietz Verlag, Berlin, 1971, S. 21.

³ „Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag der SED“, Berichterstatter: E. Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 21.

Imperialismus von zwei Widerspruchspaaren bestimmt: Einmal treiben die Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Mächten, ihr Konkurrenzkampf und Hegemonialstreben zu Auseinandersetzungen um die währungspolitische Vorherrschaft, was unmittelbar mit Erschütterungen des internationalen kapitalistischen Währungsmechanismus verbunden ist, der in der Regel mit einer Leitwährung gekoppelt ist. Akute Währungskrisen sind demzufolge Ausdrucksform des Kampfes um eine Veränderung des währungspolitischen Kräfteverhältnisses und die Ablösung bzw. Installierung von Leitwährungen. Zum anderen versucht der Imperialismus seine inneren Widersprüche und Konflikte über die Währung in Gestalt von Inflation, Auf- und Abwertungen, Devisenkontrollen auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die wachsende Kampfkraft der Arbeiterklasse, die zunehmende Wachsamkeit der Werktätigen gegenüber schleichenden Preissteigerungen und anderen Formen der Senkung des Lebensstandards, nicht zuletzt die Sorge der herrschenden imperialistischen Kreise vor der Ausweitung des Klassenkampfes zur revolutionären Massenbewegung, zwingen die Regierungen und die Währungsbehörden der kapitalistischen Länder jedoch zu differenziertem währungspolitischem Vorgehen, was eine umfassende Lösung der aufgestauten Widersprüche unmöglich macht. Gleichzeitig liegt es im Klasseninteresse der Monopole, in bestimmten Grenzen einen funktionsfähigen Währungsmechanismus aufrechtzuerhalten, der die Expansion auf äußere Märkte erleichtert und den Internationalisierungsprozeß nicht behindert.

Unter diesen Bedingungen weist die seit den 60er Jahren andauernde Periode verschärfter Währungskrisen eine Reihe neuer Merkmale auf:

- Die inneren Systemkonflikte veränderten das währungspolitische Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern.
- Die gegenwärtige kapitalistische Währungsorganisation entsprach nicht mehr diesen neuen Bedingungen.
- Die Einschränkung und Ablösung des Dollars als Leitwährung vollzog sich unter größter Rivalität zwischen den USA, der EWG und Japan bei dem Versuch, einen den veränderten Bedingungen angepaßten Währungsmechanismus zu errichten.

Die veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus zu Beginn der 70er Jahre führten damit auch zu neuen Erscheinungsformen der Währungskrise. Der zeitweilige Übergang der chronischen Währungskrise in ihr akutes Stadium ist für die gesamte Periode des staatsmonopolistischen Kapitalismus typisch. Neu ist aber, daß seit der Mitte der 60er Jahre Bedingungen für eine ganze Periode akuter Krisen heranreiften, die in mehr oder weniger langen Intervallen aufeinander folgen.

Die Periode akuter und zugespitzter Krisen – ein neues Stadium der Verschärfung der chronischen Währungskrise

In der für die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus charakteristischen generellen Verschärfung der chronischen Währungskrise nimmt die Periode seit 1967 (beginnend mit der Abwertung des britischen Pfundes) eine besonders typische Stellung ein. In dieser Periode bildeten sich qualitativ neue Merkmale der akuten Verschärfung der Währungskrise heraus:

– massive Konzentration akuter Krisenerscheinungen in einem relativ kurzen Zeitraum.

– besondere Verschärfung in den Phasen akuter Währungskrisen durch deren Zuspitzung (z.B. Schließung der Devisenbörsen, Einstellung der Zahlungsoperationen, Paritäts- und Kursveränderungen):

– schwerwiegende Erschütterung der Eckpfeiler des Währungsmechanismus, die zur Funktionsuntüchtigkeit seiner wesentlichen Seiten, schließlich zu seinem Zusammenbruch führt;

– Ausdehnung und Abwälzung der akuten und zugespitzten Währungskrisen vom Zentrum des Währungsmechanismus auf die wichtigsten kapitalistischen Währungen (internationale Krise).

Was sind die Ursachen für diese neue Qualität von Krisenerscheinungen auf dem Währungsgebiet?

Die spezifischen Bedingungen für den Ausbruch einer ganzen Serie von akuten Währungskrisen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre liegen offensichtlich in der konkreten Situation der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus und dem ökonomischen Zyklus in den einzelnen kapitalistischen Ländern begründet. So waren die Vormachtskämpfe der rivalisierenden Monopolgruppen und die Ende der 60er Jahre herangereiften Konflikte und Widersprüche, die aus dem veränderten Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten untereinander resultierten, eine wichtige Ursache des Ausbruchs einer Reihe von akuten Währungskrisen.

Die Zusammenarbeit der kapitalistischen Industriestaaten auf währungspolitischem Gebiet entsprach ihrem Bestreben, über ihre Interessengegensätze hinweg als globales antikommunistisches Kartell aufzutreten. Die Bedingungen für einen Umschlag der chronischen in die akute Währungskrise waren dann herangereift, als die auf die Profitmaximierung orientierten Interessen der imperialistischen Staaten größer zu werden begannen als ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des den objektiven Anforderungen nicht mehr entsprechenden, deshalb überlebten Währungsmechanismus, d.h. als der Profit-Markt-Mechanismus mit der Ausgestaltung des Währungssystems kollidierte.

Hierbei spielte für die Interessenlage der Monopole und der imperialistischen Länder der Verlauf des Krisenzyklus eine wichtige Rolle. Zunächst war der Ausbruch einer ganzen Periode akuter Währungskrisen im Jahre 1967 eine Nachwirkung der in der Mitte der 60er Jahre in einigen Ländern nicht voll ausgereiften Überproduktionskrise und zugleich eine bestimmte Vorwegnahme zyklischer Krisenerscheinungen in der Produktion Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, also ein Abwälzen aufgestauter Widersprüche und innerer Konflikte auf die Sphäre internationaler Währungsbeziehungen. Gleichzeitig reiften aber auch die akuten Währungskrisen nicht voll aus, indem die auf der Tagesordnung stehenden Probleme der ökonomisch richtigen Bewertung der kapitalistischen Währungen und einer proportionaleren Gestaltung des Zahlungsbilanzausgleichs nicht gelöst, sondern wieder hinausgeschoben wurden. Damit verflochten sich Währungs- und zyklische Krise. Im Schoß von Produktionskrisen und -stagnationen reiften neue Konflikttherde des kapitalistischen

Währungssystems heran, d.h., die Währungskrise begann auf den materiellen Reproduktionsprozeß krisenstimulierend und -verschärfend zurückzuwirken. Diese Verflechtung von zyklischer Produktionskrise, Stagnation und Wachstumsrückgängen mit der permanenten Währungskrise äußerte sich in zweifacher Weise:

1. Die Verlangsamung des ökonomischen Wachstumstempos in den kapitalistischen Industrieländern im allgemeinen, der Ausbruch einer typischen zyklischen Krise in den USA, der Stagnationszustand der britischen Wirtschaft, das Auftreten von Stagnationserscheinungen in einigen EWG-Ländern im besonderen vollzogen sich bei gleichzeitiger Beschleunigung der Geldentwertung (sogenannte Stagflation = Stagnation bei Inflation)

2. Preissteigerungen in einer Phase von Stagnation und nachlassendem Wachstum sind eine neuartige Erscheinung im Krisenbild des heutigen Kapitalismus. Damit schwinden jedoch die objektiven Möglichkeiten, unter dem Druck von Preissenkungen und Profitschmälerungen eine Anpassung an die realen Produktionsbedingungen herbeizuführen. Die konjunkturpolitische staatsmonopolistische Regulierung auch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mußte notwendigerweise an Wirkungskraft verlieren. An der Oberfläche äußerten sich diese Konflikte in erheblichen Widersprüchen zwischen einer auf Zahlungsbilanzausgleich und zugleich auf innere Konjunkturabilität orientierten staatsmonopolistischen Regulierungspolitik. Gleichzeitig bedingten die außenwirtschaftliche Expansion, besonders auf dem Gebiet des Kapitalexports, sowie die Auswirkung der militärischen Auslandsausgaben eine Zunahme der Zahlungsbilanzdisproportionen, die sich in einer Zunahme der ungleichmäßigen Verteilung der Währungsreserven äußerten.

Die enge Verflechtung der Währungsbeziehungen mit der durch Inflation und Preissteigerungen gekennzeichneten innerwirtschaftlichen zyklischen Situation bedingt auch die außerordentliche Tiefe und Intensität der akuten Währungskrise seit 1967: Die akute Währungskrise vollzog sich in Form eines offenen Währungskrieges zwischen den imperialistischen Hauptländern. Die Masse der kapitalistischen Währungen wurde in Mitleidenschaft gezogen, wobei mit Veränderungen der Valutakurse, Devisenspekulationen, zeitweiliger Schließung der internationalen Devisenbörsen und Verschärfung der Devisenzwangswirtschaft durch die Einstellung der offiziellen Interventionen an den Goldmärkten wichtige Seiten des internationalen Währungsmechanismus funktionsuntüchtig wurden. Charakteristisch ist, daß im Unterschied zu 1931 und 1949 diese akuten Krisenerscheinungen auf einen ganzen Zeitraum verteilt, d.h. in mehreren Wellen, in Erscheinung traten. Darin drückt sich die Strategie der imperialistischen Länder aus, das Risiko einer das ganze Währungssystem erfassenden Abwertungswelle größten Ausmaßes einzuschränken.

Die Kooperation zwischen den kapitalistischen Hauptwährungen ist eine Funktionsbedingung des imperialistischen Währungssystems der Gegenwart. Die Zuspitzung der imperialistischen Währungskrise zeigte sich vor allem in einem zeitweiligen Zusammenbruch dieser währungspolitischen Kooperation der Hauptwährungen. Nicht einmal innerhalb solcher integrierter Wirtschaftsgebiete wie der EWG waren die imperialistischen Staaten in der Lage, ihre währungspolitischen Maßnahmen abzustimmen, wie die Abwertung des französischen Francs und die Aufwertung

der D-Mark sowie die Freigabe ihres Wechselkurses zeigten. Somit ist diese Phase der Währungskrise ein Ausdruck der direkten Kollision der Interessen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems im internationalen Maßstab mit den Bestrebungen der Monopolgruppen, auch gegen die allgemeinen Klasseninteressen der Bourgeoisie ihre spezifischen Profit- und Machtinteressen durchzusetzen. „Jeder imperialistische Staat verfolgt seine eigenen Ziele. Zugleich sind alle diese Staaten Glieder des imperialistischen Weltsystems“.⁴

Der Sturz des Dollars als Leitwährung – Bestätigung der völligen Funktionsunfähigkeit des internationalen kapitalistischen Währungsmechanismus

Die mit der Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars verbundenen wirtschafts- und währungspolitischen Folgen sind sowohl das Ergebnis eines sehr langwierigen Prozesses der Entmachtung des Dollars als Leitwährung als auch einer Reihe qualitativ neuer, besonders 1971 akut in Erscheinung tretender Widerspruchs- und Konfliktsituationen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der Gegenwart. Das bildet auch den Hintergrund für die außerordentliche Länge der zugespitzten Währungskrise – der längsten seit dem zweiten Weltkrieg –, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Weder die Konferenzen des sogenannten „Zehnerklubs“ und der EWG-Finanzminister noch das Internationale Währungsfonds im Herbst 1971 dürften aus der währungspolitischen Sackgasse herausführen. Höchstens kleinere Kompromisse und Übergangsregelungen sind zu erwarten. Die Schwere und die Tiefe der akuten Währungskrise werden auch in dem „nahtlosen“ Übergang von der Frühjahrskrise zur Augustkrise 1971, d.h. von der 7. zur 8. akuten Währungskrise seit 1967, deutlich.

Die währungspolitischen Maßnahmen sind von der Ursache her ein Teil eines ganzen Bündels von Krisenerscheinungen. Das bestimmt auch die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Phase akuter Krisenerscheinungen im imperialistischen Währungssystem:

1. Der Sturz des Dollars als kapitalistische Leitwährung ist unmittelbar durch die tiefe innere Gesellschafts- und Wirtschaftskrise der USA hervorgerufen worden. Damit wurde offen sichtbar, daß der Dollar das Zentrum der akut verschärften Währungskrise ist. Die bereits in den 60er Jahren zutage getretenen inneren Widersprüche und Krisenerscheinungen, wie Zunahme der Inflation, Schwankungen in der Zunahme und Industrieproduktion bis zu deren schließlichem absoluten Rückgang, Abnahme der Produktivität, Zahlungsbilanzkrise – Tabelle 4 weist diese längerfristigen Tendenzen am Beispiel der Struktur der USA-Zahlungsbilanz nach –, erreichten 1970/71 ein solches Ausmaß, daß die Leitwährungsrolle des Dollars nun auch offiziell beseitigt werden mußte.

⁴ „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 1969“, Dokumente, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 21.

Tabelle 4

Struktur der USA-Zahlungsbilanz (Mrd, US-\$)

Position	Jahresdurchschnitt			
	1960 bis 1967	1968	1969	1970
1. Leistungsbilanz	+ 3,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,6
2. Langfristige Kapitalbewegungen	- 4,9	- 1,5	- 2,4	- 3,6
3. Grundbilanz	- 1,7	- 1,8	- 3,3	- 3,0
4. Veränderung der kurzfristigen Auslandsposition der amerikanischen Geschäftsbanken (Nettogeldabfluß = -)	+ 0,5	+ 3,7	+ 7,8	- 7,4
darunter: Verbindlichkeiten	+ 1,1	+ 3,8	+ 8,7	- 6,2
5. Sonstige kurzfristige Kapitalbewegungen (einschließlich Restposten der Zahlungs- bilanz)	- 0,9	- 1,0	- 2,3	- 1,1
6. Gesamtbilanz				
a) Offizielle Reservetransaktionen	- 1,9	+ 1,6	+ 2,7	- 10,7
b) Liquiditätsbilanz	- 2,5	+ 0,2	- 7,0	- 4,7

Quelle: OECD, „Survey of Current Business.“

Der enge Zusammenhang des Sturzes des Dollars als Leitwährung mit den innerwirtschaftlichen Krisenerscheinungen der USA zeigt sich nicht zuletzt darin, daß vom Standpunkt der USA die Aufhebung der Goldkonvertierbarkeit sozusagen eine „flankierende“ Maßnahme eines umfangreichen staatsmonopolistischen Regulierungsprogramms war. Dieses Programm umfaßte Schaffung besserer Bedingungen für die Profiterwirtschaftung durch die Monopole durch steuerbegünstigte Investitionen, Abwälzen der Krisenerscheinungen auf die Werktätigen durch einen Lohnstopp, wobei der propagierte Preisstopp in den USA praktisch kaum durchsetzbar ist, sowie verstärkte handelsprotektionistische Maßnahmen durch Einführung einer Sonderimportsteuer von 10 Prozent. Die Unfähigkeit des Dollars, als Leitwährung noch offiziell zu fungieren, wurde also in erster Linie durch die Tatsache bestimmt, daß die USA keine ökonomische Basis für einen solchen Anspruch mehr nachweisen konnten.

2. Die gegenwärtige Phase der imperialistischen Währungskrise wird durch zunehmende Rivalitäten zwischen den USA, Japan und den EWG-Ländern bestimmt, wobei die USA-Monopole versuchen, ihre währungspolitische Hegemonierolle trotz Verlustes der Leitwährungsfunktion des Dollars aufrechtzuerhalten. Das zeigt sich auch an der Kopplung der währungspolitischen Maßnahmen der USA mit anderen außen- und handelspolitischen Aktionen: Die Auseinandersetzungen über eine Reduzierung der USA-Truppenstärke in Westeuropa und eine höhere Beteiligung der westeuropä-

ischen NATO-Partner an Militärausgaben der USA wurden genauso als ein währungspolitisches Druckmittel benutzt wie die Importabgabe von 10 Prozent, deren Einführung eingeständenermaßen das Ziel verfolgt, die anderen kapitalistischen Länder zur Veränderung ihrer Währungsparitäten zu zwingen. USA-Präsident Nixon verkündete, daß die Importsonderabgabe so lange bestehen bleibt, bis die „Wechselkurse reguliert seien“⁵. Dahinter verbirgt sich das Bestreben der USA, trotz Aufhebung der Goldumtauschpflicht weder die Dollarparität herabzusetzen noch den Goldpreis zu erhöhen. Diese Bestrebungen werden übrigens noch mit dem Argument getarnt, daß eine Veränderung des Goldpreises eine sehr lange Prozedur im USA-Kongreß erfordern würde, die „*Wochen und Monate dauern könnte, unberechenbare spekulative Folgen hätte. Eine Aufwertung anderer Währungen erspart ein solches Debakel*“⁶. Unter diesen Umständen spiegelt die Kurssteigerung für zahlreiche kapitalistische Währungen auf den internationalen Devisenmärkten keine Wertverbesserung wider, sondern lediglich einen rechnerischen Vorgang, der aus dem Festhalten an der überholten Dollarparität resultiert: Der Wertverlauf des US-Dollars in den internationalen Währungsbeziehungen (was nicht gleichbedeutend ist mit seiner inneren Entwertungsrate) zeigt sich in einer rechnerischen Aufwertung anderer kapitalistischer Währungen.

3. Die Tiefe der gegenwärtigen Währungskrise zeigt sich auch darin, daß sie von einer Zunahme der Beschränkungen und Diskriminierungen im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr begleitet wird. Die Auswirkungen der Erhebung einer Importsteuer von 10 Prozent auf den internationalen Handel sind zunächst sehr differenziert: 1970 betrug der Anteil der Exporte in die USA an den Gesamtexporten bei Frankreich 5,0 Prozent, Italien 10 Prozent. Der Anteil der Niederlande und Belgiens lag noch niedriger. Während sich der Anteil Großbritanniens auf 12 Prozent und der der BRD auf 9,0 Prozent beläuft, dürften Japan mit 30 und Kanada mit 60 Prozent von der Sonderimportsteuer besonders getroffen werden. Hinzu kommt, daß die einzelnen Zweige und Branchen in den einzelnen Ländern unterschiedlich am Export in die USA beteiligt sind. Entscheidend für die gegenwärtige Währungskrise dürfte jedoch sein, daß ein solcher Schritt der USA-Regierung die allgemein auf dem kapitalistischen Weltmarkt zunehmenden Tendenzen staatlicher Behinderungen des Handels- und des Zahlungsverkehrs verstärken, also Bedingungen für einen allgemeinen Handelskrieg heranreifen.

4. Die Dollarkrise verbindet sich mit einer Krise des westeuropäischen kapitalistischen Integrationsprozesses. Die bereits seit längerer Zeit existierenden Widersprüche zwischen der BRD und Frankreich entluden sich sowohl im Frühjahr als auch im Sommer 1971 bei dem Versuch, eine gemeinsame Haltung der EWG-Länder dem Dollar gegenüber zu erreichen. Ursache dieser Widersprüche sind Vormachtskämpfe zwischen den Monopolen der BRD und Frankreichs, die sich gegenwärtig vor allem währungspolitisch äußern. Frankreichs Kampf ist sowohl gegen die Aufrechterhaltung der überholten Dollarparität gerichtet als auch gegen den Versuch der Monopole

⁵ „Handelsblatt“, Nr. 156/1971, S. 4.

⁶ H. C. Wallich, „Dollarabwertung hätte spekulative Folgen“, ebenda, Nr. 164/1971, S. 7.

der BRD, die D-Mark zu einer Art Leitwährung Westeuropas werden zu lassen. Mit der Verschärfung der Dollarkrise wurden alle bisher zwischen dem EWG-Staaten erreichten Kompromisse über den Beginn der Errichtung einer EWG-Wirtschafts- und Währungsunion torpediert. Hier bestätigt sich die Einschätzung des XXIV. Parteitages der KPdSU:

„Weder die Integrationsprozesse noch das Klasseninteresse der Imperialisten an der Vereinigung ihrer Anstrengungen im Kampf gegen den Sozialismus beseitigen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten.“⁸

Die Auswirkungen der Währungskrise auf den Integrationsprozeß im kapitalistischen Westeuropa sind mannigfaltig. Drei Gesichtspunkte sind hervorzuheben:

– Die Zuspitzung der Währungskrise führt zu einem Rückfall in autonome binnenwirtschaftlich orientierte Reglementierungen (z.B. Devisenkontrollen, zeitweilige Schließung von Devisenbörsen, Verzinsungsverbot für ausländische Einlagen), wodurch die bisherigen Ergebnisse der Beseitigung der Zollschranken zwischen den EWG-Ländern stark eingeschränkt, wenn nicht sogar wieder aufgehoben werden.

– Im Zusammenhang mit der akuten Währungskrise wurde der relativ am weitesten integrierte Teilmarkt, der EWG-Agrarmarkt, der die verwundbarste Stelle der EWG-Integration darstellt, gelähmt.

– Die von den einzelnen EWG-Staaten nach binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie unter dem Aspekt ihrer eigenen Zahlungsbilanz vorgenommenen devisenpolitischen Maßnahmen, z.B. bei der Freigabe der Wechselkurse, bedeuten eine erhebliche Störung der auf der Basis fester Kursrelationen ausgehandelten Bedingungen für den Wegfall der Zölle zwischen den EWG-Ländern und die sogenannte „Harmonisierung“ der Steuern.

5. Das währungspolitisch wichtigste Ergebnis der gegenwärtigen Währungskrise und damit auch das langfristig wirkende Merkmal ist die Tatsache, daß mit den währungspolitischen Maßnahmen der USA-Regierung der kapitalistische Weltmarkt ohne Leitwährung ist, denn die Beseitigung der Goldkonvertierbarkeit des Dollars hat zugleich die anderen kapitalistischen Länder von dem Zwang entbunden, ihre Kursrelationen zum Dollar entsprechend den Vereinbarungen im Statut des IWF aufrechtzuerhalten. Der Dollar ohne Goldkonvertibilität ist keine Wert- und Bezugsbasis für die anderen kapitalistischen Währungen mehr.

Begrenzte Kompromisse und Übergangsregelungen – kein Ausweg aus der Währungskrise

Der Grad der Widersprüche und Konflikte zwischen den kapitalistischen Ländern in der jetzigen Phase der Währungskrise kommt auch in ihrer Unfähigkeit zum Ausdruck, mit einer einheitlichen Konzeption auf den Zusammenbruch des Dollar-Leitwährungsmechanismus zu reagieren. Statt dessen bestanden zum Zeitpunkt der absoluten Zuspitzung der Dollarkrise keine gemeinsamen Vorschläge für Aktionen zur

7 „Rechenschaftsbericht...“, a.a.O., S. 22.

Aufrechterhaltung des kapitalistischen Währungsmechanismus, obwohl sich seit dem Ende der 50er Jahre eine Flut von Vorschlägen zur „Reform“ des internationalen Währungssystems über die Öffentlichkeit ergießt. Anfang der 60er Jahre gruppieren sich die Reformvorschläge unter drei Aspekten:

– Schaffung einer Weltzentralbank mit Internationalisierung der Währungsreserven (Triffin-Plan),

– Modifizierung und Anpassung des IWF-Mechanismus (Bernstein-Plan) später ergänzt durch Gedanken über eine Multilateralisierung der Leitwährungen,

– Beibehaltung der gegenwärtigen Währungsorganisation, aber Erhöhung der internationalen Liquidität durch Aufstockung der IWF-Quoten.

In der Mitte der 60er Jahre verengte sich die Diskussion auf folgende Probleme:

– Veränderung des IWF-Systems durch Rückkehr zum Goldstandard (Rueff-Plan),

– Erweiterung der Bandbreiten für Schwankungen der Währungskurse,

– Schaffung von zusätzlicher Liquidität durch Sonderziehungsrechte (Ossola-Plan).

Im Verlauf der akuten Währungskrise standen im Grunde genommen nur noch die letzten beiden Varianten für praktische Entscheidungen zur engeren Wahl. Daraus geht hervor, daß das angestrebte Ziel zunächst nicht in einer Neubewertung der Währungen und einer neuen Währungsorganisation bestand, sondern in einer Modifizierung des Gold-Devisen-Standards.

Nachdem sich die Politik der „Internationalen Liquiditätssteuerung“ während der akuten Währungskrise Ende 1969/Anfang 1970 als unwirksam erwiesen hatte, orientierten sich die Auseinandersetzungen auf

a) Widerspiegelung des erhöhten Einflusses der Hauptwährungen im Währungsmechanismus,

b) Sicherung einer notwendigen Flexibilität und Anpassung, um zur Durchsetzung der politischen Strategie der imperialistischen Staaten währungspolitische Instrumente einzusetzen, die eine Profitmaximierung und ein höheres Wachstumstempo ermöglichen. Dafür liegen gegenwärtig drei mehr oder weniger ausgearbeitete Varianten vor: geringfügige Erweiterung der Schwankungsbreiten für die Wechselkurse auf 2 bis 3 Prozent nach jeder Seite, häufigere Anpassung der Valutaparitäten in kleinen Schritten („crawling pag“), vorübergehende Freigabe der Wechselkurse vor der endgültigen Bestimmung einer neuen offiziellen Parität.

Auch im Verlauf der Zuspitzung der gegenwärtigen Währungskrise und der Beseitigung der Leitwährungsrolle des Dollars wurden diese Varianten von den kapitalistischen Ländern zum Teil in spekulativer Absicht in der Diskussion gehalten. So setzte nach dem Zusammenbruch des Dollar-Leitwährungsmechanismus im August 1971 ein „währungspolitisches Pokern“ größten Stils ein. Die meisten kapitalistischen Länder versuchten, mit offiziellen und offiziellen Äußerungen über eine „Reform“ des Weltwährungssystems für ihre Monopole günstige Ausgangspositionen im Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu erringen. Entscheidend für die Einschätzung derartiger Vorschläge ist aber nicht die währungstechnische Seite, sondern die Frage, wie die Machtkonstellation in einem neuerrichtenden bzw. zu modifizierenden Währungsmechanismus aussehen wird.

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Neubewertung der kapitalistischen Währungen verlaufen die Diskussionen um die Ausgestaltung eines neuen Währungsmechanismus auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Im Mittelpunkt der Interessenkämpfe steht die Frage, ob es nicht einmal gelingt, einen einheitlichen Währungsmechanismus zu konstruieren, oder ob ein auf Währungsblöcken gegründeter gespaltener Mechanismus den Ausweg bildet. Hier sind unmittelbar nach dem Dollarschlag und der Jahrestagung 1971 des IWF zwei Tendenzen erkennbar:

– Einmal könnten die kapitalistischen Länder versuchen, unter dem Druck der Systemauseinandersetzung und der Aufrechterhaltung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems als Ganzes, einen Mechanismus währungspolitischer Kooperation anzusteuern, in dem der Dollar internationalisiert, d.h. völlig losgelöst von der Entwicklung auf dem USA-Binnenmarkt, wäre. Das würde bedeuten, daß sich die kapitalistischen Länder zum Übergang auf einen reinen Dollar-Standard entschließen, wobei der Dollar den Charakter einer synthetischen Währung, d.h. einer internationalen Recheneinheit mit Zwangskurs, trüge. Im Mechanismus der Schaffung der Sonderziehungsrechte gibt es dafür bestimmte Ansatzpunkte, eingeschlossen die Möglichkeit größerer „Bandbreiten“ für Schwankungen der Valutakurse. Zum anderen wäre es möglich, daß

– die kapitalistischen Länder wegen der Tiefe der eigenen inneren Widersprüche einen Mechanismus nebeneinander bestehender Leitwährungen entwickeln, die jeweils in einem abgegrenzten Währungsraum Gültigkeit besitzen, wobei zwischen diesen Leitwährungsgruppen eine hohe Kursflexibilität herrschen würde, während innerhalb der Währungsräume die Tendenz zu festeren Kursrelationen bestünde. Dafür sind im „Werner-Plan“⁹ zur Schaffung einer EWG-Währungsunion Ansätze vorhanden.

Welche machtpolitische Konstellation der Veränderung bzw. Errichtung eines neuen kapitalistischen Währungsmechanismus zugrunde liegen wird, hängt von einer Vielzahl politischer und ökonomischer Faktoren, Widersprüche und Konflikte ab. Gegenwärtig ist nur zu erkennen, daß die Errichtung eines anderen kapitalistischen Währungsmechanismus anstelle des zusammengebrochenen Dollar-Leitwährungsmechanismus noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Das entspricht den objektiven Bedingungen der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in ihrer dritten Etappe. Bis zu diesem Zeitpunkt gibt es vielfältige und differenzierte Bestrebungen, zeitweilige Kompromisse und Übergangslösungen zu erreichen, um den Profit-Markt-Mechanismus in bestimmten Grenzen aufrechtzuerhalten. Im Vordergrund der Bestrebungen steht die Neubewertung der kapitalistischen Währungen

8 Vom Internationalen Währungsfonds geschaffene Kreditmöglichkeiten über die eingezahlten Quoten hinaus, wobei die Sonderziehungsrechte als Kreditlinien entsprechend den Kapitalanteilen auf die einzelnen Länder jährlich verteilt werden und mit einer Goldwertgarantie ausgestattet sind.
9 Nach dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner benannte zeitweilige Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur EWG-Währungsunion, die in einem Bericht zusammengefaßt sind. Diese Vorschläge wurden bereits wenig später durch Kompromisse zwischen der BRD und Frankreich stark modifiziert.

und ihres Verhältnisses untereinander mit dem Ziel der Fixierung neuer Währungsparitäten. Schon dieser Prozeß ist mit tiefgehenden Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Ländern verbunden.

Wie auch ein künftiger Währungsmechanismus auf dem kapitalistischen Weltmarkt beschaffen sein mag, er wird genauso wie sein Vorgänger alle Merkmale der allgemeinen Krise des Kapitalismus und damit der chronischen Währungskrise tragen. Er wird damit nur eine der Erscheinungs- und Bewegungsformen für die Austragung der Interessengegensätze im Imperialismus sein.

pahl · rugenstein

Auslieferung im Herbst 72

Kleine Bibliothek

- 25 Karin Priester
Der italienische Faschismus
Ökonomische und ideologische Grundlagen
ca. 250 Seiten, ca. DM 12,80
- 26 Hitzer/Spoof/Walser u.a.
Abhängigkeit in der Kulturindustrie
Materialien I
ca. 200 Seiten, ca. DM 10,80
- 27 Hellmuth Lange
Wissenschaftlich-technische Intelligenz
Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?
ca. 250 Seiten, ca. DM 12,80
- 28 Eugen Rau
Der Verfall des Fortschrittsgedankens
in der ökonomischen Theorie
ca. 280 Seiten, ca. DM 14,80
- 29 Martin Kempe
SPD und Bundeswehr seit Godesberg
ca. 220 Seiten, ca. DM 10,80

Sammlung Junge Wissenschaft

- Björn Pätzoldt
Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik
ca. 190 Seiten, ca. DM 14,80
- Jutta von Freyberg
Sozialdemokraten, Kommunisten und Aktionseinheit
ca. 200 Seiten, ca. DM 14,80

Allgemeine Produktion

- Ernst Engelberg (Hrsg.)
Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft
ca. 500 Seiten, ca. DM 38, –
- Baukloß – Texte**
Auswahl, Einleitung und Bibliographie
v. Hugo Ernst Käufer
ca. 200 Seiten, ca. DM 14,80

A. Anikin

Ursachen und Folgen der Währungskrise – eine Analyse

Aus: Kommunist, Moskau 1971, Nr. 10 (Juli 1971), S. 91–102. Der Beitrag wurde für die vorliegende Ausgabe durch die Redaktion des Marxismus-Digest gekürzt.

Die jüngste Welle der Währungskrise war keine zufällige und isolierte Erscheinung. Man muß sie als konzentrierten Ausdruck tiefer Prozesse bezeichnen, die im gegenwärtigen Kapitalismus stattfinden und letzten Endes seine Schwächung anzeigen, die Verschärfung und Vertiefung seiner Widersprüche. Darum ist es jetzt besonders wichtig, nicht nur die letzten Ereignisse im Bereich der internationalen Finanzbeziehungen zu beleuchten, sondern auch zu versuchen, die Bedeutung der Währungskrise der letzten Jahre für die Wirtschaft und Politik des Kapitalismus insgesamt zu klären.

Ökonomie, soziale Verhältnisse, Politik

Durch die Defizite der Zahlungsbilanzen einer Reihe großer Länder, durch die starken Schwankungen der Kurse der Währungen und die Verschärfung des Finanzkampfes verstärkt die Währungskrise die Elemente der Unsicherheit in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ihre Entwicklung kann im Endeffekt ernsthaft die Wirtschaftslage der kapitalistischen Länder, das Niveau der Beschäftigung, das Wirtschaftswachstumstempo beeinflussen.

Das internationale Währungssystem stellt den Mechanismus dar, über den unter den Bedingungen des Kapitalismus die Verbreitung der ökonomischen Konflikte und Schwierigkeiten erfolgt. Das Defizit der Zahlungsbilanz zwingt, besonders wenn es schnell wächst und große Maßstäbe annimmt, die Regierung eines gegebenen Landes, Maßnahmen durchzuführen, die neben der Verstärkung der Ausbeutung der Werktätigen im eigenen Lande auf diese oder jene Weise auf den Versuch hinauslaufen, die Last der ökonomischen Schwierigkeiten auf die Nachbarn, auf die Handelspartner zu verlagern.

Das gewöhnliche „Rezept“ besteht in diesem Fall in einem der drei Heilmittel, und meist in verschiedenen Verbindungen. Vor allem ist das die Deflation, d.h. die mit Mitteln der Haushalts- und Kreditpolitik und anderen Methoden der staatlichen Regulierung durchgeführte Reduzierung der inneren Nachfrage mit dem Ziel der Importbeschränkung und Exportforcierung. Sie wird nicht selten von direkten Einschränkungmaßnahmen auf dem Gebiet des Imports und anderen Operationen, die mit dem Ausgeben von Valuta, mit der künstlichen Exportstimulierung usw. verbunden sind, begleitet. Neben den Deflationsmaßnahmen und Beschränkungen, ist in solchen Fällen auch die Abwertung der nationalen Währung ein „stark wirkendes Mittel“, das es erlaubt, den Export künstlich zu verbilligen und den Unter-

nehmen des gegebenen Landes zeitweilige Vorteile in der Konkurrenz gegenüber ausländischen Erzeugern gibt.

Wenn diese Maßnahmen von den Großmächten durchgeführt werden, so verstärkt das zwangsläufig die Schwierigkeiten anderer Länder: es beraubt sie der Absatzmärkte, hemmt den Export und die Produktion, vergrößert die Arbeitslosigkeit. Auf diese Weise entwickelten sich auch die Ergebnisse und fand ein Hineinziehen neuer Länder in den Bereich der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–1933 statt, die den Ökonomen und Politikern im Westen noch sehr erinnerlich ist. Die Furcht der Bourgeoisie vor der Wiederholung solcher Erscheinungen lag der Gründung des Internationalen Währungsfonds – eines kollektiven Organs zur Regulierung der Währungs- und Finanzbeziehungen – in den ersten Nachkriegsjahren zugrunde. In der westlichen Presse wurde wiederholt, und dabei von sehr einflußreichen Leuten, die Befürchtung ausgesprochen, daß gerade das Währungssystem des Kapitalismus sich als sehr verwundbare Stelle erweisen und unter gewissen Bedingungen die Weltwirtschaft in eine Krise treiben kann, die mit „der großen Depression“ des Beginns der 30er Jahre vergleichbar ist.

Für den heutigen Kapitalismus ist es ungleich wichtiger, das Währungssystem zu stabilisieren, als vor 40 Jahren, da die gegenseitige Abhängigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft unter den kapitalistischen Ländern stärker geworden ist, da in ihrer Wirtschaft die Rolle des Außenhandels und anderer ökonomischer Verbindungen bedeutend angestiegen ist. Für die Mehrheit der Länder, besonders Westeuropas und Japan, haben die äußeren Märkte lebenswichtige Bedeutung, und ihre wesentliche Reduzierung würde eine harte Wirtschaftskrise hervorrufen.

In den letzten Jahren spielt das Währungssystem auch eine nicht geringe Rolle als „Träger des Inflationsbazillus“, besonders aus den USA nach Westeuropa. Die großen Dollarmassen, die von den Ausländern akkumuliert wurden und auf der Suche nach einer gewinnbringenden und zuverlässigen Anlage umherwandern (sogenannter Eurodollarmarkt), schaffen eine ständige Quelle der Unsicherheit auf den Geldmärkten Westeuropas. Unter Bedingungen, wo sich gleichzeitig die Inflation entwickelt und die Gefahr eines ökonomischen Rückgangs stärker wird, ist diese Unsicherheit außerordentlich gefährlich.

Die Verschärfung des Währungsproblems verstärkt die sozialen Konflikte in den imperialistischen Ländern und besonders den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Klar ist vor allem, daß alles oben über das ökonomische „Potential“ der Währungskrise Gesagte auch vom Standpunkt der sozialen Folgen sehr wichtig ist. Die Verbindung von Inflation und Arbeitslosigkeit, die für die gegenwärtige Situation charakteristisch ist, ist auch eng mit dem Währungsproblem verbunden. Das ist besonders offensichtlich in Großbritannien, wo die Regierung unter dem Damoklesschwert der Währungskrise gezwungen ist, ständig „Sparmaßnahmen“ durchzuführen, gleichzeitig aber nicht die Inflation aufhalten kann, die die Einkommen und Ersparnisse der Werktätigen entwertet. In etwas anderen Formen zeigt sich die Wirkung der Währungskrise auf die Lage der Werktätigen und die sozialen Beziehungen in der BRD, wo die über den Währungsmechanismus „impor-

tierte“ Inflation die Widersprüche der ökonomischen Entwicklung außerordentlich verschärft, den Kampf der Werktätigen um die Erhöhung des Lohnes verstärkt.

Die sozialen Folgen der Inflation und der Währungskrise treiben die Regierungskreise der kapitalistischen Länder zur Politik der Deflation. Aber die Deflation, deren Hauptziel die Einschränkung des Verbrauchs und nicht selten die direkte Vergrößerung der Arbeitslosigkeit ist, verletzt in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse. Um die Veränderung des Währungskurses, besonders um die Abwertung, entwickelt sich ein scharfer Kampf, da die unmittelbarsten Folgen dieser Maßnahmen Preiserhöhungen, Lohnstopps, Verlangsamung des Wachstums der Realeinkommen der Werktätigen sind. Die Währungskrise birgt die Gefahr der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes und aller sozialen Widersprüche in sich.

Das Währungsproblem ist eng sowohl mit der Innen-, wie auch mit der internationalen Politik verbunden. Das ist ein ständiger Gegenstand der zwischenparteilichen Meinungsverschiedenheiten in der bürgerlichen Gesellschaft, da damit die Bestimmung des allgemeinen Kurses der Wirtschaftspolitik wesentlich verbunden ist. Die Bedeutung des Währungsproblems in der internationalen Politik, bei der Verschärfung der zwischen-imperialistischen Widersprüche ist sehr groß und kann noch mehr anwachsen. Das Währungsproblem nimmt bekanntlich schon einen bedeutenden Platz in der Außenpolitik der USA ein. Das große Defizit der Zahlungsbilanz der USA in den 50er und 60er Jahren war durch die Finanzierung der aggressiven Kriege und der „globalen“ militär-politischen Strategie, durch die breite Auslandsexpansion des Privatkapitals und durch die relative Schwächung der Konkurrenzpositionen der amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt bedingt. Für die Deckung dieses Defizits nutzten die USA in vollem Maße die nach dem ersten Weltkrieg entstandene besondere Stellung des Dollar als Reservewährung aus, d.h. als Währung, in der die anderen Länder ihre Valutareerven aufbewahren.

Das Defizit wurde praktisch auf Kosten von Krediten gedeckt: die anderen Länder gewährten sie in der Form der Akkumulation von Dollars auf den Konten dieser Länder in amerikanischen Banken und als Wertpapiere der USA-Regierung. Die Summe dieser Kredite beträgt heute ungefähr 50 Mrd. Dollar. In den Jahren, in denen diese Schulden akkumuliert wurden, führten die USA-Monopole große direkte Kapitalinvestitionen in Westeuropa durch, und unterwarfen in einigen Ländern ganze Schlüsselzweige der Industrie. Es entsteht ein Paradoxon, das auf dieser Seite des Atlantik immer mehr Unzufriedenheit hervorruft: die Amerikaner „plündern Europa aus“, indem sie diese Plünderung mit seinen eigenen Geld bezahlen und „Europa“ selbst ist an diesem Geschäft beteiligt.

Prinzipielle Bedeutung hat das Währungssystem für das weitere Funktionieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft („Gemeinsamer Markt“), dieser wichtigsten regionalen Wirtschaftsvereinigung in der kapitalistischen Welt, da die durch ihre Teilnehmer abgestimmte Politik in vielem auf der Stabilität der gegenseitigen Paritäten der Währungen und der Freiheit der Währungsoperationen beruht. Der Übergang von der abgestimmten Zollpolitik zu Aufgaben einer tieferen ökonomischen Vereinigung machte das Währungsproblem für den „Gemeinsamen Markt“ besonders aktuell. Wenn die Geldzirkulation, der Umfang der Kredite und das Preis-

niveau in jedem Land sich weiterhin unabhängig von anderen Ländern entwickeln, werden sich die Verhältnisse der Produktionskosten ständig ändern, was die weiteren Verbindungen zwischen den nationalen Wirtschaften der Länder der „Sechsergemeinschaft“ bedeutend erschwert. Darum arbeiten die Organe der EWG seit langem die Frage der Schaffung eines engeren Währungsbündnisses zwischen den Mitgliedern des „Gemeinsamen Marktes“ aus. Die Währungsmaßnahmen, die in letzter Zeit von einer Reihe von Ländern des „Gemeinsamen Marktes“ unternommen wurden, schaffen neue Schwierigkeiten in der Gemeinschaft, und halten nach Meinung von westlichen Spezialisten zwangsläufig den Prozeß der ökonomischen Integration auf. Die neue Welle der Währungskrise verschärft die Widersprüche zwischen den Ländern der „Sechsergemeinschaft“, schafft zusätzliche Probleme in den sich hinziehenden Gesprächen über den Beitritt Großbritanniens zum „Gemeinsamen Markt“. Eine besonders wichtige Rolle spielte das Aufflammen der Währungskrise bei der weiteren Abkühlung der französisch-westdeutschen Beziehungen: nach Meinung der Franzosen ist die Freigabe des Wechselkurses der DM ein Zugeständnis an den Druck der USA.

Man muß auch die Verbindungen zwischen dem Weltwährungsproblem einerseits und den ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer andererseits hervorheben. In gewissem Sinn sind die Weltwährungstürme vom Standpunkt dieser Länder ähnlich einer zerstörenden, aber von ihnen unabhängigen Naturkraft. Diese Stürme umgehen nicht die ökonomisch rückständige „Peripherie“ des industriell entwickelten imperialistischen „Zentrums“. Im Falle der weiteren Entwicklung der Währungskrise wären die Entwicklungsländer mit die ersten, die besonders darunter leiden. Die Währungskrise verschärft in den Entwicklungsländern das Bewußtsein ihrer Verwundbarkeit, ihrer abhängigen Stellung im System der internationalen Arbeitsteilung und kann als objektiver Grund dienen, der sie zur aktiveren antiimperialistischen Politik treibt.

Die Wurzeln und Formen der Krise

Das gegenwärtige Währungssystem entstand im Laufe der langen Entwicklung des Kapitalismus, aber in seinen wichtigsten Zügen bildete es sich im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und des zweiten Weltkrieges heraus. Diese Züge wurden in gewissem Sinn durch die Bretton-Woods-Vereinbarung im Jahre 1944 gefestigt, auf deren Grundlage im Jahre 1946 der Internationale Währungsfonds gegründet wurde. Heute sind praktisch alle kapitalistischen Länder Mitglieder dieser Organisation.

Das gegenwärtige Währungssystem bezeichnet man oft als **Goldstandard**. Diese Benennung drückt einerseits die Tatsache aus, daß das Gold, das aus der Geldzirkulation innerhalb der kapitalistischen Länder entnommen wurde, seine Rolle in den internationalen Zahlungen als Endmittel der Regulierung der Zahlungsbilanzen und als Grundelement der Währungsreserven behält. Andererseits werden als Mittel für internationale Verrechnungen und Reserven die nationalen Papiervaluta verwendet, fast ausschließlich Dollars und Pfund Sterling. Ende 1970 betragen die zentrali-

sierten Goldbestände der kapitalistischen Länder ungefähr 39 Mrd. Dollar, und die Valutareserven 38 Mrd. Außerdem ist in den Reserven ein gewisser Teil an Valutakreditmitteln des Internationalen Währungsfonds enthalten, der ungefähr 10 Mrd. Dollar ausmacht.

Die Verbindung der nationalen Papierwährungen mit dem Gold wird durch die Zentralbanken realisiert, die im Prinzip das Recht haben, den amerikanischen Dollar nach einem festen Verhältnis in Gold umzutauschen, das seit 1934 unverändert ist und 35 Dollar pro Unze (31,1 Gramm) beträgt. Dieses Verhältnis des Dollars zum Gold, das sogar in der Satzung des Internationalen Währungsfonds schriftlich festgehalten ist, spielt eine wichtige Rolle im internationalen Währungssystem. Die Regierung der USA würde es gern zu einer Art Konstante machen, ähnlich den wichtigen Konstanten der Physik. Aber die Ökonomie ist keine Physik. Seit 1934 stieg das allgemeine Niveau der Warenpreise in Papierdollar um fast das Dreifache. Das Fixieren des Goldpreises ruft unter diesen Bedingungen ein starkes Sinken seiner Kaufkraft in bezug auf die Waren und den Mangel an Gold für den Verlauf des Welthandels hervor. Die Festsetzung einer „Konstanten“ gerät in Widerspruch mit den objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Ihrer Natur nach kann diese Größe nicht konstant sein. Die Spannung im Währungssystem, die mit der künstlichen Fixierung des offiziellen Goldpreises in den entwerteten Dollars verbunden ist, ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. Jede Verschärfung der Währungskrise als unerläßliche Form ihrer Erscheinung hat einen Sprung des Dollarpreises für Gold auf dem freien Markt zur Folge. Im Mai 1971 stieg dieser Preis auf 41 Dollar pro Unze, was ungefähr um 17 Prozent den offiziellen Preis übersteigt.

Neben der Konzentration der Goldbestände in den Händen der Zentralbanken und Regierungen ist ein charakteristischer Zug der Nachkriegsperiode, der sich in den letzten Jahren verstärkt hat, die Massenakkumulierung von Gold als Schatz bei privaten Besitzern (Thesaurierung). Das ist die Reaktion der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten auf die ständige Inflation, die Entwertung des Papiergeldes und die sozialpolitische Unsicherheit in der kapitalistischen Welt. Nach Einschätzung des amerikanischen Experten *F. Peak* erreichte der Wert dieses versteckten Goldes in allen kapitalistischen Ländern im Jahre 1969 ungefähr 25 Mrd. Dollar (was ungefähr zwei Drittel des zentralisierten Goldbestandes ausmacht).

Ein wichtiges Element des Währungssystems ist die Stützung der festen Währungsparitäten in bezug auf den Dollar (folglich auch zum Gold). Von diesen Paritäten, die vom Internationalen Währungsfonds fixiert sind, können die Marktwährungskurse nur innerhalb enger Grenzen abweichen (1 Prozent nach oben oder unten). Die Veränderung der Paritäten vollzieht sich gewöhnlich einmalig und sprunghaft. In den meisten Fällen geht eine Senkung der Paritäten vor sich (Abwertung); in der gesamten Nachkriegsperiode war nur in einigen Fällen eine geringe Erhöhung der Paritäten zu verzeichnen. Das erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß in den meisten Ländern die Inflation, die gewöhnlich die unmittelbare Ursache der Abwertung ist, immer noch größere Ausmaße hat, als in den USA. Aber in den letzten Jahren begann sich diese Lage in Verbindung mit der beschleunigten Entwertung und Schwächung des Dollars zu ändern. Da sich die USA kategorisch wei-

gern, den Dollar abzuwerten, was ein Abgehen von dem geltenden offiziellen Goldpreis in Dollar und seine Erhöhung bedeuten würde, sind die anderen Länder gezwungen, unter bestimmten Bedingungen eine Aufwertung durchzuführen, d.h. die Kurse und Paritäten ihrer Währungen zu erhöhen. In den Jahren 1950–1967 hatte in den kapitalistischen Industrieländern eine bestimmte Stabilität der Paritäten die Oberhand. In den Jahren 1967–1971 war diese merklich gestört.

Obwohl die Entwicklungsländer nach einer Reihe von Kriterien zum kapitalistischen Weltwährungssystem gehören, ist ihre Stellung darin sehr unterschiedlich. In den meisten Ländern ist das Defizit der Zahlungsbilanz mit den Grundtendenzen ihrer ökonomischen Entwicklung verbunden. Die Inflation trägt hier nicht selten keinen „schleichenden“ Charakter, wie in den USA und in Westeuropa, sondern sie entwickelt sich mit stürmischem Tempo. In Verbindung damit entsteht ein starker Mangel an Valutareserven, wächst die äußere Verschuldung, wird oft eine Abwertung der Währungen durchgeführt, werden keine festen Paritäten beachtet, gibt es keine Konvertierbarkeit und wirken starke Valuta- und Importbeschränkungen. Die Probleme, die vor der Währungspolitik der Entwicklungsländer stehen, unterscheiden sich prinzipiell von den Problemen der entwickelten Länder.

Das Weltwährungssystem, das auf der führenden Rolle der Reservewährungen und auf der Konvertierbarkeit und Stabilität der Paritäten in den entwickelten Ländern basiert, entsprach bis zu einem gewissen Grade den Anforderungen der ökonomischen Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus. Es konnte insbesondere die Bedingungen für eine bedeutende Erweiterung des Welthandels sichern. Von 1949–1970 vergrößerte sich der physische Umfang des Außenhandels der kapitalistischen Länder (nach dem Export) um mehr als das Vierfache, während er sich in den vorhergehenden 20 Jahren praktisch nicht verändert hatte.

Aber im Laufe der ökonomischen Entwicklung Ende der 50er Jahre und besonders in den 60er Jahren waren die Bedingungen des mehr oder weniger normalen Funktionierens des Währungssystems gestört und hörten auf zu existieren, was mit einer Reihe von Prozessen in der Entwicklung der Wirtschaft des gegenwärtigen Kapitalismus verbunden war. **Das nach dem Krieg entstandene Währungssystem geriet mit den Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft und der internationalen Beziehungen des Kapitalismus in Widerspruch.**

Dieses System stützte sich auf den amerikanischen Dollar als auf eine relativ stabile, in Gold umtauschbare (für die Zentralbanken), weitgehend und gern in internationalen Verrechnungen und Reserven verwendete Währung. Aber wenn diese Lage der Realität der ersten Nachkriegsjahre noch irgendwie entsprach, so wurde sie in Verbindung mit der relativen Schwächung der Weltwirtschafts- und politischen Positionen der USA zu einer Quelle von Spannungen im Währungssystem. Die Schwäche der Wirtschaft Englands entspricht auch nicht der wichtigen Rolle, die seine Währung auf dem Weltmarkt spielt. Andererseits sind die Schwierigkeiten im Währungssystem mit der wachsenden ökonomischen Macht der BRD verbunden, was einen gewaltigen Zahlungsbilanzüberschuß und eine Anziehungskraft auf spekulatives Kapital in dieses Land verursacht. In gewissem Sinn trifft das auch auf Japan zu.

Eine große Rolle bei der Untergrabung der Stabilität des Währungssystems spielen der Militarismus und die ökonomische Last der militärischen Ausgaben, die eine der Hauptursachen der ökonomischen Schwierigkeiten der USA und Englands bilden. Der Hauptmechanismus, über den die Militarisierung ihren Einfluß auf das Währungssystem ausübt, ist der Mechanismus der Inflation, was sich im Endeffekt im ständigen Rückgang der Kaufkraft des Geldes ausdrückt.

Gleichzeitig liegen die Ursachen für die Inflation auch in anderen grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ihre steigende Macht und die Bedingungen der militarisch-inflationistischen Konjunktur ausnutzend, führen die Monopole mit allen verfügbaren Mitteln einen Kurs auf Preiserhöhung durch, um so schnell und vollständig wie möglich die zusätzlichen Produktionskosten auf die Warenpreise „umzulegen“: Ausgaben, die mit der intensiven wissenschaftlich-technischen Entwicklung und mit Lohnerhöhungen verbunden sind, die die Werktätigen im Laufe des angespannten Klassenkampfes erreicht haben. Die ständige Tendenz zu Preiserhöhungen, die mit unterschiedlicher Kraft in den einzelnen Ländern wirksam ist, schwächt das Währungssystem. Es gehen ständige Veränderungen im Verhältnis der realen Kaufkraft der Währungen vor sich, die eine Überprüfung der Paritäten erfordern. Ihrerseits sind die Veränderungen der offiziellen Paritäten, wie die Erfahrung zeigt, mit dem Aufflammen der Währungskrise verbunden.

Schließlich kommt noch dazu, daß das Währungssystem besonders stark auf den dem modernen Kapitalismus eigenen Widerspruch zwischen den Grundlagen der Spontaneität und der Regulierung der Wirtschaft reagiert. Die bürgerlichen Staaten bemühen sich, aktiv die Wirtschaftsentwicklung und die Zahlungsbilanz zu regulieren, aber die Schwächung der Währungs- und Handelsbeschränkungen, die für ein Funktionieren des Währungssystems notwendig sind, vergrößert auf diesem Gebiet die Rolle der spontanen Faktoren, gibt den eigennützigen Aktionen des Privatkapitals weiten Raum. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftsregulierung im internationalen Maßstab unverhältnismäßig geringer, als innerhalb der einzelnen Länder, und auf dem Boden dieses Widerspruchs entstehen neue und vertiefen sich die alten Konflikte. Das zeigte sich auch in den letzten Ereignissen. Die starken Schwankungen auf dem Eurodollarmarkt, die Verschiebung kurzfristigen Kapitals dienten als unmittelbarer Faktor, der erneut den „Atem der Hölle“ – das Aufflammen einer Währungskrise – verursachte.

Die Wirkung der Faktoren, die das internationale Währungssystem schwächen, hat sich im Laufe einer Reihe von Jahren angesammelt. In echter Krisenform zeigte sie sich seit Beginn des Jahres 1967. In dieser Zeit fanden **bedeutende Veränderungen von Paritäten und Kursen vieler Währungen** statt. Wichtig ist aber nicht nur der Fakt dieser Veränderungen selbst, sondern die Konzentration in der Zeit, die allgemeine Situation und die Weise der Durchführung. Sie sind der durch die Satzung des Internationalen Währungsfonds vorgesehenen „planmäßigen und bewußten Regulierung“ sehr wenig ähnlich, die in der Stille der Kabinette und Konferenzsäle auf der Grundlage statistischer Berechnungen und Erwägungen vorbereitet wurden. In der Tat werden Abwertungen und Aufwertungen in der Situation scharfer äußerer und

innerer Konflikte vorgenommen. Heute ist das ganze System der festen Währungsparitäten, das vor einem Vierteljahrhundert geschaffen wurde, in Zweifel gestellt. Unter Berücksichtigung der Stärke der Erschütterungen, die zwangsläufig mit ihren Veränderungen verbunden sind, schlagen viele Ökonomen und Praktiker vor, die festen Paritäten durch ein System mehr oder weniger freier Währungskurse zu ersetzen, was es, ihrer Meinung nach, erlauben würde, sich reibungslos an die ökonomische Realität anzupassen. Aber auch dadurch droht die Gefahr einer neuen Verstärkung der Währungs- und ökonomischen Konkurrenz. Ein solches System kann die Verlockung der Manipulationen mit dem Währungskurs mit dem Ziel, die eigenen Schwierigkeiten durch das Erhalten dieser oder jener Vorzüge auf dem Weltmarkt auf Kosten der Konkurrenten zu lösen, nur verstärken.

Eine charakteristische und sehr wichtige Erscheinung der Währungskrise ist die **Jagd nach dem Gold**, das Streben, nicht in einer Währung auf Kosten einer anderen zu spekulieren, sondern auch den Geldreichtum aus einer beliebigen Papierwährung, darunter auch amerikanische Dollar, in Gold umzutauschen. Dieses Streben drückt nicht nur die Schwächung der einzelnen Währungen aus, sondern die Untergrabung des gesamten Systems des **Goldstandards**. Dieses System kann nur auf der Basis von zwei wichtigen Voraussetzungen bestehen: das Gold muß effektiv seine Funktion des Weltgeldes als Endmittel zur Saldierung der Zahlungsbilanzen erfüllen; ein hoher Grad von Vertrauen zu den Reservewährungen muß gesichert sein. Diese beiden Voraussetzungen sind in der heutigen Zeit untergraben: das Gold wandert in Privatbesitz ab, und das Vertrauen zum Dollar (vom Pfund Sterling ganz zu schweigen) ist ernsthaft ins Schwanken geraten. Die künstliche Stützung des Goldpreises in Dollar bringt ein ständiges Element der Unsicherheit in das Währungssystem, schafft einen Anreiz zur Akkumulierung von Gold in der Vermutung, daß früher oder später sein Preis in Dollar erhöht wird. Daneben verschlechtert sich die „Qualität“ des Valutaelements der Reserven: es findet ein ständiger Rückgang der Kaufkraft und der Autorität der Reservewährungen statt.

All das bedingt einen quantitativen Mangel und eine qualitative Verschlechterung der internationalen Goldwährungsreserven, was in letzter Zeit in Verbindung mit den starken und großen Schwankungen der Zahlungsbilanzen, besonders auf Kosten der Kapitalwanderung, scharfen Charakter annahm. Es ist gesetzmäßig, daß bei einer solchen Lage die Währungskrise ihren Ausdruck in der Verstärkung des gegenseitigen Mißtrauens fand. Wenn für einen großen Teil der Nachkriegsperiode die Tendenz zu einer gewissen Senkung der Handels- und Währungsschranken in den Außenwirtschaftsverbindungen charakteristisch war, so entwickelten sich die Ereignisse jetzt eher umgekehrt. England und Frankreich waren ungeachtet der Kredite, die sie erhielten, und selbst der von ihnen durchgeführten Abwertung gezwungen, zu direkten Währungsbeschränkungen zu greifen. Die USA führten die Kontrolle über den Kapitalexport ins Ausland ein. Auch auf handelspolitischem Gebiet verstärken sich die protektionistischen Tendenzen. Die Währungskrise ist mit der für die Weltwirtschaft gefährlichen Tendenz der Bewegung zum „Währungsnationalismus“ verbunden, d.h. zum Streben, die eigene Währung auf Kosten der anderen Länder zu verteidigen,

ohne mit den „Kollektivinteressen“ des internationalen Währungssystems des Imperialismus zu rechnen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und das Währungssystem

Den in den letzten Jahrzehnten entstandenen Mechanismus der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft ausnutzend, und teilweise einige neue Formen dieser Regulierung aufbauend, versuchen die Regierungen der westlichen Länder, die Krise zu überwinden. Das Währungssystem evolutioniert und paßt sich in gewissem Maße den Veränderungen in der Situation der Welt an. Auf dem Gebiet der Währung, und auch auf allen anderen, wirkt diese Anpassungstendenz des modernen Kapitalismus an die neue Situation, die im Rechenschaftsbericht an den XXIV. Parteitag der KPdSU betont wurde.

Was die nationale Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Währungen angeht, so ist eine der wichtigsten Richtungen die Sicherung eines gewissen Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz. In dieser Verbindung entsteht nicht selten die erstaunte Frage: warum kann die USA-Regierung im Laufe der vielen Jahre nicht die Beseitigung oder wesentliche Reduzierung des Defizits der Zahlungsbilanz erreichen?

Das erklärt sich vor allem daraus, daß die USA selbst, indem sie die privilegierte Stellung des Dollars als Reservewährung ausnutzen, weniger als die anderen Länder den Druck des Defizits der Zahlungsbilanz spüren. Wenn man das gesamte amerikanische Defizit für die Jahre 1958–1970 nimmt, so erweist es sich, daß nur ungefähr ein Viertel mit Gold abgedeckt war, und fast drei Viertel auf dem Wege des Zuwachses der Dollarverschuldung der USA, d.h. im Wesen der Sache, von anderen Ländern bezahlt wurde.

Aber auch das ist noch keine vollständige Erklärung. Die andere Seite der Sache besteht in den inneren Widersprüchen der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft. Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz ist nicht das einzige und in der Regel nicht das Hauptziel der Wirtschaftspolitik in den modernen imperialistischen Ländern. Für die USA ist es besonders charakteristisch, daß andere Ziele und Prinzipien der Wirtschaftspolitik, die letzten Endes von den Interessen des Monopolkapitals diktiert sind, die Priorität gegenüber dem Ziel des Ausgleichs der Zahlungsbilanz erhalten. Ein solches Ziel ist vor allem der Krieg in Vietnam und die ganze Militärpolitik der USA, deren direkte Folge die Verschlechterung der Zahlungsbilanz und die Untergrabung des Dollars ist.

Die USA-Regierung versucht seit 1963, auf dem Wege von Beschränkungen der Kapitalinvestitionen im Ausland auf die Zahlungsbilanz einzuwirken. Aber diese Maßnahmen sind äußerst unpopulär in den Geschäftskreisen und außerdem nicht sehr effektiv: die großen Korporationen, auf die der Löwenanteil der Auslandsinvestitionen entfällt, treten gegen die Beschränkungen ihrer freien Tätigkeit auf dem Gebiet des Kapitalexports auf.

Die Aufgabe der Ausgleichung der Zahlungsbilanz gerät ständig in Konflikt mit so wichtigen innerwirtschaftlichen Zielen, wie Überwindung der Krisen- und Re-

zessionen, Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstumstempos und der Beschäftigung. Diese Ziele erfordern staatliche Maßnahmen, die auf die Erweiterung der wirtschaftlichen Aktivität gerichtet sind, insbesondere des hohen Niveaus der Budgetausgaben und der niedrigen Zinssätze für Bankdarlehen. Aber gerade diese Politik trägt andererseits zum Defizit der Zahlungsbilanz bei, forciert die Preiserhöhungen, vergrößert den Bedarf an Importen, schafft Anreize für die Überführung des Geldkapitals in Länder mit einer stabileren Währung oder mit einem höheren Zinssatz.

Dieser Widerspruch zeigte sich in vollem Maße in den letzten Monaten und spielte eine wichtige Rolle beim Aufflammen der Währungskrise. In dem Bemühen, die Wirtschaft aus der Stagnation herauszuführen, führte die USA-Regierung in den Jahren 1970-1971 eine Politik der „Erweiterung der wirtschaftlichen Aktivität“ durch. Die Zinssätze wurden in den USA außerordentlich stark gesenkt. Als im Januar 1971 die Regierung erklärte, daß sie für die beiden bevorstehenden Jahre Budgetdefizite von vornherein einplant, wurde das von den Geldmärkten als Signal der Inflation und der weiteren Schwächung des Dollars aufgenommen. Der Abfluß von Kapital aus den USA hat sich noch mehr verstärkt. Wenn im Jahr 1970 das Defizit der Zahlungsbilanz 10 Mrd. Dollar ausmachte, so erreichte es allein im ersten Quartal des Jahres 1971 5,5 Mrd. Dollar. Das war die Vorgeschichte der Maikrise.

Schließlich ist für die USA faktisch die gewöhnliche Methode der Einwirkung auf die Zahlungsbilanz, wie Abwertung der nationalen Währung, ausgeschlossen. Aus einer Reihe von Gründen weigern sich die USA kategorisch, den Goldgehalt des Dollar zu senken. Aber es geht auch darum, daß sogar im Falle der Durchführung dieser Maßnahme es den USA nicht gelingen würde, den Kurs des Dollar im Verhältnis zu den anderen Währungen zu senken, da, aller Wahrscheinlichkeit nach, die anderen Länder entsprechend den Goldgehalt ihrer Währungen senken würden. Der ökonomische Sinn einer Abwertung besteht aber auch gerade darin, den Kurs der gegebenen Währung im Verhältnis zu anderen Währungen zu senken.

Ausgehend davon bauen die USA ihre Politik darauf auf, die eigenen Interessen nicht so sehr durch einseitige Aktionen zu sichern, als eher auf dem Wege der Regulierung des gesamten internationalen Währungssystems, natürlich in einem für den amerikanischen Imperialismus vorteilhaften Geist. Sie stellen die Forderung einer bedeutenden und effektiven Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit der kapitalistischen Hauptländer im Währungsbereich, da entsprechend ihren Plänen die Festigung des internationalen Währungssystems und die Festigung des Dollars fast synonym sind und eines ohne das andere angeblich unmöglich ist.

Mit diesem Anspruch treten die USA in erster Linie gegenüber den Ländern des „Gemeinsamen Marktes“ auf. Aber, wie die Praxis beweist, ist die Zusammenarbeit der kapitalistischen Hauptländer bei der Regulierung der Zahlungsbilanzen wenig effektiv. Das verhindert auch die Tiefe der Widersprüche zwischen ihnen und die Schärfe der inneren ökonomischen und sozialen Probleme, denen gegenüber die Sorge um eine fremde Zahlungsbilanz den Regierungsspitzen jedes Landes keineswegs als erstrangiges Problem erscheint.

Realer sind die Ergebnisse der gemeinsamen Aktionen der kapitalistischen Länder auf dem Gebiet des internationalen Kredits und der Auffüllung der Währungsreserven. Diese Veränderungen drücken die Interessiertheit der imperialistischen Länder an der Aufrechterhaltung der Stabilität des Währungssystems aus. Die Kreditmöglichkeiten des Internationalen Währungsfonds wurden auf dem Wege der allgemeinen Vergrößerung der Quoten erweitert, und auch durch ein System mehrseitiger und zweiseitiger Vereinbarungen über kurzfristige (und mittelfristige) Reservewährungskredite ergänzt. Teilnehmer dieser Vereinbarungen sind nur die kapitalistischen Industrieländer. In den letzten Jahren wurde dieser Mechanismus wiederholt aktiv in Aktion gebracht. Der Sinn besteht darin, daß die Kredite einem Land, das ein Defizit der Zahlungsbilanz hat, die Möglichkeit geben, die für seine Beseitigung notwendigen Maßnahmen durchzuführen, ohne durch scharfe einseitige Aktionen die ökonomischen Interessen der Partner zu verletzen. Natürlich vollzieht sich das in der Realität keineswegs in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Hilfe, sondern in der Situation scharfer Krisen, Gegensätze und des Drucks. Der Mechanismus der internationalen Kreditvergabe ist nicht fähig, die Schärfe des Aufflammens von Währungskrisen zu glätten und effektiv darauf zu reagieren.

Mitte der 60er Jahre bildete sich in den Regierungskreisen der USA, England und einer Reihe anderer Länder die Meinung über die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen und wendigeren Mechanismus der Auffüllung der Währungsreserven nicht auf dem Wege von Krediten, sondern in der Form besonderen „internationalen Geldes“, das vom Internationalen Währungsfonds herausgegeben wurde. Es ist natürlich, daß die USA am meisten an einer solchen Reform des Währungssystems als Land mit einem Defizit der Zahlungsbilanz interessiert waren, und die Sache wird dadurch nicht geändert, daß die Führungsspitze der USA die Interessen des gesamten internationalen Währungssystems und seines „Fortschritts“ deklarativ herausstellten.

Die Vereinbarung über die Schaffung internationaler Reserven wurde im Rahmen der zehn hochentwickelten Länder (der sogenannten „Gruppe der Zehn“ – USA, England, Frankreich, BRD, Italien, Kanada, Japan, Belgien, Holland und Schweden) im Jahre 1967 erreicht und prinzipiell vor Internationalen Währungsfonds gebilligt. Die Währungskrise, die sich zu dieser Zeit entwickelte, drängte zum Abschluß und zur Ratifizierung der Vereinbarung über die speziellen Rechte auf das Erhalten von Valuta (SDR – nach den Anfangsbuchstaben des englischen Namens Special Drawing Rights). Im Jahre 1969 trat sie in Kraft und in den Jahren 1970–1972 mußte der Internationale Währungsfonds 9,5 Mrd. Dollar dieser Reserven verteilen. Zwei Jahres„dosen“ (ungefähr 6,5 Mrd. Dollar) sind schon verteilt.

Die Summe der SDR, die auf jedes Land entfällt, ist proportional seiner Quote im Internationalen Währungsfonds. Das bedeutet insbesondere, daß die USA über ein Viertel der erwähnten Summe erhalten, England 12 Prozent, und alle Entwicklungsländer zusammen ungefähr ein Viertel. Die jedem Land zugewiesene Summe der SDR wird auf einem speziellen Konto beim Internationalen Währungsfonds errechnet und kann ähnlich wie die Reserven für Zahlungen an andere Länder verwendet werden. Jedes Land ist verpflichtet, SDR von den Partnern in den Gren-

zen von 200 Prozent der eigenen Summe anzunehmen. Zum Beispiel beträgt die maximale Summe von SDR, die die BRD annehmen muß, über 400 Mio Dollar.

Die SDR unterscheiden sich von den verschiedenen anderen Formen des internationalen Kredits dadurch, daß ein Land, das sie benutzt, nicht verpflichtet ist (mit einigen Ausnahmen), diese Summen zu tilgen. Nachdem sie einmal in den internationalen Umlauf zwischen den Zentralbanken geraten sind, müssen sie darin verbleiben, indem sie nur vom Konto eines Landes auf das Konto eines anderen Landes umgebucht werden. Diese Tatsache drückt sich in dem weit verbreiteten „Spitznamen“ SDR= „Papiergold“ aus. Die Ökonomen und führenden Persönlichkeiten der Finanzpolitik rechnen damit, daß die SDR das Gold in der internationalen Zirkulation teilweise ersetzen können, die Abhängigkeit der Weltwirtschaftsverbindungen von den Vorräten und der Bewegung des Goldes reduzieren können.

Außerlich sieht die Sache so aus, als ob die neuen Währungsreserven „aus der Luft“ geschaffen werden, auf dem Wege der einfachen buchhalterischen Kontenführung. Natürlich hat diese Mystik nichts mit der Realität gemein. Solange die SDR – Summe auf dem Konto des Landes verbucht ist, hat sie nur potentielle ökonomische Bedeutung. Nur bei der Verwendung der SDR werden sie reales internationales Geld. Der ökonomische Sinn dessen besteht im wesentlichen darin, daß die Länder, die SDR akkumuliert haben, Länder kreditieren werden, die die ihnen zur Verfügung gestellten Summen benutzen. Aber, wie schon betont, unterscheidet sich dieser Kredit prinzipiell von den gewöhnlichen Formen des internationalen Kredits.

Die Schaffung des SDR-Systems ist eine bedeutende neue Erscheinung im Bereich der internationalen staatsmonopolistischen Regulierung der Währungsverhältnisse. Aber sie beseitigt keineswegs die Wirkung der grundlegenden ökonomischen und politischen Faktoren, die die Stabilität des kapitalistischen Währungssystems untergraben. Solche Maßnahmen bringen nur relativ und teilweise Veränderungen in das System, ohne seine Grundelemente und folglich seine Übel zu beseitigen oder zu berühren. Die Schaffung der SDR ist im besten Fall ein Palliativum, dessen Wirkung nur teilweise und schwach sein kann. Sie konnte insbesondere nicht den geringsten Einfluß auf Faktoren ausüben, die die heutige Verschärfung der Währungskrise verursacht haben. Die bestehenden Mechanismen und Organe der internationalen ökonomischen und finanziellen Zusammenarbeit erwiesen sich überhaupt als machtlos gegenüber der neuen Krisenwelle.

Die Hauptursachen der gegenwärtigen Währungskrise bestehen in der andauernden Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die die Untergrabung seiner ökonomischen und politischen Positionen in der gegenwärtigen Welt hervorrufen. Das internationale Währungssystem, das sich nach dem zweiten Weltkrieg herausbildete und auf der vorherrschenden Rolle der USA und des amerikanischen Dollar beruhte, entspricht nicht mehr den realen Bedingungen. Der Widerspruch zwischen den Reservefunktionen des Dollars, der formal dem Gold angeglichen wurde, und seiner tatsächlichen Schwächung in Verbindung mit der Inflation und dem Defizit der Zahlungsbilanz der USA tritt immer mehr in den Vordergrund und verleiht der Währungskrise besondere Schärfe.

Die Hauptbedeutung der gegenwärtigen Währungs- und Finanzkrise besteht darin, daß sie die Unsicherheit der kapitalistischen Wirtschaft vertieft, zur Vertiefung der sozialen Antagonismen beiträgt und die zwischenimperialistischen Widersprüche verschärft. Diese Rolle des Währungs- und Finanzbereichs wächst in Verbindung mit der sich ausweitenden Internationalisierung der Wirtschaft, mit der Vergrößerung der ökonomischen gegenseitigen Abhängigkeit, mit den Prozessen der ökonomischen Integration in verschiedenen Gebieten der kapitalistischen Welt.

Im Währungssystem spielen sich Prozesse ab, die die Anpassung des Kapitalismus an die neue Situation widerspiegeln. Die imperialistischen Länder suchen einen Ausweg aus der Krise auf dem Wege der regionalen und internationalen staatsmonopolistischen Regulierung. Sie bemühen sich, zu diesem Zweck die bestehenden internationalen Finanzmechanismen auszunutzen und schaffen neue Methoden und Instrumente der gegenseitigen Einwirkung. Aber diese Versuche stoßen auf große Schwierigkeiten und Widersprüche, die sowohl mit den inneren Entwicklungsbedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den einzelnen Ländern, wie auch mit den Interessenkonflikten der verschiedenen Länder verbunden sind. Das Währungsproblem wird durch die schwierige ökonomische und die Währungslage der meisten Entwicklungsländer und ihren Kampf gegen die ökonomische und finanzielle Unterdrückung des Imperialismus verschärft.

Das internationale Währungssystem bleibt eine der wichtigsten Quellen der Verstärkung der Unsicherheit und der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus.

André Beguin/Jean Claude Delaunay

Währungs- und Finanzkrise; imperialistische Gegensätze und die Auswirkungen auf die Werktätigen

Aus: économie et politique, Paris 1971, Heft Nr. 208, November 1971, S. 73–90. Der Beitrag ist in Frage-Antwort-Form verfaßt worden. Er wurde durch die Redaktion des Marxismus Digest stark gekürzt.

Was heißt konkret „Die Währungs- und Finanzkrise ist ein Aspekt der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus“?

Diese Frage stellt zunächst klar, daß die Krisenursachen gleichermaßen in allen großen kapitalistischen Ländern wiederzufinden sind. Dazu sei nur das französische Beispiel herausgegriffen: in Frankreich läßt sich eine starke Inflationsbewegung feststellen. Sie ergibt sich aus den Modalitäten der öffentlichen Finanzierung zu Gunsten des privaten Großkapitals und den Profitforderungen des letzteren, außerdem auch aus den Belastungen für militärische Zwecke. Daneben lassen sich auch Formen des Inflationsexportes in Länder der Franc-Zone nachweisen, wenn diese auch einen wesentlichen geringeren Umfang haben, als es beim Inflationsexport der Vereinigten Staaten der Fall ist. Die einzelnen inländischen Inflationserscheinungen, die in allen entwickelten kapitalistischen Ländern durch die dort ansässigen Monopole hervorgerufen werden und die Unterstützung ihres Staates genießen, stellen die währungspolitische Grundlage der internationalen Krise des staatsmonopolistischen Systems dar.

Der französische Imperialismus hat mächtige Monopole entstehen lassen, deren Umfang und Zusammenhang auf internationalen Maßstab umgesetzt mit solchen, die aus den Vereinigten Staaten oder der Bundesrepublik Deutschland stammen, einen Vergleich durchaus aushalten können. Dabei liegt der Hauptantrieb zu dieser Krise von heute, die sich aber nicht nur auf dem Währungsbereich zeigt, sondern sich auch auf die Produktion, den Verbrauch, die Arbeitsmarktlage, die Entwicklung der Produktivkräfte usw. erstreckt, bei den Monopolen, das heißt beim privaten Großkapital, dessen Macht immer mehr mit jener des Staates verquickt ist und von ihm durchdrungen wird. Aus dem System von Bretton Woods, das durch den Gold-Devisen-Standard gekennzeichnet ist und dessen Währungsmittelpunkt der Dollar war, haben die Monopole aller imperialistischen Bereiche ihren Vorteil gezogen, wengleich die aus den Vereinigten Staaten stammenden Monopole einen größeren Profit als jene aus anderen Ländern erwirtschaftet haben. Wenn sich nämlich die Vereinigten Staaten beispielsweise bis in die Höhe von 60 Milliarden Dollar (und sie scheuen sich nicht, einen noch höheren Schuldenbetrag auf sich zu nehmen) verschulden konnten, so bezeichnenderweise deshalb, weil die Monopole und die Staaten des gesamten Systems sich dieser Dollarbeträge bedienen. Die US-Konzerne benutzen diese Dollarbeträge dazu, die Akkumulationsmöglichkeiten und die

Profite ihrer Tochtergesellschaften in dem Maße zu fördern, wie ihnen dies die Politik der Ausbeutung der Werktätigen erlaubt, die in den einzelnen nationalen Territorien betrieben wird.

Im Gebälk des internationalen Währungssystems begann es jedoch von dem Zeitpunkt an zu knistern, als die inneren Währungskrisen durch die verstärkte gegenseitige Durchdringung und Konkurrenz der monopolistischen Kapitale unterschiedlicher nationaler Herkunft beeinflusst wurden. Die inzwischen deutlich hervorgetretene Rolle der multinationalen Gesellschaften in den Spekulationsmanövern ist einer der empfindlichsten Aspekte der währungspolitischen Unordnung, die sie selbst in das imperialistische System hineingebracht haben. Der Hauptgrund dazu liegt in der Vergesellschaftungstendenz des monopolistischen Kapitals auf internationaler Ebene, die aber gleichzeitig eine gegenseitige Abhängigkeit und Durchdringung quantitativ größerer und qualitativ wirksamerer Kapitale bedingt, um außerordentliche Profitraten angesichts der Tatsache eines langfristigen Kapitalüberschusses zu erwirtschaften.

Halten wir dazu noch fest, daß der langfristige Kapitalüberschuß nicht heißen soll, es gebe zu viele Fabriken, zu viel Geld, um neue Produktionsstätten zu errichten, zu viele Waren. Dieses „Zu viel“ in allen seinen Formen versteht sich nur im Bezug auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und nicht im Hinblick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, deren echte Befriedigung im Gegenteil mehr Güter, mehr Produktionsstätten für eine bessere und billigere Produktionsweise, mehr Finanzierungsmittel mit rationellerer Verwendung erfordert.

Inwieweit trägt die Systemkrise in Frankreich dazu bei, die Krise des kapitalistischen Währungssystems zu fördern? Besteht da ein Rückkoppelungseffekt?

Der erste Teil dieser Frage ist bereits beantwortet. Es soll jedoch noch eine zusätzliche Klarstellung dazu erfolgen. Schon die zur Analyse notwendigen Voraussetzungen führen in einem ersten Anlauf dazu, die Einzelabschnitte des Krisenprogramms herauszustellen. Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus liegt in Frankreich offen vor Augen. Ihre Auswirkungen erlebt die Bevölkerung unmittelbar. Dagegen erscheinen die internationalen Währungsphänomene als äußerlich, als draußen liegend, weil sie international sind. Die französische Regierung bringt derartige Auffassungen ins Spiel, um den Anschein zu erwecken, sie trage für eine solche Situation keine Verantwortung; andererseits aber könne sie auf der Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik Frankreich vor dem Sturm bewahren.

So findet auch kein Bruch zwischen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich und der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Bezugssystem zwischen den einzelnen imperialistischen Zentren statt. Die Regierung kann nämlich nicht zugleich auf der einen Seite die staatliche Intervention zu Gunsten des privaten Kapitals vorantreiben und sich andererseits von der internationalen Krise isolieren.

Ganz im Gegenteil, die internationale Dimension der Krise vertieft die staatsmonopolistische Innenpolitik der Regierung. Dies kann man aus dem Budget für 1972 ablesen, das die steuerliche Belastung für die Bevölkerung anwachsen läßt, dagegen aber Steuererleichterungen für Investitionen vorsieht; ferner wird eine Begrenzung des kollektiven Konsums angestrebt, der in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse und die persönliche Entfaltung der französischen Bevölkerung (Ausgaben für Schul- und berufliche Ausbildung sowie für die Bezahlung von Lehrkräften, Gelder für das öffentliche Bauwesen usw.) eigentlich unabdingbar ist. Trotz einer nach Kräften betriebenen sozialen Hochstapelei, die allerdings das durch die Volksmassen in den sozialen Auseinandersetzungen erreichte Niveau in Rechnung stellen muß, liegt die Orientierung der Monopole französischen Ursprungs in Richtung auf ihre Konkurrenten. Zu diesem Zweck werden immer mehr Geldmittel freigemacht und dies geschieht über inflationäre Bewegungen.

Die Tendenz zur Drosselung des Inlandmarktes, eine Tendenz, der einzig die Erfolge der Werktätigen auf dem Sozialbereich entgegenwirken, ist im Grunde die Konsequenz dieser Politik. Deshalb kann auch der sogenannte Aufschwung des Inlandskonsums, der von der Regierung als letzte Stütze ihrer Politik ins Auge gefaßt wird, nicht als Belebung der Produktion über den individuellen und kollektiven Konsum der Bevölkerung angesehen werden. Vielmehr ist dieser ganze Versuch nur auf die Entfaltung der Wettbewerbsfähigkeit der mächtigen Gruppen gerichtet und hat deshalb die unmittelbare oder mittelbare Konsumdrosselung im Inland zur logischen Folge.

Dazu sei hier noch die entgegengesetzte Auswirkung auf die internationalen Aspekte der Krise angemerkt: verstärkte Förderung der mächtigsten Monopole, die der Krisenmotor sind.

Was beabsichtigen die führenden Kreise der Vereinigten Staaten im Währungsbereich den anderen imperialistischen Ländern zuzumuten?

Die staatsmonopolistische Regierung der Vereinigten Staaten schützt in erster Linie das in ihrem Machtbereich angelegte private Großkapital. Aus diesem Grunde spielt sie in ihrer „Eigenschaft“ des zahlungsunfähigen Schuldners ihre Schlüsselstellung als Eckpfeiler des imperialistischen Systems aus, um ein noch größerer Schuldner sein zu können, das heißt, noch stärker die imperialistische Expansion der Monopole amerikanischen Ursprungs unter den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Formen über ihre Beziehungen zu den anderen Ländern zu erleichtern.

Das Ziel der gegenwärtigen Weltwährungspolitik der USA gegenüber den anderen Ländern besteht darin, den übrigen Währungen ein System der permanenten Aufwertung aufzuerlegen, die der permanenten Abwertung der eigenen Währung entspricht (als Folge der privaten wie öffentlichen Kapitalausfuhr wie als Folge der inflationistischen Finanzierung der monopolistischen Produktion im Inland).

Bis in die letzten Jahre duldeten die entwickelten kapitalistischen Länder, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und Japan, die Konkurrenz des nordamerikanischen Monopolkapitals, indem sie ihre eigenen Währungen abwerteten. Wenn die BRD und Japan ihre Währungen im Gegensatz zu diesen anderen aufwerteten, so läßt sich der Grund dazu leicht erkennen, nehmen diese beiden Staaten doch eine wirtschaftliche Sonderstellung ein (weniger hohe Rüstungsausgaben, imperialistische Solidarität mit den Vereinigten Staaten, verstärkte Kapitalproduktivität, die an besondere Faktoren gebunden ist, usw.).

1971 kam mit der gesteigerten inter-imperialistischen Konkurrenz ein neuer Faktor hinzu. Die führenden Kreise der USA möchten nun ihrerseits die Waffe der Abwertung gegenüber ihren Konkurrenten und gegen ihre Arbeiterklasse nutzen. Da aber der Dollar eine Vorrechtsstellung innerhalb des imperialistischen Systems einnimmt und ihnen dadurch beträchtliche Aktionsmöglichkeiten offenstehen, wollen sie so tun, als ob die **Dollarabwertung** (und damit die De Jure- oder De Facto-Aufwertung der anderen Währungen) dieses Vorrecht unberührt lasse. Daraus läßt sich auch ihre gegenwärtige (Herbst 1971) Weigerung, eine Dollarabwertung in Bezug auf das Gold vorzunehmen, sowie die übrigen getroffenen Maßnahmen ableiten.

Das „Bretton-Woods-System“ beruhte nun in der Tat auf **einem in Gold konvertierbaren Dollar**. Daher auch der Name „Gold-Devisen-Standard“ oder „Gold- und Wechselstandard“ (Goldexchange Standard).

Sicherlich sind die Führungsgremien in den Vereinigten Staaten sich darüber im klaren, daß das bisherige System nur unter gewissen, der Gegenwart angepaßten Formen, weitergeführt werden kann. Sie sind umso mehr gehalten, sich neue Formen auszudenken (doch handelt es sich dabei um untaugliche Verfahrensweisen, die ein neues System der Währungsverhältnisse in Gang bringen sollen; schon die Tatsache, daß solche neuen Formen erforderlich sind, kennzeichnen ihrerseits diese Krise), weil das nordamerikanische Kapital einschließlich des Produktivkapitals nicht mehr einzig und allein in den Vereinigten Staaten oder in den hauptsächlich von ihnen abhängigen Ländern angelegt ist. Es befindet sich ebenso in Südostasien wie im kapitalistischen Europa und in Afrika. Die führenden Kreise der USA können also nicht auf eine Währungspolitik zurückgreifen, die jener von 1944 ähnlich ist. Die internationale Vergesellschaftung des Monopolkapitals, dessen Interessen sie verteidigen, begrenzt die Möglichkeiten des nordamerikanischen Staates gegenüber diesen Monopolen. Dennoch könnte eine dieser neuen Formen zur Fortdauer des bisherigen Systems für die Führungskreise der Vereinigten Staaten darin bestehen, den Dollar seine bisherige Rolle unter dem Schutz und durch Vermittlung des Internationalen Währungsfonds mit Hilfe des dazu geeigneten Systems der Sonderziehungsrechte weiterspielen zu lassen.

Darüberhinaus sind die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten bemüht, eine neue Aufteilung der Aggressions-Ausgaben der „freien Welt“ herbeizuführen, womit sie den Versuch anstellen, die Ausgaben anderer für ihre eigene imperialistische Strategie einzusetzen. Schließlich versuchen sie, die Zoll- und Finanzschranken

abzubauen, die sie auf ihrem Weg vorfinden, die häufig schon niedriger sind als jene, die sie an ihren eigenen Grenzen aufrichten.

Welches Spiel treibt Westdeutschland in der gegenwärtigen Währungskrise?

Manche Kommentatoren neigen dazu, die Bundesrepublik Deutschland als einen „Vasallen“ der Vereinigten Staaten zu betrachten. Die Wirklichkeit scheint uns komplexer zu sein.

Zweifellos hat die BRD seit 1960 ihre Währung dreimal aufgewertet (zweimal indem sie neue Wechselkurse festlegte, das drittemal über eine Verordnung zur relativen Freigabe der Wechselkurse) und somit die von den Vereinigten Staaten gewünschte Richtung befolgt. Brachte die D-Mark-Aufwertung aber im Verhältnis zum Dollar für das westdeutsche Großkapital nur Unannehmlichkeiten? Gewiß, die Neubewertung der D-Mark verteuerte die westdeutschen Waren auf den Auslandsmärkten, eine Verteuerung, die noch zu der durch die inländische Preisinflation hervorgerufene Verteuerung hinzukam. Das Großkapital vertuscht jedoch dieses Handicap in Westdeutschland und allen entwickelten kapitalistischen Ländern über steigende Exporthilfen und Steuererleichterungen usw. Darüberhinaus hat diese Unterstützung der Politik des US-Imperialismus ihr politisches Gegenstück (Unterstützung der revanchistischen CDU-Politik). Und sie hat noch immer ihr unmittelbares wirtschaftliches Gegenstück (militärische Ausgaben der USA in der BRD).

Man kann jedoch bei diesen Einzelbetrachtungen nicht stehen bleiben. Wenn es eine De Facto-Aufwertung der D-Mark gibt, so gilt das in gleicher Weise und vielleicht sogar heute in erster Linie bezüglich der steigenden Kapazität landwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Niederlassungen, die das westdeutsche Großkapital im europäischen Ausland wie in bestimmten wirtschaftlich unterentwickelten und abhängigen Ländern zu seinem Vorteil zu nutzen weiß.

Die gegenwärtige De Facto-Aufwertung der D-Mark ist also nicht einfach Ausdruck für eine Abhängigkeit der deutschen Monopole und ihres Staates gegenüber dem nordamerikanischen Imperialismus. Die in Richtung auf die sozialistischen Länder seit einiger Zeit von der Bundesregierung verfolgte Außenpolitik bekundet im übrigen Veränderungen im Verhältnis der BRD zu den USA. Diese De Facto-Aufwertung bringt vor allem die Interessen der in Westdeutschland angelegten Teile des Großkapitals zum Ausdruck, die eng mit denjenigen ihrer entsprechenden Unternehmen in USA verbunden, ihnen aber nicht untergeordnet sind; im Gegenteil, sie stehen in steigendem Widerspruch zu ihnen. Die BRD ist außerdem bestrebt, ihre monopolistische Basis über eine europäische Konstruktion auszubauen, wobei sie noch den Vorteil hätte, sie erweitern zu können.

Deshalb sind anlässlich der derzeitigen Währungskrise Möglichkeiten mit zeitlich begrenzten Allianzen zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den im Gegensatz zu den USA stehenden imperialistischen Gruppen schon jetzt vorzusehen, ja sie zeichnen sich sogar schon ab. Doch sie sind ebenso brüchig und mit entgegen-

gesetzten Interessen belastet wie diejenigen, die zwischen diesen Ländern und den Vereinigten Staaten bestehen.

Was wollen die Regierung und die Monopole in Frankreich? Welches sind oder könnten die Auswirkungen ihrer Politik auf die Verhältnisse der Werktätigen, ja der ganzen französischen Bevölkerung sein?

Inhalt und Tragweite der französischen Entscheidungen, die am Tage nach der Verkündung des Nixon-Planes bekanntgegeben wurden, legen über die inter-imperialistischen Widersprüche ein Zeugnis ab.

Die von den verschiedenen kapitalistischen Staaten eingenommenen Positionen widerspiegeln diese Antagonismen und machen sie verständlicher, indem sie die Solidarität aufzeigen, die zwischen den verschiedenen Imperialismen besteht. Die derzeitige Regierung (Koalition zwischen Gaullisten, Unabhängigen und Zentristen) wurde in ihrer Politik der Verteidigung der in Frankreich angelegten monopolistischen Interessen dazu gebracht, eine Reihe von Maßnahmen einzuleiten, die im Zusammenhang mit ihrer im VI. Plan niedergelegten Wirtschaftsstrategie stehen.

Dabei handelt es sich in erster Linie darum, die Positionen des Monopolkapitals französischen Ursprungs auf den Auslandsmärkten zu verteidigen und zu vergrößern. Dies kann über ein kommerzielles Einfließen von Waren und gleichzeitig von monopolistischem Kapital geschehen. Dadurch wird dessen Akkumulation begünstigt, vor allem unter Voraussetzungen, die eine Verbesserung seiner Organisationsstruktur erlauben.

Welche Tragweite haben diese Maßnahmen?

Das von der Regierung und den Monopolen verfolgte Ziel ist die Verstärkung der Waren- und Kapitalexporte im Rahmen der erbitterten internationalen Konkurrenz.

Der offizielle Devisenmarkt kann dem zeitweilig entsprechen. (*Im vorhergehenden Text war die Maßnahme der französischen Regierung zur Spaltung des Devisenmarktes erläutert worden. Auf dem offiziellen Devisenmarkt erfolgte die Abwicklung der Handelsgeschäfte nach den festen Dollarparitäten; auf dem freien Devisenmarkt wurden die Geld- und Kapitalgeschäfte nach freien, durch Angebot und Nachfrage bestimmten Kursen abgewickelt. Anmerkung der Marxismus-Digest Redaktion.*) Für einen Ausländer führt das dann dazu, daß er aus seiner nationalen Währung einen geringeren Betrag aufwenden muß, um die gleiche Geldquantität in Franc zur Zahlung französischer Importwaren zu erhalten. Darüberhinaus erlaubt der Finanzmarkt (freier Devisenmarkt) den in Frankreich angesiedelten Monopolen, ihren Kapitalexport auszuweiten; so brauchen sie zum Beispiel zur Bezahlung eines Investitionsvorhabens in den USA nur 5,39 F für einen Dollar anstatt nach offiziellem Kurs 5,53 F anzulegen.

Allerdings weiß auch die Regierung, daß dieser doppelte Devisenmarkt nicht ewig dauern kann.

Diese Lösung, inmitten des Ablaufs der Währungskrise entstanden, zielt zum einen darauf ab, daß die französischen Monopole ihre Positionen im Ausland halten

können und nicht schlechter gestellt werden, zum anderen, daß die Regierung unter für sie günstigen Voraussetzungen in kommende internationale Verhandlungen gehen kann.

Dieses zum größten Nutzen des Großunternehmertums eingesetzte System verschafft der Regierung eine Atempause, erlaubt ihr eine auf eine allgemeine und globale Lösung der Krise („Reform des Weltwährungssystems“, Goldproblem, Sonderziehungsrechte, Internationaler Währungsfonds) abwartende Haltung einzunehmen, ja eine solche Lösung zu fordern, selbst wenn die Bonner Regierung mit ihrer ehrgeizigen Währungspolitik unter dem Druck der westdeutschen Monopole eine Überprüfung ihrer Orientierung ins Auge fassen sollte.

Tatsächlich geht es doch darum, den Monopolen so lange wie möglich die Nutznießung dieser Vorteile zu belassen, die ihnen dieses System des doppelten Devisenmarktes bis zu dem Augenblick bietet, da eine neue „Währungsordnung“ ausgearbeitet ist, wobei die Erweiterung der Bandbreiten und eine gemäßigte Aufwertung ausgehandelt werden könnten, ohne daß die konkurrenzfähigen Positionen in Frage gestellt werden. Diese Maßnahmen sähen dann so aus, daß sie die Kapitalexporte mit einem aufgewerten Franc begünstigen würden. Die monopolistische Konkurrenz, die sich ohnedies schon während der letzten Zeit verstärkt hat, wird dann im Bereich der kapitalistischen Welt eine neue Schärfe erhalten und sich neuen Entwicklungen gegenübersehen. Alle von ihren Staaten gestützten Monopole werden dann den Beweis einer erweiterten Aggressivität in allen Bereichen erbringen. In diesem Kontext einer internationalen Konkurrenz besteht die Politik der französischen Regierung darin, die Löhne so zu drücken, daß die Rentabilität und die monopolistische „Wettbewerbsfähigkeit“ gestärkt werden.

Die Regierung, die die Folgen der internationalen Währungskrise zum Vorwand nimmt, zieht ihren Nutzen daraus, um ihre Politik der „gegenseitigen Tarifverträge“ fortzusetzen, die darin besteht, den individuellen und kollektiven Konsum der Bevölkerung zu drosseln und auf die Lohnentwicklung Druck auszuüben. Während das Nach-oben-Schwingen der anderen Währungen den Druck auf die Importpreise nach Frankreich anwachsen ließ, mußte die Regierung, die mitten im Sommer 1971 mit den Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehr ein Beispiel dazu lieferte, zugeben, daß die Preissteigerungen besonders lebhaft waren (noch im September betragen sie bis zu fünf Prozent). Gleichzeitig gestand sie aber den Monopolen Angleichungsfristen zu, noch ehe sie die angeblichen „Anti-Preissteigerungs-Abkommen“ vereinbarte.

Die jüngste gesetzliche Festlegung der Preise für bestimmte Erzeugnisse haben nun zum Ziel, den Willen der Regierung nachzuweisen, daß die „Anti-Preissteigerungs-Abkommen“ zu beachten sind. Außerdem bietet sich damit ein vorteilhaftes Argument an, um die gewerbliche Wirtschaft, das Handwerk und die übrige Bevölkerung gegeneinander auszuspielen und jeden von ihnen als den Hauptverantwortlichen für die Preissteigerungen anzuprangern. Überdies hat der Präsident der AGREF Ferry, ein „Großgehilfe“ der eisenschaffenden Industrie, in einem „Le Monde“-Interview den sofortigen Lohnstopp gefordert, der nicht nur eine Be-

grenzung des Nominallohnes, sondern auch eine Senkung der Kaufkraft vorsehen sollte.

Die Notwendigkeit zum Druck auf die Preise, auf der die Regierung besteht, läßt, sieht man von dem demagogischen Inhalt solcher Erklärungen ab, den Gedanken aufkommen, daß der Rückgriff auf eine stärkere Inflationsrate, wie sie sich in den anderen Ländern zeigt, die konkurrenzfähigen Positionen der französischen Monopole beeinträchtigen könnte, die gerade von der Regierungspolitik insbesondere auf Grund einer Franc-Aufwertung gehalten oder gar verbessert werden sollten. Daneben ist die Regierungspolitik bestrebt, die Gegnerschaft und die Einmütigkeit der Unternehmer in Sachen Wiederbelebung und Anwachsen der Kaufkraft von Löhnen zu stärken.

Die Leitung der Französischen Kommunistischen Partei hat im Verlauf der Währungskrise ihre entschlossene Gegnerschaft zu einer Franc-Aufwertung erklärt.

Das Interesse Frankreichs erfordert eine grundlegend andere Politik als diejenige der Regierung, die unter den günstigsten Voraussetzungen die internationalen Verhandlungen vornehmen will. Es sei nur an das beredte Schweigen des Ministers für Parlamentsangelegenheiten *Jacques Chirac* erinnert, als der stellvertretende FKP-Generalsekretär *Georges Marchais* ihm die Frage stellte, ob er erklären könne, daß die Regierung den Franc niemals aufwerten werde!

Unsere Politik schließt währungspolitische Manipulationen aus, da diese nur unselige Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung sowie auf deren Lebens- und Arbeitsbedingungen haben würden.

Die Franc-Stabilisierung reicht allein nicht aus, um diese Krise zu meistern, soweit sie Frankreich betrifft. Eine Politik, die von den Wechselkursen unabhängig ist, das heißt das genaue Gegenteil einer Politik, wie sie von den französischen Regierungen seit 1958 durchgeführt wurde, könnte der Wirtschaft und der Außenpolitik unseres Landes erlauben, sich von dem jetzt vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem zu lösen, ohne unseren Handelsaustausch zu verringern. Zunächst müßte deshalb die wirtschaftliche Kooperation mit allen Ländern unter der Beachtung gegenseitiger Rechte verstärkt werden. Immerhin beginnen die Monopole die guten Eigenschaften der sozialistischen Märkte als Pole eines regelmäßigen Wachstums und frei von jeder Unsicherheit zu erkennen. Doch ist es möglich, in diesem Bereich noch weiter vorzustoßen, indem der Handelstausch in beiden Richtungen entwickelt und indem er vernünftig im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung organisiert wird. Die bestehende Verbindung zwischen der Währungs- und der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihren gegenwärtigen Auswirkungen erfordert ebenfalls und in erste Linie die Durchführung einer wirtschaftlichen Erneuerungspolitik, so wie es im Programm einer demokratischen Regierung der Volkseinheit niedergelegt ist und von der Französischen Kommunistischen Partei vorgeschlagen wurde. Als wesentliches Moment enthält diese Politik die Kontrolle der Geld- und Kreditumläufe, wie sie durch die demokratische Nationalisierung des Finanz- und Kreditystems einschließlich der wichtigsten industriellen Schlüsselbereiche ausgeübt werden kann.

Z. Atlas / G. Matjuchin

Weltgeld: Gold oder Dollar?

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1971, Heft Nr. 8/71. Der vorliegende Beitrag wurde durch die Redaktion des Marxismus Digest leicht gekürzt.*

Ein wichtiges Moment der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich weiterentwickelt und verschärft, sind die wesentlichen Veränderungen in der Funktion des Goldes als Geldware und der eigenartige Kampf des Goldes und des Dollars in der gegenwärtigen Epoche. Das Gold, das im Verlauf vieler Jahrhunderte unmittelbar sowohl im inländischen Umlauf (in Münzform) als auch in der Weltzirkulation (in Form von Barren) fungierte, wurde aus einigen wichtigen Bereichen des Geldumlaufs verdrängt. Die Etappen dieser Verdrängung sind wohlbekannt. 1914 wurde die Goldumlaufwährung abgelöst, 1931–1936 wurden die Formen des Goldbarren- und des Golddevisen-Standards, die sie ersetzt hatten, gesprengt, und nach dem 2. Weltkrieg verschwand das gelbe Metall als Geld aus dem inländischen Verkehr und wurde zum Teil auch aus dem internationalen Umlauf nach und nach verdrängt.

Die Offensive gegen das Gold

1947 stellte *G. Kozlow* in seinem Artikel „*Die kapitalistische Wirtschaft und die Geldzirkulation*“ zu recht fest, daß das „*Gold noch nie in der ganzen Geschichte des Kapitalismus so aus dem freien Umlauf verdrängt wurde, wie in der Gegenwart*“.¹ Gleichzeitig und in untrennbarem Zusammenhang mit dem erwähnten Prozeß entwickelt sich das komplizierte System nicht nur der innerstaatlichen, sondern auch der zwischenstaatlichen Kontrolle und Regulierung der Bewegung des Goldes und seines Preises in nominellen (papierenen) Geldscheinen, sowie auch der Formen und Bedingungen des Zahlungsverkehrs. Das Gold als Geldware konzentriert sich mehr und mehr in den Händen des bürgerlichen Staates. Es wird nicht nur aus dem Verkehr gezogen und in den gesamtstaatlichen Währungsreserven zentralisiert. Im Rahmen der letzteren vollzieht sich der Prozeß der Verdrängung des Goldes durch die Papierwährung der führenden kapitalistischen Länder, und zwar in erster Linie durch den USA-Dollar. Während 1913 der Goldanteil in den Gold-Devisen-Reserven der kapitalistischen Länder 89 % ausmachte, betrug er 1928 – 76 %, 1948 – 71 %, 1958 – 69 % und 1969 – insgesamt 55 %².

¹ „Planovoe Chozjajstvo“ Nr. 3, 1947, S. 75.

² Berechnet nach: „International Reserves and Liquidity“ International Monetary Fund, Washington 1958, p. 16; „International Financial Statistics“, March 1970; „International Financial Statistics“, Suppl. to 1966/67 Issues, p. IV–V.

Parallel zur Verringerung des spezifischen Gewichtes des Goldes in diesen Reserven um mehr als das 1,6-fache hat sich grundlegend auch die Wechselbeziehung der zentralisierten Goldreserven und des Weltwarenaustauschs verändert. Während vor dem 2. Weltkrieg die Goldreserven der Zentralbanken und der Regierungen höher waren als der Wert des Weltexports, überstieg in der Nachkriegszeit das Jahresvolumen des Weltexports im Wertausdruck der Summe der zentralisierten Goldreserven bei weitem.

Tabelle 1

	1938	Verhältnis 1:2	1968	Verhältnis 1:2
1. Zentralisierte Welt-Goldreserven (in Mrd. Dollar)	26,5	125:100	38,9	18:100
2. Export im Wert (in den Preisen der entsprechenden Jahre)	21,1		211,4	

Berechnet nach: „Statistical Yearbook 1948“ U.N. 1949, pp. 381–383; „...1967“ U.N. 1968, p. 66; „Monthly Bulletin of Statistics“, May 1969, o. 13.

Stark verändert hat sich auch die Rolle des Goldes als Basis des nationalen Geldumlaufs. In der Epoche des Goldstandards konnten die Emissionsbanken nationale Geldscheine nur bei Golddeckung oder bei nicht an sie bezahlten Schulden in der Nationalwährung (anfangs bei kommerziellen- und späterhin hauptsächlich bei Schatzamtswechseln) herausgeben. Von 1922–1930 und später nach 1945 geben die Emissionsbanken nationale Geldscheine nicht nur bei Golddeckung oder bei nicht an sie bezahlten Schulden in der Nationalwährung heraus, sondern auch bei ausländischer in Gold bezahlbarer Währung. Als Folge davon läßt die Emissionsbank, die die Nationalwährung eines anderen Landes in Zahlung erhält, im Zusammenhang mit dem Aktivsaldo ihrer Zahlungsbilanz, anstatt den Umtausch dieser Währung in Gold zu verlangen, größtenteils diese in ihrer Bilanz, in ihren Reserven.

Es muß bemerkt werden, daß die Veränderung der Geldware als Zahlungs- und Umlaufmittel durch ihre nominellen Vertreter bereits in den vorkapitalistischen Formationen begann. Dies war ein Ausdruck der objektiven Notwendigkeit, den Geldumlauf dem Wachstum des Produktions- und Warenumsatzvolumens anzupassen. Jedoch nur im Kapitalismus trat die Verdrängung des Goldes als Geldware als beständige Tendenz in Erscheinung. Dies ist damit zu erklären, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verschiedene Formen von Kreditgeld große Verbreitung fanden, die das monetäre Gold im Umlauf zu ersetzen begannen.

Das Kreditgeld, das den kapitalistischen Produktionsprozeß versorgt, senkt die Umlaufkosten, indem es das Goldgeld durch Papierwertzeichen ersetzt, sowie durch gegenseitige Tilgung der Schuldforderungen. Indem sie die Funktion des Kredits selbst sichert, stellt die Emission von Kreditgeld eine äußerst wichtige Quelle des Bankkreditwesens und demzufolge der Kreditexpansion dar. Mit der Herausgabe eigener Banknoten, Zahlungsbefehle und Wechsel schaffen die Banken, wie K. Marx betonte, „Kredit und Kapital“³. Natürlich ist dies Geldkapital in Form von Zahlungsmitteln, es bezieht jedoch auch reales Kapital in den Reproduktionsprozeß ein.

Die vorteilhafte Position des Kreditgeldes gegenüber dem Metallgeld zeigte sich darin, daß sogar in der Blütezeit des Goldstandards, wie aus Tabelle 2 ersichtlich, der Anteil des Metallgeldes am Umlauf ständig geringer wurde und 1913 in einigen Ländern insgesamt nur noch 25–27 Prozent ausmachte.

Tabelle 2

Umfang der Geldmasse (in Mio. Einheiten der nat. Währungen)

Länder	Jahre	Gold- und Silbermünzen	Kreditscheine	Anteil der Münzen an der Gesamtmasse des Geldes (in %)
USA	1890	530,6	974,1	35,2
	1900	780,2	1 378,6	36,1
	1905	841,1	1 821	31,6
	1913	872,6	2 574,8	25,3
Frankreich	1890	9 153	3 060	75,0
	1900	8 922	4 034	68,8
	1905	9 264	4 408	67,8
	1913	10 363	5 665	64,6
Rußland	1900	828	550	60
	1905	894	1 124	44
	1910	752	1 263	37
	1913	623	1 683	27

Berechnet nach Daten, die in der Arbeit von I. Trachtenberg („Weltwirtschaftskrisen“ Bd. III, M. 1939, S. 644–648, 774 804–809) angeführt sind.

3 s. K. Marx u. P. Engels, Werke Bd. 25, T. II, S. 89 (russ.).

In der Folge war die Wirkung dieser Tendenz verbunden mit dem Übergang der kapitalistischen Wirtschaft von der freien Konkurrenz zum Monopol und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

W. I. Lenin führt bei der Analyse des Konzentrationsprozesses der Produktion und der Bildung der Monopole die Ausführungen des bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlers F. Kestner an über die Tendenz der Umwandlung der normalen Handelstätigkeit im früheren Sinne in eine organisatorisch-spekulative Tätigkeit. Er enthüllt tiefgreifend die sozialökonomische Grundlage dieser Tendenz: sie besteht im Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion in kapitalistischer Form mit allen ihm eigenen antagonistischen Widersprüchen. Die andere Seite dieses Prozesses oder ein anderer Ausdruck dafür ist die von Lenin festgestellte Tendenz, das historisch entstandene System der Warenproduktion zu untergraben: „... die Entwicklung des Kapitalismus ist dahin gelangt, daß, obwohl die Warenproduktion wie vorher ‚herrscht‘ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, sie in Wirklichkeit jedoch bereits untergraben ist, und die Hauptprofite den ‚Finanzgenies‘ zufallen“.⁴ Im Verlauf des halben Jahrhunderts, das seit dem Augenblick vergangen ist, als diese These aufgestellt wurde, erlangten die Vergesellschaftungsprozesse im Bereich der Produktion und der Umwandlung in Monopole und besonders in staatsmonopolistische Formen eine gigantische Entfaltung und umfaßten sowohl die Ökonomie der einzelnen Länder als auch die kapitalistische Weltwirtschaft insgesamt.

Der gesetzmäßige Ausdruck des Deformationsprozesses, der Untergrabung der Warenproduktion in ihrer ehemaligen klassischen Form unter Beibehaltung der spontan-anarchischen Privateigentums-Grundlage der kapitalistischen Ökonomie ist eine wesentliche Veränderung des Mechanismus des inländischen und des internationalen Geldumlaufs, des Charakters der Funktion des Geldes, und demzufolge auch der Rolle des Goldes als Geldware. Man kann eine Reihe von Faktoren beobachten, die die Tendenz der Verdrängung des monetären Goldes durch das Kreditgeld in der gegenwärtigen Epoche bedingt haben.

Der erste von ihnen ist die **massenhafte Kapitalausfuhr**. Unter den Bedingungen des Goldstandards bewirkten der Erwerb ausländischer Wertpapiere, die Überweisung von Geldmitteln ins Ausland, die Gewährung privater Kredite und internationaler Regierungskredite infolge der Wirkung des Mechanismus der „Goldpunkte“ ein Absinken des nationalen Währungskurses und die Ausfuhr des Goldes aus dem Lande. Dies war ein zügelndes Moment für den Kapitalexport, da der Abfluß des Goldes eine gespannte Lage auf dem nationalen Geldmarkt schuf. Im Ergebnis stieg der Diskontsatz, fielen die Wertpapierkurse, wurden die Kredite gekürzt, fanden Bankrotte statt, und – als Folge von alledem – kam die Kapitalausfuhr im Stocken oder wurde völlig unterbrochen.

Daher hielten die Währungsorgane der kapitalistischen Länder es schon unter den Bedingungen des Goldstandards, d.h. zu Beginn des XX. Jahrhunderts, für notwendig, die Konvertierung ausländischer Währungen in Gold mit allen Mitteln

4 W. I. Lenin, Ges. Werke, Bd. 27, S. 322 (russ.).

einzuschränken. Praktisch war dies durchaus möglich, da die Welt sich bereits damals einer, der stärksten Nationalwährung zuneigte – dem englischen Pfund Sterling. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler P. Lindert stellt in diesem Zusammenhang fest: „Die Schlüsselposition des Pfund Sterling (und in geringerem Maße des französischen Franc und der deutschen Mark) gestattete, die Begleichung von Rechnungen hinauszuschieben, die andernfalls notwendig gewesen wäre. England gibt am Vorabend des 1. Weltkrieges ein klassisches Beispiel für das ‚Defizit ohne Tränen‘. ... Die Anfang des Jahrhunderts sich rasch anhäufenden Sterlingvorräte im Ausland verhinderten ein Wachstum des Diskontsatzes, wie es nötig gewesen wäre. Die verhältnismäßige Leichtigkeit, Kredit zu erhalten, stimulierte die Geschäftsaktivität im Inland und begünstigte den Warenimport und den Kapitalexport“.⁵

Nichtsdestoweniger blieb die Kapitalausfuhr aus den wichtigsten kapitalistischen Ländern immer noch auf einem niedrigen Niveau. So betrug der reine jährliche Kapitalexport aus England 1900–1913 im Durchschnitt 589,7 Mio. Dollar, aus Frankreich 142,3 Mio. Dollar, aus den USA 59,9 Mio. Dollar.⁶

Ein gigantisches Ausmaß erreicht der Kapitalexport erst nach dem ersten Weltkrieg, als im internationalen Umlauf die Währung der in der Weltwirtschaft führenden Länder verbreitet zu fungieren beginnt. Besonders sichtbar wurde das Wachstum des allgemeinen Umfangs der ausländischen Investitionen der wichtigsten Kapitalexporteure nach 1938, d.h. nach der Zerstörung der letzten Formen des Goldstandards. Im Jahre 1913 betrug der 44 Mrd. Dollar, 1938 53 Mrd. Dollar, 1957–1958 101 Mrd. Dollar und 1967 228 Mrd. Dollar.⁷

Der zweite wichtige Faktor ist die **Umwandlung des bürgerlichen Staates in den größten Eigentümer an Produktionsmitteln und größten Produktionskonsumenten, in einen Investor und Bankier**. Dieser Faktor ist untrennbar mit einem wichtigen Merkmal des gegenwärtigen Kapitalismus verbunden – mit der Militarisierung der Wirtschaft und den steigenden Militärausgaben. So wuchs in den USA der Anteil der Ausgaben des Bundeshaushalts am Gesamtprodukt von 2,2 % im Jahr 1910 auf 20 % im Jahr 1969, und der Anteil der Militärausgaben des Bundeshaushalts von 0,9–3,0 % in den Jahren 1910–1939 auf 3,1–12,9 % in den Jahren 1940 bis 1968⁸.

Die strenge Emissionsgesetzgebung der Periode des Goldstandards, die die Einschränkung der Emission von Banknoten durch Normen der Golddeckung vorsah, bremste die Finanzierung der Staatsausgaben, insbesondere die der Militärausgaben, zumal die letzteren in hohem Maße auf Rechnung der Emission von Banknoten unter Schatzamtwechseln bezahlt wurden. Am Beispiel der USA ist ersichtlich daß die Regierungsverpflichtungen in den Bilanzen der Banken – der Mitglieder des Bundesreservesystems (FRS) – das größte Wachstum gerade nach der Ablösung

5 Peter H. Lindert, Key Currencies and Gold 1900–1913. Princeton (N.J.), 1969, S. 75.

6 Ibid., S. 69.

7 Nach den Berechnungen von A. Manukjan. Vgl. „Političeskaja ekonomija sovremennogo monopolističeskogo kapitalizma“. Bd. 2, M. 1970, S. 75.

8 „Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957“, pp. 139, 711; Statistical Abstract of the United States, 1970, pp. 311, 377.

des Goldstandards im Februar 1933 aufwiesen. So ist in 18 Jahren, von 1914–1932 (also einschließlich der Periode des ersten Weltkrieges) die Summe der Regierungsverpflichtungen in den Händen des FRS auf 5,7 Mrd. Dollar gestiegen; im Verlauf der nachfolgenden Friedensperiode, von rund 6 Jahren hat sie sich auf 4,4 Mrd. Dollar erhöht, und 1970 im Vergleich zu 1938 auf 46,2 Mrd. Dollar⁹.

Auf diese Weise wurden, vor allem im Ereignis der Ablösung des Goldstandards und der früheren Emissionsgesetzgebungen die „Goldfesseln“ gelöst, und es erwies sich als möglich, den Staatshaushalt in außerordentlichem Umfang für die Durchführung der inflationistischen Politik im Interesse der Monopole und der gesamten Kapitalistenklasse auszunutzen.

Ein äußerst wichtiger Faktor ist auch die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Epoche ein Land oder einige Länder fähig sind, bis zu einem gewissen Grade die **Kontrolle über andere Länder auf dem Gebiet ihres inländischen Geldumlaufs und Kredits zu erlangen**. Dabei ist dies nicht nur auf den Einfluß auf den Stand der Goldwährungsreserven der abhängigen Staaten beschränkt. Der Zustrom einer solchen Währung wie des Dollars erhöht unter den Bedingung seines freien Austauschs die Geldmenge im inländischen Umlauf der Länder sowohl direkt, d.h. auf Rechnung von Dollarbanknoten, als auch indirekt über die Banken. Die Zentralbank ist in diesem Falle gezwungen, zusätzliche Mengen der Nationalwährung im Austausch für die vorgewiesenen Dollars in Umlauf zu setzen. Die anderen Banken, die ebenfalls Dollarguthaben sammeln, erweitern unter dieser Deckung unbegründet ihre Kreditoperationen. Der Dollarzufluß in die europäischen Länder begünstigt außerdem die Erweiterung des Eurodollarmarktes, der mit dem Geldmarkt der USA enger verbunden ist. Die kleinsten Veränderungen des amerikanischen Diskontsatzes spiegeln sich unverzüglich in der Situation des Eurodollarmarktes wider, was ununterbrochene Verschiebungen kurzfristiger Kapitalien aus Europa und Amerika und umgekehrt hervorruft. All das bringt die nationalen Geldmärkte in Unordnung und beschleunigt den Inflationsprozeß in den Ländern, in die die Dollars einfließen. Beim monetären Goldumlauf war eine ähnliche Einmischung eines Landes in das Geldsystem eines anderen nicht möglich. Das ins Land eingeführte Gold wurde in nationale Münzen umgeprägt und konnte keine Inflation hervorrufen, da die für die Zirkulation überflüssigen Münzen aus dem Umlauf gezogen wurden und sich in den Schatz verwandelten.

Die Wirkung der charakterisierten Faktoren ist, wie bereits oben bemerkt, mit dem Umstand verbunden, daß an Stelle der Goldmünzen in breitem Umfang Kreditgeld in den Umlauf eindringt, anfangs in Form von konvertiblen und danach auch von nichtkonvertiblen Banknoten, die für das monopolistische Stadium des Kapitalismus und besonders für die Epoche seiner allgemeinen Krise typisch sind. In diesen Prozeß tritt das Kreditgeld nicht nur als Triebkraft der ökonomischen Entwicklung auf, sondern verwandelt sich in ihr Gegenteil – in einen Faktor der Untergrabung

9 „Mirovje ekonomiceskie krizisy“, Bd. III. M., 1939, S. 606–611; „Federal Reserve Bulletin“, Januar 1971, p. A 12.

der kapitalistischen Produktion. Eine besondere Rolle kommt dabei der Inflation zu, die infolge einer Reihe von Ursachen einen unvermeidlichen Begleiter des nicht-konvertiblen Kreditgeldes darstellt. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion zeigt sich der Einfluß der Inflation in folgenden Richtungen:

Erstens verschärft sie die Widersprüche zwischen dem inländischen Umlauf und der Zahlungsbilanz des Landes. Wenn infolge der Inflation der Kurs der Nationalwährung fällt, verringert sich der Import, und infolgedessen verringert sich die Summe der im Inland hergestellten Waren. Aus diesem Grunde verstärkt sich der Inflationsprozeß. Unter den Bedingungen jedoch, die charakteristisch sind für das gegenwärtige System der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft durch entsprechende nationale und internationale Organe, bleibt der Währungskurs häufig stabil, sogar trotz der sich im Inland entfaltenden Inflation. Bei einer solchen Situation erhöht sich der Import des Landes und der Export wird geringer; daher wird die Entwicklung der Inflation gebremst, das Defizit der Zahlungsbilanz aber wächst. Letzten Endes ist die Regierung gezwungen, ihre Währung abzuwerten, wodurch die Inflation erneut einen Anstoß zu ihrer Entwicklung erhält.

Zweitens führt die Inflation im Endergebnis zu Stagnation und Absinken der Geschäftsaktivität, da die bürgerlichen Regierungen auf einer bestimmten Etappe gezwungen sind, den Kredit zu begrenzen, die Diskontsätze zu erhöhen, die Beschäftigung einzuschränken, wie das beispielsweise Ende 1969 – Anfang 1970 in den USA der Fall war. Außerdem ruft die Entwertung des Geldes ein Absinken oder einen Wachstumsstopp der Arbeitsproduktivität hervor, was sich ebenfalls negativ auf die kapitalistische Produktion auswirkt.

Drittens fördert die Inflation eine noch größere Polarisierung der Klassen, da sie breite Möglichkeiten für eine Umverteilung des Nationaleinkommens schafft. Es entsteht ein massiver Druck auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und der besitzlosen Bevölkerungsschichten, und dies verschärft den Klassenkampf.

Die Gefahr, die die Inflation für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse darstellt, ist bereits von vielen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern deutlich gemacht worden. Beispielsweise schrieb der englische Ökonom *M. Fisher*: „*Das Neue liegt heute nicht darin, daß der ökonomische Zyklus dieses oder jenes Landes gestört erscheint, sondern darin, daß alle entwickelten Nationen zugleich an der Inflation leiden, die, wenn man ihr nicht rasch Einhalt gebietet, früher oder später nicht nur das schwankende Gleichgewicht auf dem internationalen Währungsmarkt zerstören, sondern auch ernste innenpolitische soziale Probleme und Konflikte hervorrufen wird*“.¹⁰

Das Kreditgeld schafft, indem es auf diese Weise die kapitalistischen Produktionsverhältnisse untergräbt, letzten Endes in seiner gegenwärtigen Form von inkonvertiblen Banknoten die Voraussetzungen für die Entstehung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft. *K. Marx* bemerkte: „*Der dem Kreditsystem eigene Doppelcharakter: einerseits die Triebkraft der kapitalistischen Produktion, die Bereicherung durch*

10 M.H. Fisher, Inflation Threat to World Economy „The Financial Times“, 20.7.1970.

Ausbeutung fremder Arbeit, zu einem System des reineren und kolossaleren Hassards und der Gaunerei zu entfallen und die Zahl der Wenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum ausbeuten, immer mehr zu verringern, und andererseits – eine Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden; diese Zweiseitigkeit verleiht auch den Hauptverkündern des Kredits von Law bis Isaak Pereira den eigenartigen, für sie angenehmen Charakter von Bastarden aus Gaunern und Propheten“.¹¹

Und so spiegelt die Verdrängung des Goldes durch Kreditgeld aus dem System des inländischen und des internationalen Geldumlaufs mehr oder weniger den Prozeß der Anpassung des Kapitalismus an die neuen Bedingungen wider. Sie ist gesetzmäßig insofern, als sie die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, d.h. die Entwicklung des Produktivkräfte des Kapitalismus fördert und gleichzeitig deren Untergang beschleunigt, da sie die Grundursache vieler Kriesenerscheinungen in der Ökonomie ist. Dies bestätigt die vollkommene Richtigkeit der wissenschaftlichen Ausführung, die im Rechenschaftsbericht *L. I. Breshnews* auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU enthalten ist: „... *Die Anpassung an die neuen Bedingungen bedeutet nicht die Stabilisierung des Kapitalismus als System. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiterhin.*“

Im System des internationalen Geldumlaufs spiegelt die Verdrängung des Goldes durch das Kreditgeld jene Skala der inneren Widersprüche des Kapitalismus wider, die verbunden ist sowohl mit der Integration der kapitalistischen Weltwirtschaft als auch mit den Desintegrationstendenzen der sich ungleichmäßig entwickelnden Länder, die ihre Selbständigkeit zu bewahren wünschen und daher bestrebt sind, ihre eigenen Goldreserven zu besitzen.

„Die Erosion des Vertrauens“

Während in der Vergangenheit die Riesenmasse der internationalen Zahlungen in englischen Pfund Sterling vorgenommen wurde unter Ausnutzung der verschiedenen Arten der Kreditzahlungsmittel in Bargeld- und bargeldloser Form, errang nach dem zweiten Weltkrieg infolge einer ganzen Reihe von Ursachen (über die recht eingehend in der sowjetischen Literatur geschrieben wurde) der amerikanische Dollar die führende Rolle im internationalen Zahlungsverkehr.

Davon ausgehend bezeichnen viele bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere die amerikanischen, die bestehenden internationalen Währungsbeziehungen als System des „Dollar-Standards“¹². Ihrer Meinung nach vollzieht sich jetzt eine solche Umkehr ins Geldsystem, bei der der Dollar das Gold vollständig ablöst und sich in einen unveränderlichen Wert verwandelt, an dem man alle anderen Währungen

11 K. Marx u. F. Engels, Werke Bd. 25, T. I, S. 485 (russ.).

12 Einer der Schöpfer und Verfechter dieser Konzeption ist der Wirtschaftsberater des Präsidenten der USA Nixon, Prof. M. Friedman.

messen wird. Sie sind beispielsweise der Ansicht, daß, falls in den USA eine Inflation stattfindet, die anderen Länder verpflichtet wären, ihre Währungen gegenüber dem Dollar entsprechend umzuwerten. Der Dollar selbst hingegen, als „Wertmaß“, unterliege der Abwertung nicht.

Diese Konzeption trägt offenkundig apologetischen Charakter. Die Verfechter des „Dollar-Standards“, die eine zügellose außenpolitische Expansion der USA lobpreisen, glauben, die USA brauchten keine spezielle Politik zur Regulierung ihrer Zahlungsbilanz mehr zu betreiben. „*Die Vereinigten Staaten*“, so erklärte *M. Friedman*, „*brauchen sich um ihre Zahlungsbilanzen nicht zu beunruhigen, dank dem Umstand, daß in der Welt der Dollar-Standard herrscht*“¹³. Und wenn das so ist, dann müßten alle übrigen Länder, seiner Meinung nach, anstelle von Gold unbegrenzt Dollars anhäufen, mit denen der amerikanische Staatsschatz die Welt reichlich versorgt.

Die Anhänger der Konzeption des „Dollar-Standards“ gehen von zwei Voraussetzungen aus: a) Papiergeld ist vollwertiges Geld und b) der Dollar hört auf, Nationalwährung zu sein und wird zu einer internationalen Währung. Diese Voraussetzungen sind aus folgenden Gründen unzutreffend.

Die Geschichte des Geldumlaufs zeugt davon, daß das Papiergeld aus dem Metallgeld „erwachsen“ und Symbol des letzteren ist. In Anbetracht der Besonderheiten des Geldumlaufs, da das Geld in einigen seiner Funktionen ideal oder nominell auftritt, ist es möglich, für den Warenumsatz die „Geldware“ reibungslos in Geldzeichen oder in ihre Symbole umzutauschen. Dies erfolgt jedoch nur in dem Falle, wenn ein solches Symbol ein „*anerkanntes Zeichen des Tauschwertes*“ darstellt¹⁴, d.h. wenn ihm allgemeines Vertrauen entgegengebracht wird. Dem Metallgeld vertrauen die Menschen, weil es, indem es selbst Wertträger ist, verhältnismäßig leicht das Recht erringt, materieller Vertreter des allgemeinen Reichtums zu sein. Das Symbol „Geldware“ besitzt diese Eigenschaft nicht. Daher kann es Vertreter zum Ausdruck des allgemeinen Reichtums nur dann sein, wenn es das allgemeine Vertrauen durch ein Gesetz oder auf anderem Wege erhält.

Das Vertrauen zum nationalen Papiergeld wird im Inland durch die Staatsmacht gesichert, und dies ist seit langen bekannt (z.B. war Papiergeld in China bereits im XIII. Jh. im Umlauf). Vollkommen neu ist hingegen, daß einige Nationalwährungen, insbesondere der Dollar, **internationale Anerkennung und Vertrauen** gewannen, obwohl es einen Weltstaat nicht gibt.

Vor allem wurde das internationale Vertrauen zum Dollar durch die ökonomische Macht der USA begründet. Schon nach dem ersten Weltkrieg nahmen die Vereinigten Staaten die führende Position in der kapitalistischen Welt ein. Ihr Anteil an der kapitalistischen Weltproduktion wuchs ununterbrochen, und in der Zuwachsrate der Industrieproduktion überflügeln sie die europäischen Länder bei weitem. Noch

13 „*The Present and Future Status of Key Currencies*“. Remarks by Otmar Emminger, Deputy Governor of the Deutsche Bundesbank at the International Financial Conference on the Financial Outlook (National Industrial Conference Board). Geneva, 19. V. 1970, p. 8.

14 K. Marx u. F. Engels, Werke, Bd. 46, T. I, S. 86 (russ.).

größere Macht erlangten die USA während des zweiten Weltkrieges, als die Industrieproduktion auf 60 % anstieg¹⁵. Der Nachkriegsruin, die amerikanischen „Hilfeprogramme“, die gewaltige Explosion im Wirtschaftspotential der USA und der anderen entwickelten kapitalistischen Staaten – all das führte zu einer bedeutenden Stärkung der Position des amerikanischen Dollar und seiner Fetischisierung.

Darüber hinaus gründete sich das Vertrauen auf die Goldparität des Dollar. Ungeachtet der Ablösung des Goldstandards in den USA im Jahre 1933, ermächtigte der „Goldreserveakt“ vom 30. Januar 1934 das Schatzamt, auf dem Weltmarkt Barrengold zur Regelung des internationalen Zahlungsverkehrs zu kaufen und zu verkaufen. Auf diese Weise symbolisierten die freie Goldparität des Dollars und der gewaltige Umfang der Goldreserven der USA (im Jahre 1949 24,6 Mrd. Dollar, oder 75 % aller Goldreserven der kapitalistischen Länder) recht gut den Wert der Dollarwährung, die, so meinten viele, als ebenso zuverlässig wie Gold angesehen werden konnte.

Schließlich wurde das Vertrauen zur Währung der USA durch internationale Abkommen verstärkt, die Dollar und Gold für gleichwertig erklärten. Ein erstes solches Übereinkommen wurde 1922 geschlossen, als die in Genua zusammengekommenen Vertreter der Industriemächte betonten, daß das vorhandene Gold zur Regelung der Zahlungen im internationalen Handel nicht ausreicht. So wurde beschlossen, daß einige Währungen – das Pfund Sterling und der Dollar – als „Gold-Äquivalente“ angesehen werden würden. Das zweite Abkommen wurde 1944 in Bretton-Woods unterzeichnet, als der *Internationale Währungsfonds* geschaffen wurde. Diesmal teilte England das traurige Los der europäischen Länder, und als einzige dem Gold gleichgestellte nationale Währung wurde der USA-Dollar anerkannt.

Seinen Zenit erreichte das Vertrauen zum Dollar Mitte der 50er Jahre. Jedoch blieb der Dollar auch da bei aller äußeren Ähnlichkeit mit internationalem Geld eine Nationalwährung. Davon überzeugten sich alle später, als der Ruhm des Dollar zu verblassen begann. Er konnte die Position eines Weltzahlungsmittels, das mit dem Gold als Weltgeld gleichbedeutend war, nicht halten, und bereits zu Beginn der 60er Jahre entstand eine Vertrauenskrise gegenüber dem Dollar. Diese Krise kam in einer krasen Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem internationalen Charakter der Weltwährungsverbindungen und der nationalen Natur des Dollars zum Ausdruck, der die Rolle des endgültigen Zahlungsmittels beanspruchte, das die Notwendigkeit des Goldes als Weltgeld ausschloß.

Die Häufung der Widersprüche und die Verschärfung der Krise wurde dadurch gefördert, daß die Vereinigten Staaten das Vertrauen, das der Dollar auf dem Weltmarkt gewonnen hatte, zu mißbrauchen begannen. Infolgedessen wurde das Vertrauen gesetzmäßig erschüttert..... Dies waren die Ursachen der in den 60er Jahren beginnenden langwierigen Vertrauenskrise zum Dollar, die unwiderlegbar beweist, daß der Dollar kein „Wertmaß“ darstellt, daß er ohne Golddeckung nicht fungieren

15 S. L. Wygodskij, *Sovremennyj kapitalizm*, Opyt teoretičeskogo analiza, Moskau 1969, S. 427.

kann und daß folglich die Theorie vom „Dollar-Standard“ als Grundlage eines internationalen Währungssystems theoretisch und praktisch unhaltbar ist.

Ein Surrogat des Weltgeldes

K. Marx schrieb: „Das Weltgeld fungiert als allgemeines Zahlungsmittel, als allgemeines Kaufmittel und absolute gesellschaftliche Materialisierung des Reichtums überhaupt (universal wealth). Die Funktion als Zahlungsmittel, als Mittel, das zur Verrechnung internationale Bilanzen dient, dominiert.... Als internationales Kaufmittel dienen Gold und Silber in Wirklichkeit dann, wenn plötzlich das übliche Gleichgewicht des Tausches der Mittel zwischen den verschiedenen Nationen gestört wird.“¹⁶ In der gegenwärtigen Epoche fungiert das Kreditgeld der USA und einiger anderer Länder in breitem Umfang im internationalen Verkehr als Zahlungsmittel, wobei es in bestimmten Fällen endgültiges Zahlungsmittel ist. Jedoch kann dieser Begriff der endgültigen Zahlung nur auf den einzelnen Kreditgeber angewandt werden, der das Recht, ein Äquivalent für Papier- oder Kreditgeld zu erhalten, seiner Zentralbank übergibt, oder nur auf ein einzelnes Land, deren Zentralbank das Recht, ein Äquivalent zu erhalten, an die Bank eines anderen Landes abtreten kann. Denn vom Gesichtspunkt des internationalen Tauschs materiellen Werte und Dienste bleibt das Land der Reservewährung weiterhin Schuldner gegenüber allen anderen Ländern, die diese Währung besitzen. Daher kann weder der Dollar noch irgendeine andere „Schlüssel“- oder „Reservewährung“ sowohl in weitem theoretischen Sinne als auch in der Praxis als endgültiges Mittel zur Verrechnung internationaler Bilanzen angesehen werden. Als Wertzeichen sind sie selbst ja keine absolute gesellschaftliche Materialisierung des Reichtums. Eine solche Materialisierung bleibt auch in der gegenwärtigen Epoche die Geldware – das Gold, das auch die für die allgemeine Krise des Kapitalismus (infolge der Zerstörung des Goldstandards in all seinen Formen) spezifische Funktion erfüllt, das nationale Kredit- und Papiergeld im Ergebnis der Inflation oder bei großen Erschütterungen des Währungssystems vor einer Entwertung zu sichern.

Und so ist einerseits aus den oben dargelegten Gründen eine Rückkehr zum früheren „Goldstandard“ nicht möglich, andererseits jedoch kann man sich nicht vollständig vom Gold lösen. Nicht zufällig versuchte man seit Ende der 60er Jahre wiederholt, irgendeine andere Lösung des Weltwährungsproblems zu finden. Zu dieser Zeit wurde den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas und Asiens klar, daß die Administration Washingtons der Inflation nicht Herr werden kann und daß die USA beabsichtigen, auch künftig ihre Abenteuer durch die Ausgabe von Dollar auf dem Weltmarkt zu bezahlen, das heißt auf Rechnung der anderen Länder. Im Zusammenhang damit wurde unter den Bedingungen der sich immer weiter verschärfenden allgemeinökonomischen Widersprüche zwischen den USA und den anderen kapi-

16 K. Marx und F. Engels, *Werke*, Bd. 23, S. 154–155 (russ.).

talistischen Ländern erste Formen internationalen Kreditgeldes – „Sonderziehungsrechte“ (SDR) – unterbreitet und begonnen, sie zu verwirklichen.

Es wird vorgeschlagen, daß auf Rechnung der SDR ein großer Teil des Bedarfszuwachses an Reservewährung gedeckt werden soll. Für 1972 ist vorgesehen, 9,5 Mrd. Einheiten der SDR unter die Mitgliedsländer des IWF aufzuteilen, was mehr als die Hälfte der in der Welt zentralisierten Dollarreserven ausmacht. Nach Ansicht westlicher Experten, z.B. *O. Emmingers*, „können in nicht ferner Zukunft die SDR, zumindest quantitativ dem Dollar die Führung als Reservewährung abnehmen“¹⁰.

Ob die Zukunft der SDR tatsächlich so rosig aussieht, wird die Zeit lehren. Aber schon jetzt ist klar, daß diese Form internationalen Kreditgeldes trotz allem nur ein Surrogat bleibt. Denn von Anfang an waren die SDR an den Dollar gebunden (eine Einheit SDR = ein amerikanischer Dollar), und der Kurs der bisherigen Länder in SDR-Einheiten wird durch ihr Kursverhältnis zum Dollar bestimmt. Die unversöhnlichen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern errichten Hindernisse auf dem Weg der Schaffung eines vollwertigen internationalen Zahlungsmittels als originelle überstaatliche Währung, als „Papiergold“.

Es ist bemerkenswert, daß, gleichsam als Gegengewicht zu den SDR unlängst im Zusammenhang mit dem Integrationsprozeß in Westeuropa ein Programm unterbreitet wurde zur Schaffung einer **einheitlichen europäischen Währung** um die Jahre 1980–1985. Im Unterschied zu den SDR würde die Schaffung einer solchen Währung eine direkte Herausforderung für den Dollar bedeuten, da sie zum Ziel hat, ihn – anfangs zwar nur in regionalem Maßstab – abzulösen. Hinsichtlich dieses Problems bemerkte die französische Wochenzeitung „Nouvel Observateur“, daß gegenwärtig „ein geheimer Krieg zwischen Europa und Amerika begonnen hat. ... Er kann über kurz oder lang .. nur zwei Resultate haben: das Ende des Gemeinsamen Marktes oder das Ende der Herrschaft des Dollars über die kapitalistische Welt“.¹⁸

Parallel zum Plan einer integrierten europäischen Währung wurde auch der Entwurf eines „international gelenkten Währungssystems“ vorgelegt. Einer der Autoren, der japanische Wirtschaftswissenschaftler *E. Ozaki* begründete ihn wie folgt: „Wenn wir“, so schreibt er, „das überlebte System der zweifachen Konvertibilität (Gold-Dollar, Dollar – Gold – Z.A./G.M.) ablehnen, und wenn wir das schwerfällige, gefahrenträchtige und obendrein unbefriedigende System der ‚De-facto‘- und schließlich der ‚De-jure-Stützung‘ des Dollarstandards, was politisch unmöglich ist, von den ökonomischen Folgen ganz zu schweigen, als unerwünscht betrachten, dann gibt es für uns keinen anderen Weg als uns in Richtung auf ein rationelles ‚international gelenktes Währungssystem‘ zu bewegen, wo sowohl formal als auch in Wirklichkeit die einzige Ware – das Gold – nicht mehr Standard des internationalen Währungssystems wäre, wie es auch der USA-Dollar nicht ist.“¹⁹

17 „The Present and Future Status of Key Currencies“ ..., p. 6.

18 „Le Nouvel Observateur“, 20.–26.7.1970, p. 14.

19 Eiji Ozaki. From Dollar Standard to International Managed Currency System („The Oriental Economist“, March 1970, p. 80).

Dieser Entwurf schlägt vor, die SDR von der Dollar-Nabelschnur zu lösen und die nationalen Währungen aller Länder in die gleiche Position von Reservewährungen und internationalen Zahlungsmitteln zu versetzen, nachdem ihnen entsprechend ein konstanter Wechselkurs im Verhältnis zu den SDR und zueinander verliehen wurde. Der erwähnte Entwurf eines gelenkten Währungssystems ist, ebenso wie der Keynes'sche „Bankor“ mit der unlenkbaren kapitalistischen Weltwirtschaft unvereinbar, wo sie die Preise ungerichtet bewegen, dabei in jedem Land in eigener Weise, und wo das Gesetz der ungleichmäßigen und unproportionellen Entwicklung ein ökonomisches Gesetz ist.

Die krassen Widersprüche der imperialistischen Länder insbesondere der Länder des Gemeinsamen Marktes einerseits und der USA andererseits hinsichtlich des internationalen Währungssystems und der Rolle des Goldes in ihm, sowie die antiamerikanischen Aktionen einiger Länder (vor allen Dingen Frankreichs) in dieser Richtung bestätigten die These, daß in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus „die Widersprüche zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten sich weiterhin verschärfen“ (aus der Resolution des XXIV. Parteitag der KPdSU).

Zieht man Bilanz aus dem Gesagten, so kann man drei Tendenzen im gegenwärtigen Geldumlaufsystem und in den internationalen Währungsbeziehungen feststellen:

– Die Verdrängung des Goldes als Geld aus dem Umlauf durch Kreditgeld nicht nur im nationalen, sondern mehr oder weniger auch im internationalen Maßstab.

– Das Unvermögen jeglicher nationalen Währung, die Rolle eines internationalen Zahlungsmittels dauerhaft zu monopolisieren, das Gold aus dem internationalen Umlauf zu verdrängen und die Position des Weltgeldes einzunehmen.

– Die Entstehung und Entwicklung erster Formen internationalen Kreditgeldes, was natürlich eine bedeutsame und prinzipiell neue Erscheinung in der kapitalistischen Weltwirtschaft darstellt.

Diese Tendenzen sind widerspruchsvoll und in viele Richtungen verlaufend, es eint sie jedoch die Tatsache, daß sie die Ablösung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse des Kapitalismus vorbereiten und immer notwendiger machen. Während die ersten beiden Tendenzen: die Verdrängung des Goldes und der Verfall der Rolle der nationalen Währung als internationalen Kreditgeldes zu scharfen Währungskrisen führen und die Klassengegensätze im Zusammenhang mit der beinahe ununterbrochenen Inflation verschärfen und damit die Zerstörung dieser Beziehungen fördern, führt die dritte zur Entstehung von Keimen eines Währungssystems, das für die neue, höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung kennzeichnend sein wird.

Und somit wird die „Ablösung des alten Kapitalismus, in dem die freie Konkurrenz herrschte, durch einen neuen Kapitalismus, in dem die Monopole herrschen...“²⁰ in Wahrheit von der Entstehung und Entwicklung neuer Formen des inländischen und internationalen Geldumlaufs begleitet. Diese Formen muß man kennen und ernsthaft studieren, was auch das Bestreben der sowjetischen

20 W. I. Lenin, Ges. Werke, Bd. 27, S. 334.

Wirtschaftswissenschaftler ist. Hierbei gibt es noch viele strittige Fragen, und man kann noch nicht allen Einschätzungen der vor sich gehenden Prozesse vorbehaltlos zustimmen.

Zum Widerspruch fordert beispielsweise die negative Einschätzung der Rolle des Goldes als Geld im gegenwärtigen Kapitalismus heraus, die in der Behauptung zum Ausdruck kommt, daß das Gold heute nur die Funktion von Weltgeld ausübt. Wenn für jedes kapitalistische Land im einzelnen Gold nicht mehr Geld bedeutet und sich in eine gewöhnliche Ware verwandelt hat, wie kann es da für alle kapitalistischen Länder Geld bleiben, die Funktion von Weltgeld ausüben? Wie man die Wirtschaft der einzelnen Länder nicht von der kapitalistischen Weltwirtschaft lösen kann, so kann man auch die Funktion des Weltgeldes nicht von den anderen Funktionen trennen, aus denen sie sich ergibt. Gleichzeitig ist es wie im Artikel gezeigt wurde, ebenso falsch, die tiefgreifenden Veränderungen in den Funktionen des Goldes als Geldware zu leugnen und die Rolle des Goldes als gleichsam auf allen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen allein fugierend zu verabsolutieren.

Jedoch, was auch immer den „neuen Kapitalismus“ begrenzt und wie immer er die Funktion des Goldes als Geldware modifiziert (worin sich auch die Tendenz zur Untergrabung der Warenproduktion äußert), ein realer und vollwertiger Ersatz dafür wurde bisher noch nicht geschaffen. Daher fungiert auch das Gold jetzt als echtes, im wahrsten Sinne des Wortes objektives Weltgeld, von dem sich weder die nationalen noch die internationalen Kreditmittel vollständig emanzipieren können.

Marxismus-Digest, 1. Jahrgang 1970

Heft 1 (5. Auflage)

Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung – Inhalt, Formen, Methoden
Das Heft enthält u.a. Beiträge zur Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft, zu den Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft, zur französischen Planung sowie einen Anhang zu den theoretischen Standpunkten einflußreicher bürgerlicher Ökonomen in der Bundesrepublik (mit Literaturübersicht).

Heft 2 (3. Auflage)

Neokolonialismus

Schwerpunkt dieses Heftes ist die Untersuchung des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus. – In jeweils gesonderten Beiträgen wird darüber hinaus die Entwicklungshilfe der USA, der BRD und Frankreichs speziell auf diese Aspekte untersucht.

Heft 3 (3. Auflage)

Ökonomische Reformen in den sozialistischen Staaten

Bekannt Ökonomen aus den sozialistischen Staaten untersuchen in diesem Heft Probleme wie etwa die optimale Leistung der Wirtschaft und die Effektivität der materiellen Stimulation (Liberman), die Rolle des Marktes im Sozialismus (Nick), die Entwicklung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln (Groschoff). In einer ausführlichen Bibliographie werden wichtige Beschlüsse, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Monographien und Zeitschriftenartikel zur Wirtschaftsreform in den sozialistischen Staaten nachgewiesen.

Heft 4 (2. Auflage)

Friedrich Engels 1820–1970

Das Heft ist dem 150. Geburtstag von Friedrich Engels am 28.11.1970 gewidmet und enthält u.a. Beiträge über Engels und die englische Arbeiterkriese von Manchester 1842–1844, über objektive Voraussetzungen der kommunistischen Gesellschaft, über Engels als Herausgeber des II. und III. Bandes des „Kapital“, über die Weiterentwicklung der marxistischen Revolutionstheorie durch Friedrich Engels, sowie über Engels als Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus. Das Heft enthält ferner einen Dokumentenanhang sowie ausgewählte Literatur über Friedrich Engels, erschienen 1968 bis einschließlich August 1970.

A. Eidelmant

Verdrängt ‚Papiergeld‘ das Gold aus dem internationalen Währungssystem?

Aus: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1971, Heft Nr. 8/71. Der vorliegende Beitrag wurde durch die Redaktion des Marxismus Digest leicht gekürzt. Der Originaltitel („Papiergold“ und Gold) wurde geändert.

Der besondere Verlauf der Währungskrise im Mai 1971 zwingt uns, über die Rolle des Goldes im gegenwärtigen Währungssystem und über die möglichen Grenzen seines Ersatzes nachzudenken.

Der Zusammenbruch des Dollars würde die Zerstörung des gesamten kapitalistischen Währungssystems des „Dollarstandards“ bedeuten. Deshalb begannen die kreditgebenden Länder auf der Grundlage aller möglichen öffentlichen und geheimen Vereinbarungen, besonders ab März 1968, d.h. nach dem Zusammenbruch des Goldpools, die zur Konvertierung in Gold angebotenen USA-Papierdollars zurückzuweisen. Zu diesem Zweck wurden neue Berechnungsformen eingeführt und Surrogate von Weltgeld ausgegeben, die die Möglichkeit der Anforderung von Gold aus den USA ausschlossen. Die führenden kapitalistischen Staaten ziehen alle möglichen Schliche dieser Art dem effektiven Kampf mit dem Defizit in ihren Zahlungsbilanzen vor.

Am sensationellsten in dieser Hinsicht war die Schaffung von „Sonderziehungsrechten“ (Special Drawing Rights, SDR) im Gegensatz zu den gewöhnlichen Kreditrechten, die die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds genießen. Diese Surrogate von Weltgeld erhielten die Bezeichnung Papiergold.

Die Suche nach solchen Zusatzreserven, wie es der Internationale Währungsfonds (IWF) ist, läßt sich mit der Krise der internationalen Liquidität erklären. Doch diese Krise gibt noch nicht die Antwort auf die Frage, wie eine so eigenartige Form internationaler Zahlungsmittel wie „Papiergold“ auftreten und warum gerade Papiergold zur Waffe für die Saldierung internationaler Zahlungen, das heißt in die Rolle erhoben wurde, die immer das Gold spielte. Wenn man die Krise als Anstoß oder sozusagen als Anlaß für das Auftreten von „Papiergold“ betrachten kann, so liegen die Gründe dafür in den spezifischen Veränderungen der Kredit- und Währungssphäre in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diese Veränderungen sind das Ergebnis der staatsmonopolistischen Einmischung in die Wirtschaft, in die Kredit- und Währungssphäre, die zur Schaffung vollkommen künstlicher Zahlungsinstrumente, die gleichsam disziplinarisch unterstützt werden, führte. Das Verfahren stützt sich auf die Notwendigkeit der Solidarität der kapitalistischen Länder (ungeachtet der zwischen ihnen herrschenden Widersprüche). Die Unbeständigkeit der Währungssphäre rief eine internationale staatsmonopolistische Institution ins Leben, den IWF, dessen Interventionswirksamkeit die gleiche Disziplin und Selbstdisziplin erfordert.

Wie der oberste Jurist und Direktor des Rechtsdepartments des IWF bemerkte, war bis vor kurzem der Geldumlauf zugleich sogar eine rein innere Angelegenheit jedes Staates. 1929 wurde das besonders anerkannt durch eine internationale juristische Instanz (The Permanent Court of International Justice).

Das Statut des IWF war der erste Versuch, das System internationaler Zahlungen der internationalen Gesetzgebung unterzuordnen.¹

Diese Neuerung war besonders notwendig wegen der Veränderung der Situation des Goldes, das aufhörte, als automatischer oder quasi-automatischer Regulator des gesamten Währungsmechanismus zu dienen.

Die Tätigkeit des Mechanismus des „Goldstandards“ war in mehreren seiner Kettenglieder gestört. Eine Störung folgte der anderen und die Bedingungen dafür, daß das Gold seine Funktion als Wertmaß erfüllen kann, schwanden. Unter Bedingungen freier Münzprägung, ungehindertem Umlauf von Goldmünzen im Lande, Handelsfreiheit mit Gold für Privatpersonen, Fehlen von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen regelt sich der Wert des Goldes auf der Grundlage gesetzmäßiger Marktprozesse. In dem Maße, wie der Währungsmechanismus immer mehr die Verbindung zur Wirkung des Marktelements verlor, wurde die Rolle des Goldes als Wertmaß dezimiert.

Dient das Gold als Wertmaß?

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da das Gold aus dem freien Marktumlauf herausgefallen ist und sein Preis vom führenden imperialistischen Land - den USA -, als dieses das Monopol auf alle Goldreserven der gesamten kapitalistischen Welt besaß, festgelegt und fast 40 Jahre künstlich vom IWF gestützt wurde, kann man weder den wahren Wert des Goldes noch die richtige Dollarparität in Gold bestimmen. Diese Gesamtheit von Verschiebungen wirkt sich vervielfältigt auf die falschen Paritäten der anderen Valuten aus. Neben der Tatsache, daß ihnen ein künstlicher Goldpreis zugrunde gelegt wurde, den man schon 1934 festlegte, drücken diese Paritäten den relativen Wert vergleichbarer Valuten falsch aus. Ein zeitweiliges Steigen der Warenpreise in einem Land führt nicht zur Abwertung ihrer Valuta. In Kursstürzen kann sie sich auch nicht ausdrücken angesichts des festen Rahmens der Schwankungen der Währungskurse nach dem IWF-Statut. Gleichzeitig unterbricht eine innere Entwertung der Valuta eines Landes nicht ihre Konvertierung nach der festgelegten Parität. So verwandelte sich das Geld immer mehr in Rechengeld.

Doch was ist Rechengeld? Es ist bekannt, daß *Marx* in der Kritik der idealen Einheit des Geldmaßes die Inhaltslosigkeit der Behauptungen über Geld als Rechenzeichen entlarvte und bewies, daß dies auf einer Vermischung der Funktion des Goldes als Wertmaß und als Preismaßstab beruht. Der Preismaßstab kann nicht

¹ Joseph Gold, Special Drawing Rights, Washington, 1969, p.2.

unabhängig vom Wertmaß existieren. Erst nachdem das Gold allgemeines Äquivalent und Wertmaß wurde, konnten die einzelnen Werte einander angeglichen werden als Gewichtseinheiten von Gold, das dem Preismaßstab zugrunde gelegt wird.

Doch wie kann das Gold diese Funktion erfüllen, wenn es über verschiedene Linien die Verbindung zum freien marktwirtschaftlichen Warenumlauf verloren hat? Schon bezüglich des vormonopolistischen Kapitalismus sagte *Marx*, daß der Ausdruck des Wertes in Geld idealen Charakters trägt, daß Gold als Wertmaß nur als gedanklich vorgestelltes Gold auftritt. Mit Goldpreisen, die in Gewichtseinheiten von Wertmetall ausgedrückt werden, d.h. mit Preisen, die im Goldmaßstab gemessen sind, können die Inflationspreise, oder sogar lediglich solche Preise, die bei relativ beständigen Papiergeldumlauf wirken, nur das historische Erbe gemeinsam haben. Die Preisproportionen bildeten sich tatsächlich im Goldpreismaßstab, aber schon bezüglich der Epoche der freien Konkurrenz zeigte *Marx*, daß die Verdrängung eines Metalls aus seiner Funktion als Wertmaß durch ein teureres Metall (beispielsweise Kupfer durch Silber oder Silber durch Gold), durch die Beschädigung von Münzen, die Entwertung von Papiergeld zur einer Veränderung des immanenten Wertes, der im Preismaßstab eingeschlossen ist, führten, obgleich die Beziehung dieses Maßstabes erhalten blieb.

Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz, da das Gold als Wertmaß diente, konnte man noch mehr oder weniger genau feststellen, wie sich der Preismaßstab änderte. So lesen wir beispielsweise in einer Bemerkung zur zweiten Auflage des „Kapitals“: „...das englische Pfund stellt weniger als 1/3 seines ursprünglichen Wertes dar, das schottische Pfund vor der Vereinigung – nur 1/36, der französische Livre – 1/74, der spanische Marawedi weniger als 1/1000, der portugiesische Reis einen noch geringeren Satz“.²

Gegenwärtig, unter den Bedingungen des künstlichen Goldpreises und der falschen Paritäten drückt der Preismaßstab nicht den wahren Wert des offiziellen Gewichtsinhalts aus. Die Rechenbezeichnungen trennten sich wie nie zuvor von ihrem metallischen Inhalt, der Preismaßstab verwandelte sich in seinen Schatten, und die in ihm ausgedrückten Preise widerspiegeln mit ihren Veränderungen um so besser die Verschiebungen im Tauschwert der Waren, in je größerem Maßstab diese Waren als Gegenstand freier Geschäfte dienen, d.h. sie werden im Prozeß des marktwirtschaftlichen Warenumsatzes gebildet. Das Wachstum des Umfanges der Papiergeldmasse im Verhältnis zu seinem Warenumsatz bestimmt die Veränderungen im allgemeinen Preisniveau. Die in dem festgelegten Zeitabschnitt entstandenen Preisproportionen werden sich spontan den Veränderungen anpassen, die auf der Seite der Geld- und Warenmasse vor sich gingen, und dafür genügt es, über eine Recheneinheit zu verfügen. Ein von den Teilnehmern des Warenumlaufs empfundener Mangel an diesem oder jenen Waren, die Verbesserung oder Verschlechterung ihrer Qualität beeinflusst das Preisniveau im gleichen Maße wie eine Zunahme des Umlaufs an Zahlungsmitteln in Form von Bar- und Kreditgeld. Wenn beim Goldmaßstab der Preis in Gold ideal ausgedrückt wurde, wie *Marx* betonte, d.h. wie in gedanklichem vorgestelltem Gold,

² *Marx/Engels*, Werke Bd, 23, S. 109 (russ.)

so dient mit der Liquidierung des Goldumlaufs eine gewöhnlich Recheneinheit als Grundlage für solche Vorstellungen, ein solcher Maßstab wie Dollar, Franc, Pfund u.a.

Die Behauptung, Gold behalte auch in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus seine Rolle als Wertmaß, verträgt sich nicht mit den bekannten Fakten und in erster Linie nicht mit dem künstlichen Preis des Goldes, der von den USA mit Hilfe des IWF gestützt wird, sowie mit dem künstlichen Charakter der Paritäten. Ein Goldpreis, der nicht seinem Wert entspricht, konnte erst dann entstehen, als das Gold aufhörte, ein Spiegel des Wertes aller anderen Waren zu sein. Der mit dem falschen Preis des Goldes verbundene Preismaßstab gibt seinen Wert verzerrt wieder.

Das Gold selbst wurde zu einer Ware mit Monopolpreis, und über den Goldpreis kann man jetzt nicht in Anführungszeichen sprechen. Das hat S. Borisov in seiner Arbeit „Gold in der Wirtschaft des Kapitalismus der Gegenwart“ (Moskau, 1968) überzeugend bewiesen. Das Gold ist aus dem Verkehr gezogen worden, es unterliegt nicht der freien Prägung, kann nicht unkontrolliert von einem Land ins andere überführt werden, und hat im Ergebnis all dessen jene Verbindung zum freien Markt verloren, die den gesetzmäßigen Marktprozeß der Ausgleichung der Preise und des Wechselkurses und der Ausgleichung der Kaufkraft des Goldes in verschiedenen Ländern garantierte.

S. Borisov steht nicht allein bei der Ablehnung der Rolle des Goldes als Wertmaß unter den Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart. Auf der gleichen Position steht A. Anikin. Der Autor dieser Zeilen brachte im Grunde genommen den gleichen Gedanken zum Ausdruck, als er betonte, daß das gegenwärtige Währungssystem die Verbindung zu der Wirkung des Mechanismus des „Goldstandards“ verloren hat, daß letzterer mit seinem spontanen Ausgleich der Währungskurse in Übereinstimmung mit dem inneren Wert der Valuten als Erscheinungsform der freien Konkurrenz in der Währungssphäre diene und daß die wichtigsten Besonderheiten der Wechselkurse in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus das direkte Resultat der Hindernisse, die dem Gold bei der Realisierung seiner Funktion als Wertmaß im Wege stehen, sind.³

Den entgegengesetzten Standpunkt, nämlich, daß das Gold auch gegenwärtig seine Funktion als Wertmaß beibehält, entwickelte der inzwischen verstorbene Professor F. Michalevski sehr ausführlich. Er anerkannte das staatsmonopolistische Manövrieren mit Währungskursen und dem Goldpreis, Verletzungen der freien Bewegung des Goldes, Einschränkungen der Geschäfte mit Gold, d.h. Fakten, die die Möglichkeit, daß das Gold seine Funktion als Wertmaß erfüllen kann, ausschließen. „Die Manipulierung des Goldpreises durch die Monopole“, schrieb Prof. Michalevski, „führt dazu, daß die anhand der Papierpreise und des Goldpreises berechenbaren Goldpreise bedeutend von der Bewegung abweichen, die die wahren

3 A. Eidelnant, Buržuaznye teorii deneg, kredita i finansov v period obščego krizisa kapitalizma, M. 1958, S. 93–98

Goldpreise haben müßten. Das findet neben anderen Ursachen seinen Ausdruck in der großen Kluft zwischen der Bewegung des Goldpreises und der des Preisniveaus, in der Unter- oder Überschätzung des Goldes“.⁴

Es erhebt sich die Frage: Was versteht der Autor unter Unter- oder Überschätzung des Goldes? Anscheinend geht es hier gerade um den Goldpreis ohne jegliche Anführungszeichen. Die Behauptung von der Möglichkeit der Unter- oder Überschätzung des Goldes widerspricht der These von der Rolle des Goldes als Wertmaß. Genauso inkonsequent stellt sich uns die Behauptung einzelner Verteidiger des Goldes als Wertmaß dar, daß die Erhöhung des Goldpreises die Vergrößerung der Goldgewinnung und das Wachstum der Goldreserven der kapitalistischen Länder fördern würde, da man dann aufhören würde, Gold zu horten. Dabei geht es wie im vorhergehenden Fall um die Steigerung des Goldpreises in Dollar. Mit anderen Worten, die Grundlage dieser Erörterungen ist die versteckte Anerkennung dessen, daß der Preismaßstab nicht die Goldmasse, sondern der Dollar ist, daß gegenwärtig der Goldpreis in Dollar gemessen wird und nicht der Dollar in Gold.

Nach Meinung von Prof. F. Michalevskij gleicht sich der Unterschied zwischen Goldpreis und Warenpreisen in der Enkonsequenz gewaltsam aus. Er glied sich beispielsweise unter dem Einfluß des 2. Weltkrieges aus, als die Warenpreise sprunghaft anstiegen und sich so der während der Krise angestiegene Goldpreis der Norm näherte. Doch sind krisenhafte Preissenkungen eine zyklische Erscheinung, die durch Überproduktion von Waren und nicht durch Verteuerung des Goldes hervorgerufen wird. Bekanntlich betonte Marx die Möglichkeit der Veränderung des Goldpreises im Ergebnis von Veränderungen sowohl auf der Seite der Ware, die sich in relativer Form befindet, als auch auf der Seite der Ware als allgemeines Äquivalent. In welchem Maße dieses Absinken der Warenpreise von der Erhöhung des Goldwertes und in welchem Maße von dem Warenüberfluß abhängt, ist, wie selbst Michalevskij zugibt, unmöglich festzustellen. (S. 37)

Das Absinken des Goldpreises, was, wie F. Michalevskij meint, im Ergebnis der spontanen Normalisierung dieses Preises erfolgte, sieht er im Anwachsen der Warenpreise während des und nach dem 2. Weltkrieg. Doch spricht der Warenhunger im Ergebnis der Militarisierung der Wirtschaft und des jähen Zurückbleibens der Produktion der Abteilung II in dieser Periode wiederum von Veränderungen auf der Waren- und nicht auf der Goldseite. Wie im vorhergehenden Fall kann man kaum mit größerer oder geringerer Genauigkeit feststellen, auf welcher Seite – Gold oder Waren – die Veränderungen vor sich gingen. Die Behauptung von Prof. Michalevskij, daß es in der Nachkriegszeit in der Sphäre der Goldproduktion keinen Anlaß zur Senkung des relativen Goldwertes gab, festigt wohl kaum seine Position.

In letzter Zeit trat Prof. M. Bortnik als Verteidiger des Goldes als Wertmaß auf.⁵

Er leugnet, daß das Gold im gegenwärtigen Geldsystem aufhörte, als Wertmaß zu dienen und selbst einen Preis besitzt. Der Goldpreis sei die reinste Tautologie,

4 F. Michalevskij, Zoloto v sisteme kapitalizma poste vtoroj mirovoj vojny. Moskau 1952, S. 34

5 Siehe „ME i MO“ Nr. 2, 1970, S. 125–128

behauptet *M. Bortnik*, da der Preis nichts anderes als Wert, der im Preismaßstab ausgedrückt ist, d.h. in einer Gewichtseinheit, in der die Abmessung der Preise erfolgt, darstellt. Diese Behauptung des Autors könnte man in dem Falle akzeptieren, wenn der Wert der entsprechenden Währungseinheit im Umlauf tatsächlich dem Wert des in ihr enthaltenen Goldes entspräche. Tatsächlich gibt es eine solche Übereinstimmung nicht, da beispielsweise im Dollar der Goldpreis gesenkt, aber der Goldanteil erhöht wurde, und die Tautologie, die Prof. *Bortnik* demonstrieren wollte, trifft hier nicht zu.

Die Anerkennung dessen, daß das Gold unter den gegenwärtigen Bedingungen seine Funktion als Wertmaß aufrechterhalten habe, ist nur dem äußeren Anschein nach orthodox. Tatsächlich widerspricht sie dem dialektischen Herangehen an Erscheinungen, orientiert auf ihre Erörterung als erstarrte Erscheinungen, die unabhängig von dem historischen Milieu, in dem sie sich entwickeln existieren.

Der Zusammenbruch der klassischen Funktionen der Goldreserven

Die Tatsache, daß das Gold aufhörte, Wertmaß zu sein, (durch seine Herausdrängung aus dem Marktumsatz und der inneren Geldzirkulation) beschleunigte seinen Ausschluß aus dem Währungssystem. Das kam in der konsequenten Liquidierung der Grundfunktionen der Goldreserve zum Ausdruck. Bekanntlich stellte *Marx* folgende Funktionen der Goldreserve fest: Sie dient als Fonds 1) für den inneren Geldumlauf, der periodisch erweitert und reduziert wird, 2) zur Bezahlung von Guthaben und zum Banknotenaustausch, 3) zur Deckung der Auslandsschulden.

Die erste und zweite Funktion der Goldreserve fielen für die meisten Länder schon mit Beginn des 1. Weltkrieges aus, welcher große Regierungskosten, Haushaltsdefizite und den Übergang zum Papiergeld hervorrief. Die Regierungen der kriegsführenden Länder konzentrierten die Goldvorräte, indem sie sie in Kriegsschätze umwandelten. Zu diesem Zweck wurde in den Ländern ein Goldembargo verhängt. Erst Mitte der 20-iger Jahre wurde das Umwechseln von Gold in beschränkter Form wiederaufgenommen. Doch der Goldstandard ohne Goldzirkulation existierte nur kurze Zeit, hauptsächlich bis zur Währungskrise von 1931, in einer Reihe von Ländern bis 1929.

Bei Fehlen des Wechselns von Banknoten in Gold konnten selbst die umfangreichen Goldreserven der Banken, die zur Sicherung der Banknoten dienen sollten, nicht die Entwertung letzterer verhindern. Die Herausgabe von Banknoten verlor den Kreditcharakter und verwandelte sich in ein Werkzeug zur Finanzierung der militärischen Ausgaben. So verhinderte beispielsweise das Vorhandensein der gewaltigen Goldvorräte in den USA, die 1949 24,6 Mrd. Dollar oder 75 % der offiziellen Goldvorräte der kapitalistischen Länder betragen, das Ansteigen der Warenpreise in den USA während der Nachkriegsjahre.

Mit der Liquidierung des aktiven Einwechselns von Banknoten in Gold und mit der Umwandlung von Banknoten in Papiergeld nahm die Golddeckung der Banknoten einen rein symbolischen Charakter an und wurde den führenden kapi-

talistischen Ländern im Zusammenhang mit den chronischen Defizit ihrer Zahlungsbilanzen lästig. In den 60iger Jahren verstärkte die Finanzoligarchie der USA ihre Forderung, die Golddeckung der Banknoten aufzuheben, das Gold aus der verbindlichen Deckungsreserve zu befreien, es in „freies“ Gold umzuwandeln, damit es der USA-Regierung zur Begleichung ihrer Auslandsschulden zur Verfügung steht. Erster Schritt in dieser Richtung war im März 1965 die Herausnahme des Goldes aus der Deckung der Depositen der Bundesreservebanken, die die Summe des freien nicht mit Abdeckung verbundenen Goldes um 4,25 Mrd. Dollar erhöhte. Danach hob man auf Forderung des Präsidenten des Lenkungsrates des FRS (Bundesreservesystem), *W. Martin*, 1968 die Golddeckung der Banknoten auf. So wurde die Funktion der Goldreserven auch als Fonds für die Notendeckung liquidiert, was die Reserve an „freiem“ Gold erhöhte.

Es ist bekannt, daß die bürgerlichen Geld- und Kredittheorien nicht nur die Praxis in diesem Bereich verallgemeinern, sondern auch die nächstliegenden Forderungen und Erwartungen der herrschenden Kreise wiederspiegeln. Charakteristisch ist, daß bedeutende bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler schon viel früher die Notwendigkeit der Liquidierung der Golddeckung der Banknoten vertraten. So wies beispielsweise *J. Keynes* auf die Nutzlosigkeit der Goldreserven im System der Geldzirkulation der Nachkriegszeit hin. Er negierte die Rolle des Goldes als Fonds zur Abdeckung und zum Auswechseln von Banknoten und betonte die Bedeutung des Goldes ausschließlich als Garantiefonds für den Kriegsfall oder bei Erschütterungen der Zahlungsbilanz.

So wurde nach dem Aufhören der Goldzirkulation und des Einwechselns von Gold nach einem relativ langen Intervall die Golddeckung der Banknoten aufgehoben. Von den drei Funktionen der Goldreserve, die für den vormonopolistischen Kapitalismus festgelegt wurden, blieb nur eine einzige übrig – die Funktion des Weltgeldes zur Begleichung der Saldi bei Auslandszahlungen. Aber auch sie hielt den Prüfungen der Zeit nicht stand. Obwohl nach der Idee ihrer Schöpfer die SDR nicht auf eine Ablösung des Goldes präferierten und nur als Zusatzreserve neben Gold und fremder Währungen auftraten, begannen die Vertreter der Finanzkreise große Hoffnungen gerade mit dem „Papiergold“ zu verknüpfen und auf die Umwandlung der SDR in die einzige Form der Reserven zu setzen. Es erschien eine ganze Liste von Ansprüchen an das Gold: Mangel; die ständige Gefahr weiterer Entnahmen aus den Reserven der führenden Länder; die dadurch bedingte Unbeständigkeit der Reservewährungen; Unvermögen, die Angleichung des Inlands- und des Auslandswertes der Währungen zu garantieren, d.h. ihres Wertes in der Zirkulation und des Wertes in Goldparitäten. Wie gezeigt wurde, verschlechterten diese Mängel die Lage der Zahlungsbilanzen und untergruben die Beständigkeit der führenden Valuten.

Wenden wir uns nun einzelnen Momenten zu, die die Anforderungen an das Gold als ein Weltgeld bestimmen. Die Begrenztheit der Goldbasis ist damit verbunden, daß die Goldproduktion nur langsam zunimmt und in einzelnen Zeitabschnitten sogar zurückgeht; fast alles neu gewonnene Gold wird von der Nachfrage zur Hortung zu spekulativen Preisen verschlungen, und deshalb bleibt das Wachstum der Goldreserven hinter dem Wachstum der Valutareerven zurück. Gegenüber 1938 ver-

größerte sich die Summe der Goldreserven um das Anderthalbfache, während der Umfang der Valutamittel fast um das 30-fache stieg. In diesem Zusammenhang verringerte sich in den Reserven der Zentralbanken der Anteil des Goldes und stieg die Bedeutung der Leitwährungen. Daneben stieg die Bedeutung der IWF-Mittel von 1,6 % der Gesamtsumme der internationalen Goldvalutenreserven der kapitalistischen Staaten im Jahre 1948 auf 7,3 % 1968, und einschließlich der SDR und der neuen Erweiterung der Ressourcen des IEF – auf 10,5 % 1970.

Die Beschränktheit der Goldbasis des Währungssystems wird durch eine Reihe von Faktoren bestimmt. Einer davon (er tritt am deutlichsten zutage) ist der gesenkte Goldpreis, der die Goldförderung bremst. Aber selbst dieser Preis konnte nur entstehen, als die freie Goldzirkulation eingestellt und der Marktprozeß der Offenbarung seines Wertes gestört war.

In der heutigen ausländischen Literatur und in den Äußerungen von Vertretern der Geschäftskreise wird oft betont, daß nicht nur Gold, sondern auch die Leitwährungen Dollar und Pfund Sterling für die Rolle von Reserven ungeeignet sind, die sich in den kreditgebenden Ländern durch die Verschlechterung der Zahlungsbilanzen der USA und Englands ansammeln. Das Angebot, sie zu konvertieren, erschöpft die ohnehin geschwächten Reserven der führenden Länder, verschlechtert ihre Valutapositionen und schafft eine Gefahr für die Beständigkeit des kapitalistischen Währungssystems insgesamt. Das Bestreben, eine Konvertierung der Dollarverpflichtungen zu verhindern, lag einer Reihe von Projekten für Währungsreformen zugrunde, die Ende der 50er Jahre aufgestellt wurden. Solcherart waren die Projekte von Prof. R. Triffin, M. Stamp, R. Maudling und anderen.

Die in den gegenwärtigen Etappe des staatsmonopolistischen Kapitalismus auftretenden neuen Präntentionen an das Gold und an ausländische Währungen als an Instrumente des internationalen Zahlungsverkehrs unterstützten das Streben nach „Entmonetarisierung“ des Goldes, nach seinem Ausschluß aus dem internationalen Umlauf und nach Schaffung von Ersatzmitteln. Die Apologie der verschiedenen Arten von „Papiergeld“ verstärkte sich besonders in Verbindung mit der Schwächung der sogenannten Reserve- oder Leitwährungen – Dollar und Pfund Sterling.

Doch stellen die Aufrufe, auf das Gold in der Sphäre der Auslandszahlungen zu verzichten, einen Kontrast zu den Forderungen der deutschen Nominalisten Anfang des 20. Jahrhunderts dar, bei denen die „Entschleierung des Goldes“ vom Streben diktiert war, die zentralen Regierungsvorräte an Edelmetallen für den Krieg zu vergrößern. Die neuesten Projekte einer internationalen Papierwährung gehen davon aus, daß der Anteil des Goldes an internationalen Zahlungen in letzter Zeit wesentlich zurückging, da es durch Reservewährungen und Kreditpapiere immer mehr von dort verdrängt wird. Das Verhältnis der Regierungsgoldreserven zum Umfang des internationalen kapitalistischen Imports beträgt gegenwärtig weniger als 25 % gegenüber 110 % vor dem Krieg.

Unter diesen Bedingungen kann der Übergang zum „Papiergold“, d.h. zu internationalem Papiergeld, für Auslandszahlungen nicht nur verführerisch, sondern auch als eine Möglichkeit zur Regulierung der Zahlungsbilanzen erscheinen.

Einige Jahre vor der Herausgabe der SDR stellten bürgerliche Wissenschaftler und IWF-Experten Projekte zum Ersatz des Goldes als Defizitreserve durch Ausweitung der Tätigkeit des IWF auf. Die Verfasser vieler Entwürfe sprachen sich in sehr bestimmter Form dafür aus, den Anteil des Goldes in den Goldvalutareerven der Welt immer mehr zu senken, damit die internationale Liquidität nicht vom Umfang der Goldgewinnung abhängt. Darauf konzentrierte sich besonders die Forderung von Prof. Triffin. Daneben hielt er es für notwendig, die Leitwährungen – Dollar und Pfund Sterling – aus den internationalen Staatsreserven herauszunehmen und ihre Position als Reservewährung zu liquidieren. Die Mängel der Reservewährungen sah er darin, daß ihr Umfang in den Reserven der anderen Länder umso schneller zunimmt, je mehr die Verschuldung der USA und Englands wächst. Dadurch birgt das System der Währungsreserven, das auf den Prinzipien des Golddevisenstandards beruht, in sich eine Gefahr für die Beständigkeit der Goldzentren selbst.

1965 stellte R. Roosa das Projekt einer „kollektiven Reserveeinheit“ vor, das eine Reihe von Berührungspunkten mit den SDR besaß. Die kollektiven Reserveeinheiten sollen auf der Grundlage von Valutaeinzahlungen der IWF-Länder in den IWF proportional zu ihren IWF-Sätzen ausgegeben werden. Auf diese geplanten Gelder wurde zum erstenmal die Bezeichnungen „Papiergold“ angewendet. Dem Ersatz des Goldes in den Reserven der zentralen Banken oder der Schaffung zusätzlichen Zahlungsgeldes neben Gold und ausländischer Valuta waren auch andere Projekte gewidmet.

Nach der Herausgabe der SDR wurden die Perspektiven dieses Zahlungsgeldes in den Äußerungen einiger offizieller Persönlichkeiten als Goldersatz dargestellt, wengleich sie nicht zu diesem Zweck herausgegeben wurden. Außerdem war ihre Emission sehr begrenzt.

Die Notwendigkeit des Goldes und das Problem seines Preises

Die Tendenzen, das Gold aus der Geldzirkulation und später aus dem Währungssystem des Kapitalismus herauszudrängen, sind offensichtlich. Genauso unumstritten kann man annehmen, daß in Verbindung mit der Liquidierung der Goldzirkulation und der Entwicklung des staatsmonopolistischen Eingreifens in die Währungssphäre das Gold einige seiner klassischen Funktionen verloren hatte. Bedeutet das, daß das kapitalistische Währungssystem kein Gold mehr braucht?

Wengleich das Gold aufhörte, wie im Kapitalismus der freien Konkurrenz als Wertmaß zu dienen, bleibt es ein Produkt der Arbeit, hat einen hohen Wert und behält seine Bedeutung der idealen Verkörperung des Wertes, als Schatz und Weltware. Der Bedarf an dieser Weltware verschwand nicht und macht sich umso beharrlicher bemerkbar, je mehr die Schlüsselwährungen ins Wanken geraten. Doch im Währungssystem verbleibt immer weniger Gold, da ein immer größerer Teil des

neu gewonnenen oder schon vorhandenen Goldes gehortet oder zu industriellen Zwecken verwendet wird.⁶

Bei der gegenwärtigen Lage der Goldproduktion kann dieses Problem nur durch die Erhöhung des Goldpreises gelöst werden. Eine derartige Maßnahme würde eine Reihe von Schwierigkeiten des gegenwärtigen Valutasystems beheben und vor allem zur Erhöhung des Anteils des Goldes in den Staatsreserven führen. Daneben würde diese Maßnahme die Goldproduktion stimulieren, da man zur Ausbeutung goldärmerer Erze übergehen könnte, was eine reguläre Auffüllung der staatlichen Goldreserven, die in letzter Zeit nicht nur nicht erweitert, sondern sogar reduziert werden, ermöglichen würde.

Die Erhöhung des Goldpreises würde, wie Spezialisten annehmen, seine Nachfrage zu Zwecken der Thesaurierung (Hortung) vermindern und eventuell sogar zur Entthesaurierung führen, die ihrerseits die staatlichen Goldreserven auffüllen würde.

Natürlich kann man bei Herausfallen des Goldes aus dem freien Marktumsatz seinen Wert nicht richtig festlegen. Doch dieser Umstand läßt die Aufgabe nicht von der Tagesordnung verschwinden, einen solchen Goldpreis festzusetzen, der die Steigerung des Goldanteils in den Reserven internationaler Liquidität garantieren und das in diesen Reserven befindliche „Papiergold“ verdrängen würde. Eine solche Maßnahme kann deshalb gegenwärtig durchgesetzt werden, weil im Gegensatz zu den Zeiten des Goldstandards mit Goldzirkulation das Gold einen Preis hat, der von der staatlichen Monopololigarchie festgelegt wird.

Die Frage, ob es notwendig ist, wesentliche Veränderungen am Währungssystem des Kapitalismus vorzunehmen, wird weiter erörtert. Dabei ist die Färbung dieser Diskussion symptomatisch, und zwar besonders die Forderung, das Währungssystem des Kapitalismus den „reellen Bedingungen“ anzupassen, d.h. im Grunde genommen, die künstlichen Privilegien des Dollars unter Berücksichtigung des veränderten Kräfteverhältnisses zu liquidieren. In diesen Forderungen ist gleichsam der Schritt des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus zu vernehmen.

6 Der Bedarf an Gold zu industriellen Zwecken nahm durch die Entwicklung neuer Industriezweige wesentlich zu. Das Gold wird in der modernen Chemie, in der Radioelektronik, für den Raketenbau, zur Weltraumforschung u.a. verwendet.

A. Galtschinskij

Gold als Geldware heute: Zur Verwandlung des Preises des Goldes als unmittelbarer Wertausdruck in einen irrationalen Produktionspreis

Aus: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1971, Heft Nr.8/71, S. 84–95. Der vorliegende Beitrag wurde durch die Redaktion des Marxismus Digest leicht gekürzt. Der Originaltitel (Das Gold als monetäre Ware) wurde geändert.

Die Funktion des Goldes als Maß des Wertes ist die grundlegende, die Ausgangsfunktion, die seine Benutzung als monetäre Ware bestimmt. Ihre Bedeutung unterstreichend schrieb *K. Marx*, das „vor allem infolge dieser Funktion das Gold – diese spezifische äquivalente Ware – Geld wird.“¹ Die Hauptbedeutung dieser Funktion besteht darin, der Warenwelt ein Material zum Ausdruck des Wertes der Waren zu geben, das heißt der in ihnen eingeschlossenen abstrakt allgemeinen und qualitativ gleichen Arbeit. Und weil alle Waren, unterstrich *K. Marx*, als Werte gesellschaftliche menschliche Arbeit darstellen und folglich vergleichbar sind, können sie alle ihren Wert in ein und derselben spezifischen Ware ausdrücken und so letztere zum Maß der Werte, das heißt zum Geld machen.

Die Bedingungen des modernen Kapitalismus – die staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung, die Beseitigung der Konvertibilität der Banknoten und die Entnahme von Gold aus der inneren Zirkulation, seine Verstaatlichung und die Verstärkung des inflationären Preiswachstums bringen natürlich wesentliche Veränderungen in den Funktionsmechanismus des Goldes als Maß des Wertes.

In der sowjetischen ökonomischen Literatur wird die Frage nach der Funktion des Goldes als Maß des Wertes sehr umfassend in den Arbeiten von *F. Michalevskij* betrachtet. Der besondere Wert seiner Arbeiten besteht darin, daß in ihnen auf der Grundlage umfassenden statistischen Materials die Abhängigkeit der Preisbewegung von den Veränderungen der Arbeitsintensität der Goldförderung und der Warenproduktion untersucht wird. Einen bedeutenden Beitrag zur Untersuchung dieses Problems leisten auch die Arbeiten von *E. Varga, I. Trachtenberg, G. Kozlov, E. Bregel, Z. Atlas* und einer Reihe anderer Autoren.

Daneben muß man betonen, daß eine Reihe sehr wichtiger theoretischer Fragen, die den Charakter der Realisierung der Funktion des Goldes als Maß des Wertes unter den Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart bestimmen, insgesamt noch nicht genügend untersucht wurde. Dazu gehören Fragen der Herausbildung des Marktwertes des Goldes als monetärer Ware, spezifische Besonderheiten der Konkurrenz innerhalb und zwischen den Zweigen und der Herausbildung des Produktionspreises von Edelmetall, der seinem Austausch in andere Waren zugrunde liegt,

1 *K. Marx u. F. Engels. Soč. (Werke), Bd. 23, S. 104. (russ.)*

der Einfluß der Entwertung des Papiergeldes auf die Äquivalenz dieses Austauschs und andere Fragen, die man nicht als zweitrangig ansehen darf.

Unter den letzten Arbeiten sowjetischer Ökonomen ist die Monographie S. Borisovs „Das Gold in der Wirtschaft des modernen Kapitalismus“ ein konkreter Versuch, die Modifizierung der Erfüllung der monetären Funktionen durch das Gold unter den heutigen Bedingungen zu untersuchen. Obwohl er eine Reihe richtiger, Aufmerksamkeit verdienender theoretischer Feststellungen trifft, die die Verdrängung des Goldes aus der inneren Zirkulation und sein Funktionieren als inkonvertibles Geld betreffen, fällt S. Borisov unserer Ansicht nach gleichzeitig in ein Extrem, indem er behauptet, daß unter den neuen Bedingungen „die Ausübung der Geldfunktionen durch das Gold sich nur auf den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen beschränkt.“²

Der Marktwert des Goldes als monetäre Ware

Die Klärung der Frage nach dem Charakter der Bildung des Marktwertes des Goldes ist für das Verständnis seiner Funktionsweise als Maß des Wertes sehr wichtig. In seiner letzten Arbeit „Studien über Probleme der Politökonomie des Kapitalismus“ unterstrich E. Varga, daß in unserer ökonomischen Literatur bisher nicht der ökonomische Mechanismus analysiert wurde, mit dessen Hilfe der individuelle Wert des Goldes zum Marktwert, d.h. zum gesellschaftlichen Wert wird.³ Andererseits wird in der Arbeit von S. Borisov die Meinung ausgesprochen, daß in der Goldförderung „ein Mechanismus fehlt, der die individuellen Werte auf einen Zweigdurchschnitt bringt.“⁴

Ohne Anspruch auf eine erschöpfende Betrachtung der Frage zu erheben, wollen wir versuchen, das Wesen etwas genauer zu klären. Bei der Analyse des Funktionsmechanismus des Goldes als Maß des Wertes ging K. Marx davon aus, daß der reale Prozeß der Preisbildung, der auf der Grundlage dieser Funktion realisiert wird, am Ort der Förderung des Edelmetalls vor sich geht, wo das Gold in unmittelbarer Warenform als Ware überhaupt in den Austausch eintritt. Viele Autoren verabsolutieren diese Feststellung, wenn sie den Prozeß der Herausbildung des Marktwertes des Goldes betrachten. Sie beachten nur die allgemeinen Merkmale, die das Edelmetall der übrigen Warenwelt ähnlich machen, und vergessen dabei seine spezifischen Eigenschaften als monetäre Ware.

Zusammen mit der Betonung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Tauschaktes Gold – Ware, der an den Orten der Förderung des Edelmetalls vor sich geht, dem äquivalente Arbeitsaufwendungen zugrunde liegen, unterstrich K. Marx die

2 S. Borisov. Zoloto v ekonomike sovremennogo kapitalizma (Das Gold in der Wirtschaft des Kapitalismus der Gegenwart) Moskau, 1968, S. 64.

3 Siehe E. Varga. Očerki po problemam politekonomii kapitalizma (Studie über Probleme der Politökonomie des Kapitalismus). Moskau, 1965, S. 219–221.

4 S. Borisov. Siehe oben, S. 159.

Notwendigkeit der strengen Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten dieses Austauschs, die aus dem besonderen Charakter der Warenform des Goldes hervorgehen. Diese Spezifik besteht darin, daß in der betrachteten Metamorphose der relative Wert der Ware, die dem monetären Metall gegenübersteht, früher einer bestimmten Goldmenge gleichgesetzt wurde, die im Preis der Waren schon verkörpert war, „bevor das Geld sie in die Zirkulation einführt.“⁵

Gleichzeitig tritt der Wert des Goldes, das unmittelbar am Tauschakt Gold-Ware beteiligt ist, beim Austausch in seiner reinen Form auf. Für das Gold als monetärer Ware ist die Vermittlung des Wertes durch Geldbeziehungen nicht erforderlich. Es tritt im Tauschgeschäft in Naturalform als bestimmte Menge eigener Materie auf und drückt nur das Niveau der individuellen Ausgaben aus, die mit seiner Produktion verbunden sind.

Wenn man von der konkreten Erscheinungsform des Gebrauchswertes der Waren abstrahiert, kann man also den Tauschakt Gold-Ware, der an den Orten der Förderung des Edelmetalls stattfindet, unter den Bedingungen des Funktionierens von konvertiblem Papiergeld als Gegenüberstellung der beiden Arten der Werte des Goldes darstellen. In diesem Akt tritt einerseits der gesellschaftlich notwendige oder Marktwert auf, der schon früher entstanden war und ideal im Preis der Ware verkörpert bzw. dargestellt ist, und andererseits der individuelle Wert, der das Niveau der Ausgaben für die Produktion des Metalls ausdrückt, da er erstmalig auf den Warenmarkt kommt. Der reale Sinn dieses Verhältnisses besteht darin, daß es ungeachtet der natürlichen Gleichheit der gegenübergestellten Komponenten einen qualitativen Unterschied bei ihnen gibt. Eine befindet sich in der relativen Wertform, die andere in der Äquivalentform, wobei die zweite als Ausdruck des Wertes der ersten dient.

Dabei befindet sich das Gold in der Äquivalentform, das den schon früher entstandenen Marktwert, der ideal im Preis der Ware verkörpert ist, ausdrückt. Dazu schrieb K. Marx, daß „das Gold wie jede andere Ware die Größe seines eigenen Wertes nur relativ, nur anhand anderer Waren ausdrücken kann. Sein eigener Wert wird von der Arbeitszeit bestimmt, die für seine Produktion erforderlich ist, und wird in der Menge jeder anderen Ware ausgedrückt, in der sich ebensoviel Arbeitszeit herauskristallisiert hat. Diese Festsetzung der relativen Größe des Wertes des Goldes wird faktisch am Ort seiner Produktion, im unmittelbaren Tauschhandel vollzogen. Wenn es als Geld in die Zirkulation eintritt, ist sein Wert schon gegeben.“⁶

Die Gegenüberstellung des individuellen und des gesellschaftlichen Wertes des Goldes in der Metamorphose Gold-Ware, der auf dieser Grundlage entstehende Widerspruch und seine Lösung sind Faktoren, die in Wirklichkeit die Herausbildung und die Bewegung des Marktwertes des Edelmetalls bestimmen. In dieser Gegenüberstellung zeigt sich die Eigenart, auf deren Grundlage in der Goldgewinnungsindustrie der Mechanismus der innerzweiglihen Konkurrenz funktioniert.

5 K. Marx u. F. Engels. (Sočinenija Werke), Bd. 26, T. II. S. 216. (russ.)

6 K. Marx u. F. Engels. Soč., Bd. 23, S. 101–102. (russ.)

Bei der Betrachtung des Mechanismus der Herausbildung des Marktwertes des Goldes gingen wir von den Bedingungen entweder einfacher Waren-Geld-Beziehungen oder des Funktionierens von konvertiblem Papiergeld aus. Dabei trug die Vermittlung des Tauschaktes Gold-Ware durch vollwertiges Geld formalen Charakter, da letzteres immer in die reale Menge von Gold eingetauscht werden konnte, die es vertrat.

Im Gegensatz dazu erhält unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo sich inkonvertibles Geld in der Zirkulation befindet, die Vermittlung des Tauschaktes Gold-Ware durch den Mechanismus der Waren-Geld-Beziehungen realen Sinn. Echten Inhalt erhält auch die Geldform des Goldwertes, – sein irrationaler Preis, da das Gold den Waren seinen Wert in reiner Form nicht mehr gegenüberstellen kann. Andernfalls würde infolge der Entwertung des Papiergeldes in bezug auf die monetäre Ware in der neuen Metamorphose $Z - D' - T$ (D' = inkonvertibles Geld) eine Verletzung der Äquivalenz des Austauschs stattfinden. (Z = Gold; russ. – *zoloto*; T = Ware, russ. – *tovar*; Anm. d. Übers.)

Wenn man die Besonderheiten der Metamorphose $Z - D' - T$ betrachtet, die die Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart charakterisiert, muß man berücksichtigen, daß das inkonvertible Papiergeld darin in der Rolle eines aktiven Elements auftritt. In diesem Fall steht das Gold dem Papiergeld ebenso wie alle übrigen Waren gegenüber. Im Ergebnis entsteht zwischen dem Gold und dem inkonvertiblen Papiergeld eine rückläufige Verbindung. Ihr Wesen besteht darin, daß die Veränderung der Kaufkraft des Papiergeldes unmittelbaren Einfluß auf die Arbeitsaufwendigkeit der Förderung des Metalls, seine Werte hat. Insbesondere übt die Entwertung im Ergebnis der inflationären Prozesse des Papiergeldes direkten Einfluß auf die Senkung der Arbeitsaufwendigkeit der Förderung des Metalls aus, führt zur Konzentration seiner Produktion in den produktiveren Bereichen. Und das ist völlig verständlich. Da unter den Bedingungen der Existenz von Waren-Geld-Beziehungen das allgemeine Preiswachstum zur Entwertung des Goldes führt, wird seine Förderung in den weniger produktiven Bereichen unrentabel.

Im Ergebnis kann man sagen, daß eine Gesetzmäßigkeit der Anpassung des Arbeitsaufwendigkeit der Goldförderung an die Dynamik der Warenpreise besteht, unter deren Einfluß im Prozeß der Produktionsverbindungen ein Vergleich des Wertes des Goldes und des relativen Wertes des Papiergeldes stattfindet. Dabei ist völlig offensichtlich, daß diese Gesetzmäßigkeit sich nicht automatisch realisiert, sondern nur als bestimmte Tendenz auftritt, die sich über das System der konstanten Abweichungen zeigt.

Die realen Fakten der kapitalistischen Wirklichkeit bestätigen diese Feststellung überzeugend. In den Nachkriegsjahren fand bekanntlich in allen Gold fördernden Ländern mit Ausnahme der SAR (Südafrika) unter den Bedingungen der Warenpreissteigerungen ein bedeutender Rückgang in der Förderung des Edelmetalls statt. Die Analyse zeigt, daß das Absinken der Goldförderung nur in seltenen Fällen mit einer Erschöpfung der Bodenschätze verbunden war. In den USA zum Beispiel besteht nach offiziellen amerikanischen Berechnungen unter den bestehenden Bedingungen die Möglichkeit, eine rentable Förderung von etwa mehr als 2 % der erkundeten

Goldbestände – 9,4 Mio von 407,8 Mio Unzen – zu realisieren.⁷ Gleichzeitig ist es wichtig zu beachten, daß der Rückgang der Goldförderung auf dem Hintergrund des Wachstums der technischen Ausstattung der Bergwerke auch von einer Erhöhung der Konzentration der Produktion in den produktiveren Teilen begleitet ist. Von 1939–1963 stieg der durchschnittliche Gehalt des geförderten Metalls in den USA von 5,6, auf 10,3 g je Tonne verarbeiteten Erzes, in der SAR – von 7,3 auf 12,3, in Kanada – von 8,4 auf 8,9 g. Die Erhöhung der Goldförderung in der SAR ihrerseits ist mit der umfassenden staatsmonopolistischen Stimulierung der Produktion von Edelmetall verbunden, die auf dem System der härtesten Ausbeutung der afrikanischen Bergarbeiter beruht.

Bei der Untersuchung des Vergleichsmechanismus des Goldwertes und des relativen Wertes des Papiergeldes ist natürlich die Aufmerksamkeit auf die Produktionsverbindungen zu konzentrieren. Aber es wäre falsch anzunehmen, daß die Entnahme des Metalls aus der inneren Zirkulation völlig seine Verbindung mit dem Wertzeichen an der Austauschphäre unterbricht. Diese Verbindungen bleiben in den folgenden Hauptrichtungen erhalten. Erstens über die Konvertibilität der nationalen Währungen, die für die ausländischen Zentralbanken besteht. Zweitens auf dem Wege des Einflusses der Weltpreise und des Außenhandels. Drittens muß man die wachsenden Dimensionen der privaten Thesaurierung des Goldes und das Wachstum seiner Nutzung für industrielle und künstlerische Zwecke beachten. Dafür werden heute bis zu 50 Prozent der Förderung des Edelmetalls verbraucht. Die Realisierung der Erzeugnisse aus Gold stellt, wie *F. Michalevskij* unterstrich, „eine Art ‚Konvertibilität in Gold‘ im Sinne der Möglichkeit, Gold für Papiergeld zu kaufen, dar...“⁸ Man darf auch nicht vergessen, daß, wenn die Entwertung des Papiergeldes gegenüber dem Gold zu weit geht, die kapitalistischen Staaten gezwungen sind, zur Abwertung der nationalen Währung oder zur Erhöhung des offiziellen Goldpreises Zuflucht zu nehmen. Die Bedeutung dieser Maßnahmen besteht darin, in gewissem Maße die Diskrepanz zwischen der Kaufkraft des Goldes und der nationalen Währungen zu beseitigen, die im Ergebnis der Inflation entstanden ist, das Gold und seinen Papiersatz auszugleichen.

Die Angaben zeigen das Bestehen der Tendenz der Annäherung des Gold „preises“ an das Niveau der Warenpreise, obwohl es in einzelnen Perioden starke Abweichungen gibt. Diese Tendenz, die außerordentlich große Bedeutung bei der Betrachtung des Wesens des analysierten Problems hat, kann auch am Beispiel einer Reihe anderer Länder verfolgt werden. Dabei sollte man, wie *S. L. Wygodskij* richtig unterstreicht, als Basisperiode nicht das Jahr 1934 nehmen (was in einer Reihe von Arbeiten sowjetischer Autoren der Fall ist), wo der Kurs der meisten nationalen Währungen deutlich zu stark herabgesetzt war, sondern das Jahr 1913, wo der Goldumlauf funktionierte und ein ungehinderter Austausch von Banknoten in Gold möglich war.⁹

7 „Editorial Research Reports“, 14. II. 1968, S. 112.

8 *F. I. Michalevskij. Zoloto kak deneznyj tovar* (Das Gold als monetäre Ware), Moskau, 1937, S. 154.

9 Siehe *S. L. Vygodskij. Sočremennyj kapitalizm* (Der Kapitalismus der Gegenwart), Moskau, 1969, S. 422.

Die Goldförderungsindustrie bezieht sich auf die Zweige der materiellen Produktion, wo, als abgeleitete Faktoren, ihrem Wert nach verschiedene Landesteile beteiligt sind, was das ungleiche Niveau der individuellen Aufwendungen je Produktionseinheit bestimmt. Ausgehend davon nehmen einige Ökonomen in Analogie mit der landwirtschaftlichen Produktion an, daß der Marktwert des Goldes durch die schlechteren Produktionsbedingungen bestimmt wird. Dabei wird die Aufmerksamkeit nicht nur auf den Einfluß des natürlichen Faktors gelenkt, sondern auch der Nachfrage nach Edelmetall. Eine derartige Betrachtung der Frage nimmt ihren Anfang bereits bei *D. Ricardo*, der schrieb: „Das Einkommen, das durch ein sehr armes Bergwerk geliefert wird, das keine Rente bezahlt, wird die Rente aller anderen produktiveren Bergwerke regeln. ...Dieses Prinzip gleicht völlig dem, das wir bereits in bezug auf den Boden festgestellt haben...“¹⁰

Dieses Herangehen an das Problem ist unserer Meinung nach falsch. Man muß berücksichtigen, daß im Unterschied zur landwirtschaftlichen Produktion, wo die Analyse der kapitalistischen Verhältnisse notwendigerweise die Annahme einschließt, daß das ganze Land von einzelnen Privatbesitzern eingenommen wird, im Bereich der Goldförderung immer eine große Zahl von Teilen besteht, die sich am Rande der Rentabilität befinden und ihre Einbeziehung in die Ausbeutung bei Senkung der Kosten erwarten. In Verbindung damit ist es in methodologischer Hinsicht wichtig, die Hinweise *W. I. Lenins* zu berücksichtigen, der schrieb: „Damit diese ‚durchschnittliche Produktivität‘ gebildet wurde und die Preise bestimmte, war es notwendig, daß jeder Kapitalist nicht nur überhaupt sein Kapital im Ackerbau anlegen konnte, sondern auch, daß jeder Kapitalist – über die vorhandene Zahl von Landwirtschaftsunternehmen hinaus – immer ein neues landwirtschaftliches Unternehmen gründen konnte.“¹¹ In der Goldförderungsindustrie besteht diese Möglichkeit in Abhängigkeit vom Vorhandensein von Kapital im Lande nicht nur, sondern wird auch ständig realisiert.

Außerdem muß man die Veränderungen berücksichtigen, die unter den Bedingungen des Funktionierens des nichtkonvertiblen Geldes und des Charakters der Nachfrage nach Gold als monetärer Ware stattfanden. Bei der einfachen Warenproduktion und auch bei Bestehen vollwertigen Geldes für Gold als Geldmaterial gab es überhaupt keine Realisierungsprobleme. Die Nachfrage nach Gold wurde mit Recht für unbegrenzt gehalten. Heute spricht man mit Recht von dem sehr relativen Charakter der Unbegrenztheit dieser Nachfrage, da letztere nur in Abhängigkeit vom konstanten Preis der Realisierung des Goldes materialisiert wird – eine Tatsache, die darauf hindeutet, daß die kapitalistische Wirtschaft in der Lage ist, ohne eine bestimmte Masse von Edelmetall auszukommen, dessen Herstellungspreis über die Grenzen hinausgeht, die durch den offiziellen Preis gesetzt werden.

Also erfordert die Frage der Identität der Bedingungen, die die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen in der landwirtschaftlichen Produktion und in der

10 *D. Ricardo*. Soč. (Werke), Bd. 1. Načala političeskoj ekonomii i nalogovogo obložnja (Die Anfänge der politischen Ökonomie und der Besteuerung) Moskau, 1955, S. 78.

11 *W. I. Lenin*. Poln. sobr. soč. (Vollst. Sammlung der Werke), Bd. 5, S. 118. (russ.)

Goldförderung bestimmen, ein aufmerksameres Herangehen. Eine derartige Identität (über die *S. Borisov* schreibt, indem er auf *K. Marx* verweist) beruht angeblich auf dem Faktor des Landeigentums, d.h. resultiert aus den Bedingungen der Bildung der absoluten Rente. Letztere ist aber nicht die Folge des Monopols am Boden als Objekt des Wirtschaftens, sondern der Monopole des Privateigentums am Boden und berührt eine prinzipiell andere Sphäre von Beziehungen.

In „*Theorien über den Mehrwert*“ unterstreicht *K. Marx*, indem er sich auf *A. Smith* bezieht, daß der Marktwert von Edelmetallen durch die Bedingungen der produktivsten Bergwerke bestimmt wird.¹² Diesen Standpunkt vertreten auch *F. Michalevskij* und *G. Kozlov*. Dabei zog *K. Marx* Elemente des Mißerfolgs und Risikos in Betracht, die die Goldförderung ständig begleiten. Unter den heutigen Bedingungen, wo die Hauptmethode der Goldförderung die Bergwerksmethode ist, und die Förderung auf stabiler industrieller Grundlage beruht, sind die Ursachen, die die Bestimmung des Marktwertes des Goldes nach den besten Teilen bedingen, scheinbar überlebt. Wie uns scheint, werden unter den neuen Bedingungen die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen bei der Produktion von Edelmetall von der Durchschnittshöhe der Produktionskosten bestimmt, die indirekt mit dem offiziellen Preis des Edelmetalls verglichen werden.

Bei der Betrachtung der Methode der Bildung des Marktwertes des Goldes haben wir nur einen begrenzten Kreis von Problemen berührt. Gleichzeitig ist zum Beispiel die Frage nach dem Verhältnis des Wertes des akkumulierten und des neu geförderten Goldes sehr wichtig, die von *E. Varga* in der oben erwähnten Arbeit gestellt wird. Es besteht kein Zweifel, daß im realen Leben eine Neubewertung des früher geförderten Goldes entsprechend dem Marktpreis stattfindet, der an den Quellen der Förderung von Edelmetall gebildet wird. In dieser Verbindung kann als Ausgangsmoment der Analyse die Feststellung von *K. Marx* dienen, der schrieb: „Der ganze Prozeß der Zirkulation ist ein ständiger Vergleich der Werte der Waren in den verschiedenen Perioden.“¹³ Was den Mechanismus einer solchen Neubewertung angeht, so erfordert er natürlich eine konkrete Untersuchung.

Der irrationale Preis der Goldproduktion

Die Beteiligung der Goldförderungsindustrie an der zwischenzeitlichen Konkurrenz, auf deren Grundlage der Vergleich der Veränderungen im Wert des Goldes und der gesamten Waren durchgeführt wird, läßt bei den meisten sowjetischen Ökonomen keinerlei Zweifel aufkommen. *F. Michalevskij* und *G. Kozlov* weisen darauf hin, daß das Gold nicht nach dem Wert, sondern nach dem Produktionspreis in Waren umgetauscht wird. Gleichzeitig gibt es auch den entgegengesetzten Standpunkt, der von *S. Borisov* vertreten wird, der faktisch die Funktion des Goldes als Maß des Wertes unter den Bedingungen der inneren Zirkulation negiert. Natürlich stellt er

12 *K. Marx* u. *F. Engels*. Soč., Bd. 26, T. II, S. 401. (russ.)

13 *K. Marx* u. *F. Engels*. Soč., Bd. 26, T. III, S. 165. (russ.)

auch die Tatsache der Beteiligung der Edelmetall fördernden Industrie an der zwischen-zweiglichen Konkurrenz, die die Grundlage der Realisierung dieser Funktion ist, in Zweifel.

Ein Argument *S. Borisovs* zur Verteidigung dieser Konzeption ist die These, daß an der Goldproduktion ein so „*nichtreproduzierbarer Faktor, wie das Landeigentum an goldhaltigen Gebieten*“ beteiligt ist.¹⁴ Und bei dieser Frage, wie auch bei vielen anderen wendet *S. Borisov* zur Begründung der eigenen Positionen Zitate von *K. Marx* an, was uns aber als nicht ausreichend begründet erscheint.

Unterstreichend, daß der Ausgleich der Profitrate nur dort stattfindet, wo es kein Eingreifen des Landeigentums gibt, negiert *K. Marx* nicht die Tatsache der Beteiligung der Landwirtschaft an der zwischenzweiglichen Konkurrenz. Er zeigt, daß nur infolge der Grenze, die durch das Landeigentum gesetzt ist, der Marktwert bis zu dem Punkt erhöht wird, wo das Land einen Überschuß des Wertes über den Produktionspreis bringt, d.h. die absolute Rente.

Wenn man vom Einfluß des Landeigentums auf die Beteiligung der Goldförderungsindustrie an der zwischenzweiglichen Konkurrenz spricht, muß man auch berücksichtigen, daß zuerst der Abbau der Goldminen in den meisten Fällen in den Kolonial- und abhängigen Ländern erfolgte, wo infolgedessen, daß die kapitalistischen Verhältnisse unentwickelt waren, die absolute Rente faktisch nicht entstand, da hier das Landeigentum „*ökonomisch nicht existiert, sogar wenn es juristisch existiert*.“¹⁵ Was die gegenwärtigen Bedingungen betrifft, so sind in der SAR und einer Reihe anderer Länder die Goldminen nationalisiert, und das löst das Problem schon von selbst.

Eine konkrete Bestätigung für die Beteiligung der Goldförderungsindustrie an der zwischenzweiglichen Konkurrenz sind Angaben über die zwischenzweigliche Wanderung des Kapitals im Maße der Entwicklung der Phasen des ökonomischen Zyklus. Die Analyse der Entwicklung der Goldförderungsindustrie zeigt, daß die Bewegung des Zyklus hier gewöhnlich in der Richtung geschieht, die der Entwicklung des Gesamtzyklus entgegengesetzt ist. Im Ergebnis fällt hier der höchste Punkt in der Goldproduktion in der Regel mit der allgemeinen Phase der Depression oder der Krisen zusammen. So war in der SAR in den Perioden der Vorkriegskrisen, wo die zyklische Entwicklung der Wirtschaft sehr klar ausgeprägt war, in fünf von sechs Fällen (in den Jahren 1890–1892, 1903–1909, 1929–1932 und 1937–1939) eine Produktionserhöhung von Gold zu verzeichnen.

Sehr charakteristisch in dieser Beziehung ist der Industriezyklus der Jahre 1923–1932. Als in den Jahren des industriellen Aufschwungs (1923–1929) das allgemeine Produktionswachstum 42 Prozent ausmachte, verringerte sich die Goldförderung um 11 Prozent. Im Gegensatz dazu vergrößerten sich in der Krisenperiode (1929–1932) bei einem Rückgang des Gesamtvolumens der Investitionen und der Zahl der Beschäftigten die Kapitalinvestitionen und die Zahl der Arbeiter in der Goldförderungsindustrie. Gleichzeitig stieg das Volumen der Förderung des Metalls um

14 *S. Borisov*. Siehe oben, S. 161.

15 *K. Marx* u. *F. Engels*. Soč., Bd. 26, T. II, S. 402. (russ.)

11 Prozent. Eine Erhöhung der Goldproduktion ist auch in der Periode der Industriekrise von 1937–1939 zu beobachten. Sie betrug insgesamt 109 Prozent, und zwar in der SAR-110, in den USA-113, Australien-119 und in Kanada-124 Prozent.

Wenden wir uns den Angaben der Tabelle 1 zu, die die Höhe der Investitionen in das Anlagekapital der Industrie der SAR in der Periode von 1958–1964 zeigt.

Tabelle 1

Index für die Bruttoinvestitionen des Anlagekapitals der Industrie der SAR

Jahr	Gesamthöhe	Goldförderungsindustrie
1958	100	100
1959	97	111
1960	102	144
1961	101	145
1962	102	106
1963	119	113
1964	140	139

Berechnet nach: „*The South African Journal of Economics*“, Nr. 4, 1965, S. 334.

Aus den angeführten Daten ist ersichtlich, daß in der Periode der Konjunkturlaute (1958–1961) der Gesamtumfang der Investitionen praktisch unverändert blieb, während die Kapitalinvestitionen in Unternehmen der Goldförderungsindustrie um 45 Prozent anstiegen. Dagegen ging in den Jahren des industriellen Aufschwungs (1962–1964) das Niveau der Investitionen in der Goldförderungsindustrie bei gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtvolumens der Kapitalaufwendungen um 38 Prozent zurück.

Diese Dynamik der Kennziffern ist zweifellos mit der zwischenzweiglichen Kapitalwanderung verbunden, mit der Wirkung des Mechanismus der zwischenzweiglichen Konkurrenz und der ihr zugrunde liegenden Durchschnittsprofitrate.

Dabei genügt es, darauf hinzuweisen, daß in den Jahren 1928–1933 und 1960–1963 die Ausschüttungen für Aktienkapital durch die Goldförderungsgesellschaften der SAR entsprechend 1,9 und 9,55 Prozent gegenüber 16,9 und 38,7 Prozent durchschnittlich für die Jahre 1923–1929 und 1958–1960 betragen.

In diesem Zusammenhang ist die Arbeit des englischen Ökonomen *S. Frankel*¹⁶ von besonderem Interesse, in der auf der Grundlage der Untersuchung umfangreichen statistischen Materials die Bewegung der Profitrate in der Goldförderungsindustrie und den anderen Wirtschaftszweigen in der sehr langen Zeitspanne von

16 *S. H. Frankel*. *Investment and the Return to Equity Capital in the South African Gold Mining Industry 1887–1965*. Oxford, 1967.

1887 bis 1965 betrachtet wird. Ungeachtet einer gewissen Bedingtheit solcher Berechnungen sind für uns dennoch die Schlußfolgerungen des Autors wichtig, der meint, daß unter Berücksichtigung der Abweichungen, die durch die Spezifik der Wirtschaft und den Einfluß anderer Faktoren bedingt sind, der Gewinn für das Aktienkapital in der Goldförderungsindustrie über den Marktmechanismus die unmittelbare Verbindung mit dem Ersatz des Kapitalwertes nicht nur in anderen Wirtschaftszweigen der SAR zeigt, sondern auch mit der Deckung des Kapitals auf dem internationalen kapitalistischen Markt.¹⁷

Die Veränderungen in der Bewegung des Industriezyklus, die in den Nachkriegsjahren stattgefunden haben, bringen natürlich bestimmte Korrekturen in das Erscheinungsbild der betrachteten Tendenz in der Entwicklung der Goldförderungsindustrie. Aber auch unter den neuen Bedingungen bleibt eine besondere Anfälligkeit gegenüber den Schwankungen der Marktkonjunktur bestehen. So stieg in den USA, ungeachtet der allgemeinen Tendenz zum Rückgang der Goldproduktion, in den Perioden der Wirtschaftskrisen die Förderung des Edelmetalls in der Regel, wenn auch mit einer Veränderung in ein-zwei Jahren.

Also bestätigen sowohl die Angaben der theoretischen Analyse, als auch die konkreten Fakten der kapitalistischen Realität ganz offensichtlich die Beteiligung der Goldförderungsindustrie neben den anderen Wirtschaftszweigen an der zwischenzeitlichen Konkurrenz, in deren Ergebnis der Austausch von Gold in Waren an den Stellen der Förderung des Edelmetalls nicht nach dem Wert, sondern nach den Proportionen, die dem Produktionspreis entsprechen, durchgeführt wird. In Verbindung damit, daß in der Metamorphose Gold-Ware als vermittelndes Glied nicht-konvertibles Papiergeld teilnimmt, wird der rationale Goldpreis faktisch in einen irrationalen Preis der Produktion des Edelmetalls modifiziert, der natürlich nicht nur vom Wert des Goldes, sondern auch von Faktoren abhängt, die den Wert des Papiergeldes selbst bestimmen.

Der irrationale Produktionspreis des Goldes – das ist die neue Erscheinung, die die Wirkung des Mechanismus der realen Preisbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart charakterisiert. Er entsteht nur bei Funktionieren nichtkonvertiblen Geldes. Früher bestand, wie schon betont wurde, ein direkter Austausch von Gold in andere Waren, als der Wert des Goldes nicht in die Geldform gekleidet war oder sie nur rein formal annahm. Dieser Umstand schloß schon von sich aus die Möglichkeit der Bildung des Produktionspreises des Goldes als spezifischer Ware aus, da letztere bekanntlich nicht außerhalb der Waren-Geld-Beziehungen entstehen kann. Bei der Betrachtung der Fragen der Realisierung schrieb K. Marx in „Theorien über den Mehrwert“: „Aber im Fall der Goldminen ... ist sie (die Bildung des Produktionspreises – A.G.) unmöglich, da der Wert hier in der natürlichen Form des Produktes ausgedrückt wird.“¹⁸

Das Entstehen des irrationalen Preises der Produktion des Goldes stellt eine qualitativ neue, höhere Stufe in der Entwicklung des Funktionsmechanismus

17 S. H. Frankel. Ebenda, S. 47.

18 K. Marx u. F. Engels. Soç., Bd. 26, T. III, S. 419. (russ.)

des Goldes als Maß des Wertes dar. Es weist darauf hin, daß unter den neuen Bedingungen Veränderungen im Wert des Goldes den Preisbildungsprozeß nicht mehr unmittelbar, sondern indirekt beeinflussen, und das kompliziert den Prozeß, bringt wesentliche Veränderungen in ihn.

Gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der irrationale Produktionspreis des Goldes unter staatsmonopolistischem Einfluß in der Praxis mit dem offiziellen Preis des Edelmetalls verglichen werden muß und mit seiner Hilfe realisiert wird.

Der Mechanismus des Vergleichs des Goldwertes und der Gesamtware

Die wissenschaftliche Analyse des Einflusses der Veränderungen im Arbeitsaufwand der Goldförderung auf den Preisbildungsprozeß, die in den Arbeiten von F. Michalevskij gegeben wird, ist, wie G. Kozlov richtig unterstreicht, ein interessanter Versuch des empirischen Beweises der Arbeitswerttheorie K. Marx'. Obwohl wir den Wert dieser Untersuchung anerkennen, halten wir es für notwendig, einige Bemerkungen hinsichtlich der Methodologie auszusprechen.

Bei der Betrachtung des Wesens der Frage stellen F. Michalevskij und einige andere Ökonomen Angaben über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Industrie der entwickelten kapitalistischen Länder der Bewegung der Arbeitsaufwendigkeit der Förderung des Edelmetalls in der SAR gegenüber, und berücksichtigen dabei den Anteil dieses Landes an der Weltförderung. Im Prinzip steht die Rechtmäßigkeit dieser Methode außer Zweifel. Aber sie kann nur unter Berücksichtigung des Einflusses einer Reihe wichtiger zusätzlicher Faktoren auf den betrachteten Prozeß zuverlässige Resultate bringen.

Der Mechanismus der realen Preisbildung wirkt so, daß das Gold als Ware im Tauschakt an der Stelle seiner Förderung nicht der ganzen Warenmasse im Umfang der Weltproduktion gegenübersteht (obwohl der Versuch, das Wesen der Sache unter diesem Gesichtspunkt darzustellen, schon unternommen wurde), sondern nur der Warengruppe, die zur Realisierung des Prozesses seiner erweiterten Reproduktion ausgenutzt wird. Im Rahmen der Grenzen einzelner Staaten findet auch eine zwischenzeitliche Kapitalwanderung und auf dieser Grundlage die Preisbildung der Warenproduktion statt. Was den Vergleich des Goldwertes und der Gesamtware innerhalb der Länder betrifft, die keine Erzeuger der monetären Ware sind, oder innerhalb des ganzen kapitalistischen Systems, so ist hier vor allem die Berücksichtigung der Umstände notwendig, die mit der zwischenstaatlichen Migration des Edelmetalls verbunden sind, wo das Gold die reine Warenform behält und seine Bewegung durch Faktoren reguliert wird, die die internationalen kapitalistischen Besonderheiten der zwischenstaatlichen Goldbewegung kann die Ergebnisse der Analyse ernsthaft entstellen.

Die zweite wesentliche Voraussetzung der Analyse des Einflusses, der durch Veränderungen in Bezug auf den Arbeitsaufwand der Goldförderung und der Produktion der Gesamtware auf das Preisniveau ausgeübt wird, muß die Differenzie-

rung der Länder nach Größe des Anteils der Goldförderungsindustrie am Gesamtvolumen der nationalen Produktion sein. „In welchem Maße“, – schrieb K. Marx, – „in einem Fall die Erhöhung der Profitrate bei sinkendem Wert des Geldes, im anderen Fall – das Sinken der Profitrate bei steigendem Wert des Geldes – die Gesamtprofitrate beeinflussen – das hängt zum Teil vom relativen Ausmaß der Produktionszweige ab, in denen die Veränderung vor sich geht, und zum Teil von der Dauer der Veränderung, da eine gewisse Zeit erforderlich ist, damit sich Erhöhung und Sinken der Profitrate in den einen Industriezweigen auf die anderen auswirkt.“¹⁹ Die Abweichungen im Goldwert vom Wert der anderen Waren können einen fühlbaren Einfluß auf die Preisdynamik nur in den Ländern ausüben, wo die Goldförderungsindustrie einen wesentlichen Platz in der Bruttoproduktion und Kapitalakkumulation des Landes einnimmt.

Tabelle 2

Die Dynamik der Einzelhandelspreise und der Arbeitsproduktivität in der Goldförderungs- und der verarbeitenden Industrie der SAR

Industriezyklus Jahre ¹	Preisindex 1914 = 100		Index d. Goldförderung auf 1 Arbeiter im Jahr (Unzen)		Index d. Ertrags auf 1 in d. verarb. Industrie Beschäft	
	durchschnittl. im Zyklus	Veränderungen	Ende d. Periode (1914 = 100)	Veränderungen	Ende d. Periode (1914 = 100)	Veränderung
1914–1922	138	+38	121	+21	112	+12
1922–1932	134	- 4	111	-10	141	+29
1932–1939	124	-10	82	-29	157	+16
1939–1946	153	+29	76	- 6	145	-12
1946–1957	233	+80	106	+30	171	+26
1957–1963	308	+75	158	+52	221	+50

¹ Die Periodisierung der Industriezyklen wurde auf der Basis von Angaben des südafrikanischen Ökonomen Leo Katzen angegeben.

Berechnet nach: Leo Katzen. *Gold and the South African Economy*. Cape-Town, 1966, S. 18–29; „Union Statistics for Fifty Years (1910–1960)“. Pretoria, 1964 S. H–15, G–5, G–6.

Betrachten wir die Angaben, die den Einfluß der Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsproduktivität in der Goldförderungs- und der verarbeitenden Industrie auf die Preisdynamik in der SAR charakterisieren, wo die Förderung des Edelmetalls einen sehr hohen Anteil in der Wirtschaft einnimmt.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, kann man bei der Bewegung des durchschnittlichen Preisindex für die Zyklen drei charakteristische Perioden darstellen: 1914–1922 – Preiserhöhung, 1922–1939 – Sinken, 1939–1963 – Wachstum.

19 K. Marx u. F. Engels. *Soč.*, Bd. 32, S. 57. (russ.)

Es ist völlig offensichtlich, daß solche Veränderungen durch die Wirkung einer Vielzahl von Faktoren bedingt sind. Gleichzeitig entspricht die betrachtete Bewegung der Preise in der Hauptsache den Veränderungen in bezug auf die Arbeitsproduktivität in der Goldförderungs- und der verarbeitenden Industrie des Landes. So stieg in der Periode von 1914–1922 die Arbeitsproduktivität in der Goldförderung schneller als in der verarbeitenden Industrie, was mit dem in der Tabelle zu beobachtenden allgemeinen Wachstum des Preisindex übereinstimmt; in der Periode von 1922–1939 trug zum Sinken des Preisniveaus das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie und ihr Sinken in der Goldförderung bei. In den Jahren 1946–1963 erinnerte die Dynamik der Produktivität erneut an das Bild von 1914–1922.

Von besonderem Interesse bei der Betrachtung des Wesens des Problems ist die Analyse der Daten, die die Goldförderungsindustrie der USA charakterisieren. Im Unterschied zur Goldförderungsindustrie der SAR, Kanadas und Australiens wird die Goldförderung in den USA nicht von der Regierung subventioniert. Es ist abschlußreich, daß in den letzten Jahren wiederholt Vorschläge zur Diskussion im Kongreß eingebracht wurden, die sich auf die Verabschiedung von Programmen zur Stimulierung der Goldförderung bezogen, aber sie wurden immer unter dem Vorwand abgelehnt, daß die Subventionierung der Goldproduktion in den USA zu Spekulationen hinsichtlich des offiziellen Preises führen würde. Und die Regierung hat die Absicht, ihm mit allen möglichen Mitteln zu halten. Die Ziele dieser Politik sind klar; die Monopole wollen nicht auf die großen Vorteile verzichten, die ihnen die Nichtäquivalenz des internationalen Handels mit dem Edelmetall bringt.

Es ist wichtig zu unterstreichen, daß insgesamt die Goldförderungsindustrie der USA der spontanen Wirkung der Marktkräfte in bedeutend größerem Maße unterliegt, als es in der SAR und den anderen Ländern der Fall ist. Wenn man den unbedeutenden Anteil an der Industrieproduktion berücksichtigt, so diktiert die Goldförderungsindustrie der USA, die an der zwischenzweiglichen Konkurrenz beteiligt ist, nicht, sondern nimmt nur die Bedingungen des kapitalistischen Marktes in sich auf. Aber die nicht große Rolle der Goldförderungsindustrie schließt nicht die Fähigkeit ihres Erzeugnisses – des Goldes – aus, auch unter den Bedingungen der amerikanischen Wirtschaft als Wertmaß aufzutreten, die Zelle der kapitalistischen Verhältnisse zu sein, auf deren Grundlage ideal die Arbeitsaufwendungen verglichen werden können.

Das widerspricht keineswegs der marxistischen Geldtheorie, da in dem Schema von K. Marx dem Gold als monetärer Ware eine passive Rolle, die Rolle des Äquivalents zugedacht ist, in dem die anderen Waren nur ihren Wert ausdrücken.

Insgesamt ist die Arbeitsaufwand der Goldförderung in den USA im Gegensatz zu den Behauptungen vieler Autoren nicht von der Bewegung des Wertes der Gesamtware losgelöst. Diese Feststellung wird durch statistische Daten für die USA und Kanada bestätigt, die die Schlußfolgerung zulassen, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus der Gegenwart infolge des Einflusses des kapitalistischen Marktes Veränderungen im Arbeitsaufwand der Goldförderung in der Hauptsache der Bewegung des Arbeitsaufwands der gesamten Warenmasse entsprechen. Eine Aus-

nahme kann nur die SAR bilden, wo die Stellung der Goldförderung in der Wirtschaft des Landes ziemlich bedeutend ist.

Aber in den Nachkriegsjahren kann man auch in diesem Lande, wie aus der Tabelle 2 ersichtlich ist, ziemlich genau eine Tendenz zur Annäherung des Tempos der Veränderung der Arbeitsproduktivität in der Goldförderung und der verarbeitenden Industrie beobachten. All das bedeutet natürlich nicht, daß sich der Wert des Goldes in seiner Bewegung überhaupt nicht von der Veränderung des Wertes der Gesamtware lösen kann. Der Wert des Goldes neigt, wie *K. Marx* unterstrich, einerseits zu gewissem Konservatismus, er ist im Vergleich zu dem Wert der anderen Waren weniger beweglich. Andererseits kann die Entdeckung neuer Fundstätten, deren Metallgehalt reicher ist, wie es von der Geschichte der kapitalistischen Realität bestätigt wird, die umgekehrte Wirkung haben. Insgesamt kann aber das Zurückbleiben im Niveau der Arbeitsaufwendigkeit, wie auch der Vorlauf nicht dauerhaft sein, und infolgedessen kann das Gold eine radikale Wirkung auf das Preisniveau, eine „Preisrevolution“, nur kurzfristig ausüben, in Perioden besonders großer Entdeckungen neuer Fundstätten, wenn eine scharfe Trennung seines Wertes vom Wert der anderen Waren zu beobachten ist.

Bei der Analyse einiger Besonderheiten der Ausübung der Funktion des Wertmaßes durch das Gold unter kapitalistischen Bedingungen sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Entnahme von Gold sein Austreten aus der inneren Zirkulation und die Aufhebung der Konvertibilität der Banknoten keine Anomalie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind. Diese Erscheinungen haben eine gesetzmäßige Grundlage, die von den allgemeinen Entwicklungstendenzen des Zirkulationsprozesses bestimmt wird. „*Wie sich der Tauschwert der Waren durch ihren Austauschprozeß in Goldgeld herauskristalisiert, ebenso*“, – schrieb *Karl Marx*, – „*verschwindet das Goldgeld bis zu seinem eigentlichen Symbol, zuerst in der Form des abgenutzten Goldstückes, dann in der Form metallischer Hilfsmünzen und schließlich in der Form metallischer Hilfsmünzen und schließlich in der Form von Wertzeichen, die keinen Wert haben, von Papier als einfachen Wertzeichen... Das staatliche Papiergeld mit Zwangskurs ist die endgültige Form des Wertzeichens..., die sich unmittelbar aus der metallischen Zirkulation entwickelt...*“²⁰.

In einer der frühesten Arbeiten „*Goldförderung und Teuerung*“, die im Jahre 1912 am Vorabend des ersten Weltkrieges geschrieben wurde und den Grundstein zur Diskussion der Funktionen des Goldes legte, sprach *E. Varga* als einer der ersten unter den Marxisten im Gegensatz zu *K. Kautsky* und *O. Bauer* den Gedanken aus, daß die wachsende Teuerung in den Ländern des Kapitals nicht durch die Bedingungen der Goldproduktion als monetärer Ware, sondern durch andere Faktoren diktiert wird. Diese methodologische Feststellung, die von *W. I. Lenin* nicht unbeachtet blieb, wie aus „*Hefte über den Imperialismus*“ hervorgeht, und die große politische Bedeutung hatte, gewinnt in unseren Tagen besondere Aktualität, wo die Welt des Kapitalismus einen neuen langwierigen Anfall von Inflationsfieber durchmacht.

20 *K. Marx u. F. Engels. Soç., Bd. 13, S. 97, 99. (russ.)*

O. Bogdanow

Zur Kritik der bürgerlichen Theorien der internationalen Währungsbeziehungen und der internationalen Liquidität

*Aus: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau
Nr. 1/1972, S. 53–63*

Die bürgerlichen Währungskonzeptionen, sowohl vor dem Kriege als auch besonders nach dem Kriege, entstanden auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Mit ihnen sollten neue Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen und begründet werden, sie sollten die theoretische und methodologische Basis für die Entwicklung der Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Staaten bilden.

Die Entwicklung der modernen bürgerlichen Theorien der internationalen Währungsbeziehungen wurde unter dem Einfluß der in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft verheerendsten Krise der dreißiger Jahre, die zum Zusammenbruch des Goldstandards führte, stark gefördert. Neue Impulse für eine intensivere Untersuchung der internationalen Währungsbeziehungen gab die zunehmende Labilität der kapitalistischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg.

Das Währungssystem erwies sich als schwächstes Glied in der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Krieg. Während die Industrieproduktion in den meisten kapitalistischen Ländern bis 1948 wieder voll in Gang gekommen war, wurde selbst für eine teilweise Rückkehr zur Devisenkonvertibilität noch ein Zeitraum von zehn Jahren benötigt. Nicht von ungefähr anerkennt die überwiegende Mehrzahl der westlichen Ökonomen die Unbeständigkeit des internationalen Währungssystems, wenn auch für die Gründe und Folgen dieser Erscheinung unterschiedliche Erklärungen gegeben werden. „*Die heute bestehende Ordnung oder eher Unordnung in den internationalen Währungsbeziehungen ruft das Gefühl zunehmender Unzufriedenheit hervor*“, schreibt der amerikanische Finanzmann *F. Machlup*.¹ Gleichsam als Weiterentwicklung dieses Gedankens schrieb der amerikanische Ökonom *R. Triffin* in seinem Buch „*Evolution des internationalen Währungssystems*“, daß noch ein halbes Jahrhundert nach dem ersten Weltkrieg eine internationale Geldanarchie besteht.²

Die Krise des internationalen Währungssystems zeigt sich nach außen in einer chronischen Unausgeglichenheit des internationalen Zahlungsverkehrs und in dem Mangel an Zahlungsmitteln zu dessen Ausgleich. Die Urheber der bürgerlichen Theorien bemühen sich, diese Probleme auf zwei Wegen zu lösen. Die einen richten ihr Hauptaugenmerk auf die Ausarbeitung von Methoden zur Regulierung der Zahlungs-

1 *F. Machlup. Pläne zur Umgestaltung des internationalen Währungssystems. Moskau, 1966, S. 24 (russ.)*

2 *R. Triffin. Evolution of International Monetary System. Princeton, 1964, S. 21 (engl)*

bilanzen, die anderen suchen konzentriert nach Wegen zur Erhöhung der internationalen Zahlungsfähigkeit, d.h. zur Sicherung des internationalen Zahlungsverkehrs durch entsprechende Zahlungsmittel.

Den meisten bürgerlichen Währungstheorien liegen entweder die keynesianischen und nekeynesianischen Konzeptionen der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft oder die Ideen der Klassiker und Neoklassiker zugrunde, die ihre Hoffnungen auf die automatische Wirkung des Marktmechanismus bei geringstmöglicher Einmischung des Staates setzen.

I. Bürgerliche Theorien der Regulierung der Zahlungsbilanzen

Die dramatischen Ereignisse, die sich mehrfach um die Währungen und die Zahlungsbilanzen der kapitalistischen Länder abgespielt haben, bestätigen die von Karl Marx im dritten Band des „Kapital“ formulierte Schlußfolgerung vollauf: „In der Periode der allgemeinen Krise ist die Zahlungsbilanz für jede Nation, zumindest für jede kommerziell entwickelte Nation, ungünstig...“³ Das Zahlungsbilanzdefizit wurde besonders in den USA und Großbritannien zu einer chronischen Krankheit des kapitalistischen Währungssystems. Hieraus erklärt sich, warum in den bürgerlichen Theorien das Problem der Regulierung der Zahlungsbilanzen im Mittelpunkt der Untersuchungen steht. Das läßt sich sowohl von den amerikanischen Ökonomen (J. Viner, Ch. Kindleberger, F. Machlup, W. Salant, G. Haberler, P. Ellsworth u. a.) als auch von den britischen (J. Meade, P. Einzig u. a.) und französischen (G. Marci u. a.) sagen.

Bei den Theorien der Zahlungsbilanzregulierung konzentriert sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die ökonomischen Faktoren, die den Zustand der Zahlungsbilanz beeinflussen. In solcher Form nahm die Entwicklung dieser Theorien erst nach der Krise der Jahre 1929 bis 1933 und besonders nach dem zweiten Weltkrieg ihren Anfang. Fast zwei Jahrhunderte lang bis zu den dreißiger Jahren herrschte auf dem Gebiet der internationalen Währungsbeziehungen die bereits im 18. Jahrhundert von D. Hume und J. Mill ausgearbeitete Konzeption der automatischen Zahlungsbilanzregulierung, bei der die Wirtschaftspolitik des Staates ausgeklammert war. Bereits im Jahre 1937 gestand der amerikanische Ökonom J. Viner ein, daß „die auf den Arbeiten von Hume und Mill basierende Theorie des internationalen Handelsmechanismus in ihren Hauptzügen dominierend bleibt. Einen anderen Mechanismus, der hätte überzeugen können, gab es immer noch nicht.“⁴

Eine charakteristische Besonderheit der klassischen Konzeption bestand darin, daß in ihr bei der Analyse der Wiederherstellung des Gleichgewichts im internationalen Zahlungsverkehr die Quantitätstheorie des Geldes Anwendung fand. D. Hume sprach von der Existenz eines sich selbsttätig korrigierenden Wechselwirkungsme-

3 Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Teil II, S. 35 (russ.)

4 J. Viner, Studies in the Theory of International Trade, London, 1937, S. 291 (engl.)

chanismus zwischen Goldbewegung und Preisen, der sich wie folgt darstellt. In Ländern mit einem Zahlungsbilanzdefizit findet ein Goldabfluß statt und sinken die Preise, da gemäß der genannten Theorie bei einer geringeren Geldmenge die Menschen ihre Ausgaben einschränken und die Preise fallen. Niedrigere Preise bewirken ihrerseits eine Exportsteigerung, wodurch die Zahlungsbilanz des Staates ausgeglichen wird. Das entgegengesetzte Bild zeigt sich in einem Land mit aktiver Zahlungsbilanz. Der Goldzufluß erhöht dort die im Umlauf befindlichen Geldmenge, was zum Anwachsen der Inlandspreise und des Importes führt, weil der Kauf billigerer Waren in Ländern mit Zahlungsbilanzdefizit vorteilhafter ist. Dank der wechselseitigen Goldströme gleicht sich die Lage aus, wird die einseitige Goldbewegung für eine gewisse Zeit unterbrochen.⁵

In Wirklichkeit ist die Preisbewegung ein weitaus komplizierterer Prozeß und keine einfache lineare Funktion der in Umlauf befindlichen Geldmenge. Karl Marx kritisierte die Quantitätstheorie des Geldes und schrieb: „In der Tat ist es ein alter Unsinn, daß Veränderungen im verfügbaren Goldquantum die Masse der Umlaufmittel erhöhten oder verringerten und demzufolge unausweichlich die Warenpreise in dem betreffenden Land steigen oder fallen mußten.“⁶

Das mußten letztlich auch die bürgerlichen Theoretiker eingestehen. R. Triffin zeigt beispielsweise in seinen Arbeiten, daß sich in Wirklichkeit die Preise viel häufiger in Ländern mit aktiver und passiver Zahlungsbilanz parallel und nicht in entgegengesetzten Richtungen bewegen, wie das aus der Theorie der automatischen Regulierung folgt. Die Hauptschwierigkeit, sich der Unausgeglichenheit der internationalen Zahlungsbilanzen anzupassen, haben die Entwicklungsländer als Rohstoffproduzenten, für die sich die Preise auf den Weltmärkten im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution ungünstig entwickeln.⁷ Dagegen können die kapitalistischen Industriestaaten auf Grund ihres großen Anteils am Welthandel durch entsprechende Kredit- und Währungspolitik die Dynamik der Weltmarktpreise in einem für sie vorteilhaften Sinne beeinflussen.

Die Konzeption der Keynesianer

Die neue Auffassung von der Theorie der Regulierung der Zahlungsbilanzen hängt mit der sogenannten keynesianischen Revolution in der bürgerlichen politischen Ökonomie zusammen. Bekanntlich hielt Keynes den „Marktautomatismus“ für untauglich und schlug vor, das Zahlungsbilanzgleichgewicht durch aktive staatliche Einmischung aufrechtzuerhalten.

Die Keynesianer führten den Begriff der chronischen Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen in die Analyse des internationalen Währungssystems ein, die entgegen

5 Siehe P. Samuelson, „Ökonomika“, Moskau, 1964, S. 704–705 (russ.)

6 Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Teil II, S. 89–99 (russ.)

7 R. Triffin, Our International Monetary System: Yesterday, Today, and Tomorrow, New York, 1968, Kap. 1 (engl.)

der klassischen Konzeption automatisch nicht korrigiert werden kann, sondern eine verstärkte Tätigkeit des Staates zur Regulierung der Preisbildung und Verteilung der Einnahmen erfordert. Sie beschuldigten die Klassiker der bürgerlichen politischen Ökonomie einer Unterschätzung des Einflusses der Veränderungen in den Einnahmen und Diskontsätzen der Zentralbanken auf die Zahlungsbilanz.

Keynes behauptete, die Zahlungsbilanz hänge nicht so sehr von den Preisverschiebungen, sondern viel mehr von der kurzfristigen Kapitalbewegung unter dem Einfluß der Diskontpolitik der Zentralbanken und in noch stärkerem Maße von den Veränderungen in den Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung ab. Bei dem keynesianischen Herangehen an die Regulierung der Zahlungsbilanz wird die Ausnutzung des Mechanismus der gleichzeitigen staatlichen Einwirkung auf die Einnahmen und die Preise nachdrücklich hervorgehoben.

Auf der Grundlage der keynesianischen und nekeynesianischen Rezepte haben die bürgerlichen Ökonomen ihren Regierungen ein ziemlich vielgestaltiges Instrumentarium von Währungs-, Handels-, kreditpolitischen und Steuermaßnahmen zur Regulierung der Zahlungsbilanz vorgeschlagen.

Gewöhnlich empfehlen die Keynesianer zur Verbesserung der Zahlungsbilanz, entweder durch eine Politik der Deflation, d.h. Rückgang der Nachfrage im Inland, oder durch Abwertung der Währung den Export zu steigern und den Import zu bremsen. Die Wahl des konkreten Weges hängt von der wirtschaftlichen Lage im Lande und der Situation auf dem Weltmarkt ab. Unter den Bedingungen eines hohen Beschäftigungsgrades, der fast vollständigen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten und einer für die Exporteure günstigen Konjunktursituation auf dem Weltmarkt empfiehlt sich im allgemeinen die Politik der Einschränkung der Nachfrage im Inland. Eine Deflation stellt aber einen Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen dar und birgt die Verschärfung sozialer Konflikte in sich. Einige westliche Ökonomen sehen diese Gefahr und sprechen sich gegen die Anwendung von Deflationsmethoden zum Ausgleich der Zahlungsbilanz aus. Der amerikanische Ökonom *Ch. Kindleberger* weist darauf hin, daß eine Umverteilung oder Einschränkung des Nationaleinkommens zum Zweck der Regulierung der Zahlungsbilanz den Keim zu einer politischen Revolution enthalten könne.⁸

Bei einer Konjunkturlaute, einem großen Arbeitslosenheer und nicht ausgelasteten Kapazitäten kann die Deflationspolitik zu einem weiteren Rückgang der Produktion und Zunahme der Arbeitslosigkeit führen. Deshalb wird in solchen Situationen die Abwertung der eigenen Währung empfohlen. „Die Abwertung ist ein Mittel, um den Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen, besonders wenn das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz fundamental gestört ist“, heißt es in einer Untersuchung amerikanischer Ökonomen.⁹ Die Währung abwerten bedeutet, den Wechselkurs, d.h. den in anderen Währungen ausgedrückten Preis zu reduzieren. Dann wird die abgewertete Währungseinheit billiger, wenn man sie für ausländisches Geld erwirbt. Umgekehrt muß für den

⁸ Ch. Kindleberger. *International Economics*. Homewood, 1964, S. 517 (engl.)

⁹ M. Clement, R. Pfister, K. Rothwell. *Theoretical Issues in International Economics*. Boston, 1967, S. 240 (engl.)

Ankauf ausländischer Währung mehr in der abgewerteten Währung bezahlt werden. Eine solche Veränderung in der Kursrelationen verbilligt die Waren beim Einkauf gegen ausländische Währung und erweitert somit die Exportmöglichkeiten des Landes, in dem die Abwertung erfolgte. Doch andererseits verteuert sich der Import. Durch die Exporterweiterung und Importeinschränkung verbessert sich die Handels- und folglich die Zahlungsbilanz.

Vor und nach dem Kriege bediente man sich häufig des Mittels der Abwertung. Jedoch läßt sich die Abwertung nur mit großem Vorbehalt zu den Methoden des Kampfes gegen die Zahlungsbilanzkrise rechnen, da sie kein Mittel zum Schutz der Währung, sondern das Eingeständnis des Währungsbankrotts ist. Obgleich bei Entstehung eines starken Ungleichgewichts der Wechselkurse im Statut des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Mittel der Abwertung erlaubt ist, wenden es die Regierungen äußerst ungern und nur in Ausnahmefällen an. Die Tatsache, daß nach dem Kriege die Abwertung zu einer nicht mehr so seltenen Erscheinung geworden ist, beweist nicht die Popularität dieser Maßnahme, sondern zeigt die Verschärfung der Krise des kapitalistischen Währungssystems, die die Regierungen zu solchen Maßnahmen zwingt. Die Tiefe dieser Krise wird daraus offenbar, daß selbst die führende Währung der kapitalistischen Welt von der Abwertung nicht verschont blieb. Im Dezember 1971 sah sich Präsident *Nixon* gezwungen, der Abwertung des amerikanischen Dollars zuzustimmen.

Unter allen Bedingungen bringt die Abwertung dem Exportland, das natürlich den Export zu steigern und den Import einzuschränken beginnt, immerhin wenn auch nur vorübergehende Vorteile.

Aber in welchem Maße ein Land seinen Import auch immer einschränken mag, es kann ihn bei der heutigen Internationalisierung der Weltwirtschaft, der zunehmenden Integration und internationalen Spezialisierung nicht völlig einstellen. Die Verwendung von Importgütern (deren Preis bei einer Abwertung steigen) zur Herstellung einheimischer Waren führt unvermeidlich zu steigenden Produktionskosten. Im Gefolge dessen steigen die Inlandspreise, erfolgt ein Ausgleich der Export- und Weltmarktpreise, und das Land mit der abgewerteten Währung büßt seine Konkurrenzvorteile auf den Außenmärkten ein. Aber trotzdem kann die Pause, in der das Land Vorteile aus der Abwertung zieht, für die Beseitigung der Ursachen genutzt werden, die zum chronischen Handelsbilanzdefizit führen. In diesem Falle werden, wie es nach der Abwertung des französischen Franc im Jahre 1958 der Fall war, Bedingungen für die Stabilisierung und Festigung der Währung geschaffen, denn sonst würde die Abwertung nur eine Atempause gewähren und das Land nach der Ausnutzung der vorübergehenden Vorteile vor einer neuen Währungskrise stehen. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Nachkriegsgeschichte des britischen Pfund.

Um den gewünschten Effekt zu erzielen, muß die Abwertung in ausreichender Höhe vorgenommen werden. Sonst wird nur die Spekulation auf den Devisenmärkten verstärkt, weil der Eindruck entsteht, daß eine nochmalige Revision des Wechselkurses unvermeidlich sei. Eine solche Resonanz hatte die Abwertung des Pfund Sterling im November 1967 um 14,3 Prozent. Der Druck auf das Pfund läßt

bis heute nicht nach, so daß sich die britische Währung einer neuen Abwertung gegenüber sieht. Äußerst gefährlich ist eine übermäßige Senkung der Parität, weil daraus eine Kettenreaktion der Abwertung der führenden Währungen entstehen könnte, die Abwertung überhaupt sinnlos würde und das Land seiner Exportvorteile beraubte.

In Anbetracht dessen, daß nicht die Deflation, sondern die Inflation in den letzten Jahren zur Hauptkrankheit der kapitalistischen Wirtschaft geworden ist, glauben viele Ökonomen der keynesianischen Richtung, daß im nächsten Jahrzehnt der Hauptweg zur Überwindung von Währungskrisen in verschiedenen Formen der deflationistischen Politik liege: Einfrieren der Löhne, Restriktionsmaßnahmen auf kredit- und haushaltspolitischem Gebiet usw. Die Währungsprobleme sollen auf Kosten der Werktätigen gelöst werden. Unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungsperspektiven der kapitalistischen Wirtschaft würde die Verwirklichung solcher Empfehlungen die Bremsung des wirtschaftlichen Wachstumstempes, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Senkung des Lebensstandards der Werktätigen bedeuten.

Die Mehrzahl der bürgerlichen Ökonomen, selbst die Befürworter einer staatlichen Einmischung, ist gegen eine direkte Kontrolle der Devisen- und Außenhandelsoperationen. In Friedenszeiten nehmen auch die Regierungen äußerst selten und dann nur ungern zu einer scharfen Valutakontrolle Zuflucht, um die Zahlungsbilanz zu verbessern; wenn sie sich dazu entschließen, dann nur in Abetracht außergewöhnlicher Umstände, wie das in den USA der Fall war. Aber selbst dann ist eine scharfe Kontrolle wenig effektiv. Es finden sich immer Hintertüren, um die Valutakontrolle zu umgehen, wodurch der Boden für das Aufblühen des „Schwarzmarktes“ und der Währungsspekulation bereitet wird, das Vertrauen in die Währung weiter erschüttert und der Ablauf der Währungskrise verschärft wird. Die Valutakontrolle beseitigt die Währungskrise nicht, sie verschleiert nur künstlich ihre Symptome und verschlimmert die Krankheit. Die Einführung von Importrestriktionen birgt die Gefahr in sich, daß die Handelspartner ähnliche oder noch härtere Maßnahmen ergreifen werden. In diesem Falle würde der Verlust der Exportmärkte durch Einführung der Importbeschränkungen und Einschränkung des Imports erreichten Gewinn zunichte machen und die Handelsbilanz des Landes nicht nur nicht verbessern, sondern möglicherweise noch verschlechtern.

Die Konzeption der Neoklassiker

Die Erschütterungen, denen das Währungssystem in den letzten Jahren periodisch ausgesetzt war, die Verschärfung der Inflation und die verstärkte Unausgeglichenheit des internationalen Zahlungsverkehrs untergruben den Glauben an die Fähigkeit des kapitalistischen Staates, den Geldumlauf und die Währungsbeziehungen effektiv zu regulieren. Von neuem entstanden Konzeptionen der automatischen Regulierung der Wirtschaft über den Markt. Dabei wurde der staatlichen Einmischung in den Marktmechanismus die Schuld für die Krisenhaftigkeit des Kredit-, Geld- und Währungsmechanismus gegeben. Wieder wurden Stimmen laut, zu einem auf den klas-

sischen Postulaten basierenden Wirtschaftssystem mit freiem Marktspiel von Angebot und Nachfrage überzugehen.

Die bekanntesten Vertreter dieser neoklassischen oder neoliberalen Richtung in der bürgerlichen politischen Ökonomie sind die sogenannte Chicagoer Schule in den USA (*M. Friedman, G. Sinoms, L. Mintz, J. Stigler* u.a.) und die Freiburger Schule in der BRD (*W. Eucken, W. Röpke, F. Lutz, A. Hahn, E. Sohmen* u.a.)

Neoklassiker kritisieren das in den meisten Ländern übliche System der festen Wechselkurse, bei dem Plus- oder Minusabweichungen von der Parität von höchstens 1 Prozent zulässig sind. Wenn der Wechselkurs bei diesem System die obere oder untere Grenze erreicht oder ihr nahekommt, beginnt die Regierung mit dem An- oder Verkauf ausländischer Währung, um Angebot und Nachfrage auszugleichen und den Wechselkurs der Parität anzunähern. Eine so enge Schwankungsgrenze (2 Prozent) soll gleichsam das Risiko auf ein Minimum reduzieren, das mit dem Abstoßen von Valuta durch Spekulanten in Erwartung einer Abwertung verbunden ist. Damit sind die meisten Neoklassiker nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach müßte man die zulässigen Schwankungsgrenzen für den Wechselkurs auf 5 bis 10 Prozent erweitern. Das würde, so glauben sie, das Spekulationsrisiko im Zusammenhang mit einer zu erwartenden Paritätsänderung erhöhen, den Druck auf die Währung abbauen und die Kosten für die Stützung des Wechselkurses durch die Staatskasse senken.

Einige Ökonomen dieser Schulen (*M. Friedman, E. Sohmen, W. Scammel, F. Lutz*) gehen noch weiter und schlagen vor, vollkommen von den Paritäten und der regierungsseitigen Stützung des Wechselkurses in bestimmten Grenzen abzugehen, damit die Währungen „ihr wirkliches Niveau finden“ könnten. „Die Bildung des Kurses sollte täglich Angebot und Nachfrage überlassen werden“, schreibt *F. Lutz*.¹⁰ Die Anhänger eines sich frei „einpendelnden“ Wechselkurses gehen von folgenden Erwägungen aus. Erstens glauben sie an die Existenz eines idealen Wechselkurses, bei dem sich ohne Einmischung in das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt Angebot und Nachfrage in völligem Gleichgewicht befinden. Zweitens gibt es ihrer Meinung nach ein symmetrisches System, bei dem der langzeitige Effekt des Druckes von Verkäufern und Käufern auf die Währung die Tendenz hat, sich gegenseitig zu kompensieren. Drittens meinen sie, daß Wechselkursschwankungen stets das Ergebnis vorangegangener Veränderungen in den Preisrelationen und in der Zahlungsbilanz seien und niemals selbst die Ursache für diese Veränderungen sein könnten.

Aber alle diese Annahmen halten einer Kritik nicht stand. Der durch Druck von seiten der Verkäufer bewirkte Fall des Wechselkurses führt nicht automatisch zur Festlegung eines neuen Gleichgewichtsniveaus, sondern ruft eine Spekulationswelle auf die Währung hervor. Die Praxis zeigt ebenfalls, daß die Ergebnisse einer Wechselkursänderung durchaus nicht symmetrisch sind. Während ein Fallen des Wechselkurses sehr schnell zu einem Preisanstieg führt, verläuft die Reaktion auf eine Erhöhung wesentlich langsamer und viel schwächer. Im Ergebnis tendiert der Wechsel-

¹⁰ F. Lutz. Das Problem der internationalen Währungsordnung. „ORDO“, Bd. X, 1958, S. 141

kurs zu einem neuen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau und kehrt nur in seltenen Fällen auf sein früheres höheres Gleichgewichtsniveau zurück. Somit hätte die Einführung des Systems flexibler Kurse für die Wirtschaft äußerst negative Folgen, weil die Hindernisse für eine unaufhaltsame inflatorische Entwicklung beseitigt sind.

Einzelne Anhänger des freien Spiels der Wechselkurse bieten eine dritte Kompromißvariante der begrenzt „schwimmenden“ Kurse an, deren Schwankungen dann von der Regierung gebremst werden, wenn sie sie für zu weitgehend hält. Unserer Ansicht nach ist ein solches System noch weniger effektiv, weil es eine Situation völliger Umbestimmtheit auf dem Devisenmarkt schafft. Unter diesen Bedingungen kann der Schutz vor Spekulationen für die Staatskasse noch teurer als bei dem System der festen Wechselkurse werden. Die allgemeine Einführung des Systems der flexiblen Wechselkurse würde Währungskrisen nicht nur nicht verhindern, sondern die Häufigkeit ihres Ausbrechens noch erhöhen; ihre Intensität wäre nicht geringer als beim System der festen Paritäten.

Den Widersprüchen der Geldsphäre liegen letztlich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion zugrunde

Bei der Analyse der Ursachen des Zahlungsbilanzdefizits gehen die bürgerlichen Ökonomen in der Regel nur von den Kredit- und Geldfaktoren aus und unterschätzen den Einfluß der in der Produktionssphäre ablaufenden Prozesse. Noch behutsamer verhalten sie sich zu den politischen Tiefenprozessen, die eine gewaltige Rückwirkung auf die Wirtschaft und somit auch auf das kapitalistische Weltwährungssystem haben. So führt der britische Ökonom P. Einzig 14 Ursachen für das Entstehen eines Zahlungsbilanzdefizits an, davon aber nicht eine einzige, die sich auf die Produktionssphäre bezieht.¹¹ Nach seiner Konzeption kann ein Zahlungsbilanzdefizit durch folgende Faktoren hervorgerufen werden: Einschränkung des Exports und Zunahme des Imports, Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Export- und Importpreisen, Unterschiede zwischen den Zahlungsfristen für den Import und den Exporterlösen, allzu großer Kapitalexport, Rückführung ausländischen Kapitals, Begleichung von Staatsschulden, Spekulation usw.

Natürlich wirken alle diese Faktoren direkt und unmittelbar auf den Zustand der Zahlungsbilanz ein. Den größten Einfluß haben jedoch die Erscheinungen im eigentlichen Produktionsprozeß. Karl Marx wandte sich stets gegen die bürgerlichen Ökonomen, die die Welthandelskrisen allein mit den Mängeln der Geldzirkulation erklären wollten: „...Die Gründe für die heftigen Erschütterungen auf dem Weltmarkt, in denen sich der Widerspruch aller Elemente des bürgerlichen Produktionsprozesses entlud, für das Auftreten solcher Erschütterungen sowie Mittel des Schutzes vor ihnen suchte man“, so schrieb Karl Marx, „in der oberflächlichsten und abstraktesten Sphäre des Prozesses, in der Sphäre der Geldzirkulation.“¹²

¹¹ P. Einzig. Foreign Exchange Crises, London, 1968, S. 6–7 (engl.)

¹² Karl Marx und Friedrich Engels. Werke, Bd. 13, S. 162 (russ.)

Um die tatsächlichen Ursachen des Zahlungsbilanzdefizits aufzuspüren, müssen die in der Produktionssphäre ablaufenden Prozesse, von denen die ökonomische Effektivität, die Arbeitsproduktivität und davon ihrerseits die Konkurrenzfähigkeit der Waren auf den Weltmärkten abhängen, untersucht werden. In unseren Tagen kann ein Rückgang der Konkurrenzfähigkeit mit allen sich daraus für die Zahlungsbilanz ergebenden Folgen in erster Linie seine Ursache in zurückgebliebener Modernisierung des Produktionsapparates haben. Besondere Bedeutung erlangt die Warenqualität, die unter den Bedingungen der sich entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution zum entscheidenden Faktor der Konkurrenz auf den Auslandsmärkten wird. Die Unfähigkeit, mit der internationalen Tendenz der Qualitätssteigerung und der Übernahme neuer Waren in die Produktion Schritt zu halten, untergräbt die Konkurrenzstellung eines Landes und schafft die Voraussetzungen für das Heranreifen einer Währungskrise.

Einer Währungskrise liegen häufig nicht nur rein ökonomische, sondern auch politische Ursachen zugrunde. Unter bestimmten Umständen sind diese sogar bedeutsamer als die ökonomischen Ursachen. Dazu zählen in erster Linie die riesigen Regierungsausgaben im Ausland, insbesondere für militärische Zwecke. Nach dem Kriege wurden sie zu einem permanenten Großposten in den Zahlungsbilanzen der imperialistischen Staaten. Das Führen von Kolonialkriegen und die Unterhaltung zahlreicher Militärstützpunkte auf fremdem Territorium belasten die Zahlungsbilanzen solcher Länder wie der USA und Großbritanniens schwer, untergraben die Stabilität der kapitalistischen Hauptreservewährungen Dollar und Pfund Sterling und somit auch die Stabilität des gesamten kapitalistischen Währungssystems.

Die Devisenlage eines Landes hängt nicht unwesentlich auch von dem System der Priorität der Ziele ab, die sich die Regierung gestellt hat. Oft geraten solche vorrangigen Aufgaben eines bürgerlichen Staates wie Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen Wachstumstempos der Produktion in Widerspruch zur Erhaltung der Währungsstabilität. Die Zahlungsbilanz eines Landes kann auch durch Ereignisse im Ausland in eine Krisensituation kommen. Hierzu gehören die Erhöhung des Diskontsatzes im Ausland und eine spekulative Hausse in den ausländischen Effektenbörsen, was zu einem Kapitalabfluß aus dem betreffenden Land auf der Suche nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten führt.

Wenn Staaten, die Hauptimporteure sind, eine Wirtschaftskrise oder eine wirtschaftliche Rezession durchmachen oder aber protektionistische Maßnahmen zum Schutz ihres Binnenmarktes vor der ausländischen Konkurrenz ergreifen müssen, kann der Export anderer Länder und somit deren Zahlungsbilanz ernstlichen Schaden erleiden. Die gleichen Ergebnisse kann die Abwertung der Währungen in den Importländern oder aber ein Bankrott der Schuldner haben.

Somit sind die von den bürgerlichen Theoretikern empfohlenen Methoden der „Heilung“ der Zahlungsbilanzen hauptsächlich deshalb wenig effektiv, weil sie die Wurzeln des Defizits, die in den verschiedenartigen Produktions-, Finanz-, Handels-, politischen und militärstrategischen Widersprüchen des modernen Imperialismus liegen, nicht angehen und sich lediglich auf palliative Maßnahmen beschränken. Zu diesem Eingeständnis sahen sich auch einige bürgerliche Öko-

nomen veranlaßt. So schreibt der Amerikaner *F. Machlup*, daß „die Schwierigkeiten, die einzelne Länder mit ihren Zahlungsbilanzen haben, mit Hilfe irgendwelcher Währungsreformpläne nicht gelöst bzw. beseitigt werden können“.¹³

II. Bürgerliche Theorien der internationalen Liquidität

Neben den auf die Vervollkommnung des Regulierungsmechanismus der Zahlungsbilanzen und des Funktionsmechanismus des internationalen Devisenmarktes gerichteten Theorien hat die Konzeption des Ausweges aus der Währungskrise mit Hilfe der Erhöhung der internationalen Liquidität (Zahlungsfähigkeit), d.h. der Steigerung der Summe der Goldwährungsreserven auf das für die störungsfreie Ausführung der internationalen Zahlungen erforderliche Niveau, weite Verbreitung gefunden.

Auf Grund bestimmter historischer und ökonomischer Bedingungen ist das Gold zum Weltgeld geworden. Jedoch entsprechen die Geldförderung und die Goldreserven nicht dem wachsenden Goldbedarf zur Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs. Wenn die Situation weiter anhält und eine akzeptable Alternative nicht gefunden werden kann, kann sich ein Chaos in den internationalen Handels- und Währungsbeziehungen einstellen, was wahrscheinlich zu einer Weltwirtschaftskrise führen würde. *Ch. Kindleberger* schreibt, daß viele Ökonomen von der Gefahr einer neuen Weltkrise der Zahlungsfähigkeit beunruhigt seien, der gegenüber sich das Jahr 1929 wie ein „Picknick“ ausnehmen würde.¹⁴ Für derartige Befürchtungen gibt es gewichtige Gründe. Der Welthandel und der Kapitalexport zeigen gegenüber der Weltproduktion die Tendenz eines sich immer mehr beschleunigenden Wachstums. Deshalb wird die internationale Zahlungsfähigkeit zu einer zentralen Frage der modernen Wirtschaft.

Über dieses Problem sowie über die Methoden der Regulierung der Zahlungsbilanzen streiten sich in der bürgerlichen Politökonomie die Anhänger der neoklassischen und der neokeynesianischen Richtung. Die ersten schlagen die Erhöhung des Goldpreises und die Rückkehr zur Goldwährung vor, die zweiten empfehlen die Übertragung der Erfahrungen des inneren Papiergeldumlaufs auf den Bereich der internationalen Währungsbeziehungen, wobei sie verschiedene Varianten der Konzeption der „gesteuerten“ internationalen Währung entwickeln. Es gibt auch Versuche, die beiden Richtungen zu kombinieren.

Rückkehr zum Goldstandard – die Illusion der Neoklassiker

Die Vertreter der neoklassischen Schule (*J. Rueff*, *M. Heilperin*) treten für die Wiederherstellung der Goldwährung in den internationalen Währungsbeziehungen,

¹³ *F. Machlup*, a.a.O., S. 42 (russ.)

¹⁴ *Ch. Kindleberger*, a.a.O., S. 551 (engl.)

Rückkehr zur Goldwährung könnte Ordnung in das Geldwesen bringen... Mit der Wiedereinsetzung des Goldes als Herz des internationalen Geldsystems überbrücken wir die ein halbes Jahrhundert lang bestehende Unordnung im Geldwesen“, schreibt *M. Heilperin*, Professor am Internationalen Forschungsinstitut in Genf.¹⁵ In diesen Plänen äußert sich die Unzufriedenheit bestimmter westeuropäischer Kapitalgruppen über die Herrschaft des Dollars.

Tatsächlich verschafft die besondere Stellung des Dollars den USA eine Reihe von Vorteilen. Der Staatskasse bietet sich die Möglichkeit, das Zahlungsbilanzdefizit nicht nur mit Gold, wie das andere Länder tun müssen, sondern auch mit Dollars abzudecken. Auf diese Weise wurden in den letzten Jahren bis zu zwei Drittel des Defizits der amerikanischen Zahlungsbilanz gedeckt. Insbesondere konnten die Monopole dank dieser Lage seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ihre Investitionen im Ausland versiebenfachen und außerhalb der eigenen Landesgrenzen ein Industrie-Imperium mit einer jährlichen Warenproduktion von 200 Milliarden Dollar schaffen.

Die Invasion des amerikanischen „big business“ ruft bei den politischen und Handelskreisen Westeuropas berechtigte Unruhe und Widerstand hervor. Unter den westeuropäischen Staaten führt die französische Regierung den konsequentesten Kampf für die politische Selbständigkeit, gegen die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals. Auf einer Pressekonferenz am 27. November 1967 charakterisierte Präsident *de Gaulle* das Wesen der amerikanischen Investitionen im Ausland wie folgt: „Die Amerikaner greifen nach einigen unserer Betriebe. Wir wissen jedoch, daß das zu einem großen Teil nicht durch die organische Überlegenheit der Vereinigten Staaten bedingt ist, sondern durch die Inflation des Dollars, den sie unter dem Deckmantel der Goldwährung in andere Länder exportieren. Es ist äußerst bemerkenswert, daß die Gesamtsumme des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits in einem Zeitraum von acht Jahren der Summe der amerikanischen Investitionen in Ländern Westeuropas entspricht. Es ist ein ganz und gar fremdes, künstliches, einseitiges Element, das unserem Nationalvermögen aufgebürdet wird.“

Scharf gegen Absichten zur Wiederherstellung der Goldwährung wenden sich die Ökonomen der neokeynesianischen Richtung. *R. Triffin* schreibt, die heutige politische und wirtschaftliche Situation erfordere mehr als das Hervorholen und die Entstaubung der ein halbes Jahrhundert toten Goldwährung.¹⁶ Einen ähnlichen Standpunkt vertritt auch der ehemalige Leiter des Internationalen Währungsfonds, *P. Jacobsson*: „Wir können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen“, schrieb er. Nach seiner Meinung existiere heutzutage ein Golddevisenstandard, bei dem das Gold zwar ein nützliches Hilfsmittel, aber nicht mehr der Herr sei.¹⁷

Eine solche Meinung vertreten die meisten westlichen Ökonomen, die die Wiederherstellung der Goldwährung in ihrer ursprünglichen Form für ausgeschlossen halten.

¹⁵ *M. Heilperin*. Aspects of the Pathology of Money. Genf, 1968, S. 270, 279 (engl.)

¹⁶ *R. Triffin*. Gold and the Dollar Crisis. New Haven, 1960, S. 18 (engl.)

¹⁷ „World Monetary Reform. Plans and Issues“. Stanford, 1963, S. 233 (engl.)

Viele von ihnen beharren zwar nicht auf der Wiederherstellung der Goldwährung, schlagen aber die Erhöhung des offiziellen Goldpreises vor. Dieser Plan ist realistischer und besitzt gegenüber anderen Projekten zur Verbesserung der internationalen Zahlungsfähigkeit gewisse Vorzüge. Die liquiden Reserven werden durch Gold, nicht aber durch ephemerische Buchungen in den Bankbuchern erhöhet. Die Auffüllung der Reserven last die Kursrelation stabiler werden, weil die Möglichkeiten zum Schutz der Kurse anwachsen. Die Erhöhung des offiziellen Goldpreises in Dollar und anderen Hauptwährungen muß die Kaufkraft der vorhandenen Goldreserven steigern sowie die Dethesaurierung und eine Zunahme der Goldförderung hervorrufen.

Für die Erhöhung des Goldpreises spricht sich eine Reihe englischer Ökonomen aus. Bereits im Jahre 1953 schrieb *R. Harrod*, daß die Kaufkraft des Dollars gegenüber der Vorkriegszeit um die Hälfte zurückgegangen sei, und schlug eine Abwertung des Dollars, d.h. die Erhöhung des offiziellen Goldpreises in Dollar vor. Eine Anhebung des Goldpreises wird sogar von einigen amerikanischen Ökonomen unterstützt. *P. Ellsworth* schreibt, von allen Mitteln zur Erhöhung der internationalen Zahlungsfähigkeit sei die Erhöhung des Goldpreises das einfachste. Wenn sich der Goldpreis verdoppelt, würde dadurch die Höhe des Goldbestandes der kapitalistischen Welt automatisch verdoppelt werden.¹⁸ In einem Buch über die Zahlungsbilanz der USA im Jahre 1968 wurde betont, daß eine Änderung des Dollarkurses dem Prestige der USA nicht schaden würde.¹⁹

Schaden bringt der amerikanischen Wirtschaft etwas anderes, nämlich die kategorische Weigerung der Regierung, den Goldpreis zu erhöhen. Diese Politik führte zu einem katastrophalen Schwinden der Goldreserven der USA, zur Bedrohung der Goldkonvertierbarkeit des Dollars und zum Vertrauensverlust für die amerikanische Währung. Im Ergebnis nahm die Unbeständigkeit des gesamten kapitalistischen Währungssystems stark zu. „*Die Wurzeln für die Schwäche des internationalen Geldsystems entspringen der Anwendung nationaler Geldsysteme als internationaler Reserve, als internationaler Reservewährungen. Das gesamte System hängt an Leitwährungen und gerät dann in eine schwierige Lage, wenn mit der betreffenden Leitwährung irgend etwas passiert*“, schreibt der amerikanische Ökonom *W. Krause*.²⁰

Internationales „Papiergeld“ – die neokeynesianische Konzeption

In Anbetracht der Krise der Leitwährungen suchen die Ökonomen der keynesianischen und neokeynesianischen Richtung den Ausweg in der Übertragung der Grundsätze der gesteuerten inneren Papiergeldzirkulation auf die internationalen Zahlungsbeziehungen. Als theoretische Begründung einer solchen Strategie dient die keynesianische Konzeption der „gesteuerten Währung“. Diese Theorie wurde von *Keynes* bereits zu

18 P. Ellsworth. The International Economy. New York, 1964, S. 467 (engl.)

19 Siehe V. Motylev. Theorie der kapitalistischen Weltwirtschaft. Moskau, 1971, S. 127 (russ.)

20 W. Krause. International Economics. Boston, 1965, S. 606 (engl.)

ginn der zwanziger Jahre aufgestellt und in den dreißiger Jahren ausführlich begründet. Im Jahre 1934 schrieb *Keynes*: „*Wenn sich Geld wie Getreide anbauen oder wie Kraftfahrzeuge herstellen ließe, könnte man Depressionen vermeiden oder wenigstens abschwächen*.“²¹ Etwa zur gleichen Zeit entwickelte er das Projekt einer internationalen Clearing-Union und schlug die Schaffung eines internationalen Kreditgeldes zur Verwendung als Goldaquivalent in allen Ländern der Sterlingzone vor. Später legte die britische Delegation dieses Projekt auf der Konferenz in Bretton-Woods im Jahre 1944 vor; es wurde wegen des Widerstandes der USA – da es die Stellung des Dollars untergraben hätte – nicht angenommen. Wie auch die meisten anderen erörterten Varianten für Reformen des kapitalistischen Währungssystems stellt diese Variante im Grunde genommen den Versuch dar, den Keynesianismus auf das Gebiet des internationalen Zahlungsverkehrs zu übertragen, d.h. das Gold als Weltgold durch verschiedene Mittel des internationalen Kredits zu ersetzen oder zu ergänzen.

Dem in den fünfziger Jahren von dem amerikanischen Ökonomen *R. Triffin* vorgeschlagenen Projekt einer Reform des internationalen Währungssystems liegen die Ideen *Keynes*' von einem internationalen „gesteuerten“ Währungssystem zugrunde. Er empfahl die Schaffung einer völlig neuen Währung, die vom Internationalen Währungsfonds ausgegeben und durch die Goldreserven und Leitwährungen, die der IWF von den nationalen Zentralbanken erhält, gedeckt wird. Somit hätte sich der IWF in eine internationale Zentralbank für die Nationalbanken seiner Mitgliedsländer verwandelt. Die Konzeption der „gesteuerten“ internationalen Währung haben außer *R. Triffin* auch die Ökonomen *E. Bernstein*, *M. Stamp*, *E. Hansen*, *R. Harrod* und der niederländische Wissenschaftler *J. Tinbergen* entwickelt und verteidigt. *Tinbergen* war mit anderen Ökonomen an der Entwicklung des *Hart-Kalder-Tinbergen*-Projektes beteiligt, in dem empfohlen wurde, der Internationale Währungsfonds sollte eine neue goldkonvertierbare Währung ausgeben. In dem Plan von *E. Bernstein* war die Schaffung eines Währungs-Pools vorgesehen, der aus Beiträgen und Anteilen der Mitgliedsländer des IWF durch Abführung eines Teils ihrer Goldreserven gebildet wird. Nach dem Projekt von *M. Stamp* sollte der IWF in die Währungen der IWF-Mitglieder konvertierbare Zertifikate ausgeben. *E. Hansen* machte den Vorschlag, im Rahmen des IWF ein internationales Reserve-system zu schaffen, zu dessen Verfügung – wie er vorschlug – Gold- und Wahrungsrreserven der führenden Länder des Westens stehen sollten.²²

Wie man aus dieser kurzen Darlegung sieht, unterscheiden sich die Projekte einer „gesteuerten“ internationalen Währung wohl in Einzelheiten, stellen aber Modifikationen ein und derselben Konzeption dar. Sie alle sind im Grunde genommen eine neue Variante der subjektivistischen nominalistischen Geldtheorie und enthalten alle Fehler des alten Nominalismus.

21 J. M. Keynes. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Moskau, 1948, S. 223 (russ.)

22 Siehe V. Motylev, a.a.O., S. 136-137 (russ.)

Die aufgestellten Pläne der Erhöhung der internationalen Liquidität laufen im wesentlichen auf die Vervollkommnung des Kreditmechanismus hinaus und verfolgen das Ziel, Länder mit aktiver Zahlungsbilanz zu veranlassen, Staaten mit einem Zahlungsbilanzdefizit Kredite zu gewähren.

In der Praxis werden Länder mit überschüssigen Geldmitteln aber kaum geneigt sein, Kredite einzuräumen, sondern die Anlage von Reserven vorziehen. Jedweder Vorschlag zur automatischen Deckung des Defizits der einen Länder durch den Aktivsaldo anderer stößt bei den letzteren auf Argwohn und Ablehnung, weil sie befürchten, daß der Mechanismus der automatischen Kreditierung die Verantwortungslosigkeit der „Libellen“ zum Schaden der arbeitsamen „Ameisen“, der Helden der bekannten Fabel von *La-Fontaine*, fördern würde.

Um derartige Meinungen nicht aufkommen zu lassen, versuchen die Verfasser aller vorgeschlagenen Projekte zur Erhöhung der internationalen Liquidität den Eindruck zu erwecken, daß man zusätzliche liquide Mittel auch auf andere Weise erhalten könne. Es werden verschiedene Schemata zur Schaffung einer neuen internationalen Währung oder eines neuen Kreditsystems vorgeschlagen, das es Ländern mit passiver Zahlungsbilanz ermöglichen würde, bei irgendeinem internationalen Mechanismus Anleihen zum Ausgleich der Bilanz aufzunehmen, ohne sich an Länder mit aktiver Bilanz unmittelbar wenden zu müssen. Dieses Ziel verfolgt auch der im Jahre 1969 auf der 24. Jahrestagung des IWF in Washington angenommene „Plan der Einführung von Sonderziehungsrechten“ (SDR) in das Verrechnungssystem zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsländer des IWF. Ursprünglich war dieser Plan als Notplan vorgesehen, der lediglich beim Ausbruch oder beim Drohen einer ernstlichen Währungskrise in Aktion treten sollte. Später wurde er in ein Schema umgewandelt, das nicht nur in Krisenzeiten wirksam wird, sondern auch dann, wenn die Summe der international verfügbaren Reserven für die Befriedigung der Bedürfnisse des wachsenden internationalen Handels nicht mehr ausreicht. In Wirklichkeit löst das SDR-System das Problem der internationalen Zahlungsfähigkeit nicht, es führt höchstens zu einer weiteren Verschärfung des Problems. Die Anwendung des SDR-Systems als Deckungsquelle für die chronischen Zahlungsbilanzdefizite würde lediglich dazu führen, daß die Pyramide des internationalen Kreditüberbaus noch mehr ins Wanken geriete.

Der Beschluß der unverzüglichen Inkraftsetzung des SDR-Systems stellt einen Sieg der neokeynesianischen Einstellung zu dem Problem der internationalen Liquidität dar. Dagegen vertreten die Anhänger der neoklassischen Richtung einen entgegengesetzten Standpunkt. Sie sind der Ansicht, es herrsche kein Mangel, sondern ein Überschuß an liquiden Mitteln, der dadurch beseitigt werden müsse, daß der US-Dollar und das britische Pfund Sterling ihren Status als Reservewährung verlieren. Einer solchen Einstellung zur Frage der internationalen Zahlungsfähigkeit ist eine gewisse Logik nicht abzuspüren. In der Tat hängt die zur Finanzierung des internationalen Handels benötigte Summe an liquiden Mitteln nicht allein vom Handelsvolumen, sondern ebenso von der Ausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen der Länder und den Weltmarktpreisen ab. Je stärker das Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen der führenden Handelsmächte gestört ist, desto mehr liquide Mittel sind unter sonst gleichen Be-

dingungen zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits erforderlich. Wenn es gelänge, einen solchen Zustand zu erreichen, daß die Zahlungsbilanzen der großen Handelsländer im wesentlichen ausgeglichen wären, reichten die vorhandenen liquiden Mittel für die Finanzierung des gegenwärtigen internationalen Handelsvolumens unter Berücksichtigung einer weiteren Zunahme völlig aus. Darüber hinaus ist die Steigerung des Bedarfs an internationalen liquiden Mitteln eher durch die Preiserhöhung für Waren und Dienstleistungen als durch die Zunahme des Handelsvolumens bedingt. Wenn die Preise auf dem Stand des Jahres 1939 oder selbst 1945 geblieben wären, bestünde sogar ein Überschuß an vorhandenen liquiden Mitteln.

Der Mechanismus des kapitalistischen Währungssystems in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise sieht sich immer größeren, wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Nach den Worten des britischen Ökonomen *Paul Einzig* könne man von keinem einzigen der verschiedenartigen Mittel, die bei einer Währungs-krise anzuwenden sind, eine wirklich langfristige Verbesserung der Situation erhoffen.²³ Das ist völlig richtig. Alle angewandten und vorgeschlagenen Maßnahmen können nur vorübergehend Erleichterung schaffen. Da die Krise des Währungssystems das gesetzmäßige Ergebnis der Weiterentwicklung aller inneren und äußeren Widersprüche des modernen Kapitalismus ist, lassen sich nur auf dem Wege der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lösen.

23 P. Einzig, a.a.O., S. 193 (engl.)

Hinweise der Redaktion

Heft 4/1972 des Marxismus Digest erscheint im Oktober/November des Jahres zum Thema

Zur Soziologie der herrschenden Klasse

Das Heft wird voraussichtlich u.a. folgende Beiträge umfassen:

A. Galkin, Macht im Kapitalismus

- Die herrschende Elite des modernen Kapitalismus
- Rollenwechsel und Machtmechanismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern

Carlos Arizaga, Banken und Finanzgruppen in Uruguay

Philippe Herzog, Die Rolle des Staates in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft

Autorenkollektiv, Der Machtmechanismus des heutigen französischen Kapitalismus

M. Ceskov, Elite und Klasse in den Entwicklungsländern

A. V. Sestopal, Die Krise der „integral-elitären“ Konzeption

Attilio Esposto, Die politische Rolle der herrschenden Agrarklasse in Italien

Heft 1/1973 (4. Jahrgang) des Marxismus Digest erscheint im Januar/Februar 1973 zum Thema

Pädagogik und Gesellschaft. Grundkonzeption der Pädagogik in den sozialistischen Ländern

Heft 2/1973 wird zum Thema

Staatlich-öffentlicher Wirtschaftssektor und Nationalisierung in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus

erscheinen.

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VII und 381 Seiten, Format DIN A4, Statistische Beilage, Preis DM 17,-

Mit der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einen größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen), die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichungen bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Die einzelnen Abschnitte des vorliegenden Bandes enthalten in der BRD weitgehend unbekannte Dokumente vor allem der CGIL, der CGIL-FIOM, der CISL, sowie der Arbeitskammern von Mailand und Rom. Hinzu kommen wichtige Dokumente der PCI sowie Interviews zu Schlüsselproblemen der italienischen Arbeiterbewegung mit führenden Repräsentanten der CGIL und der PCI, die dem IMSF gewährt wurden.

Nach Themen geordnet ergeben sich folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969
2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970
3. Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Bibliographie
6. Interview – Anhang
7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI (vollständiger Wortlaut) am 13.3.1972 in Mailand
8. Wahlergebnisse vom 18.5.1968 und vom 7.5.1972

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgeber: W. Fritzsche, F. Hitzer, O. Neumann, C. Schuler, H. Stütz

3/72 Gemeinsam gegen Rechts

u.a.

Martin Walser: Wovon und wie handelt Literatur?

Uwe Johnson: Beisetzung Giangiacomo Feltrinelli

Peter O. Chotjewitz: Reden ist tödlich, Schweigen auch

Dieter Kühn: Börsenspiele

Peter Nestler: Dürfen sie wieder kommen?

Friedrich Hitzer: Europäische Sicherheit in einem noch

unsicheren Land. Interviews mit: Hans-Jochen Vogel, Peter Gauweiler,

Kurt Sontheimer, Erwin Eisl, Franz Schönhuber, Eckart Spoo, Helmut

Kindler u.a.

Lew Besymenski: Europa und seine Feinde

Oskar Neumann: Stimmen aus Polen

„Free Europe“ – Gespräch mit Hauptmann Czechowicz

Conrad Schuhler: Münchner Prozesse

Hans Schneider: Nach der Ratifizierung

Für die Einheit des VS – Gegen die Spalterfraktion. Stellungnahmen u.a. von: Gregor-Dellin, Dieter Lattmann, Angelika Mechtel, Wolfgang Koeppen, Franz Xaver Kroetz

Einzelheft „kürbiskern“ DM 4.80, Jahresabonnement DM 16.–

„kürbiskern“-Reihe (Paperback DM 9.80)

Jiri Hajek:

Demokratisierung oder Demontage?

Ein Prager Handbuch

Erste umfassende Analyse der tschechoslowakischen Krise aus der Sicht eines tschechischen Marxisten

Agnes Hüfner, Gerd Peter, Peter Schütt:

Aktion Roter Punkt

Das Modell des Verkehrsstreiks in Hannover, dargestellt in Analysen, Interviews, Dokumenten

Johannes R. Becher

Gedichte 1911–1958

Zum ersten Mal legen wir damit in der Bundesrepublik eine repräsentative Auswahl vor. Sie ist bestimmt von dem Bedürfnis der demokratischen und sozialistischen Bewegung einen Mitkämpfer zu entdecken, den die politische und kulturelle Reaktion wie kaum einen anderen totschießt und verfälscht.

Bestellung über Buchhandel oder Verlag „kürbiskern“,
8 München 40, Hohenzollernstraße 144
Telefon 0811 / 30 37 83

Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus

Herausgeber: Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Übersetzung aus dem Russischen
Etwa 850 Seiten. Mit 44 Tabellen. Leinen etwa 18,- M

Dieses Buch gibt eine umfassende politökonomische Analyse über Lage, Grundtendenzen und Niedergangsprozeß des heutigen Imperialismus

Die Gesetzmäßigkeiten der Weltentwicklung unter dem Einfluß des Kampfes der beiden Systeme, der Zwang des Imperialismus zur Anpassung an seine Existenzbedingungen, die Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die inneren Entwicklungsprozesse des staatsmonopolistischen Kapitalismus bilden den roten Faden der theoretischen Darlegungen.

Die Arbeit wendet sich vornehmlich an Leser, die über Grundkenntnisse der Arbeiten Lenins über den Imperialismus und der politischen Ökonomie des Kapitalismus verfügen.

Politische Ökonomie – Kapitalismus

Anschauungsmaterial
Übersetzung aus dem Russischen
3. Auflage. 160 Seiten. Broschur 7,80 M

Anschaulich und übersichtlich wird die Politische Ökonomie des Kapitalismus dargestellt.

Gliederung:

1. Der Gegenstand der Politischen Ökonomie
2. Die vorkapitalistischen Produktionsweisen
3. Die allgemeinen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise
4. Die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus
5. Die Krise des Weltkapitalismus

Besonders hervorzuheben ist das methodische Herangehen und der Aufbau des Anschauungsmaterials.



DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-102 Berlin
Wallstraße 76-79

eva titel:

evareihe: „Politische Ökonomie
Geschichte und Kritik“

Elmar Allvaler
Die Weltwährungskrise
144 Seiten mit 24 Tabellen, kartoniert DM 9,-

Kapitalismus und Krise
Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate
Mit Beiträgen von Maurice Dobb, Paul Mattick, Ronald L. Meek, Joan Robinson u. a.
Herausgegeben von Claus Rolshausen
120 Seiten, kartoniert DM 9,-, Leinen DM 14,-

Paul Mattick
Marx und Keynes
Aus dem Amerikanischen von Reiner Diederich und Klaus Hermann
350 Seiten, kartoniert DM 35,-, Leinen DM 45,-

Otto Morf
Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie
Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx
302 Seiten, kartoniert DM 22,-, Leinen DM 30,-

Claus Rolshausen
Rationalität und Herrschaft
Zum Verhältnis von Marktsoziologie und Entscheidungslogik
116 Seiten, kartoniert DM 12,-, Leinen DM 20,-

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

T 1/72

Bitte beachten Sie die Beilagen des Hermann Luchterhand Verlages, des IMSF sowie die Teilbeilage des Verlags Marxistische Blätter.

Erstauflage dieses Heftes: 1,-5.000

Marxismus-Digest, Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften, 3. Jahrgang.

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich, Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 26,- Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5,- für das Einzelheft, DM 16,- für das Abonnement, zuzüglich Porto. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionssekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.